

The background features a large, stylized red and white graphic. It consists of a large red circle on the left, a large white circle on the right, and a large red shape in the center that resembles a stylized 'S' or a similar geometric form. The overall design is bold and modern.

Zeit für

Sozialismus

***21. ordentliche Landeskonferenz
der NRW Jusos | 03.-04.09.2022***

Organisatorische Hinweise

Tagungsort

[Brückenforum Bonn](#)

Friedrich-Breuer-Straße 17

53225 Bonn

Telefon 0228-40009-0

E-Mail info@brueckenforum.de

Tagungsbüro

Das Tagungsbüro ist am Samstag, 02. September 2022 ab 10:00 Uhr und am

Sonntag, 03. September 2022 ab 08:30 Uhr geöffnet.

Delegiertenunterlagen

Zum Erhalt der Delegiertenunterlagen wird das Parteibuch, SPD-Card oder ein gültiger Personalausweis benötigt. Stimmberechtigt sind nur die in den Kreisverbänden/Unterbezirken gewählten und gemeldeten Delegierten.

Antragsbuch

Die Antragsbücher werden den Delegierten in digitaler Form zugestellt. Sollte nach Erhalt des Antragsbuches ein*e Ersatzdelegierte*r einspringen müssen, bitten wir darum das Antragsbuch weiterzuleiten. Einige wenige Printexemplare finden sich bei der Konferenz im Tagungsbüro. Das Antragsbuch ist auch auf der Website des Juso-Landesverbandes einsehbar.

Corona

Wir bitten alle Delegierte, sich vor Beginn des ersten Kongresstages einmal entweder zu Haus per Schnelltest oder an einer offiziellen Teststelle zu testen. In der Konferenzhalle gilt, abseits vom eigenen Sitzplatz, Masken-Pflicht.

Übernachtungsmöglichkeit, Verpflegung, Fahrtkosten für Delegierte

Der Juso-Landesverband stellt für die Delegierten kostenlos Übernachtungsmöglichkeiten zur Verfügung. Die Unterkünfte sind nicht fußläufig vom Konferenzort erreichbar. Für die Unterkunft wird ein Handtuch gebraucht. Die Delegierten sind in Mehrbettzimmern untergebracht.

Am Samstagabend und am Sonntagmorgen ist ein Shuttle-Service eingerichtet.

Am Samstag, 02. September 2022 werden kostenloses Mittag- und Abendessen und am Sonntag, 03. September 2022 kostenloses Frühstück und Mittagessen angeboten. Am Tagungsort selbst besteht eine Möglichkeit Getränke und Snacks zu erwerben. Das Mitbringen von eigenen Getränken und Snacks ist gestattet.

Auf Antrag werden Kosten für Fahrten mit öffentlichen Nahverkehrsmitteln in der 2. Klasse übernommen; Fahrten mit dem PKW werden in Höhe von 0,10€ pro Kilometer erstattet.

Gästeanmeldung

Es gibt nur ein begrenztes Gästekontingent. Wir können nur angemeldete Gäste zur Konferenz zulassen. [Hier geht es zur Anmeldung.](#)

Vorschlag für die Geschäftsordnung

1. Stimmberechtigt sind alle von den jeweiligen Kreisverbänden /Unterbezirken gewählten Delegierten, soweit die Quotenvorgaben der Jusos gemäß Organisationsstatut eingehalten werden. Entsprechende Feststellungen trifft die Mandatsprüfungs- und Zählkommission.
2. Die Landeskonferenz ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der Stimmberechtigten anwesend sind.
3. Die Beschlüsse der Landeskonferenz werden mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst.
4. Die Redeliste wird nach folgendem Verfahren erstellt:
 - Getrennt nach FINTA (Frauen, Inter, Nichtbinär, Trans, Agender) und Mann werden die Wortmeldungen in der Reihenfolge ihrer Abgabe notiert. Das Wort erhält dann jeweils im Wechsel ein Mann und eine FINTA-Person bzw. umgekehrt (Reißverschlussystem).
 - Wenn keine FINTA-Person mehr auf der Redeliste stehen, ist die Debatte beendet. Auf Antrag kann die Liste noch einmal für drei Männer geöffnet werden. Sobald sich FINTA-Personen melden, wird wieder nachquotiert.
5. Die Redezeit für Diskussionsredner*innen beträgt maximal 3 Minuten. Jede/r Redner*in kann zu jedem Diskussionsgegenstand zweimal sprechen.
6. Personalvorschläge können bis zum 03. September 2022, 12:00 Uhr beim Tagungspräsidium eingereicht werden.
7. Initiativanträge können nur berücksichtigt werden, wenn die darin behandelten politischen Fragen unerwartet und bis Antragschluss noch nicht aktuell waren. Sie bedürfen der Unterschrift von 25 Delegierten aus 5 Kreisverbänden / Unterbezirken. Initiativanträge müssen beim Tagungspräsidium eingereicht werden. Antragschluss ist am 03. September 2022, 14:00 Uhr.
8. Änderungsanträge zu den Antragsbereichen A, B, C, G und W können bis Samstag, den 03. September 2022 um 12:00 Uhr eingereicht werden. Änderungsanträge zu den Antragsbereichen D, E, F, I, M und O können bis Samstag, den 03. September 2022 um 19:00 Uhr eingereicht werden. Danach können nur noch Änderungsanträge zu Initiativanträgen im Tagungsbüro eingereicht werden. Über Ausnahmen in begründeten Einzelfällen entscheidet das Tagungspräsidium.
9. Anträge zur Geschäftsordnung können mündlich gestellt und begründet werden. Der/die Antragsteller*in erhält außerhalb der Reihenfolge der Diskussionsredner*innen das Wort. Über Anträge zur Geschäftsordnung wird abgestimmt, nachdem ein/e Redner*in für und ein/e Redner*in gegen den Antrag gesprochen hat.

Vorschlag für die Tagesordnung

Beginn: Samstag, 03. September 2022, 11:00 Uhr

1. Begrüßung und Eröffnung
2. Wahl eines Tagespräsidiums
3. Beschlussfassung über die Tagesordnung und Geschäftsordnung
4. Wahl von 2 Mandatsprüfungs- und Zählkommissionen
5. Grußworte
6. Politischer Bericht von Konstantin Achinger, NRW Juso Landesvorsitzender, Aussprache und Entlastung
7. Beratung über das Arbeitsprogramm des Juso-Landesverbandes 2022-2024
8. Abstimmung über die Anzahl weiterer Mitglieder im Juso-Landesvorstand
9. Wahl zum Juso-Landesvorstand
 - a. Juso-Landesvorsitz
 - b. weitere Mitglieder des Juso-Landesvorstandes
10. Antragsberatung
11. Wahl der Delegation zum Juso-Bundeskongress
12. Verabschiedung der ehemaligen Mitglieder des Juso-Landesvorstandes

Unterbrechung der Konferenz um ca. 22:30 Uhr

Sonntag, 04. September 2022, 09:00 Uhr

13. Wahl der Delegation zum Bundesausschuss
14. Nominierung der Awareness-Kommission
15. Grußworte
16. Antragsberatung
17. Schlusswort Juso-Landesvorsitz

Ende: Sonntag, 04. September 2022, ca. 14:00 Uhr

Anträge

Inhaltsverzeichnis

A - Arbeitsprogramm

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in	Seite
A1	Zeit für Sozialismus Landesvorstand	9

B - Bildung, Hochschule und Wissenschaft

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in	Seite
B1	Unsere Forderungen an die neue Schwarz-Grüne Landesregierung Juso- Hochschulgruppen NRW	24
B2	Schüler*innenrechte stärken – Ein Schritt zu einer demokratischen Schule! UB Kreis Mettmann, UB Düsseldorf, UB Remscheid, UB Wuppertal, Juso- Schüler*innen und Auszubildendengruppe NRW	28
B3	Gute OGS-Gesetz-Für eine einheitliche Rechtsgrundlage für den offenen Ganztag NRW! UB Hamm, KV Recklinghausen, UB Dortmund, UB Hagen, UB Oberhausen	32
B4	Versuch doch wie du willst! UB Wuppertal, UB Solingen, UB Düsseldorf, UB Kreis Mettmann, UB Remscheid	34
B5	#ichbinHanna UB Bielefeld	36
B6	Wissenschaft nicht dem Markt überlassen - Gegen die Neoliberalisierung der deutschen Hochschullandschaft UB Köln	38
B7	Praxissemester: Keine Kohle, zu viel Arbeit. Praxissemester im Lehramt vergüten! UB Dortmund, UB Essen, UB Oberhausen, KV Recklinghausen, UB Mülheim Ruhr	40

C - Arbeit und Ausbildung

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in	Seite
C1	Unser Ziel der inklusiven Arbeit - Weil wir zusammen mehr schaffen UB Mönchengladbach	41
C2	Arbeitsbezogene Gleichstellung aller junger Menschen in stationären Einrichtungen UB Köln	43
C3	Feministische Arbeitsrechte ausweiten – gesetzlichen Anspruch auf bezahlte Freistellung! UB Kreis Mettmann, UB Düsseldorf, UB Remscheid, UB Solingen, UB Wuppertal	44
C4	Verbunden ausbilden, weil Ausbildung verbindet – deshalb Ausbildungsverbunde! UB Kreis Mettmann, UB Düsseldorf, UB Remscheid, UB Solingen, UB Wuppertal	45
C5	Bildungsurlaub für Alle UB Märkischer Kreis, UB Hochsauerland, UB Siegen-Wittgenstein, UB Kreis Soest, KV Olpe	47

C6	Warum die Ausbildungsplatzgarantie nicht genügt UB Coesfeld, UB Borken, UB Steinfurt, KV Warendorf	49
----	---	----

D - Demokratie, Partizipation und freiheitliche Gesellschaft

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in	Seite
D1	Gegen jeden Antisemitismus - Neue Anfeindungen gegen Jüdinnen und Juden nicht unbeantwortet lassen! UB Köln	50
D2	Islamfeindlichkeit entschieden entgegentreten! Muslimas und Muslime verdienen ein sicheres Leben in Deutschland UB Köln	54
D3	Arbeitsrecht und Versorgung hat keine Religion! UB Münster, UB Bonn	55
D4	Soziale Herkunft und soziale Position als Diskriminierungsform ins Grundgesetz! KV Recklinghausen, UB Oberhausen, UB Dortmund	61
D5	Faschistischen Bewegungen entgegenstellen – Graue Wölfe und Splitterorganisationen verbieten! UB Kreis Mettmann, UB Düsseldorf, UB Remscheid, UB Solingen, UB Wuppertal	63

E - Europa und Internationales

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in	Seite
E1	Unser Verständnis von Außenpolitik muss feministisch sein! UB Aachen-Stadt, UB in der Städteregion Aachen, KV Düren/ Jülich, UB Heinsberg, KV Euskirchen	65
E2	Geflüchtete gleichberechtigt unterstützen Region Ostwestfalen-Lippe	70
E3	EU-Gesetzentwurf zur Chatkontrolle stoppen UB Mönchengladbach	72
E4	Katar-WM boykottieren! UB Köln	75
E5	Transatlantische Kooperation – Solidarität mit den YDSA! UB Kreis Mettmann, UB Düsseldorf, UB Remscheid, UB Wuppertal	76

F - Feminismus, Gleichstellung und Diversität

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in	Seite
F1	Reproduktive Selbstbestimmung - Jetzt! UB Münster	78
F2	No more K.O.'s – Sicherer Feiern für alle UB Bonn	84
F3	Diskriminierung auf der Toilette Region Ostwestfalen-Lippe	86
F4	"FCK Bodyshaming – Wir sagen der Diskriminierung den Kampf an!" KV Recklinghausen, UB Essen, UB Dortmund	88

G - Gemeinwohl, Sozial- und Gesundheitspolitik

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in	Seite
G1	Mental Health Matters UB Mönchengladbach	90
G2	Für mehr antirassistische Arbeit in der Psychologie und psychotherapeutischen Arbeit UB Bonn	95
G3	Selbstbestimmt Leben ohne Gewalt- statt Diskriminierung von Menschen mit Behinderung, die in Wohneinrichtungen leben UB in der Städteregion Aachen, UB Aachen-Stadt, UB Essen, UB Gelsenkirchen, UB Dortmund	96
G4	Politischer Handlungsbedarf bei der Erkrankung Endometriose Region Ostwestfalen-Lippe	100
G5	Armut und Gesundheit: Weil du arm bist, wirst du früher sterben UB Dortmund, UB Oberhausen, UB Essen, KV Recklinghausen	102
G6	Ok, Boomer – Gegen eine Dienstpflicht, für einen selbstbestimmten Start ins Leben KV Olpe, UB Siegen-Wittgenstein, UB Märkischer Kreis	104
G7	Einschränkung von Werbung für alkoholhaltige Getränke UB Dortmund, KV Recklinghausen	105
G8	Beer with plastic - not fantastic! UB Mülheim Ruhr, UB Kreis Mettmann, UB Oberhausen, UB Dortmund, KV Recklinghausen	106
G9	Überziehungsgebühren für Büchereien abschaffen! UB Herne	107

I - Innenpolitik und Justiz

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in	Seite
I1	Decolonize NRW UB Kreis Wesel	108
I2	Qedexeya li ser PKKê rakin! - Aufhebung des PKK-Verbot. UB in der Städteregion Aachen, UB Aachen-Stadt, KV Düren/ Jülich, UB Heinsberg, KV Euskirchen	110
I3	Ein Asylrecht das krank macht – Wege zur einer jungsozialistischen Asyl- und Migrationspolitik UB Ennepe-Ruhr, UB Kreis Wesel, UB Bonn	112
I4	Armut darf nicht bestraft werden UB Münster	117
I5	„Nein! Mein Körper gehört mir!“ – Die Bekämpfung und Prävention von Kindesmissbrauch Region Ostwestfalen-Lippe	121
I6	Einheitliche Voraussetzungen und Standards für einen vollumfänglichen Kinderschutz in ganz NRW KV Recklinghausen, UB Oberhausen, UB Dortmund	122

M - Mobilität, Wohnen und Infrastruktur

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in	Seite
M1	Mobilität von Morgen - Unser Plan für die Mobilitätswende in Stadt und Land Region Ostwestfalen-Lippe	125
M2	Fahren ohne Fahrschein entkriminalisieren! UB Kreis Wesel	131
M3	Überwindung des Tarif Dschungel - Schaffung eines 365 Euro ÖPNV Tickets UB Borken, UB Steinfurt, UB Coesfeld, KV Warendorf	132
M4	"Put your hands up for Detroit" – Südwestfalen braucht ein Strukturprogramm! UB Siegen-Wittgenstein, UB Märkischer Kreis, UB Hochsauerland, UB Kreis Soest, KV Olpe	133
M5	Marmor, Stein und Eisen bricht, aber unsere Miete nicht. Für mehr bezahlbaren Wohnraum für junge Menschen! UB Köln	135
M6	Staffelmiete verbieten! UB Herne	137

O - Organisationspolitik

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in	Seite
O1	Antisemitismus auch als Antisemitismus benennen. Kooperationsverbot und Unvereinbarkeitsbeschluss mit BDS-nahen Personen und Organisationen. UB Märkischer Kreis, UB Hochsauerland, UB Siegen-Wittgenstein, UB Kreis Soest, KV Olpe	138
O2	Barrierefreiheit auf allen Veranstaltungen der NRWJusos UB Essen	140
O3	Fleisch ist kein Gemüse UB Bonn	141
O4	Antrag zur Stärkung strukturschwacher Unterbezirke UB Borken, UB Coesfeld, UB Steinfurt, KV Warendorf	142
O5	Ich marx Seifenblasen KV Olpe, UB Siegen-Wittgenstein, UB Hochsauerland, UB Märkischer Kreis	144

W - Nachhaltige Wirtschaftspolitik, Steuern

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in	Seite
W1	Kriegsprofiteure zur Kasse bitten! UB Dortmund, UB Oberhausen, UB Mülheim Ruhr, KV Recklinghausen	145
W2	Mit der Mehrwertsteuer kann man nicht umverteilen! KV Recklinghausen, UB Oberhausen, UB Dortmund	147
W3	Entlastung muss kommen: Energiepreisdeckel – jetzt! UB Borken, UB Coesfeld, UB Steinfurt, KV Warendorf	148
W4	Abschaffung der Rentenbesteuerung UB Borken, UB Coesfeld, UB Steinfurt, KV Warendorf	150
W5	7 statt 19% MwSt. für pflanzliche Ersatzprodukte UB Borken, UB Coesfeld, UB Steinfurt, KV Warendorf	152

W6	Freie Reparaturwerkstätten der Welt vereinigt euch! Support your local Repairworkshop! KV Olpe, UB Siegen-Wittgenstein, UB Hochsauerland, UB Märkischer Kreis	153
W7	Strengere Kontrollen und Regulierungen bei der Produktkennzeichnung mit Bio-Siegeln UB Düsseldorf, UB Remscheid, UB Wuppertal, UB Solingen	154

Antrag A1: Zeit für Sozialismus

Antragsteller*in:	Landesvorstand
Sachgebiet:	A - Arbeitsprogramm

1 Zeit für Sozialismus

2 Ausgangslage und bevorstehende Herausforderungen

3 Mit großen Hoffnungen sind wir als Verband in das Jahr gestartet. Vor uns lag ein
4 klar definiertes Ziel: Wir wollten die Landtagswahlen 2022 in NRW gewinnen! Für
5 dieses ehrgeizige Ziel hatten sich auch viele Jusos in ihren Wahlkreisen um ein
6 Mandat beworben und frühzeitig brachten wir uns auch inhaltlich in den
7 Programmprozess ein. Und natürlich war die Enttäuschung am Wahlabend dann groß, als
8 wir uns nicht nur eingestehen mussten, dass wir unser Ziel klar verfehlt hatten,
9 sondern dass wir auf dem Weg dahin sogar viele Wähler*innen eher dazu überzeugten,
10 gar nicht zur Wahl zu gehen, als der SPD ihre Stimme zu geben. Jetzt heißt es also
11 aufarbeiten. Aufarbeiten des historisch schlechtesten Ergebnisses der NRW SPD,
12 aufarbeiten weshalb es uns so wenig gelang, ein eigenes inhaltliches Profil zu
13 schärfen, welches für Wähler*innen nicht nur die bessere unter den schlechten
14 Alternativen darstellt. Aber natürlich darf diese Aufarbeitung kein Selbstzweck sein.
15 Es geht nicht darum eine Wahl zu gewinnen, um am Wahlabend zu feiern und
16 selbstbewusst sagen zu können: Wir sind die stärkste der Parteien! Es geht vielmehr
17 um unsere Überzeugung, dass es den Jungsozialismus braucht und dass es die
18 Sozialdemokratie braucht um Millionen von Menschen – nicht nur in NRW – linke,
19 progressive Perspektiven zu eröffnen und ein Leben in Würde und mit Teilhabe zu
20 ermöglichen.

21 Aufarbeitung unserer Niederlage heißt also vor allem eins: Das Zurückbesinnen, wie
22 die Inhalte, die diese Würde und Teilhabe beinhalten, aussehen und wie wir sie
23 umsetzen wollen. Und unsere Antwort ist dabei selbstverständlich der Sozialismus. Das
24 erscheint wie eine große Aufgabe und doch müssen wir uns besinnen, dass sich der
25 Kampf lohnt, wenn wir gemeinsam dafür einstehen und unser Verständnis als
26 jungsozialistischer Jugendverband, der sich immer in kritischer Solidarität mit der
27 eigenen Mutterpartei versteht, im Blick behalten. Denn betont werden muss: Es geht um
28 so viel. Nicht erst die Coronapandemie verschärfte soziale Härten, nun schlittern wir
29 in Inflation und Gaskrise aufgrund des russischen Angriffskrieges. Nur unsere Stimme
30 wird der Garant sein können, dass wir in diesen Zeiten nicht aus den Augen verlieren
31 um was es geht: Das Leben von denen besser zu machen, die von unserem
32 kapitalistischen System nicht nur übersehen, sondern auch aktiv ausgebeutet und
33 unterdrückt werden. BIPOC, die mit der vollen Breitseite des rassistischen Systems
34 konfrontiert sind. FINTA, die immer die volle Last der patriarchalen Gewalt spüren.
35 Jüdinnen*Juden, deren Leben durch strukturellen Antisemitismus geprägt ist. Menschen
36 mit Behinderung und/oder chronischer Erkrankung, deren Diskriminierung in Form von
37 Ableismus nicht nur das finanzielle Abseits bedeutet. Queere, die immer auch
38 körperliche Angriffe fürchten müssen in unserer heteronormativen Gesellschaft und
39 Menschen des Prekariat, für die das Versprechen nach Teilhabe innerhalb unseres
40 Systems einfach nicht gilt. Am Ende des Tages muss also umso mehr gelten: Es ist Zeit

41 für Sozialismus und wir wollen ihn gestalten!

42 **1. Für eine Innenpolitik, die nicht nur der Dominanzgesellschaft Sicherheit bietet**

43 Können wir Innen- und Sicherheitspolitik? Wenngleich diese Frage zu stellen auf den
44 ersten Blick ketzerisch vorkommen mag, sie ist berechtigt. Denn nicht nur unser
45 vergangener Kampf gegen das neue Polizeigesetz oder das
46 Versammlungsverhinderungsgesetz auf Landesebene zeigen: Auch im Austausch mit unserer
47 Partei sind wir noch am Anfang der Überzeugungsarbeit, wie linke progressive Ideen
48 von Innen- und Sicherheitspolitik aussehen müssen. Dabei könnte genau dieses Ressort
49 einen Großteil eines aktuellen Verständnisses jungsozialistischer wie auch
50 sozialdemokratischer Kernthemen sein, wenn wir in den Blick nehmen, für wen
51 konservative Modelle gemacht sind.

52 Schnell muss man in der Analyse zu dem Schluss kommen, dass letztere vor allem einem
53 subjektiven Sicherheitsempfinden einer (vornehmlich weißen) Dominanzgesellschaft
54 entsprechen. Vor allem auf dem rechten Auge sind Konservative – und damit auch die
55 Mehrheit der aktuellen Landesregierung – blind. Und auch der Koalitionsvertrag zeigt:
56 Die aktuelle Landesregierung hat kein Interesse an einer Innen- und
57 Sicherheitspolitik für die, die sie am dringendsten bräuchten. Und das sind aus
58 intersektionaler Perspektive nun mal vor allem von Rassismus betroffene, für die die
59 Polizei aber eben auch die rechte Szene und die Verquickung beider eine ganz andere
60 Problematik bedeuten als für weiße Menschen.

61 Deshalb muss es uns ein Auftrag sein, unseren intersektionalen Anspruch konkret in
62 die Praxis zu übertragen, wenn wir uns in den kommenden zwei Jahren der Frage stellen
63 wollen, wie Polizeistrukturen aus jungsozialistischer Sicht gestaltet werden müssen.
64 Und natürlich muss auch die Frage von Migrations- und Asylpolitik in diesem Kontext
65 besprochen werden, denn jenseits eines Selbstzweckes von möglichen Wähler*innen zu
66 gewinnen muss es uns hier um unsere allgemeine Positionierung, dass kein Mensch
67 illegal ist, gehen. Wir wollen die Diskussion um einen jungsozialistischen und damit
68 intersektionalen Aufschlag einer Sicherheits- und Innenpolitik also von Grund auf
69 führen.

70 **2. Für Gemeinwohl jenseits von Worthülsen**

71 Unser zweiter zentraler Schwerpunkt für die kommende Legislatur soll die in unseren
72 Kreisen viel beschworene Debatte um Gemeinwohl, Teilhabe und soziale Gerechtigkeit
73 sein. Wir kommen nicht umhin uns als Generation zu verstehen, die sich im Angesicht
74 von Pandemie, Krieg und Flucht, drohendem finanziellem Abstieg, Klimakrise und
75 gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in einem konstanten Gefühl der fehlenden
76 Teilhabemöglichkeiten befindet. Die Liste der strukturellen Problemlagen, sie ist
77 lang und wir müssen anerkennen, dass die Zugangsvoraussetzungen an diesen etwas zu
78 verändern, sehr unterschiedlich verteilt sind. Ismen vor allem wie Klassismus,
79 Rassismus, Antisemitismus, Sexismus, Ableismus und Queerfeindlichkeit halten noch
80 immer sehr effektiv Hürden für einen beträchtlichen Anteil unserer Gesellschaft hoch.
81 Sei es beim Zugang zu Bildung, der Wohnsituation oder der ganz einfachen Frage, wie
82 man von A nach B kommt und welche Stadt man sich leisten kann. Noch immer spielen
83 soziale Faktoren in die Grundbedingungen eines Lebens mit ein.

84 Besonders im Angesicht der drohenden Gaskrise und Inflation müssen wir deshalb
85 definieren, welche Vorstellung von Daseinsvorsorge uns eint. Und natürlich müssen wir

86 auch hier die Systemfrage stellen. Natürlich wäre es verkürzt, jede Form der
87 Diskriminierung nur als Nebenwiderspruch des Kapitalismus zu verstehen, aber
88 vollkommen klar sein muss, dass in einer kapitalistisch organisierten Welt vor allem
89 ohnehin bestehende Startvorteile für den kleinsten (und reichsten) Teil der
90 Gesellschaft noch befeuert werden. Auch hier wollen wir also eine Diskussion mit
91 verschiedensten Perspektiven und dem Ziel eines neuen konkreten Verständnisses
92 entwickeln.

93 **Ein Verband – eine Liebe**

94 Als Landesverband sind wir immer nur so stark wie unsere kleinste einende Position.
95 Jede*r Genoss*in ist von großer Bedeutung für unsere hochgesteckten Ziele. Gemeinsam
96 muss es deshalb immer darum gehen, den Landesverband mit und für alle Jusos in NRW
97 und nicht an ihren Bedürfnissen vorbei zu gestalten. Auf Landeskonferenzen,
98 Landesausschüssen oder unseren zahlreichen Bildungsveranstaltungen kommen wir um die
99 besten Lösungen ins Gespräch und verhandeln immer wieder neu, was wir für den Verband
100 als den besten Weg identifizieren. Auf Bundeskongressen und in den Angeboten des
101 Bundesverbandes nehmen wir unsere Verantwortung als größter Landesverband wahr. Ein
102 Grundkonsens eint uns damit immerzu: Es geht um die große jungsozialistische Idee, zu
103 der wir uns über ein Gemeinschaftsgefühl und festen Zusammenhalt als geeinter
104 Landesverband tragen wollen.

105 Den unterschiedlichen Perspektiven innerhalb unseres großen Verbandes wollen wir
106 deshalb wo nur möglich immer wieder die Möglichkeit bieten, sich Gehör zu verschaffen
107 und produktiv an unserem Kampf teilzuhaben. Gemeinsam können wir so unserem Anspruch
108 gerecht werden, innerhalb unserer Partei aber auch gesamtgesellschaftlich zu wirken.

109 **1. In der Opposition? Das Verhältnis zur NRW SPD**

110 Kritische Solidarität, so definieren wir unser Verhältnis zur SPD immer wieder gern.
111 Und besonders jetzt ist unsere Zeit gekommen, dieses Versprechen in die Tat
112 umzusetzen. Denn im Anblick einer zweiten Legislatur in der Opposition im
113 Düsseldorfer Landtag, kommen wir nicht umhin, unsere Partei dazu treiben zu wollen,
114 diese ungünstige Voraussetzung nicht als Entschuldigung für eine politische Ohnmacht
115 zu verstehen. Auch um der Juso-Abgeordneten Willen, die es in den Landtag geschafft
116 haben und dort für linke progressive Ideen einstehen, dürfen wir unseren
117 Gestaltungsanspruch innerhalb der NRW SPD nicht aufgeben. Dieser ist
118 selbstverständlich untrennbar verbunden mit dem immer wieder in der Praxis bewiesenen
119 Versprechen, dass wir es sind, die die Kampagnenfähigkeit der Partei tragen und denen
120 es deshalb nicht egal ist welchen Stellenwert die NRW SPD in der Meinung der Menschen
121 in unserem Land einnimmt.

122 Die Kraftanstrengung, die deshalb auf unsere Partei zukommt in den kommenden Jahren
123 übernehmen wir gerne mitverantwortlich und wollen so gemeinsam dafür kämpfen, dass
124 bei den anstehenden Europa- und Kommunalwahlen ein anderes Ergebnis für die SPD auch
125 in NRW drin ist.

126 **2. Wahlkampf ist nie so ganz vorbei**

127 Auch wenn wir uns nach den Anstrengungen der eng aufeinanderfolgenden Bundes- und
128 Landtagswahl in einem Zustand wähen, in dem die nächsten Wahlen weit entfernt
129 scheinen, müssen wir uns vor Augen führen, dass dem nicht so ist. 2024 stehen die
130 Europawahlen an und im darauffolgenden Jahr müssen wir bei der Kommunalwahl in NRW
131 alles dafür geben, dass sozialdemokratische und auch jungsozialistische Ideen auch

131 alles dafür geben, dass sozialdemokratische und auch jungsozialistische Ideen auch
132 auf kommunaler Ebene eine Rolle spielen. Deshalb wollen wir die kommenden zwei Jahren
133 auch dafür nutzen uns vor allem auf die Kommunalwahl einzustimmen. Das heißt sowohl
134 frühzeitig dafür Sorge zu tragen, dass alle Jusos, die sich gemeinsam mit unserer
135 Unterstützung um ein kommunalpolitisches Mandat bemühen wollen, den nötigen Raum
136 innerhalb unseres Verbandes dafür bekommen können. Aber natürlich auch, dass wir die
137 von uns oft unter Beweis gestellte Kampagnenfähigkeit weiterhin sicherstellen wollen.
138 Ob thematisch oder strukturell: Wir wollen uns nicht ausruhen und auch die
139 zwischenzeitliche Verschnaufpause zwischen den Wahlkämpfen produktiv für unsere Sache
140 nutzen!

141 **1. Wege zu einer progressiven und jungsozialistischen Innen- und** 142 **Sicherheitspolitik in NRW**

143 Die innen- und sicherheitspolitische Ausrichtung der vergangenen Jahre in NRW macht
144 deutlich, dass diese die Chance einer humanen und progressiven Innen- und
145 Sicherheitspolitik verfehlt hat und in ihrer Ausrichtung allen voran neoliberalen und
146 konservativen Kräften dient. Auch ein verschärfter Blick auf den Koalitionsvertrag
147 der schwarz-grünen Landesregierung lässt wenig Hoffnung übrig, dass repressive
148 Rechtsgrundlagen entschärft werden und wirksame Schutzmechanismen Etablierung finden.
149 Wir Jungsozialist*innen müssen uns daher umso mehr mit der Frage auseinandersetzen,
150 wie unser Verständnis einer jungsozialistischen Innen- und Sicherheitspolitik
151 ausformuliert werden kann und welche politischen Handlungsansätze in diese
152 Ausformulierung impliziert werden können. Denn in unserer bisherigen Analyse müssen
153 wir feststellen, dass die beiden politischen Themenstränge nur wenig Raum in unserer
154 kritischen Auseinandersetzung zwischen den Verhältnissen – staatlichem Handeln und
155 daraus resultierenden Auswirkungen auf gesellschaftliche und individuelle Aspekte –
156 finden.

157 Wenn staatliche Instanzen Diskriminierungsrisiken nicht ernstnehmen, institutionelle
158 Diskriminierungen durch eine missbräuchliche Auslegung von Autorität entsteht und
159 Rechtsgrundlagen so ausgelegt sind, dass marginalisierte Gruppen der Zugang zu einem
160 Leben in Schutz und Freiheit systematisch verwehrt wird, dann ist es aus
161 jungsozialistischer Perspektive essenziell, sich mit möglichen Gegenkonzepten
162 auseinanderzusetzen und Antworten auf diese systemischen Missstände zu finden. Dabei
163 ist vor allem die derzeitige Auslegung des Sicherheitsbegriffs kritisch in Frage zu
164 stellen, denn wir erkennen, beispielsweise an Praktiken der Sicherheits- und
165 Ermittlungsbehörden, wie mithilfe des Begriffs rassistische und stigmatisierende
166 Narrative in Umlauf gebracht werden und sich gegen marginalisierte Gruppen richten.
167 In den anstehenden zwei Jahren werden wir daher Gegenkonzepte entwickeln, die einem
168 jungsozialistischem Verhältnis von Staat und Sicherheit gerecht werden und in denen
169 relevante Querschnittsthemen, wie zum Beispiel Flucht und Migration – und die darin
170 implizierte Frage der humanen Unterbringung von Schutzsuchenden in NRW – eine Rolle
171 spielen werden.

172 **Mehr Schutz für Betroffene von Diskriminierungspraktiken in den Behörden**

173 Auch in NRW steigen die Fallzahlen rassistischer und diskriminierender Gewalt durch
174 Behörden. Vor allem die Polizei NRW ist in diesem Kontext zu erwähnen. Auch, wenn es
175 nur wenige Studien dazu gibt, unterstreicht die vorhandene Forschung das Ausmaß

177 rassistischer und diskriminierender Einstellungen und Handlungspraktiken bei der
178 Polizei NRW und macht deutlich, dass dieses Problem strukturell ist und von bloßen
179 Einzelfällen nicht die Rede sein kann. Diese Strukturen innerhalb von Polizeibehörden
180 müssen aufgearbeitet werden. Der schwarz-grüne Koalitionsvertrag nimmt sich den
181 rassistischen und diskriminierenden Tendenzen der Polizeiarbeit jedoch kaum an. Zwar
182 soll die Stelle einer*eines unabhängigen Polizeibeauftragten – angedockt beim Landtag
183 – entstehen, ein echter Schutzmechanismus für Betroffene wird damit aber nicht
184 etabliert. Dieser Untätigkeit setzen wir unsere politische Arbeit entgegen. Wir
185 müssen uns – insbesondere als politische Oppositionsjugend – mit der Frage befassen,
186 wie wir echte Schutzkonzepte für marginalisierte Gruppen erarbeiten und auf den Weg
187 bringen können. Wir wollen uns mit verschiedenen Instrumenten, wie etwa einer
188 Kennzeichnungspflicht für Polizeibeamt*innen auseinandersetzen, entsprechende
189 Beiträge in der Forschung miteinbeziehen und für effektive, progressive
190 Sicherheitskonzepte werben.

191 Dabei müssen wir alle Behörden miteinbeziehen. Wir werden uns somit weiterhin für ein
192 nordrhein-westfälisches Landesantidiskriminierungsgesetz (LADG) einsetzen, welches in
193 seiner Gestaltung dem Berliner LADG gleichen soll und die Etablierung kommunaler
194 Antidiskriminierungsstellen miteinbezieht und Finanzierungsaspekte abdeckt. Auch bei
195 der Frage, wie Sicherheit uns jungen Menschen verkauft wird, werden wir passende
196 Antworten finden müssen. Die Beibehaltung des neu beschlossenen Versammlungsgesetzes
197 zeigt nunmehr deutlich, dass die derzeitige Auslegung des Sicherheitsbegriffs allein
198 konservativen Kräften dient. Deshalb werden wir weiterhin für die Entkriminalisierung
199 von Demonstrierenden und die Rückkehr eines progressiven
200 Versammlungsfreiheitsgesetzes kämpfen, das diesen Namen auch verdient.

201 **Flucht, Asyl und Integration – Recht auf Sicherheit und Teilhabe stärken**

202 Der russische Angriffskrieg in der Ukraine hat nun einmal mehr gezeigt, dass die
203 Themen Flucht, Asyl und Integration wichtige Querschnittsthemen der Innen- und
204 Sicherheitspolitik – auch in NRW – darstellen sollten. In der Vergangenheit machte
205 sich der amtierende Innenminister, im Rahmen dieser wichtigen Querschnittsthemen, vor
206 allem durch unwürdige „Abschiebedebatten“ bemerkbar. Wir wollen mit der Aufmachung
207 und Einbettung dieser Themen bewirken, dass sie näher ins innen- und
208 sicherheitspolitische Verständnis rücken. In NRW ankommende Schutzsuchende brauchen
209 von Beginn an eine Bleibeperspektive und gehören, gerade aus einer
210 Integrationsperspektive in den Kern der Gesellschaft. Wir wollen uns daher intensiver
211 mit Erstaufnahmeprozessen auseinandersetzen und Konzepte für eine würdevolle und
212 dezentrale Unterbringung von Schutzsuchenden in den Kommunen erarbeiten, um die
213 Isolation von Schutzsuchenden in den Landeserstaufnahmeeinrichtungen zu
214 durchbrechen.

215 Zudem wollen wir uns auch näher mit dem Teilhabe- und Integrationsmanagement in den
216 Kommunen befassen, denn für uns ist klar, dass die gesellschaftliche und
217 institutionelle Teilhabe ein wichtiger Schlüssel für ein erfüllendes Leben darstellt.
218 Wir wollen uns daher noch intensiver mit den Zugangschancen – im Kontext des Arbeits-
219 und Bildungssystem – für Schutzsuchende und lange geduldete Menschen
220 auseinandersetzen. Im Spektrum der politischen Teilhabe, wollen wir uns aus diesem
221 Grund ebenfalls weiterhin für ein Wahlrecht für alle einsetzen.

222 **2. Gemeinwohl, Teilhabe und soziale Gerechtigkeit**

223 Die Coronakrise ist noch nicht vorbei, da beschäftigt uns bereits der russische
224 Angriffskrieg. Dessen Auswirkungen sind für viele jetzt schon finanziell spürbar. Die
225 Energie- und Lebensmittelpreise steigen und steigen. Einnahmeeinbußen aus der
226 Pandemie und strukturelle Armutsrisiken verschärfen bereits vor der Pandemie
227 bestehende systematische Ungleichheiten und mangelnde Teilhabe. Gleichzeitig
228 profitieren viele Großkonzerne und meinen, aus der aktuellen Preisentwicklung Profit
229 schlagen zu können, während in der Ukraine Millionen von Menschen die Flucht in die
230 EU antreten müssen, weil ein Diktator sie mit seinen imperialistischen Großphantasien
231 angreift. Und während die Bestürzung über diesen Völkerrechtsbruch noch immer tief
232 sitzt, meinen konservative und rechte Kreise nun Debatten über „bessere“ und
233 „schlechtere“ Geflüchtete aufzumachen, während vor der Festung Europas noch immer
234 Tausende elendig sterben auf der verzweifelten Suche nach ihrem Platz in einem
235 System, das sie aufgrund ihrer Hautfarbe und ihrer Herkunft als Menschen zweiter
236 Klasse versteht. Jede geflüchtete Person muss gleichbehandelt werden, egal welcher
237 Herkunft und welchen Glaubens. Unserem Verständnis nach sollte kein Mensch illegal
238 sein.

239 Zunehmend beschäftigen immer mehr Menschen die steigenden Lebensmittel- und
240 Lebenshaltungskosten. Und während sich viele (auch linke) Akteur*innen mehr und mehr
241 in individuellen Lösungsvorschlägen für ein strukturelles Problem verlieren, muss
242 unser Anspruch als sozialistischer und damit kapitalismuskritischer Verband ein
243 anderer sein. Wenn andere von geringerem individuellen Strom- und Lebensmittelkonsum
244 sprechen, müssen wir diejenigen sein, die die Systemfrage stellen. Denn wir wissen:
245 Armut wie auch die jetzigen finanziellen Belastungen, sie treffen
246 überdurchschnittlich FINTA und sie treffen überdurchschnittlich BIPOC. Sie treffen
247 Geflüchtete, wie auch Menschen mit Migrationsgeschichte, sie treffen alleinerziehende
248 Mütter und sie treffen Menschen mit Behinderung und/oder chronischer Erkrankung, die
249 noch so oft im Nebenzimmer der Gesellschaft für unwürdige Hungerlöhne arbeiten
250 müssen. Damit stehen erneut in unserer klassistischen, sexistischen wie rassistischen
251 und ableistischen Gesellschaft, die im Fokus sozialer Härte, die bereits durch
252 systematische Diskriminierung und Unterdrückung klein gehalten werden. Als NRW Jusos
253 müssen wir uns deshalb in den kommenden Jahren vor allem mit strukturellen
254 Lösungsansätzen auseinandersetzen, die einer jungsozialistischer Idee von Gemeinwohl,
255 barrierefreier Teilhabe und sozialer Gerechtigkeit Rechnung tragen. Dabei wollen wir
256 unterschiedliche Dimensionen sozialer Ungleichheit in den Blick nehmen und
257 ausschlaggebende Faktoren, wie zum Beispiel Orte, die als Reproduktionsfaktoren
258 sozialer Ungerechtigkeit gelten, identifizieren.

259 Im Kern unserer Arbeit soll uns dabei die Frage begleiten: Was ist ein zeitgemäßes
260 jungsozialistisches Verständnis von Daseinsvorsorge? Von der integrativen und
261 demokratischen Schule für alle Altersstufen über das Recht auf Wohnen bis hin zum
262 Thema Mobilität: Gemeinsam wollen wir ein breites und inklusives Verständnis davon
263 entwickeln, was ein Sozialstaat den Menschen für ein Leben in Würde und mit
264 Chancengleichheit bieten können muss. Ein besonderer Fokus soll dabei auch auf das in
265 sich krankende Gesundheitssystem gelegt werden, welches nicht nur die Rechte von
266 Beschäftigten mit Füßen tritt, sondern auch an den Bedürfnissen von Patient*innen und
267 Pflegebedürfnissen vorbei agiert. Ebenso soll die kommunale Linie – auch im Hinblick

268 auf die Kommunalwahl 2025 – nicht an Bedeutung in unserer Diskussion verlieren. Und
269 natürlich geht damit auch einher, dass wir regional innerhalb von NRW unterscheiden
270 müssen, was Kommunen leisten können und müssen und welche bestehenden
271 strukturschwachen Gebiete andere Lösungsmodelle von uns verlangen.

272 Außerdem wollen wir uns die nächsten zwei Jahre auch mit der Analyse beschäftigen,
273 wie soziale Ungerechtigkeit und Diskriminierung systematisch Menschen von Teilhabe in
274 und an der Gesellschaft hindert. So zeigt sich Diskriminierung aufgrund der sozialen
275 Herkunft und Position, sowie aufgrund von Rassismus, Sexismus, Antisemitismus und
276 Ableismus auf verschiedenen Ebenen. Betroffene Menschen werden mit Vorurteilen und
277 Vorannahmen in Medien sowie Gesellschaft konfrontiert, sie werden karikiert,
278 beleidigt, erfahren Gewalt, sozialen Ausschluss, haben einen schlechteren Zugang zu
279 Bildungs- und Gesundheitsinstitutionen, sind von finanziellen und existenziellen
280 Ängsten betroffen, sterben früher und erleiden häufiger Stresserkrankungen wie
281 Depressionen. Auch in politischen Verbänden bleibt Teilhabe gerade an entscheidenden
282 Positionen ein Privileg. In den nächsten zwei Jahren wollen wir uns vor allem mit
283 einer Analyse dieser Problematik beschäftigen und gemeinsam diskutieren, wie Teilhabe
284 an Gesellschaft und Politik kein Privileg bleibt. Auch wollen wir uns mit der Frage
285 der demokratischen Schule beschäftigen und diskutieren, wie Schule ein Ort
286 politischer Bildung werden kann, die Schüler*innen empowert die eigene Stimme zu
287 erheben. Hier wollen wir über das jetzige System hinausblicken und Ideen wie
288 Schüler*innenparlamente und das allgemeinpolitische Mandat für
289 Schüler*innenvertretungen diskutieren unter der Leitfrage: Eine Schule von
290 Schüler*innen für Schüler*innen – wie kann das funktionieren?

291 Doch wir wären kein sozialistischer Verband, wenn wir nicht neben der staatlichen und
292 gesellschaftlichen Verantwortung immer auch den Blick auf jene richten würden, die
293 das größte Stück Kuchen in unserem kapitalistischen System abbekommen. Den
294 Arbeitgeber*innen, die etwa nicht bereit sind unter anderem mit guten
295 Ausbildungsangeboten ihrer eigenen Verantwortung gerecht zu werden, wollen wir ihren
296 Teil an der Erfüllung des Gemeinwohls abverlangen. Gerade im Sinne einer
297 Klimagerechtigkeit, gilt es hier die größten CO2-Verbraucher*innen in die Pflicht zu
298 nehmen und dabei bereits jetzt marginalisierte und somit stärker betroffene
299 Bevölkerungsgruppen sozialgerecht zu entlasten. Die Frage, wie unsere sozialistische
300 Idee sich auf die kapitalistisch organisierte Wirtschaft auswirken muss, um unser
301 Ideal von Teilhabe, Gemeinwohl und sozialer Gerechtigkeit zu erfüllen, soll uns also
302 ebenso beschäftigen und unseren Arbeitsprozess strukturieren.

303 **3. Sozialismus**

304 **Unser sozialistisches Grundverständnis**

305 Die NRW Jusos verstehen sich als sozialistischer Richtungsverband. Das bedeutet, dass
306 für uns der demokratische Sozialismus weder historische Folklore noch hohle Phrase,
307 sondern konkretes Ziel unserer politischen Arbeit ist. Wir kämpfen für eine
308 Gesellschaft der Freien und Gleichen, in der Mensch das eigene Leben ohne Ausbeutung,
309 Gewalt und Unterdrückung so gestalten kann, wie Mensch möchte. Damit ist unser
310 Bekenntnis zum demokratischen Sozialismus auch ein Bekenntnis zur Überwindung der
311 kapitalistischen Verhältnisse, in denen wir leben. Um dieses Ziel zu erreichen,
312 braucht es eine stets aktuelle Analyse dieser Verhältnisse und die Beschäftigung mit
313 sozialistischen Theorien sowie eine kontinuierliche Bildungsarbeit im Verband. Der

314 demokratische Sozialismus ist für uns deshalb nicht auch ein Thema unserer
315 Verbandsarbeit, sondern er ist eines der zentralen Querschnittsthemen, die wir stets
316 mitdenken müssen. Diesem Anspruch wollen wir auch in den kommenden Jahren gerecht
317 werden.

318 **Wirtschaftssystem demokratisieren**

319 Bereits seit 1928 haben die deutschen Gewerkschaften, damals noch im Allgemeinen
320 Deutschen Gewerkschaftsbund (ADGB) organisiert, ein Konzept erarbeitet und sich damit
321 dafür eingesetzt, die Wirtschaft und das Arbeitsleben zu demokratisieren. Zu betonen
322 ist hierbei der Begriff der Mitbestimmung. Dieser meint nicht die bloße Anhörung oder
323 die lose Beteiligung, sondern die Pflicht zu solchem. An der Stimme der
324 Arbeitnehmenden hat kein Weg vorbeizuführen! Das muss auch für unser heutiges
325 Verständnis von wirtschaftlicher Mitbestimmung gelten. Arbeitnehmende sind somit
326 stärker in die Produktionsprozesse und unternehmerischen Entscheidungen
327 einzubeziehen.

328 **Grenzen des Wachstums**

329 Der Kapitalismus und sein Streben nach Profitmaximierung verantworteten die Knappheit
330 der globalen Ressourcen. Doch sind unsere globalen Ressourcen nicht endlos, wie es
331 der Kapitalismus annimmt. Um sie zu schützen und (damit) unsere Lebensgrundlage zu
332 sichern, braucht es klare gesetzliche Rahmenbedingungen, die Konzerne dazu
333 verpflichten, Klimaschutzmaßnahmen, den Schutz von Ressourcen und die wirkliche
334 Verbesserung des allgemeinen Lebens umzusetzen.

335 **Moderne mit Marx**

336 Für uns als Jungsozialist*innen ist klar: Kapitalismus ist kein bloßer Kampfbegriff.
337 Kapitalistische Wirtschaftsweisen sind differenziert zu betrachten, haben
338 verschiedene Auswirkungen, sowie Ungleichheitsmechanismen und verbleiben real gesehen
339 oftmals in ihren suboptimalen Folgen (u.a. die Gefährdung einiger soz. Schichten).
340 Uns ist bewusst, dass der Staat wirtschaftliche Rahmenbedingungen maßgeblich
341 bestimmt, weshalb wir unser Verständnis jener Kapitalismen schärfen werden, um damit
342 demokratisch-sozialistische Theorie als Werkzeug zur angemessenen und
343 gesellschaftlich tragfähigen Antwort auf drängende Fragen unserer Zeit sinnvoll zu
344 nutzen! Von besonderer Relevanz ist dabei Umverteilung (von Kapital und Ressourcen)
345 sowie die Anerkennung von und der Kampf gegen Klassismus (die Diskriminierungsform
346 der sozialen Herkunft und Position), die Wertschätzung von Arbeit, ein gutes soziales
347 Sicherungssystem, sowie der Aspekt der Digitalisierung.

348 Während, nicht zuletzt im Zuge der Pandemie, ein erheblicher Teil des öffentlichen
349 Lebens in die Digitalität verlagert wurde, obliegt es oft einigen wenigen
350 privatwirtschaftlichen und profitorientierten Konzernen, diese zu kontrollieren. In
351 diesem Zusammenhang wollen wir eine jungsozialistische Antwort auf die Frage finden,
352 welche Rolle der Staat als Akteur in derartigen Prozessen spielen muss.

353 Darüber hinaus ist festzuhalten, dass sich unsere postmoderne und vielfältige
354 Gesellschaft zur Analyse nicht mehr schlicht in zwei Klassen einteilen lässt. Daher
355 ist es unser Ziel, die oftmals diffus verwendeten Begriffe des Proletariats und des
356 Prekariats für unsere Arbeit zu präzisieren, ein Klassenbewusstsein zu schaffen und
357 entsprechende politische Forderungen und Fahrpläne zu entwickeln, welche die
358 Interessen der Menschen aus prekären Arbeits- und Lebensverhältnissen angemessen
359 vertreten! Hierbei wollen wir auch mit Bündnispartner*innen zusammenarbeiten.

360 **4. Feminismus**

361 Der Feminismus ist nicht ohne Grund einer unserer Grundwerte. Wir bekennen uns zu
362 einem intersektionalen Feminismus und formulieren den Anspruch, Intersektionalität
363 bedingungslos mitzudenken und zu „leben“. Als Jusos verstehen wir uns als vorderste
364 Kämpfer*innen gegen patriarchale Unterdrückung und Gewalt und vertreten den Anspruch,
365 dass sich alle Genoss*innen diesem Grundwert verschreiben. Es kann nicht sein, dass
366 nur vom Patriarchat Unterdrückte für sich und ihre Rechte einstehen müssen. Das
367 bedeutet, dass besonders vom Patriarchat nicht Betroffene den feministischen Kampf
368 auch als ihren begreifen müssen. Ziel dessen ist eine Allyship-Kultur, die Safer
369 Spaces schafft und unsere feministischen Positionen vorantreibt. Dafür ist es nötig,
370 dass sich alle mit diesen Themen auseinandersetzen. Um dies zu gewährleisten,
371 erscheint es uns notwendig, feministische Inhalte zu einem gewissen Grad unvermeidbar
372 zu machen und wir wollen beibehalten, dass es auf all unseren Veranstaltungen
373 zumindest eine feministische Viertelstunde gibt.

374 Beständiges Projekt bleibt für uns die Ausweitung unseres feministischen
375 Grundverständnisses, was unter anderem bedeutet, dass wir uns verstärkt mit der Frage
376 unserer Definition von feministischer Solidarität und der Frage von FINTA statt
377 Frauen-Quoten beschäftigen. Darüber hinaus ist für uns klar, dass Feminismus ein
378 Querschnittsthema ist und sich deshalb ein lila Faden durch all unsere Themen und
379 Veranstaltungen ziehen soll und es die Intersektionalität stets mitzudenken gilt.
380 Fragen der sexuellen und reproduktiven Selbstbestimmung, des Gewaltschutzes von FINTA
381 und materielle Fragen wie der Gender Pay Gap, gehören zu den feministischen Themen,
382 die uns in den kommenden Jahren beschäftigen sollen.

383 Unser Anspruch ist es weiterhin, die Sensibilisierungsarbeit (auch in unserem
384 Verband) weiter voranzubringen, beispielsweise indem wir Antisexismus für uns
385 ausdifferenzieren und weitere Implementierungsstrategien entwickeln. Teil dessen soll
386 es sein, dass wir die Netzwerkstelle der Gleichstellungsbeauftragten reaktivieren und
387 stärken wollen. Dazu gehört auch, dass wir unser Bemühen gegen Sexismus und
388 sexualisierte Gewalt in unseren eigenen Reihen weiterführen müssen, indem
389 funktionierende Aufarbeitungsräume geschaffen werden. Um auch feministische
390 Wissensräume zu schaffen, die für alle zugänglich und attraktiv sind, wollen wir
391 einen Fokus darauflegen, unseren Umgang möglichst niedrigschwellig zu gestalten.
392 Denkbar für uns in diesem Zusammenhang sind etwa Informationsangebote in leichter
393 Sprache oder die Konzeption eines Lexikons relevanter feministischer Begriffe.

394 Eine Möglichkeit, dieses Wissen im gesamten Verband zu stärken liegt darin, dass wir
395 uns in den nächsten zwei Jahren auch mit der grundlegenden feministischen Theorie und
396 der Geschichte des Feminismus beschäftigen. Gleichzeitig bedeutet das für uns, dass
397 wir in Angriff nehmen wollen, den Teilnahmebeitrag zur FINTA-Rhetorikschulung zu
398 senken. Abseits dieser festen Veranstaltung soll im Rahmen einer kontinuierlichen
399 FINTA-Vernetzung, die Möglichkeit eines gegenseitigen Empowerments geschaffen werden,
400 das nicht zur weiteren Mehrbelastung von FINTA-Personen führt. Der Erfolg der letzten
401 Jahre zeigt uns außerdem, dass wir das mehrtägige Feminismus-Festival beibehalten
402 wollen. Auch die Genderplena sind ein wichtiger Bestandteil von Empowerment sowie ein
403 safer space für FINTA, um sich auszutauschen und sich zu unterstützen - die
404 Genderplena wollen wir deshalb ebenfalls beibehalten.

405 **5. Internationalismus**

406 In Anbetracht der weltpolitischen Entwicklung der letzten Zeit zeigt sich die
407 Dringlichkeit eines umfassenden internationalistischen Grundverständnisses. Wir
408 dürfen nicht vor schwierigen und heiklen Themen zurückschrecken und wollen daher
409 kritische Debattenräume öffnen, in denen wir beispielsweise unsere jungsozialistische
410 Position zu dem Thema Rüstungspolitik neu aushandeln. Gerade bei dieser Thematik ist
411 deutlich geworden, dass eine Neuaushandlung unserer bisherigen Positionen – durch
412 eine breite innerverbandliche Debatte – gestärkt werden kann. Auch
413 Abhängigkeitsverhältnisse, die durch wirtschaftliche und wissenschaftliche
414 Kooperationen mit autokratischen Staaten zementiert werden, müssen wir ernster in den
415 Blick nehmen.

416 Unser internationalistisches Selbstverständnis darf keineswegs globale und
417 historische Verflechtungen ausklammern. Globale Herausforderungen – gerade mit dem
418 Blick auf den sogenannten globalen Süden – sind Produkte rassistischer,
419 klassistischer und kapitalistischer Reproduktionsverhältnisse und haben ihren
420 Ursprung in der Kolonialzeit. Damit hört Dekolonialisierung für uns natürlich nicht
421 auf. Den Aspekt wollen wir auch im Blick behalten, wenn wir uns der Frage widmen, wie
422 internationale Zusammenarbeit eigentlich ausgelegt ist und Perspektiven entwickeln,
423 was wir daran ändern wollen. Dafür nehmen wir uns vor, Informationsfahrten
424 beispielsweise ins BMZ zu unternehmen, um da über Dekolonialisierung der deutschen
425 Entwicklungszusammenarbeit zu diskutieren. Darin inbegriffen liegt einerseits die
426 Konzeption einer feministischen Außen- und Entwicklungspolitik als auch das klare
427 Vorhaben den Eurozentrismus der Außenpolitik zu bekämpfen.

428 Ein weiterer wichtiger Schwerpunkt im Rahmen unserer internationalistischen
429 Ausrichtung wird für uns NRW Jusos die Europawahl 2024 sein. Wir werden uns noch
430 intensiver damit auseinandersetzen müssen, welche weiteren Reformationsschritte
431 benötigt werden, um das Projekt einer Sozialunion und innereuropäische
432 Demokratisierungsprozesse zu realisieren.

433 Darüber hinaus wollen wir im Allgemeinen unsere Bündnisarbeit mit internationalem
434 Partner*innen stärken und ausbauen, sowie den Austausch mit unseren
435 Schwesterorganisationen innerhalb der YES und der IUSY forcieren. Dabei soll unter
436 anderem die Entwicklung des internationalen Feminismus ein Thema sein.

437 **6. Antifaschismus und Antirassismus**

438 **Antifa ist Handarbeit!**

439 Seit langer Zeit ist der Antifaschismus einer der Grundwerte der Jusos und muss so
440 auch weiterhin einer der wichtigsten Bestandteile jungsozialistischer Arbeit bleiben.
441 Dabei ist Faschismus immer wieder historisch aufzuarbeiten, indem insbesondere
442 Strukturen und Institutionen in Deutschland hinterfragt werden und die
443 antifaschistische Erinnerungskultur aufrechterhalten wird, doch ist es genauso unsere
444 Aufgabe, dem aktuellen Bestreben faschistischer Bewegungen entgegenzuwirken.
445 Antifaschismus ist für uns Jungsozialist*innen Grundhaltung und Handlungsauftrag
446 zugleich!

447 In den kommenden Jahren müssen wir auf Demonstrationen Präsenz zeigen und weiter in
448 engem Austausch und naher Zusammenarbeit mit unseren Bündnispartner*innen stehen, um
449 weiterhin linke Bündnisse und antifaschistische Strukturen zu stärken. Unser Ziel ist
450 es weiterhin, Vernetzung zu realisieren und auch unsere eigenen Mitglieder im Kampf
451 gegen den Faschismus stärken. So z.B. durch interne Vernetzungen und Demo-Trainings

452 in Form von Themenwochenenden. Auch ist die Schaffung von Bildungsangeboten in ihrer
453 Breite auszuweiten. So könnten Themen Antiziganismus oder Antisemitismus links der
454 Mitte sein.

455 Faschismus hört weder an den Grenzen NRWs noch an den Grenzen Deutschlands auf,
456 weswegen unsere Aufgabe als Jungsozialist*innen darin besteht, faschistische
457 Strukturen europa- und weltweit zu identifizieren und dagegen zu kämpfen. Dabei
458 bedarf die Aufarbeitung der Kolonialgeschichte einen besonderen Fokus, um
459 postkolonialistische Bildungsarbeit und Politik voranzubringen. Es gehört zu unseren
460 Aufgaben, die Akzeptanz antifaschistischer Arbeit in der breiten Bevölkerung zu
461 stärken.

462 **So nah und doch so fern! Antirassistische Juso-Arbeit**

463 Antifaschismus ist nicht gleich Antirassismus! So wächst unsere jungsozialistische
464 Grundlagenarbeit weiter um den Wert Antirassismus. In den kommenden Jahren werden wir
465 unsere Antirassismus-Arbeit verstärken und hierbei auf den bereits geschaffenen
466 Strukturen aufbauen. Die inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Thema und das
467 Empowerment rassismusbetroffener Menschen sind dabei als zwei Grundpfeiler unserer
468 jungsozialistischen AntiRa-Arbeit zu erhalten.

469 Aber auch kritische Selbstreflexion sollte unvermeidbarer Bestandteil einer
470 rassismuskritischen Verbandsarbeit sein und zu einer Sensibilisierung führen, denn
471 auch wir NRW Jusos sind nicht frei von Rassismus und stehen in der Pflicht, uns mit
472 unseren Strukturen kritisch auseinanderzusetzen. Dazu müssen in den kommenden Jahren
473 Programme zu "Critical Whiteness" ins Leben gerufen und für die Repräsentation von
474 BIPOC in politischen Räumen gekämpft werden.

475 Als Verband werden wir uns in Form von Themenveranstaltungen mit verschiedenen
476 Facetten des Rassismus beschäftigen (u.a. mehrfache
477 Marginalisierung/Intersektionalität) und gesellschaftliche Räume und Strukturen
478 identifizieren, die besonders Rassismen (re-)produzieren und aufrechterhalten.
479 Insbesondere werden wir gegen den institutionellen Rassismus, der sich auch in Form
480 von rassistischen Gesetzen wie dem „Neutralitätsgesetz“ äußert, ankämpfen!

481 Weiterhin bleibt ein wesentlicher Bestandteil unserer Antirassismus-Arbeit das
482 Empowerment von Menschen, die von Rassismus in- und außerhalb unserer
483 Verbandsstrukturen betroffen sind. So wird die BIPOC-Vernetzung fortgeführt, sowie um
484 intersektionale Aspekte, wie durch die Vernetzung von BIPOC-FINTA, erweitert werden.

485 **7. Bildungsarbeit**

486 Bildungsveranstaltungen verstehen wir als einen elementaren Bestandteil der
487 politischen Arbeit unseres Verbandes. Unser Anspruch ist es, allen Mitgliedern ein
488 breites Programm inhaltlicher Weiterbildung zu bieten und sie inhaltlich sowie
489 methodisch zu empowern. Hierzu binden wir Expert*innen innerhalb des Verbandes ein,
490 aber auch externe Referent*innen und verschiedene Bündnispartner*innen. Sie können
491 nicht nur inhaltlich neue und fundierte Impulse geben, sondern geben uns durch ihre
492 Außenperspektive die Möglichkeit zur kritischen Reflektion unserer Positionen. Wir
493 wollen ein inklusives und niedrigschwelliges Veranstaltungsangebot auf die Beine
494 stellen, uns aber zugleich auch der Theoriearbeit widmen. Unsere Bildungsarbeit soll
495 sicherstellen, dass sie für alle Mitglieder zugänglich ist und Barrieren durch
496 spielerisches und interaktives Lernen möglichst entgegenwirkt. Dazu möchten wir über
497 die klassischen Seminarräume und die Textarbeit hinaus auch Angebote an der frischen

498 Luft schaffen und Exkursionen und Ausflüge fördern.

499 Unser Ziel ist es, insbesondere BIPOC und FINTA zu empowern. Hierzu wollen wir
500 entsprechende Bildungs- und Vernetzungsprogramm anbieten. Die Querschnittsthemen
501 Antirassismus und Feminismus sollen einen festen Platz in jedem Format haben und in
502 gewissem Umfang stets obligatorisch sein. Sie sollen von den Teilnehmer*innen nicht
503 umgangen werden können. Wir begreifen unsere Bildungsveranstaltungen als Schutzraum
504 für verbandsinterne Debatten. An den Genderplena sowie der FINTA-Rhetorikschulung
505 wollen wir weiter festhalten.

506 Mit barrierearmen und gut erreichbaren Veranstaltungsorten in ganz NRW sowie
507 Arbeitnehmer*innenfreundlichen Zeiten stellen wir sicher, dass alle Mitglieder
508 gleichermaßen an der Bildungsarbeit partizipieren können. Bei Bedarf sollen
509 Mitfahrgelegenheiten koordiniert werden, damit sich die Wege mit dem Auto geteilt
510 werden können. Die Präsenzveranstaltungen sind die Basis unserer Bildungsarbeit und
511 können bei Bedarf durch erprobte digitale oder hybride Formate ergänzt werden. Zudem
512 wollen wir uns der Frage widmen, wie wir diese Veranstaltungen zu möglichst geringen
513 Teilnahmebeiträgen anbieten können. Unsere Veranstaltungen werden wir bei den
514 Teilnehmer*innen im Nachgang evaluieren und auf diesem Wege eine Ergebnissicherung
515 vornehmen.

516 Die wichtige Bildungsarbeit in den Unterbezirken und Kreisverbänden vor Ort wollen
517 wir weiter stärken. Neben der Möglichkeit zur Beantragung von Kooperationsseminaren
518 soll die Entwicklung eines Seminkatalogs angedacht werden, in dem Funktionär*innen
519 des Verbands sich für bestimmte Themen als Referent*innen anbieten. Wir wollen
520 Materialien für Bildungsveranstaltungen erstellen und den Unterbezirken und
521 Kreisverbänden als Handreife zur Verfügung stellen, wozu etwa ein Lexikon für
522 zentrale Juso-Begrifflichkeiten zählen kann.

523 Um die Unterbezirke und Kreisverbände noch besser in unsere inhaltliche Arbeit und
524 den bildungspolitischen einzubeziehen, möchten wir Angebote zur inhaltlichen und
525 organisatorischen Vernetzung schaffen, an denen alle Mitglieder partizipieren können.
526 Dies kann zum Beispiel mit der Gründung von landesweiten Arbeitskreisen erfolgen, die
527 sich an inhaltlichen Themenschwerpunkten orientieren. Die Arbeitskreise sollen zum
528 Ziel haben, die politische Partizipation im Verband zu verbessern und mehr von der
529 verbandsinternen Expertise zu profitieren. Aus den Arbeitskreisen können dann
530 beispielsweise auch Aufschläge für Bildungsveranstaltungen entstehen, oder
531 Schreibprozesse für Anträge angestoßen werden.

532 Die bewährten Neumitglieder- und Grundlagenseminare sollen als niedrigschwelliger
533 Einstieg in den Verband weiterhin angeboten werden. Wir wollen an verschiedene
534 Wissensstände anknüpfen.

535 Auch die Funktionär*innenschulung soll wieder stattfinden. An der Gedenkstättenfahrt
536 wollen wir festhalten und die Möglichkeit zur Durchführung von Bildungs- und
537 Delegationsreisen sowie die Organisation langfristiger Bildungsprojekte mit mehreren
538 Terminen prüfen. Wir wollen uns frühzeitig für die Wahlen zum Europaparlament
539 mithilfe entsprechender Bildungsformate aufstellen. Neben Veranstaltungen verstehen
540 wir auch Veröffentlichungen wie Blogbeiträge und unser Verbandsmagazin als wichtige
541 Bildungsangebote.

542 **8. Awarenessarbeit**

543 Im vergangenen Jahr gaben wir uns mit dem Awarenesskonzept erstmals Strukturen für
544 den Umgang mit Übergriffigkeiten und legten den Grundstein für eine Kultur des
545 Konsens. Besonders von Sexismus, Rassismus, Klassismus, Ableismus, Antisemitismus
546 sowie Queerfeindlichkeit betroffene Genoss*innen bietet die neu gegründete
547 Awarenesskommission erstmals eine Ansprechstelle für ihre Belange. Jahrelang haben
548 viele engagierte Genoss*innen für diese Errungenschaft gekämpft, doch der Kampf ist
549 noch lange nicht vorbei! Unsere bisherige Awarenessarbeit soll nur der Anfang für die
550 Awarenessarbeit der nächsten zwei Jahre sein.

551 So fehlt uns noch immer ein Leitfaden für die Awarenessarbeit derer, die sich auf
552 Veranstaltungen freiwillig für Awarenessteams einbringen. Dieser Leitfaden, wie auch
553 eine Art Personalpool soll in Zukunft dafür sorgen, dass alle Genoss*innen die für
554 die Awarenessarbeit wichtige Arbeit leisten, die benötigte Unterstützung erhalten.
555 Auch Schulungen für sie, wie für interessierte UBs und KVs wollen wir in den Blick
556 nehmen und so dafür arbeiten, dass Awareness auf jeder Veranstaltung im Verband zur
557 Realität wird und ein Awarenesssteam ansprechbar ist. Darüber hinaus gilt es das
558 bestehende Konzept zu evaluieren und an entsprechender Stelle nachzubessern, um
559 sicherzustellen, dass organisatorische Aufgaben routiniert ablaufen und die
560 anstehenden Fälle effektiver bearbeitet werden können.

561 Natürlich gilt nach wie vor, dass neben der aktiven Awarenessarbeit durch die
562 Kommission, welche weiterhin konstruktiv zu reflektieren ist (organisatorische
563 Abläufe, Anzahl der Mitglieder), die sich vor allem mit bekannten Fällen
564 auseinandersetzt, auch die Prävention von Übergriffigkeiten, sowohl durch Vernetzung
565 als auch durch Sensibilisierung (u.a. durch Bildungsarbeit, Reflexion), eine große
566 Rolle spielt, um ein Bewusstsein für unangemessenes Verhalten zu entwickeln. Diese
567 Präventionsarbeit auf die Beine zu stellen, soll vor allem im Aufgabenbereich des
568 Landesvorstands liegen. So wollen wir am jüngst eingeführten Konzept der Genderplena
569 auf unseren Veranstaltungen festhalten und sicherstellen, dass Männer, die
570 Männerplena geben, entsprechende unterstützende Schulungen erhalten, sowie die
571 Teilnahme an genannten Sensibilisierungsangeboten auf Veranstaltung unvermeidbar
572 machen. Des weiteren ist explizit an die Eigenverantwortung eines jeder*jeden
573 einzelnen zu appellieren.

574 Auch steht für uns außer Frage, dass die BIPOC Vernetzung als gutes Beispiel einer
575 antirassistischen Empowermentstruktur beibehalten werden muss. Auch wollen wir
576 diskutieren, wie ein Umgang hin zu einer critical whiteness gelingen kann. Nach wie
577 vor gilt für uns als Maßstab unserer Bemühungen um Awarenessarbeit, dass wir alle
578 Diskriminierungsformen mehr in den Blick neben wollen. So unter anderem Sexismus,
579 Rassismus, Klassismus, Ableismus, Antisemitismus und Queerfeindlichkeit. Zudem ist
580 einer klaren Zuständigkeitsverteilung der Beteiligten insbesondere in Bezug auf
581 Inklusion zu definieren. Nicht nur daran machen wir unseren Anspruch fest, dass der
582 Kampf gegen jede Form der Unterdrückung und Diskriminierung unser gemeinsamer ist und
583 nicht nur im Aufgabenbereich von jeweils Betroffenen liegen darf.

584 **9. Bündnisarbeit**

585 **Jungsozialistische Perspektive auf der Straße und in den Bündnissen**

586 Durch Corona wurde auch unsere politische Bündnisarbeit stark eingeschränkt. Der
587 normale Austausch mit Vereinen, Organisationen und Bündnispartner*innen konnte nicht
588 wie normal stattfinden, gleichzeitig ist die Zivilgesellschaft die letzten Jahre

589 immer lauter geworden. Dazu kommt, dass die neue schwarz-grüne Landesregierung
590 natürlich auch zu einer Kräfteverschiebung unter den Jugendorganisationen führt. Wir
591 werden nicht mehr der selbstverständliche erste Ansprechpartner anderer Verbände
592 sein, sondern müssen uns noch stärker unsererseits um die Zusammenarbeit bemühen. Für
593 uns als Jugendverband ist deshalb klar, dass ein neues Selbstverständnis in unserer
594 Bündnisarbeit essenziell ist.

595 Auch wenn unsere Strukturen unter der Pandemie gelitten haben, ist die
596 Aufrechterhaltung von internen Strukturen wie z.B. unsere Antifa-Netzwerkstelle von
597 zentraler Bedeutung, ebenso wie die Weiterentwicklung und Intensivierung eben dieser.
598 So wollen wir unsere Expertise in der Bündnisarbeit auch in unsere regionalen
599 Strukturen tragen und unseren Verband auf lokaler Ebene fit für die Bündnisarbeit vor
600 Ort machen.

601 Gleichzeitig gehört zu diesem neuen Selbstverständnis die effizientere Nutzung
602 unserer Kanäle und Strukturen. So wollen wir mehr gemeinsame Veranstaltungen mit
603 unseren Bündnispartner*innen organisieren, neue Perspektiven kennen lernen, die
604 Expertise von marginalisierten Gruppen anerkennen und von ihnen lernen. Hierbei
605 wollen wir einerseits unsere Arbeit mit „natürlichen“ Verbündeten wie den Falken und
606 den Gewerkschaftsjugendlichen intensivieren und verfestigen. Andererseits jedoch sehen
607 wir es als unabdingbar an, uns neuen Räumen und neuen Perspektiven zu öffnen. Als
608 Teil der gesellschaftlichen Linken wollen wir deswegen gezielt auf postmigrantische
609 Organisationen, inklusiven Vereine und Umweltverbände zugehen. Wir sehen auch die
610 Grüne Jugend NRW weiterhin als Bündnispartnerin für eine kritische Zusammenarbeit
611 z.B. im Kampf gegen die geplante Innenpolitik der schwarz-grünen Landesregierung an.

612 Mit unserem neuen Selbstverständnis wollen wir neue Wege gehen und unsere
613 Bündnisarbeit präsenter machen, sei es auf der Straße, in den sozialen Medien oder
614 auf gemeinsamen Veranstaltungen. Unsere Bündnisarbeit muss breiter gefächert und
615 gleichzeitig eine wichtige Konstante in unserem Jugendverband sein.

616 **10. Medienarbeit**

617 Eine erfolgreiche Medienarbeit ist seit jeher ein unabdingbarer Faktor in der
618 Kommunikation unserer Ziele, Ideen und Forderungen. Wir setzen dafür sowohl auf
619 externe Medienarbeit, um die Öffentlichkeit und unsere Mutterpartei zu erreichen, als
620 auch auf interne Medienarbeit, um Mitglieder regelmäßig mit geeigneten Formaten zu
621 informieren, einzubinden und mobilisieren.

622 Unser Verbandsmagazin Stadt.Land.Links ist für uns unverzichtbar und soll auch
623 weiterhin eine Rolle in unserer Mitgliederkommunikation spielen. Unseren Telegram-
624 Kanal möchten wir zukünftig responsiver gestalten, um so allen Mitgliedern eine
625 schnelle Kommunikation mit dem Landesverband zu ermöglichen, den Informationsfluss zu
626 verbessern und den Abstand zwischen Landes- und UB/KV-Ebene weiter zu verringern. Wir
627 möchten auch weiterhin per Mail auf wichtige Neuigkeiten und Veranstaltungen
628 hinweisen und gerade letztere durch Reminder noch stärker bewerben. Bei den Sozialen
629 Medien möchten wir unsere Präsenz auf den bestehenden Kanälen Twitter und Instagram
630 weiterhin ausbauen. Gerade auf Instagram möchten wir neue Formate wie Take-Over
631 ausprobieren und so beispielsweise auch Aspekte unserer Bündnisarbeit stärker
632 einfließen lassen.

633 Gerade als politischer Jugendverband dürfen wir uns auch neuen Plattformen nicht

634 verwehren, weshalb wir künftig auch TikTok mit authentischen Inhalten bespielen
635 wollen. Bei all unseren Kommunikationswegen wollen wir zunehmend auf Barrierefreiheit
636 und Niedrigschwelligkeit achten, beispielsweise indem wir Videos konsequent
637 untertiteln und auch vermehrt Inhalte in leichter Sprache zur Verfügung stellen. Als
638 feministischer und antirassistischer Verband sollten wir es in Zukunft als
639 Selbstverständlichkeit ansehen, in unserer Kommunikation auch auf Repräsentanz und
640 Diversity zu achten und verschiedene Menschen zu Wort kommen zu lassen.

641 Mit klaren und prominent platzierten Forderungen möchten wir eine regelmäßige Präsenz
642 in der Presse erzeugen und so unsere Außenwahrnehmung verstärken.

643 **Zeit für Sozialismus**

644 Als Jungsozialist*innen in NRW wissen wir die drängenden Probleme unserer Zeit
645 anzusprechen und wollen in einem gemeinsamen Prozess die Lösungen für diese finden.
646 Alle, die sich diesem Kampf verbunden fühlen, zählen wir als unsere Genoss*innen auf
647 dem Weg zum Sozialismus. In Angesicht sozialer Härte und kapitalistischer Kraft
648 kämpfen wir gemeinsam aus voller Überzeugung für eine Welt, die unsere ist.

Antrag B1: Unsere Forderungen an die neue Schwarz-Grüne Landesregierung

Antragsteller*in:	Juso- Hochschulgruppen NRW
Sachgebiet:	B - Bildung, Hochschule und Wissenschaft

- 1 Viele Punkte der letzten Hochschulgesetznovelle aus dem Jahr 2019, durchgesetzt durch
2 die vergangene Schwarzgelbe Regierung hier in NRW, waren aus unserer Sicht ein
3 gravierender Rückschritt. In der vorherigen Novelle sind besonders viele, von der SPD
4 erkämpfte Fortschritte, revidiert worden.
- 5 Daher stellen wir, die Landeskoordination der Juso-Hochschulgruppen NRW, jetzt
6 aktuelle Forderungen an die neue Schwarzgrüne Regierung in der Hoffnung, dass den
7 Interessen der Studierenden, vor allem in diesen besonders schweren Zeiten, Gehör
8 geschenkt wird.
- 9 **Sowi bleibt! Für eine kritische statt profitorientierte Bildung!**
- 10 Bereits unter der vergangenen schwarzgelben Landesregierung wurde der Entschluss
11 gefasst, das Fach der Sozialwissenschaften abzuschaffen. Nachfolger des Kombi-Fachs
12 aus Soziologie, Wirtschaft und Politik soll das Fach „Wirtschaft-Politik“ werden. In
13 diesem Fach soll ein besonderer Fokus auf den Bereich der Wirtschaft gelegt werden –
14 zulasten sozialwissenschaftlicher Inhalte. Dieser höchstgradig fragwürdige
15 Entscheidung - damals wesentlich vorangetrieben durch die FDP, tragen die Grünen nun
16 mit. Und das obwohl sowohl das Wahlprogramm, als auch die Spitze der Landespartei
17 versichert haben, das Fach Sozialwissenschaften beizubehalten.
- 18 Gerade in den Zeitenwenden, in der wir uns derzeit befinden, kann das
19 interdisziplinäre Fach der Sozialwissenschaften Schüler*innen Inhalte und Kompetenzen
20 vermitteln, in dem sie nicht nur lernen, unsere gesellschaftlichen Verhältnisse
21 kritisch zu reflektieren, sondern auch gesamtgesellschaftliche Einflüsse aktueller
22 Ereignisse zu verstehen. , Das Fach Wirtschaft-Politik hingegen würde keiner dieser
23 Kriterien entsprechend erfüllen können. . Die Petition, die unter dem Hashtag
24 #SowiBleibt mehrere Zehntausende Unterschriften gesammelt hat, zwang Schulministerin
25 Gebauer zurück zu rudern. Nun dürfen Sowi Lehrerinnen und Lehrer auch weiterhin das
26 neue Fach unterrichten. Für uns stellt dies jedoch nur einen Tropfen auf dem heißen
27 Stein dar.
- 28 Politische Bildung und Teilhabe sind nach wie vor elementarer Bestandteil für unsere
29 Gesellschaft. In einer Zeit, in der wenige hundert Kilometer ostwärts von uns ein
30 brutaler Angriffskrieg stattfindet, in einer Zeit in der Bewegungen wie Black Lives
31 Matter oder Fridays for Future zurecht immer lauter werden, **darf und kann die**
32 **Bildungspolitik auf das interdisziplinäre Fach Sowi nicht verzichten.**
- 33 **Viel zu lange verschlafen: Wir fordern die Ausfinanzierung der Studierendenwerke!**
- 34 Durch die aktuellen Krisen und die daraus resultierende hohe Inflation haben sich die
35 Lebenshaltungskosten im Allgemeinen rasant erhöht. Das bleibt auch bei uns als
36 Studierende nicht unbemerkt. Die Mieten im Studierendenwohnheim oder für das WG-
37 Zimmer, Lebensmittelkosten und die Preise in den Mensen, Strom- und Gaskosten steigen
38 drastisch an und führen besonders für Studierende zu starken finanziellen

39 Belastungen.

40 Im Jahr 2021 gaben bereits 60 % der Studierenden an, neben dem Studium arbeiten zu
41 müssen, um sich ein Studium überhaupt finanzieren zu können - kein Wunder bei den
42 derzeitigen BAföG Fördersätzen und der viel zu geringen Anzahl BAföG-Berechtigter
43 Studierender.

44 Die Sparmaßnahmen der vergangenen Jahre durch die Schwarz-Gelb geführte
45 Landesregierung, sowie die hohe Inflation, bringen auch die Studierendenwerke in
46 finanzielle Probleme. Dabei bleibt ihnen in Anbetracht der derzeitigen Situation
47 keine andere Wahl, als die Neben Kostensteigerungen oder auch die höheren
48 Lebensmittelpreise direkt an die Studierenden weiterzugeben. Durch beispielsweise
49 steigende Preise in den Mensen, Semesterbeiträge sowie Mietpreise in
50 Studierendenwohnheimen wird die finanzielle Situation der Studierendenwerke von den
51 Studierenden selbst gelöst. Dadurch werden die Studierenden jedoch finanziell noch
52 mehr, als sie es ohnehin schon sind, belastet. Seit fast 30 Jahren wurden die
53 finanziellen Mittel für die Studierendenwerke von Landesseite aus nicht mehr
54 substanziell erhöht, sodass bereits der Semesterbeitrag in den vergangenen
55 Jahrzehnten für Studierende immer größer wurde und damit auch immer mehr zu einer
56 finanziellen Belastung der Studierenden. Fordern wir einen Hochschulzugang für alle,
57 für Arbeiter*innenkinder, PoCs, Frauen und Queers, dann müssen wir auch die
58 Abschaffung versteckter Studiengebühren fordern!

59 Daher fordern wir eindringlich die Schwarz-Grüne Landesregierung dazu auf, die
60 Studierendenwerke auszufinanzieren, um so der finanziellen Belastung der Studierenden
61 entgegenzuwirken. Die Studierendenwerke brauchen eine größere finanzielle
62 Unterstützung durch die Landesregierung in Form von Zuschüssen.

63 **Semestertickets sind schön, 9-Euro-Ticket ist schöner!**

64 Teil des Entlastungspakets der Bundesregierung für die Bürger*innen war unter
65 anderem das 9-Euro-Ticket. Durch den russischen Angriffskrieg in der Ukraine sind die
66 Energiekosten explodiert, das „9€ für 90 Tage ticket“ konnte dem entgegen wirken. Die
67 Bürgerinnen und Bürger wurden durch niedrige Fahrpreise unmittelbar entlastet und es
68 wurde durch den niedrigen Ticketpreis, sowie durch den Ausbau der Kapazitäten ein
69 Anreiz zum Umstieg auf den öffentlichen Personennahverkehr geschaffen. Auch
70 Studierende profitieren von diesem 9-Euro-Ticket.

71 Der Semesterbeitrag, den Studierende immer noch entrichten müssen, beträgt je nach
72 Universität zwischen 250 und 350€. In diesem Beitrag zahlt man einen Teil an die
73 verfasste Studierendenschaft, circa 10€, den Großteil an das Studierendenwerk und
74 zwar 100€ und ganze 213,06€ für den Mobilitätsbeitrag und das Semesterticket. Das
75 Ticket kostet zwar runtergerechnet auf 6 Monate pro Semester nur ca. 35€, was
76 vergleichsweise günstig ist zu Ticketpreisen von Azubis und Schülis. Dennoch konnten
77 viele Studierende durch die Entlastung ungefähr 70€ sparen. Viele Studierende
78 befinden sich in prekären Lebensverhältnissen. Durch die hohen Energiekosten und die
79 durch die Decke rauschende Inflation wird dieser Effekt verstärkt. 70€ sind hier eine
80 Entlastung die gerne gesehen werden. Schließlich ist Mobilität noch wie vor 200
81 Jahren eine Klassenfrage. Von dem 9-Euro-Ticket profitieren besonders marginalisierte
82 Gruppen, wie ökonomisch schlechter gestelltet, zu denen auch die meisten Studierenden
83 gehören.

84 **Hochschulen sind politisch und müssen es bleiben! Mehr Demokratie an Hochschulen**
85 **wagen!**

86 Alles ist politisch - auch unsere Hochschulen.

87 Demokratisierung dieser sollte deshalb konsequent an unseren Hochschulen durchgesetzt
88 werden.

89 Die grundlegende Trennung zwischen Hochschulpolitik und Gesellschaftspolitik halten
90 wir für falsch. Die Hochschulen sind wie jeder andere Raum auch ein politischer Raum
91 für seine Mitarbeiter*innen und Studierende. Diese Trennung macht dahingehend für uns
92 keinen Sinn, da sie diesen Teil der Gesellschaft ihren allgemeinpolitischen Willen
93 innerhalb ihres Lern- und Arbeitsraums absprechen will. Deshalb stehen wir dafür ein,
94 Hochschulpolitik genauso anzuerkennen wie Gesellschaftspolitik. Dazu zählt für uns
95 ein selbstverständliches Bekenntnis zur verfassten Studierendenschaft. Zudem setzen
96 wir uns dafür ein, dass alle Studierendenschaften ein allgemeinpolitisches Mandat
97 erhalten. Gremien an Hochschulen sollten grundsätzlich nur paritätisch besetzt
98 werden. Obendrein ist die akademische Selbstverwaltung ist ein hohes demokratisches
99 Gut, welches wir schützen und fördern sollten.

100 **Hochschulen für alle! Soziale, inklusive & nachhaltige Digitalisierung der**
101 **Hochschulen**

102 Auch wenn viele Dozierende es befürchten mögen, ist Hybride Lehre nicht der Untergang
103 der Präsenz Hochschulen. Hybride Lehre ermöglicht es, auch diejenigen abzuholen, die
104 wegen überteuerter Mieten nicht direkt an ihren Hochschulstandort ziehen können und
105 ohne Online-Lehre täglich weite Strecken pendeln müssten. Auch wer mit einer
106 Erkrankung zu Hause bleiben muss, wird dank Hybrider Lehre nicht abgehängt. Und
107 schließlich sind da noch die tausend übrigen guten Gründe, nicht körperlich im
108 Hörsaal anwesend zu sein, aber dennoch den Unterricht (nach-)verfolgen zu wollen:
109 Terminkollisionen durch Arzttermine, Kinderbetreuung, Ehrenämter, oder
110 Arbeitsschichten, mit denen das Studium finanziert wird.

111 Dabei handelt es sich nicht um eine durch Corona oder sonst wie bedingte
112 Ausnahmesituation. Vielmehr gehören diese zeitlichen Herausforderungen zum
113 studentischen Alltag und erfordern einen nachhaltigen Einsatz diverser Elemente der
114 Hybriden-Lehre. Insbesondere das Streaming und Aufzeichnen von Vorlesungen, Seminaren
115 und anderen Lehrveranstaltungen sind essentiell. Dabei sollen die Links für das
116 Streaming oder die Live-Übertragung sowie die Aufzeichnungen nicht auf den
117 persönlichen Websites der Dozierenden versteckt werden. Digitale Lehrangebote sollte
118 über die jeweils üblichen Lernplattformen der Unis ohne weitere Hindernisse offen
119 zugänglich und leicht zu finden sein.

120 Aus diesem Grund muss insbesondere die Inklusion, die digital-inklusive Bildung,
121 vorangetrieben werden. Besonders die auf den Lern- und Kommunikationsplattformen der
122 Hochschule abrufbaren Inhalte müssen durch ein barrierefreies Webdesign für alle
123 Nutzer*innen abrufbar sein. Dies umfasst unter anderem, dass Inhalte auch in leichter
124 Sprache bereitgestellt werden und Alternativtexte für Screenreader beinhalten. Unsere
125 Hochschulen müssen endlich barrierefrei werden - sowohl auf dem Campus als auch
126 digital!

127 Eine nachhaltige, soziale Lösung erfordert dabei möglichst sichere und transparente
128 Anbieter. Hochschulen, die sich unter Berufung auf die pandemie bedingte

129 Ausnahmesituation, auf schnelle aber unsichere Lösungen eingelassen haben, müssen
130 jetzt ihre Datenschutzlücken schließen! Denn die persönlichen Daten von Studierenden
131 und Dozierenden dürfen nicht zur Fundgrube für profitorientierte Unternehmen oder
132 Cyberkriminelle werden!

133 Desweiteren stehen wir solidarisch an der Seite von Gewerkschaften und unterstützen
134 den Arbeitskampf an den Hochschulen. Für den akademischen Betrieb ist die Arbeit der
135 Studentischen Hilfskräfte essentiell notwendig und ohne die Arbeit würde der Lehr-
136 und Forschungsbetrieb nicht funktionieren. Nichtsdestotrotz zeichnet sich diese
137 wertvolle Arbeit weder in der Bezahlung, noch in den sonstigen Umständen wieder. Die
138 Bezahlung liegt meist unter dem existenzsichernden Mindestlohn. Hinzukommend wird nur
139 die Mindestanzahl an Urlaubstagen gewährleistet und über viele Regelungen wird nicht
140 aufgeklärt.

141 Daher fordern wir gemeinsam mit TVStud und den Gewerkschaften ver.di und GEW einen
142 bundesweiten Tarifvertrag für studentische Hilfskräfte zur Sicherstellung von
143 besserer Bezahlung und längeren Vertragslaufzeiten.

144 Daher fordern wir als Landeskoordination der Juso Hochschulgruppen NRW:

- 145 • Das Fach Sozialwissenschaften muss erhalten bleiben.
- 146 • Die Studierendenwerke müssen vom Land ausfinanziert werden.
- 147 • Das Land NRW soll sich im Bund dafür einsetzen, dass das 9-Euro-Ticket zeitlich
148 verlängert wird.
- 149 • Demokratie und politische Partizipation muss auch an den Hochschulen gelebt und
150 praktiziert werden
- 151 • Die Hybride-Lehre muss nachhaltig, mit einem hohen Datenschutzstandard sowie
152 barrierefrei und inklusiv an den Hochschulen etabliert werden.

Antrag B2: Schüler*innenrechte stärken – Ein Schritt zu einer demokratischen Schule!

Antragsteller*in:	UB Kreis Mettmann, UB Düsseldorf, UB Remscheid, UB Wuppertal, Juso-Schüler*innen und Auszubildendengruppe NRW
Sachgebiet:	B - Bildung, Hochschule und Wissenschaft

1 Eine Schüler*innenvertretung (SV) ist das wichtigste Organ im Schulwesen, um
2 Schüler*innen Demokratie effektiv und erlebbar vermitteln zu können. Leider genießen
3 Schüler*innenvertretungen nicht den Stellenwert, um ihrer Funktion nachzukommen. In
4 Zeiten der Corona-Pandemie wurde deutlich, dass die Stimme der
5 Schüler*innenvertretungen nicht gehört werden. Die Belange der Schüler*innen, ob in
6 Schüler*innenvertretungen oder Bewegungen (Bsp. „Wir werden laut“) organisiert,
7 wurden nicht berücksichtigt oder gar ignoriert. Die Mitsprache, Mitbestimmung und der
8 Auftrag einer Sv wird regelmäßig untergraben und Schüler*innen werden nicht ernst
9 genommen. Für uns muss sich viel verändern, denn Schüler*innenvertretungen sollen
10 keine „Waffelbackverein“ zur Selbstbeschäftigung mehr sein.

11 Für uns sollte die SV eine wichtige Rolle im Schulleben einnehmen und sich für die
12 Rechte von Schüler*innen vor Ort einsetzen. So heißt es im SV-Erlass des Landes NRW:
13 „Die SV vertritt im Rahmen des Bildungs- und Erziehungsauftrags der Schule die Rechte
14 der Schülerinnen und Schüler, fördert und nimmt deren Interessen wahr und wirkt
15 dadurch bei der Gestaltung des schulischen Lebens mit.“ Und weiter: Aufgabe der SV
16 ist „Die Förderung von fachlichen, kulturellen, sportlichen, politischen und sozialen
17 Interessen der Schülerinnen und Schüler.“ Im Gegensatz zum gesetzlichen Auftrag
18 variieren die Mittel und die Handlungsfähigkeit einer SV nicht nur von Schulträger zu
19 Schulträger, sondern auch von Schule zu Schule in derselben Kommune. Oft obliegt die
20 Stellung einer SV den Lehrkräften und der Schulleitung, was Engagement und Einfluss
21 einer SV an Schulen hemmt und den pädagogischen Mehrwert sinken lässt. Dies
22 verhindert eine frühe Einführung der Schüler*innen in demokratische Prozesse und wird
23 ihrem Stellenwert innerhalb der Schule nicht gerecht. Deshalb setzen wir uns für
24 selbstbestimmte Schüler*innenvertretungen in einem ersten Schritt zu einer
25 demokratischen Schule ein und fordern verbindliche Standards.

26 **SV als Jugendbeteiligung und politische Teilhabe verstehen**

27 Politische Bildung in Schulen spielt derzeit kaum eine Rolle. Mit der Abschaffung von
28 Sozialwissenschaften als Schulfach ist die SV der einzige Ansatzpunkt demokratischer
29 Bildung in Schulen. Um ein besseres Verständnis für Demokratie zu ermöglichen, muss
30 einer SV einerseits mehr Rechte zugesprochen werden und andererseits weitere
31 Beteiligungsmöglichkeiten geschaffen werden. Hierzu gehören für uns das Recht zu
32 demonstrieren und die verpflichtende Einrichtung von Schüler*innenparlamenten. Diese
33 sollen eine Vollversammlung aller Schüler*innen darstellen, bei der jede*r Schüler*in
34 mit einer gleichen Stimme teilnehmen soll. Für die ordnungsgemäße Teilhabe aller
35 Schüler*innen sollen sie vom Unterricht für die Sitzungen des
36 Schüler*innenparlamentes freigestellt werden. Das Parlament soll eine breite
37 Mitbestimmung der Schüler*innenschaft ermöglichen und z.B. bei Fragen der
38 Hausordnung, der Literaturwahl, Veranstaltungen oder Curricula einbezogen werden.

39 Gleichwohl ist es wichtig, dass es SV-Lehrer*innen gibt, die Schüler*innen bei ihren
40 Projekten beratend unterstützen. Allerdings setzen sich SV-Lehrer*innen an einigen
41 Schulen speziell für die Interessen der Lehrkräfte ein, deshalb benötigt es in
42 großen Teilen der Lehrer*innenschaft ein besseres Verständnis von Demokratie und
43 Teilhabe in Bezug auf Kinder- bzw. Jugendräte, Kinder- bzw. Jugendparlamente und
44 Schüler*innenvertretungen. Die Zusammenarbeit von schulischen Beteiligungsprozessen
45 und kommunal-politischen Institutionen möchten wir an dieser Stelle hervorheben.
46 Gleichwohl muss der Zugang zu Schüler*innenvertretungen niedrigschwelliger, damit
47 einerseits die Diversität der Schüler*innenschaft abgebildet wird und andererseits
48 damit Schüler*innenvertretungen als Safer Space für Schüler*innen sowie ihren
49 Anliegen sein können.

50 **Politische Bildung in Schüler*innenvertretungen**

51 Für viele junge Menschen stellt eine SV der erste Berührungspunkt zu
52 Beteiligungsprozessen und gelebter Demokratie dar. Die daraus resultierenden
53 Synergieeffekte sollten genutzt werden und Schüler*innenvertretungen nicht als
54 unpolitisch abgetan werden. Denn wir erkennen Schüler*innenvertretungen als wichtigen
55 Teil politischer Bildung und erstes Empowerment junger Menschen, ihre Stimme zu
56 erheben, an. Deshalb setzen wir uns für ein allgemeinpolitisches Mandat für
57 Schüler*innenvertretungen ein. Ähnlich wie Jugendräte bzw. -parlamente zu oft auf
58 jugendpolitische Diskussionen reduziert werden, werden Schüler*innenvertretungen in
59 ihrem Mandat untergraben und lediglich auf schulpolitische Themen beschränkt.
60 Schulpolitik hört jedoch nicht am Schultor auf! Themen wie Digitalisierung,
61 Sozialpolitik, Verkehrspolitik und Gesundheitspolitik sind sehr anschauliche
62 Beispiele, bei denen die Stimme von Schüler*innen eine wichtigere Rolle spielen
63 sollte.

64 **Echte Mitbestimmung statt obligatorischer Mitsprache**

65 Wir setzen uns für eine echte Emanzipation und Mitbestimmung von
66 Schüler*innenvertretungen ein. Das bedeutet, dass sie in allen Gremien den
67 Stellenwert erhalten, den sie repräsentieren und verdienen. Deshalb fordern wir ein
68 Stimmrecht für Schüler*innenvertretungen in Fachkonferenzen ein. Um dem Verhältnis
69 von Schüler*innen zu Lehrer*innen und Elternschaft gerecht zu werden, setzen wir uns
70 dafür ein, dass die Hälfte der Stimmen einer Schulkonferenz den Schüler*innen
71 obliegt. Darüber hinaus sprechen wir Schüler*innenvertretungen das Recht auf
72 Mitbestimmung in Personalentscheidungen zu und wollen Schulleitungen dazu
73 verpflichten, Schüler*innen in Form eines Platzes in Bewerbungsgesprächen zu
74 integrieren.

75 **Finanzielle Unabhängigkeit**

76 Damit Schüler*innenvertretungen unabhängig und handlungsfähig sind, benötigen sie
77 eigene finanzielle Mittel. Nur dann können eigenständige Veranstaltungen und
78 Initiativen organisiert werden wie z.B. Workshops oder Informationskampagnen. Die
79 Verwaltung dieser Gelder soll selbstständig und selbstbestimmt, aber in
80 Zusammenarbeit mit der Schulverwaltung geregelt sein. Darüber hinaus fordern wir die
81 Selbstverwaltung und Selbstbestimmung über die Annahme und Verwendung von Spenden an
82 eine SV.

83 **Demokratische Legitimation überall in NRW**

84 Nicht nur die Mittel einer SV variieren von Schule zu Schule, sondern auch die Wahlen
85 der Schülersprecher*innen sowie der SV-Lehrer*innen, die teils stellvertretend von
86 den Klassen-/Stufensprecher*innen gewählt werden oder über eine Direktwahl.
87 Einheitliche Standards sind eine wesentliche Grundlage, um die gleiche Legitimation
88 einer SV an jedem Standort Nordrhein-Westfalens zu sichern. Dazu gehören für uns auch
89 die verpflichtende Einrichtung von Schüler*innenvertretungen an allen Privat- und
90 Grundschulen. Neben den lokalen Schüler*innenvertretungen sehen wir
91 Bezirksschüler*innenvertretungen und die Landesschüler*innenvertretungen als legitime
92 Strukturen an und setzen uns für eine engere Zusammenarbeit ein. Diesbezüglich sollen
93 die Schulen alle Schüler*innen die Möglichkeit bieten, an Veranstaltungen der
94 Bezirksschüler*innenvertretungen und der Landesschüler*innenvertretung NRW
95 teilzunehmen und regelmäßig einbezogen zu werden. Außerdem fordern wir, dass die
96 gesamte Schüler*innenschaft ihre Schülersprecher*innen und SV-Lehrer*innen frei,
97 geheim und gleich in einer Direktwahl wählen können.

98 **NRW Jusos und Schüler*innen im Dialog**

99 Wir wollen Politik von Schüler*innen für Schüler*innen machen und setzen uns als
100 Anspruch einen engeren Austausch zwischen Jusos und Schüler*innen aufzubauen. Als
101 erstes gehört der Juso-Schüler*innen und Auszubildendengruppe (JSAG) ein größerer
102 Stellenwert innerhalb unseres Verbandes. Der Austausch mit Schüler*innen soll aber
103 nicht ausschließlich auf die JSAG ausgelagert werden. Deshalb fordern wir einen
104 regelmäßigen Austausch zwischen dem Landesvorstand der NRW Jusos und der
105 Landesschüler*innenvertretung NRW. Äquivalent zu einer Vernetzung auf Landesebene
106 sollen die Unterbezirke und Kreisverbände bzw. die Stadt-AGs der Jusos in NRW
107 unterstützt werden, Kontakt und einen Dialog mit den Bezirksschüler*innenvertretungen
108 bzw. den Schüler*innenvertretungen aufzubauen. Die beste Bildungspolitik machen wir,
109 wenn wir mit den beteiligten Schüler*innen über ihre Situation sprechen.

110 **Zusammengefasst fordern wir Jusos:**

- 111 • die verpflichtende Einrichtung von Schüler*innenparlamenten an allen Schulen in
112 NRW.
- 113 • Fortbildungen für Lehrer*innen zum Thema: „Demokratische Teilhabe und
114 Mitbestimmung von Jugendlichen“.
- 115 • die Anerkennung und die gesellschaftliche Akzeptanz des allgemeinen politischen
116 Mandats von Schüler*innenvertretungen.
- 117 • Stimmrecht bei Fachkonferenzen sowie die Hälfte der Stimmen bei Schulkonferenzen
118 für Schüler*innenvertretungen.
- 119 • einen verpflichtenden Platz in Bewerbungsgesprächen für Schüler*innen.
- 120 • einen eigenen SV-Etat für schulbezogene Projekte und den Regelbetrieb, die sich
121 nicht eigenständig finanzieren lassen, und Selbstbestimmung über Spenden an die
122 SV.
- 123 • eine verpflichtende Einrichtung von Schüler*innenvertretungen in allen Privat-
124 und Grundschulen.
- 125 • engere Zusammenarbeit und Teilhabe für alle Schüler*innenvertretungen in
126 Bezirksschüler*innenvertretungen und der Landesschüler*innenvertretung.
- 127 • einheitliche Direktwahlen der Schülersprecher*innen und SV-Lehrer*innen in ganz

128 NRW.

- 129 • einen regelmäßigen Austausch zwischen dem Landesvorstand der NRW Jusos und der
130 Landeschüler*innenvertretung NRW.

Antrag B3: Gute OGS-Gesetz-Für eine einheitliche Rechtsgrundlage für den offenen Ganzttag NRW!

Antragsteller*in:	UB Hamm, KV Recklinghausen, UB Dortmund, UB Hagen, UB Oberhausen
Sachgebiet:	B - Bildung, Hochschule und Wissenschaft

1 Nach aktuellen Zahlen der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft bieten rund 90% der
2 Grundschulen in Nordrhein-Westfalen einen offenen Ganzttag an (GEW 2022). Zwar könnte
3 man das als Erfolg bisheriger Schulpolitik des Landes verstehen, doch sind die
4 Unterschiede zwischen den OGS-Angeboten von Kommune zu Kommune, von Schule zu Schule
5 teils immens. Kein Wunder: Bis heute gibt es in NRW nämlich keine einheitliche
6 Rechtsgrundlage, die verbindliche Vorgaben und Standards für Ausstattung und
7 Ausgestaltung des offenen Ganztages festschreibt.

8 Die bisherigen Ministerialerlasse tragen wesentlich zum bestehenden Flickenteppich
9 unterschiedlich hochwertiger OGS-Angebote in NRW bei und sorgen mit dafür, dass die
10 Qualität einer OGS von Kommune zu Kommune, ja von Schule zu Schule eher einer
11 *Wundertüte* gleichkommt. Hier muss sich dringend etwas ändern! Wir fordern daher, dass
12 endlich ein Gesetz zur Vereinheitlichung des offenen Ganztages verabschiedet wird,
13 dass wesentliche Aspekte, die Voraussetzung für gute OGS-Angebote sind, verbindlich
14 festlegt, den Trägern Rechtssicherheit bietet und ausreichende finanzielle
15 Unterstützung des Landes zusichert und dafür sorgt, dass alle Kinder in Nordrhein-
16 Westfalen von guten OGS-Angebote profitieren können.

17 Ein solches *Gute-OGS-Gesetz* muss dabei folgende Aspekte berücksichtigen:

- 18 • *Die rechtliche Verankerung des offenen Ganztages im SGV VIII, damit Aspekte des*
19 *Kinderschutzes auch in der OGS konsequent umgesetzt werden!*
- 20 • *Die grundsätzliche Beitragsfreiheit, damit alle Familien, unabhängig ihrer*
21 *finanziellen Möglichkeiten, eine hochwertige OGS-Betreuung in Anspruch nehmen*
22 *können!*
- 23 • *Einheitliche Standards für Gruppengrößen und eine angemessene Raum- und*
24 *Sachmittelausstattung, um die Voraussetzung für einen hochwertigen Ganzttag an*
25 *allen Schulen in NRW zu schaffen!*
- 26 • *Einheitliche Tariflöhne und insgesamt höhere Entlohnungen für alle Beschäftigten*
27 *im offenen Ganzttag!*
- 28 • *Die Festlegung fachlicher Standards für das in der OGS eingesetzte Personal und*
29 *ein fester Personalschlüssel von 1:10!*
- 30 • *Angebote zur Weiterqualifizierung, verpflichtende Teamgespräche sowie*
31 *Teambuildingmaßnahmen!*
- 32 • *Die Berücksichtigung von Planungs-, Vor- und Nachbereitungszeiten innerhalb der*
33 *Arbeitszeit!*
- 34 • *Eine verbindliche Zusammenarbeit zwischen den OGS-Trägern und den Schulen, damit*
35 *die pädagogische und die Bildungsarbeit eng verzahnt und aufeinander abgestimmt*
36 *erfolgen!*

- 37 • *Integration und Inklusion mit gemeinsamer Förderung auch in der OGS!*
- 38 • *Die Einbindung der Eltern in die Weiterentwicklung der OGS-Angebote über*
- 39 *Elternvertretungen und einen regelmäßigen Austausch mit den OGS- und*
- 40 *Schulträgern!*
- 41 Die offenen Ganztagschulen in NRW müssen auf eine rechtssichere und einheitlich
- 42 geregelte Basis gestellt werden. Ein Gute-OGS-Gesetz, das in Zusammenarbeit mit
- 43 Trägerverbänden und Akteur*innen der Kinder- und Jugendhilfe sowie der
- 44 Bildungspolitik erarbeitet wird, kann diese Basis darstellen und damit dazu
- 45 beitragen, dass in ganz Nordrhein-Westfalen qualitativ hochwertige OGS-Angebote für
- 46 alle Kinder möglich sind.

Antrag B4: Versuch doch wie du willst!

Antragsteller*in:	UB Wuppertal, UB Solingen, UB Düsseldorf, UB Kreis Mettmann, UB Remscheid
Sachgebiet:	B - Bildung, Hochschule und Wissenschaft

1 **Wir fordern die landesweite Aufhebung von Versuchsbeschränkungen an Hochschulen und**
2 **Universitäten, die zur Exmatrikulation führen.**

3 Schon lange diskutieren wir über die Sinnhaftigkeit von eingeschränkt wiederholbaren
4 Prüfungen. Doch in den letzten zwei Jahren hat die Forderung einen neuen Antrieb
5 erhalten. Während der Hochzeiten der Pandemie wurden vereinzelt Hürden im Studium
6 genommen und so auch zeitlich begrenzte Freiversuche eingeführt. Die Studierenden
7 hätten es durch die Pandemie schwerer zu studieren, zu lernen und Leistungen zu
8 erbringen.

9 Die Dozierenden waren also plötzlich gezwungen, sich mit der Thematik
10 auseinanderzusetzen und trotz vieler Widerstände Prüfungen anzubieten, die bei Nicht-
11 bestehen nicht zum Nachteil der Studierenden ausgelegt werden konnten. Der zunächst
12 prognostizierte Mehraufwand durch unvorbereitete Studierende, die sich nur in die
13 Prüfung setzen würden, „um mal zu schauen, wie das so läuft“, blieb größtenteils aus.
14 Die Bestehensquoten blieben stabil (das geht zum Beispiel aus Statistiken der
15 Universität Wuppertal hervor).

16 **Dass die Möglichkeit der uneingeschränkten Wiederholbarkeit von Prüfungsleistungen**
17 **nicht zu schlechteren Leistungen, erheblichem Mehraufwand für Prüfende oder gar einem**
18 **nicht enden wollenden Studium führt, zeigt sich schon lange an der Universität**
19 **Bielefeld. Das dort seit 2002 gelebte ‚Studienmodell‘ schließt noch viel mehr ein als**
20 **die unendliche Wiederholbarkeit von Prüfungen, macht aber vor allem in diesem Punkt**
21 **deutlich, dass im Grunde alle Sorgen von Dozierenden unberechtigt sind.** Die
22 Regelstudienzeit in Bielefeld ist im Vergleich zu anderen Universitäten in NRW
23 hervorragend, die Organisation von Prüfungen funktioniert einfach und ohne viel
24 Verwaltungsaufwand. Zudem wird den Studierenden ein positiver Anreiz geschaffen,
25 Prüfungen zu schreiben, wohingegen an anderen Universitäten der psychische Druck oft
26 hemmend wirkt. Dass Studierende länger an der Universität bleiben, als der Staat es
27 möchte, nur weil man ihnen mehr Versuche für die Erbringung von Leistung gibt, ist
28 eine Phantasie privilegierter Menschen, denn jedes Semester mehr heißt eben auch,
29 sich das finanziell leisten zu können! Der Kapitalismus führt demnach ganz die Sorge,
30 aufgrund eines Blackouts, schlechten Tags oder Prüfungsangst exmatrikuliert zu
31 werden, zu einem enormen und dauerhaften Druck im Studium.

32 Rechtlich sind laut Hochschulgesetz NRW Versuchsbeschränkungen zugelassen, wenn sie
33 verhältnismäßig, also geeignet, erforderlich und angemessen für ein legitimes Ziel
34 sind. Diese Verhältnismäßigkeit ist unserer Ansicht nach nicht gegeben!

35 **Der Landesausschuss Studierender in der GEW (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft)**
36 **hat sich auf seiner letzten Klausurtagung intensiv mit dem Thema befasst und**
37 **entsprechend positioniert. Auch aus gewerkschaftlicher Sicht sind eingeschränkt**
38 **wiederholbare Prüfungen weder sinnvoll fürs Studium noch förderlich für eine gerechte**
39 **Bildungspolitik.**

40 **Wir als Jusos in NRW fordern daher ganz konkret eine Änderung des Hochschulgesetzes**
41 **NRW! Weg mit Versuchsbeschränkungen! Hin zu einem Studium, in dem es um Inhalte geht**
42 **und nicht um die Überwindung von Angst und Leistungsdruck. Nicht nur während der**
43 **Pandemie war (bzw. ist) es aus verschiedensten Gründen nicht immer leicht zu**
44 **studieren, zu lernen und Leistungen zu erbringen. Es wäre ein kleiner Schritt im**
45 **Hochschulgesetz, aber ein großer Schritt im selbstbestimmten Studium.**

Antrag B5: #ichbinHanna

Antragsteller*in:	UB Bielefeld
Sachgebiet:	B - Bildung, Hochschule und Wissenschaft

- 1 Prekäre Arbeitsbedingungen gibt es auch dort, wo sie vielleicht nicht sofort vermutet
2 werden: In der Wissenschaft. Der Grund dafür hat einen Namen:
3 Wissenschaftszeitvertragsgesetz (WissZeitVG).
- 4 **Was ist das Wissenschaftszeitvertragsgesetz?**
- 5 Das WissZeitVG ermöglicht es den Forschungseinrichtungen in Deutschland,
6 Wissenschaftler:innen ohne besonderen Grund befristet anzustellen. Zwar soll die
7 Länge der befristeten Verträge danach orientiert sein, dass damit das
8 „Qualifizierungsziel“ erreicht werden kann, wie genau dieses auszusehen hat, ist aber
9 nicht geregelt. Somit ist einer enthemmten Befristungspraxis Tür und Tor geöffnet:
10 Die überwältigende Mehrheit von 78 % der Wissenschaftler:innen in Deutschland hangelt
11 sich von Befristung zu Befristung und hat nur äußerst selten die Chance, eine
12 unbefristete Stelle zu erhalten. Die einzige Chance dafür bietet meist nur die
13 Professur, doch die Uhr tickt: Das WissZeitVG regelt ebenfalls, dass nach 6 Jahren
14 (ohne Promotion) bzw. 12 Jahren (mit Promotion) eine Person nicht mehr befristet
15 angestellt werden darf.
- 16 Dies soll angeblich dabei helfen, nach dieser Zeit doch einen sicheren Arbeitsplatz
17 in der Wissenschaft zu erhalten. Stattdessen führt dies zum genauen Gegenteil: Wer
18 nach abgeschlossenem Bachelorstudium, Masterstudium, Promotion und vielen Jahren des
19 Arbeitsplatz- und Ortswechsels, möglicherweise unterbrochen von Phasen der
20 Arbeitslosigkeit, es nicht schafft, eine Professur zu erlangen, landet auf der
21 Straße, denn eine befristete Beschäftigung ist nicht mehr erlaubt, eine unbefristete
22 Stelle findet sich nicht. Mit oftmals Mitte 40 ist ein Berufswechsel die einzige
23 Wahl, die Zeit, die man in den letzten 20 Jahren in Spezialisierung und Vernetzung,
24 Veröffentlichungen und Konferenzteilnahmen gesteckt hat, war umsonst. Als
25 „Fachidiot:in“ mit hohem Bildungsabschluss, aber wenig Erfahrung außerhalb der
26 Wissenschaft sind die Chancen auf eine neue Stelle nicht besonders rosig. Dass bei
27 diesen „Kariereaussichten“ Dinge wie Familienplanung – insbesondere für Menschen mit
28 Gebärmutter –, Altersvorsorge, soziale Bindungen sowie längere Freundschaften außen
29 vor bleiben müssen, erklärt sich von selbst und führt dazu, dass der Wissenschaft in
30 Deutschland viele hochqualifizierte Fachkräfte, aber auch unermesslich viele gute
31 Forschungsansätze abhanden kommen.
- 32 **Wieso ist das Thema auf einmal so aktuell?**
- 33 Im Juni 2021 sorgte ein Erklärvideo des Bundesministeriums für Bildung und Forschung
34 (BMBF) für Aufsehen. Darin sollte anhand der fiktiven Wissenschaftlerin „Hanna“ der
35 Sinn und Zweck der gängigen Befristungsregeln für wissenschaftliche Beschäftigte
36 erläutert werden. Laut BMBF soll das WissZeitVG dazu dienen, dass der
37 Wissenschaftsbetrieb nicht durch unbefristete Beschäftigte „verstopft“ (sic!) würde
38 und nachkommende Generationen keine Möglichkeit hätten, selbst Fuß in der
39 Wissenschaft zu fassen. Daraufhin entbrach ein Sturm der Entrüstung in der
40 Wissenschaftscommunity, der sich vor allem auf Twitter durch den Hashtag #ichbinHanna

41 bemerkbar machte und die prekären Arbeitsbedingungen im Forschungsumfeld deutlich
42 ansprach, wobei die hier angesprochene und kritisierte Befristungspraxis einen großen
43 Teil des Problemfelds umfasste. Mit unterstützt und seitdem vorangetrieben wurde die
44 Kampagne #ichbinHanna u.a. von unseren Bündnispartner:innen in der Gewerkschaft
45 Erziehung und Wissenschaft (GEW) und vom Dachverband DGB.

46 Die angesprochene „Verstopfung“ des Wissenschaftsbetriebs ist nichts anderes ist als
47 eine herabwürdigende Beleidigung der Beschäftigten und ein kläglich Versuch, den
48 neoliberal verdrehten Leistungsgedanken im System zu rechtfertigen. Ihr gegenüber
49 stehen viele tausende an jungen Forscher:innen, die davon abgeschreckt spätestens
50 nach der Promotion der Wissenschaft enttäuscht den Rücken zudrehen.

51 **Mehr Fortschritt wagen – auch an den Universitäten!**

52 Der Muff von 16 Jahren CDU-geführter Wissenschaftspolitik in Deutschland liegt also
53 auf dem BMBF. Es gibt allerdings Grund für Hoffnung: Formulierungen wie „Dauerstellen
54 für Daueraufgaben“ sind durch den Druck der #ichbinHanna-Kampagne im
55 Koalitionsvertrag der Ampel festgeschrieben, ebenso eine Änderung des WissZeitVG im
56 Sinne der befristet Beschäftigten.

57 Wir fordern daher die Bundesregierung auf, der Befristungspraxis im
58 Wissenschaftsbetrieb einen Riegel vorzuschieben und das WissZeitVG grundlegend und im
59 Sinne der Beschäftigten zu reformieren! Insbesondere die SPD-Bundestagsfraktion und
60 die ihr angehörenden Jusos sehen wir in der Pflicht, zusammen mit den Gewerkschaften
61 dafür zu kämpfen, dass das von der FDP geleitete BMBF den Versprechungen im
62 Koalitionsvertrag gerecht wird!

63 Eine simple Änderung des Gesetzes, die Schluss mit der aktuellen Befristungspraxis
64 macht, ist zwar unbedingt nötig, für sich allein würde sie das Problem allerdings
65 nicht lösen. Den Universitäten fehlen oftmals die Möglichkeiten für langfristige
66 Planungen, da sie ebenfalls nur kurzfristige Mittelzusagen erhalten und sich im Kampf
67 um Exzellenzinitiativen oder Sonderforschungsbereiche gegenseitig Konkurrenz machen.

68 Wir Jusos haben dazu seit langer Zeit umfassende Beschlusslagen. Wir fordern
69 weiterhin eine Neuaufstellung der Forschungsfinanzierung hin zu langfristiger
70 Planungssicherheit. Der neoliberale Zeitgeist muss auch aus der Wissenschaftspolitik
71 verschwinden – zum Wohle der Forschung und insbesondere der wissenschaftlichen
72 Beschäftigten!

Antrag B6: Wissenschaft nicht dem Markt überlassen - Gegen die Neoliberalisierung der deutschen Hochschullandschaft

Antragsteller*in:	UB Köln
Sachgebiet:	B - Bildung, Hochschule und Wissenschaft

- 1 Die Tendenzen neoliberaler Hochschulpolitik sind in den letzten Jahren immer stärker
2 sichtbar geworden. So hat beispielsweise die schwarz-gelbe Landesregierung mit der
3 Reduktion des Unterrichtsfaches Sozialwissenschaften auf die Bereiche Wirtschaft und
4 Politik, dem überstürzten Umbau der Curricula und der damit einhergehenden Anpassung
5 des Lehramtsstudiengangs deutlich gemacht, dass ihr ökonomische Bildung wichtiger ist
6 als politische. Widerstand und Bedenken von Schüler*innen, Studierenden,
7 Lehrer*innen, Wissenschaft, der GEW und weiteren Verbänden wurden ignoriert, um das
8 eigene Prestigeprojekt durchzusetzen. Jubeln können nun nur die Unternehmen und
9 deren Interessenverbände.
- 10 Der Umgang mit dem Schul- und Studienfach SoWi ist dabei nur ein Ausdruck
11 der neoliberalen Vorstellung von Bildung und dem Wunsch nach einer
12 marktformigen Verwertung von Wissenschaft, welche unter der aktuellen Regierung in
13 NRW weiter vorangetrieben werden kann. Staatliche Hochschulen befinden sich in
14 diesem System im ständigen Wettkampf um Fördergelder und Drittmittel.
15 Hochschulen, Fachbereiche und Disziplinen, aber auch einzelne Wissenschaftler*innen
16 und Studierende sehen sich dem Druck ausgesetzt „wirtschaftlich
17 verwertbare“ Ergebnisse zu liefern, um überhaupt Mittel für Forschung generieren zu
18 können. Universitäten und Hochschulen funktionieren in diesem neoliberalen
19 System zunehmend als kleine Unternehmen, die mit möglichst wenig
20 Forschungsgeldern möglichst viel ökonomisch relevanten Output produzieren sollen.
- 21 Verstärkt werden solche Tendenzen auch durch die Exzellenzstrategie des Bundes, mit
22 deren Hilfe Deutschland als internationaler Forschungsstandort gestärkt werden soll.
23 Die Exzellenzförderung verkennt hierbei jedoch, dass eine Etablierung Deutschlands
24 als internationale Forschungsgröße bereits an der unzureichenden Grundfinanzierung
25 der deutschen Hochschulen scheitert.
- 26 Verlierer*innen dieser Effizienzideologie sind vor allem geistes- und
27 sozialwissenschaftliche Fächer, da sich diese nicht hinsichtlich ihrer ökonomischen
28 Verwertbarkeit klassifizieren lassen.
- 29 Im Spannungsfeld von Wettbewerb, Exzellenzstrategie und Unterfinanzierung
30 leiden besonders die Mitarbeiter*innen ohne Professur: Sie tragen die Hauptlast
31 von Lehre und Forschung, sind häufig nur mit kurzen Verträgen und auf halbe
32 Stellen angestellt und scheiden nach maximal 12 Jahren aus dem Wissenschaftsbetrieb
33 aus, wenn sie keine der rar gesäten Professor*innenstellen ergattern. Initiativen
34 wie #ichbinhanna und #ichbinreyhan zeigen, dass Existenzängste und die
35 hohe Arbeitsbelastung dazu führen, dass sich viele entscheiden frühzeitig
36 die Wissenschaft zu verlassen oder im Ausland ihr Glück versuchen. In der
37 stark prekarierten Wissenschaft überlebt nur, wer über ausreichende
38 finanziellen Ressourcen und Netzwerke verfügt.

39 Wissenschaft sollte aber nicht aufgrund ihrer Verwertbarkeit und der Kapitalisierung
40 von Forschung betrieben werden - es braucht die wissenschaftlichen Erkenntnisse und
41 Innovationen, um die Herausforderungen und Fragen unserer Gesellschaft zu meistern
42 und zu beantworten.

43 Deswegen fordern wir:

- 44 • Abkehr von der Idee der “unternehmerischen” Hochschule und des meritokratischen
45 Narrativs, also der Vorstellung, dass alle über die gleichen Chancen und
46 Bedingungen für einen Bildungsaufstieg verfügen und es “nur am Engagement der
47 Einzelnen” läge.
- 48 • Förderung von Kooperationen zwischen Hochschulen, Disziplinen
49 und Wissenschaftler*innen im Sinne einer solidarischen Wissenschaft statt eines
50 kopflosen Wettbewerbs. Die künftige Landesregierung sollte sich daher für die
51 Abschaffung der Exzellenzinitiative einsetzen.
- 52 • Bildung liegt in den Händen des Landes und muss dementsprechend ausreichend
53 finanziert werden. Dafür braucht es eine Reformierung der Finanzierung der
54 Hochschulen im Sinne einer umfassenden Grundfinanzierung statt einer Vielzahl
55 befristeter Programme. Diese muss entfristete Mittel für die Anstellung
56 Dozierender beinhalten, damit es Dauerstellen für Daueraufgaben gibt und
57 Betreuungsrelationen verbessert werden. Mittel aus dem Hochschulpakt (HSP) und
58 dem Zukunftsvertrag Studium und Lehre (ZVL) müssen dabei wieder an die Lehre
59 gebunden werden, damit diese nicht anderweitig eingesetzt werden können.
- 60 • Forschen und Lehren muss von sozialer Herkunft entkoppelt werden und darf nicht
61 Privileg einiger weniger sein, deren Eltern zufällig selbst Professor*innen mit
62 ausreichend Kapital sind. Dazu braucht es ein Ende der prekären Verhältnisse der
63 Wissenschaft und die Schaffung nachhaltiger Zukunftsperspektiven.

Antrag B7: Praxissemester: Keine Kohle, zu viel Arbeit. Praxissemester im Lehramt vergüten!

Antragsteller*in:	UB Dortmund, UB Essen, UB Oberhausen, KV Recklinghausen, UB Mülheim Ruhr
Sachgebiet:	B - Bildung, Hochschule und Wissenschaft

- 1 Im Master of Education müssen Lehramtsstudierende ein Praxissemester absolvieren.
- 2 Dies ist mit deutlich mehr Zeitaufwand verbunden als im alten Examensstudium, welches
- 3 nur mehrwöchige Praktika vorgesehen hatte. Gleichzeitig wurde das Referendariat der
- 4 Lehramtanwärter:innen jedoch von 24 auf 18 Monate gekürzt. So spart das Land auf
- 5 Kosten der Studierenden und der Bildung mehrere tausend Euro pro Studierenden.
- 6 Zu Beginn des Praxissemesters haben Lehramtsstudierende bereits einen
- 7 Bachelorabschluss erreicht; während andere hiernach z. B. ein bezahltes Trainee-
- 8 Programm in der freien Wirtschaft anfangen, müssen Lehrstudierende trotz ihres
- 9 universitären Abschlusses unbezahlt im Praxissemester arbeiten.
- 10 Im Praxissemester müssen die Studierenden jedoch weiterhin an Begleitkursen der
- 11 Universität teilnehmen. Hinzu kommt, dass bspw. Praxissemesterstudierende am ZfsL
- 12 Dortmund 13 verpflichtende Praxiselemente in Form von Unterrichtsanalysen,
- 13 Gesprächen, Unterrichtsberatungen und Einführungsveranstaltungen absolvieren müssen.
- 14 Die Anwesenheitspflicht an der jeweiligen Schule umfasst aktuell 20 Pflichtstunden
- 15 pro Woche. Dabei ist auch vorgesehen, dass Studierende Unterrichtsstunden und eine
- 16 Unterrichtsreihe übernehmen. Die Vor- und Nachbereitung dieser Stunden, der
- 17 universitären Kurse und der verpflichtenden Praxiselemente sind nicht im
- 18 Arbeitsaufwand von 20 Wochenstunden berücksichtigt. Hin- und Rückfahrt zu den oft
- 19 auch fern gelegenen, zufällig zugeteilten Schulen sind natürlich nicht eingerechnet.
- 20 In Anbetracht dessen, dass mehr als zwei Drittel aller Studierenden neben dem Studium
- 21 arbeiten müssen, um die steigenden Lebenshaltungskosten zu decken, und eine nicht zu
- 22 vernachlässigende Anzahl Praxissemesterstudierende auch schon über 25 Jahre alt sind,
- 23 sodass das Kindergeld und die Mitgliedschaft in der Familienkrankenversicherung
- 24 wegfallen, wird das Praxissemester durch niedrigeres Einkommen in Kombination mit
- 25 höheren Ausgaben für viele Studierende zur finanziellen Herausforderung. Insbesondere
- 26 für prekäre Studierende, die nicht auf den Geldbeutel der Eltern zurückgreifen
- 27 können, wird das Praxissemester so zur psychischen und finanziellen
- 28 Ausnahmesituation!
- 29 **Wir fordern, dass Praxissemesterstudierende für die gesamte Zeit des Praxissemesters**
- 30 **die gleiche Vergütung erhalten wie Referendare!**

Antrag C1: Unser Ziel der inklusiven Arbeit - Weil wir zusammen mehr schaffen

Antragsteller*in:	UB Mönchengladbach
Sachgebiet:	C - Arbeit und Ausbildung

1 Im Artikel 27 Abs. 1 der UN-Behindertenrechtskonvention heißt es, dass es Menschen
2 mit Behinderung möglich sein soll, ihren Lebensunterhalt durch Arbeit zu verdienen,
3 die in einem offenen, integrativen und für Menschen mit Behinderungen zugänglichen
4 Arbeitsmarkt und Arbeitsumfeld frei gewählt oder angenommen wird. Auf die Verletzung
5 dieses Artikels wird in der letzten Zeit immer wieder hingewiesen und doch ändert
6 sich nichts. Die jüngste Petition unter dem Hashtag „#IhrBeutetUnsAus“ macht erneut
7 deutlich, dass sich das System der Werkstätten verändern muss.

8 Die Forderung nach einem Mindestlohn für Werkstattbeschäftigte steht hier im
9 Vordergrund. Aber auch die Abschottung von der restlichen Gesellschaft und der
10 fehlende Status als Arbeitnehmer:in wird besonders kritisiert. Weiterhin existieren
11 diverse andere Punkte, die angegangen werden müssen, um eine nachhaltige Veränderung
12 für alle Beteiligten zu erzielen. Wir verstehen das Recht auf gute und sinnstiftende
13 Arbeit bedingungslos für alle Menschen. Dies gelingt am besten gemeinsam in der
14 Solidargemeinschaft und Begegnung miteinander. Daher streben wir an, dass die
15 Werkstätten auslaufen, durch alternative Konzepte ersetzt und die Inklusion auf dem
16 ersten Arbeitsmarkt erzielt wird.

17 **Werkstätten für behinderte Menschen: Eine helfende Hand in den ersten Arbeitsmarkt?**

18 Die Werkstätten für behinderte Menschen (kurz WfbM) wurden in den 1960er Jahren
19 gegründet. Ihr Ziel ist es Menschen wieder in das allgemeine Arbeitsleben in
20 Deutschland einzugliedern. Gleichzeitig sollen die Werkstätten angehalten sein
21 betriebswirtschaftlich zu agieren und sind daher auf Umsatz angewiesen. Dieser
22 Interessenskonflikt bedeutet, dass Beschäftigte, die die besten Chancen auf dem
23 ersten Arbeitsmarkt hätten, nicht raus vermittelt werden. Rechtlich werden die
24 Beschäftigten nicht als Arbeitnehmer:innen behandelt und verfügen weder über Arbeits-
25 noch Tarifvertrag noch können sie gewerkschaftlich vertreten werden. Deshalb gibt es
26 auch keinen Anspruch auf Arbeitslosen- oder Kurzarbeitergeld und kein Streikrecht.
27 Das Analogon zu den Betriebsräten, sog. Werkstatträte, sind nur sehr eingeschränkt in
28 den Befugnissen. Dazu beläuft sich der Lohn der Tätigkeit bei durchschnittlich 220
29 Euro im Monat bei 35 bis 40 Arbeitsstunden. Mittlerweile wird die Option der
30 Werkstatt als alternativlos dargestellt und sogar für positiv befunden. Diese
31 Vorfestlegung nimmt Menschen aber die Möglichkeit auf selbstbestimmte Arbeit.
32 Außerdem ist es meistens so, dass die Träger der WfbMs auch Träger der
33 Behindertenhilfe sind und daher Arbeitsstätte, Wohn- und Freizeitort vereint sind.
34 Dadurch werden Menschen mit Behinderung vom allgemeinen gesellschaftlichen Leben
35 ausgeschlossen. Daher haben die Vereinten Nationen bereits 2015 Deutschland empfohlen
36 die Werkstätten auslaufen zu lassen. Hierfür ist es unabdingbar die Hürden für die
37 Schritte dahin abzubauen. Dazu gehören sowohl die unübersichtliche Informationslage
38 wie auch die finanziellen Fehlanreize, die derzeit noch existieren.

39 **Was es braucht: Eine klare Beratungs- und Begleitungsstruktur und rechtliche**

40 **Sicherheit**

41 Die derzeitigen Zuständigkeiten für Begleitmaßnahmen sind selten offensichtlich
42 geregelt. Mehrere oder fehlende Zuständigkeiten erschweren ihren Zugang.
43 Beispielsweise werden aktuell 320.000 Menschen in Werkstätten beschäftigt, dennoch
44 wurde das Budget für Arbeit, welches als Alternative zur Werkstatt vor drei Jahren
45 eingeführt wurde, erst 1000-mal in Deutschland genutzt. Seit Jahren liegt auch die
46 Vermittlungsquote bei unter 1%. Das Bundesteilhabegesetz regelt hier nicht, wer
47 Werkstattbeschäftigte bei der Ausführung der Budgets für Arbeit begleitet.

48 Um Klarheit für Betroffene zu schaffen, muss die Trägerlandschaft der Werkstätten
49 stark vereinfacht werden. Hier können Trägerbudgets wie sie beispielsweise schon in
50 Hamburg erprobt und bewährt sind, für Werkstätten stärker etabliert werden, um
51 Planungs- und Finanzierungssicherheit zu geben und den Druck des Haltens der
52 Werkstattbeschäftigten zu verringern.

53 Dazu muss der Übergang in einem Betrieb fließender und sicherer gestaltet werden. Als
54 ersten Schritt dahin fordern wir die Möglichkeit einer Probebeschäftigung in
55 möglicher Begleitung einer Werkstattmitarbeiter:in von bis zu 4 Wochen. Für die
56 Übernahme in einem Betrieb muss daraufhin einfacher und klarer geregelt werden, dass
57 Hilfsmaßnahmen wie technische Hilfen oder Arbeitsassistenzen angeschafft und
58 durchfinanziert werden können.

59 Außerdem muss eine unabhängige Beratung für Werkstattbeschäftigte etabliert werden.
60 Die unabhängigen Teilhabeberatungsstellen (EUTB), die nach der Peer-Counseling
61 Methode arbeiten, bei der Betroffene von Betroffenen beraten werden, sollten auf die
62 Beratung von Werkstattbeschäftigten ausgeweitet werden.

63 **Was es braucht: Richtige Inklusion muss sich rechnen**

64 Aktuell sind Arbeitgeber:innen ab einer bestimmten Unternehmensgröße verpflichtet
65 Menschen mit Behinderung einzustellen. Wird die 5%- Quote nicht eingehalten muss eine
66 Ausgleichsabgabe gezahlt werden. Diese Ausgleichsabgabe kann jedoch reduziert werden,
67 wenn Firmen Aufträge an eine WfbM vergeben. Dies wird noch weiter dadurch begünstigt,
68 dass Leistungen einer WfbM nur mit einer Mehrwertsteuer von 7% versteuert werden.

69 Folge ist, dass Firmen in vielfacher Weise für ihre mangelnde Inklusion belohnt
70 werden und Mittel für den Ausgleichsfonds gehen verloren. Aus diesem Ausgleichsfonds
71 werden u. a. der Bundesagentur für Arbeit Mittel zugewiesen, aus denen Leistungen an
72 Arbeitgeber:innen zur besonderen Teilhabe für Menschen mit Schwerbehinderung am
73 Arbeitsleben erbracht werden.

74 Daher fordern wir die Abschaffung der Anrechnung von Aufträgen an eine WfbM für die
75 Ausgleichsabgabe und die Abschaffung der steuerlichen Vorteile ihrer Leistungen.

76 Außerdem verlangen wir, dass die arbeitsrechtlichen Ansprüche von Arbeitnehmer:innen
77 wie bspw. der Mindestlohn auch für Beschäftigte einer WfbM mit Arbeitnehmer:innen
78 gelten, wobei ihre aktuelle Lage nicht schlechter gestellt werden darf.

79 Generell muss der Auftrag einer WfbM ausschließlich der Eingliederung in den ersten
80 Arbeitsmarkt dienen, weshalb die gesetzlich vorgeschrieben Wirtschaftlichkeit
81 gestrichen werden muss.

Antrag C2: Arbeitsbezogene Gleichstellung aller junger Menschen in stationären Einrichtungen

Antragsteller*in:	UB Köln
Sachgebiet:	C - Arbeit und Ausbildung

1 Um der dramatischen Lebenssituation von jungen Menschen in vollstationären
2 Einrichtungen gerecht zu werden und ihren besonderen Schutz zu gewährleisten fordern
3 wir die Abschaffung des §94 Abs. 6 SGB VIII, wonach betroffene junge Menschen
4 teilweise 75 Prozent ihres erworbenen Einkommens an die staatlichen Institutionen
5 abgeben mussten. Diese finanzielle Abgabe kommt unter Berücksichtigung der
6 individuellen Lebensgeschichten und den sozialen Verhältnissen einer verordneten
7 Armut dieser jungen Menschen gleich. Trotz einer Veränderung der Abgabenlast des
8 Einkommens von 75 Prozent auf 25 Prozent kann nicht angenommen werden, dass die
9 Problematik der indirekt verordneten Armut durch staatliche Seite bei betroffenen
10 Personen behoben wurde und dass der Grundsatz des ersten Artikels des SGB VIII im
11 Wesentlichen erfüllt ist.

12 Der Grundsatz, dass junge Menschen eine eigenverantwortliche, selbstbestimmte und
13 gemeinschaftsfähige Persönlichkeit entwickeln sollen, ist durch die Hürde der
14 Einkommensabgabe stark beschnitten, wenn nicht sogar fast unerreichbar. Diese Annahme
15 lässt sich dadurch begründen, dass jungen Menschen in vollstationären Leistungen die
16 Motivation für den Start in eine finanzielle Selbstständigkeit durch die Drosselung
17 des Einkommens genommen wird und somit auch in einem gewissen Rahmen die
18 Sinnhaftigkeit bzw. die Wichtigkeit ihres Berufes für das gesellschaftliche und
19 wirtschaftliche Leben in der Bundesrepublik Deutschland.

20 Personen in vollstationären Einrichtungen soll hierdurch ermöglicht werden, trotz
21 ihrer prekären Verhältnisse und ihrer traumatischen Erlebnisse in der Vergangenheit
22 vollumfänglich am gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben in der Bundesrepublik
23 Deutschland teilzunehmen. Der zusätzliche Lohn soll außerdem dazu dienen, die ersten
24 Schritte in ein eigenständiges Leben der Betroffenen zu gewährleisten. Dies kann sich
25 beispielsweise in der Finanzierung einer privat oder staatlich geförderten Wohnung
26 zeigen.

Antrag C3: Feministische Arbeitsrechte ausweiten – gesetzlichen Anspruch auf bezahlte Freistellung!

Antragsteller*in:	UB Kreis Mettmann, UB Düsseldorf, UB Remscheid, UB Solingen, UB Wuppertal
Sachgebiet:	C - Arbeit und Ausbildung

1 Wir fordern einen gesetzlichen Anspruch auf bezahlte Freistellung nach einer
2 Totgeburt, einer Fehlgeburt und einem Schwangerschaftsabbruch für alle Partner*innen
3 bzw. Eltern. Derzeit gilt nach §3 Abs. 4 MSchG lediglich für Totgeburten eine
4 entsprechende bezahlte Freistellung. Verstirbt ein Embryo vor der Geburt oder wird
5 ein Schwangerschaftsabbruch vollzogen gibt es keinen entsprechenden Anspruch auf
6 bezahlten Erholungsurlaub. Des Weiteren wird nach den bisherigen Gesetzesregelungen
7 zwischen einer Totgeburt und einer Fehlgeburt unterschieden. Ein ungeborenes Embryo
8 zählt erst ab 500g als Totgeburt. Dennoch sind in allen drei beschriebenen
9 Situationen die Betroffenen von maßgeblichen psychischen Belastungen betroffen.
10 Leidtragende bzw. die Eltern und ihre Partner*innen brauchen für den anschließenden
11 Zeitraum entsprechende Entlastung. Denn es kann keineswegs sichergestellt werden,
12 dass es für die psychische Gesundheit förderlich ist, wenn alle Partner*innen bzw.
13 Eltern in dieser außergewöhnlichen Situation der Lohnarbeit nachgehen müssen. Aus dem
14 Grund ist es erforderlich, dass alle Partner*innen bzw. Eltern ebenso ein Anrecht auf
15 einen gesetzlichen Anspruch für bezahlte Freistellung erhalten. Schließlich müssen
16 alle Partner*innen bzw. Eltern das Geschehene für sich und gemeinsam verarbeiten. Die
17 Regelung soll als Krankschreibung gehandhabt werden, die für alle Partner*innen bzw.
18 Eltern gelten soll, um die Trauer und die psychische Belastung in einem solchen Fall
19 verarbeiten zu können. Jedes Jahr gibt es in Deutschland 31.025 Fälle von
20 Totgeburten, Fehlgeburten und Schwangerschaftsabbrüchen. Dahinter verbergen sich
21 zahlreiche Schicksale, die in der Gesellschaft kaum wahrgenommen werden. So würde man
22 mit dem Vorhaben auf das sensible Thema aufmerksam machen und für mehr Verständnis
23 sorgen.
24 So zeigen beispielsweise Indien, Indonesien oder Neuseeland, dass man
25 fortschrittlichere gesetzliche Regelungen beschließen kann. Neuseeland beispielsweise
26 hat erst im Jahr 2021 unter der sozialdemokratischen Premierministerin Jacinda Ardern
27 ein entsprechendes Gesetz beschlossen. Eine Totgeburt, eine Fehlgeburt oder ein
28 Schwangerschaftsabbruch sind ein Verlust und eine entsprechende psychische Belastung
29 von der sich alle Partner*innen bzw. Eltern erholen müssen.

Antrag C4: Verbunden ausbilden, weil Ausbildung verbindet – deshalb Ausbildungsverbunde!

Antragsteller*in:	UB Kreis Mettmann, UB Düsseldorf, UB Remscheid, UB Solingen, UB Wuppertal
Sachgebiet:	C - Arbeit und Ausbildung

1 Zu wenig Unternehmen bilden aus und zu viele junge Menschen finden keinen passenden
2 Ausbildungsplatz. Dazu kommt der andauernde Fachkräftemangel, dem wir in Deutschland
3 in die Augen blicken müssen. Der öffentliche Sektor ist bereits und wird besonders
4 vom drohenden Fachkräftemangel in verschiedenen Branchen betroffen sein. So sehen wir
5 vor allem in kleineren Kommunen große Schwierigkeiten, Arbeitskräfte in technischen
6 Berufen zu finden. Neben verbesserten Ausbildungsqualität, -vergütung und
7 umlagefinanzierten Ausbildungsplatzgarantie gilt es auch weitere innovative Modelle
8 zu entwickeln.

9 Ausbildungsverbunde sind ein solches Modell, welches bereits in verschiedenen
10 Branchen erfolgreich Anwendung findet. Ausbildungsverbunde oder auch
11 Ausbildungspartnerschaften sind Zusammenschlüsse von verschiedenen Arbeitgeber*innen
12 mit dem Ziel gemeinschaftlich Arbeitskräfte auszubilden. Eine solche Zusammenarbeit
13 kann in verschiedene Formen annehmen. Demnach kann ein System beispielsweise mit
14 Leitbetrieb(en) und Partnerbetrieb(en) oder anhand eines Ausbildungskonsortiums
15 ausgestaltet sein. Dabei können getroffene Kooperationen zwischen öffentlichen und
16 privaten Arbeitgeber*innen oder lediglich auf eine Seite beschränkt bestehen. Die
17 Wahl einer Umsetzungsform sollte regional je nach Besonderheiten und Bedarfen
18 angepasst getroffen werden.

19 Mit der Einrichtung solcher Ausbildungsverbunde wollen wir das Ausbildungsangebot
20 vergrößern, eine regional abgestimmte Ausbildungsstrategie konzipieren und die
21 Unterstützung kleinerer Arbeitgeber*innen ermöglichen. So könnte z.B. eine
22 Kreisverwaltung Ausbildungsplätze in einem bestimmten Bereich für eine kleine
23 Kommune, die nicht die Kapazitäten und Modalitäten dafür hat, anbieten.
24 Dementsprechend würde in einigen Fällen langfristig und präventiv einem
25 Fachkräftemangel sowie einem Ausbildungsplatzunterangebot entgegengewirkt werden.
26 Konkrete Beispiele für rein private Ausbildungsverbunde bzw. in Kooperation mit
27 öffentlichen Arbeitgeber*innen lassen sich in Mönchengladbach bzw. im Schwalm-Eder-
28 Kreis oder im Kreis Darmstadt-Dieburg finden. Ein Ausbildungsverbund erzeugt eine
29 andere Strahlkraft und attraktiviert Ausbildungen bei kleineren Arbeitgeber*innen
30 sowie Ausbildungen generell. Gleichwohl verkennen wir nicht, dass schlechte
31 Ausbildungskonditionen und -vergütungen Hauptproblem des Fachkräftemangels, welches
32 von vielen Arbeitgeber*innen meist verfälschend dargestellt wird. Dagegen ist es in
33 Ausbildungsverbunden einfacher, Ausbildungsqualitäten zu steigern,
34 Ausbildungsstandards zu etablieren und Kontrollen einzuführen. Zudem ermöglicht der
35 gemeinschaftliche Ansatz eines Ausbildungsverbundes, Auszubildenden vielfältige
36 Einblicke in das Tagesgeschäft verschiedener Betriebe. Von einer langfristig und
37 gemeinwohlorientierten Ausbildungsstrategie in Form eines Ausbildungsverbundes werden
38 somit öffentliche und private Arbeitgeber*innen sowie Regionen als

39 Wirtschaftsstandorte und deren lokale Unternehmen unterstützt. Am meisten profitieren
40 jedoch Auszubildende und zukünftige Fachkräfte von der Einführung von
41 Ausbildungsverbunden, da es bei einer flächendeckenden Einführung von
42 Ausbildungsverbunden zu einem intensiveren und transparenteren Wettbewerb zwischen
43 den Arbeitgeber*innen kommen wird.

44 **Deshalb fordern wir Jusos:**

- 45 • die Förderung von bestehenden Ausbildungsverbunden und die Förderung bei
46 Einrichtung neuer Ausbildungsverbunden.
- 47 • die Einrichtung kommunaler Ausbildungsverbunde in jedem Landkreis mit der Option
48 einer Zusammenarbeit mit privaten Arbeitgeber*innen.
- 49 • die Einrichtung einer landeseigenen, gemeinnützigen Gesellschaft, die dort
50 agieren kann, wo es keine Verbunde gibt.

Antrag C5: Bildungsurlaub für Alle

Antragsteller*in:	UB Märkischer Kreis, UB Hochsauerland, UB Siegen-Wittgenstein, UB Kreis Soest, KV Olpe
Sachgebiet:	C - Arbeit und Ausbildung

1 Seit 1985, also fast 40 Jahren regelt in Nordrhein-Westfalen das „Gesetz zur
2 Freistellung von Arbeitnehmern zum Zwecke der beruflichen und politischen
3 Weiterbildung“ (im Folgenden nach seiner Abkürzung „AWbG“
4 (Arbeitnehmerweiterbildungsgesetz) genannt) den sog. „Bildungsurlaub“ für
5 Arbeitnehmer*innen, die in unserem Bundesland in einem regulären
6 Beschäftigungsverhältnis stehen.

7 Das AWbG verfolgt dabei das Ziel, Arbeitnehmer*innen auch nach ihrer Ausbildung oder
8 ihres Studiums, abseits von innerbetrieblichen Qualifizierungen, eine Möglichkeit der
9 Weiterbildung zu bieten, die zeitlich nicht die zur Erholung gedachten und dringend
10 benötigten Urlaubskontingente der Arbeitnehmer*innen belastet. Für
11 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte sind dabei in jedem Jahr fünf bezahlte
12 Urlaubstage vorgesehen, wobei der Anspruch aus zwei aufeinander folgenden Jahren auch
13 zu zehn Tagen zusammengefasst werden kann.

14 Der Bildungsurlaub darf nur in Anspruch genommen werden, wenn der Arbeitnehmende in
15 dieser Zeit eine nach AWbG §9 anerkannte Bildungsveranstaltung besucht. Vielfach
16 werden solche Bildungsveranstaltungen auch von den DGB-Gewerkschaften angeboten.
17 Dabei richten sich die Gewerkschaften mit einem breiten Bildungsangebot an die
18 gesamte arbeitende Bevölkerung und ermöglichen so Weiterbildung für ältere
19 Arbeitnehmer*innen, aber auch zielgruppengerechte Bildungsangebote wie Seminare für
20 Auszubildende und junge Berufstätige. Hier kommen zwei wichtige Faktoren zusammen:
21 Einerseits profitieren Arbeitnehmer*innen von hochwertigen Bildungsangeboten und
22 andererseits entsteht in solchen Kontexten oft ein Interesse für Gewerkschaften und
23 ihre Arbeit.

24 Obwohl wir also mit dem AWbG seit Jahrzehnten gute Erfahrungen gemacht haben, dürfen
25 wir uns mit den aktuell geltenden Regelungen nicht zufriedengeben. Zwar wurde nach
26 langem Ringen 2014 unter der Rot-Grünen Landesregierung endlich ein Recht auf
27 Weiterbildung auch für Auszubildende in das Gesetz aufgenommen^[1], allerdings werden
28 den Auszubildenden in NRW lediglich fünf Tage für die gesamte Dauer ihrer Ausbildung,
29 unabhängig von deren Dauer, zugestanden^[2]. **Als Jusos verstehen wir uns als**
30 **Interessensvertreter*innen der Auszubildenden und fordern daher den Anspruch auf**
31 **Bildungsurlaub den angestellten Arbeitnehmer*innen in NRW gleichzusetzen.**

32 Abgesehen von diesem Defizit, finden sich im AWbG weitere Optimierungsbedarfe. Denn
33 längst nicht alle Arbeitnehmer*innen in NRW genießen die Privilegien des AWbG,
34 schließlich unterscheidet es in §3 in der Frage der Berechtigung zwischen
35 Arbeitsverhältnissen in Betrieben und Dienststellen mit über 50, bis zu 50 und bis zu
36 zehn Beschäftigten. In Betrieben und Dienststellen, die unter 50 Angestellte
37 aufweisen, ist der Arbeitgeber nur dann zu einer Freistellung im Sinne des AWbG
38 verpflichtet, wenn nicht bereits zehn Angestellte im laufenden Kalenderjahr von
39 diesem Recht Gebrauch gemacht haben^[3]. Diese Bedingung ist dabei völlig willkürlich

40 von der Gesetzgebung festgelegt und sollte aus dem Gesetz gestrichen werden. Für uns
41 ist nicht ersichtlich, warum der Anspruch auf individuelle Weiterbildung davon
42 abhängig gemacht werden sollte, ob Kolleg*innen selbst von diesem Recht Gebrauch
43 machen oder nicht.

44 Insgesamt befanden sich 7.070.848 Menschen in Nordrhein-Westfalen im Jahre 2020 in
45 einem sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnis[4]. Davon entfielen
46 1.282.158 Arbeitnehmer*innen auf Betriebe die unter 50 Angestellte haben, die also
47 wie oben beschrieben kein umfängliches Recht auf Bildungsurlaub genießen.

48 Noch drastischer geht das AWbG jedoch mit den 781 317 Beschäftigten um, die in
49 Betrieben mit weniger als zehn abhängig Beschäftigten arbeiten. Ihnen steht nach der
50 aktuellen Rechtslage gar kein Bildungsurlaub zu¹. Was auf den ersten Blick aus
51 Rücksicht auf die Interessen der Unternehmer*innen verständlich erscheint, entwickelt
52 sich bei näherer Betrachtung zu einem großen Problem: Auch wenn in kleinen Betrieben
53 die durchschnittliche Betriebszugehörigkeitsdauer mit acht Jahren deutlich unter dem
54 Bundesschnitt von rund 11 Jahren liegt[5], so erleben Arbeitnehmer*innen in diesen
55 Kleinstbetrieben insbesondere auf lange Sicht gesehen ein erhebliches Defizit in
56 Fort- und Weiterbildungen, eine Entwicklung, die durch den Mangel an
57 innerbetrieblichen Bildungsangeboten noch befeuert wird. Bei vielen Kleinstbetrieben
58 in Deutschland handelt es sich um klassische Handwerksbetriebe, also um Betriebe in
59 Branchen, die ohnehin schlechte Organisationsgrade und dahingehend auch ausbaufähige
60 gewerkschaftliche Repräsentation auszeichnet. Die Ermöglichung von Bildungsurlaub in
61 Kleinstbetrieben könnte dazu beitragen, die gewerkschaftlichen Ideen von
62 organisierter Arbeit in die Breite dieser Branchen zu tragen. Wir halten es daher für
63 geboten, den siebten Absatz aus §3 AWbG zu streichen und damit den uneingeschränkten
64 Zugang zu Arbeitnehmer*innenweiterbildung für alle durchzusetzen. Als Jusos sind wir
65 davon überzeugt, dass politische und berufliche Weiterbildung ein wichtiger Baustein
66 für gute Arbeit in Zeiten der Transformation und damit unerlässlich für den
67 gesellschaftlichen Zusammenhalt ist.

68 **Unsere Forderungen lauten:**

- 69 • **Die Angleichung des Anspruches auf Bildungsurlaub für Auszubildende an den**
70 **Anspruch festangestellter Arbeitnehmer*innen**
- 71 • **Die Streichung des Absatz 7 aus §3 AWbG, um die von der Betriebsgröße abhängigen**
72 **Einschränkungen zu beseitigen (Bildungsurlaub für Alle)**

73 [1] Gesetz- und Verordnungsblatt Ausg. 2014 Nr.40 vom 17.12.2014 S. 879- 888

74 [2] Gesetz zur Freistellung von Arbeitnehmern zum Zwecke der beruflichen und
75 politischen Weiterbildung- Arbeitnehmerweiterbildungsgesetz (AWbG9 §12a (1))

76 [3] Gesetz zur Freistellung von Arbeitnehmern zum Zwecke der beruflichen und
77 politischen Weiterbildung- Arbeitnehmerweiterbildungsgesetz (AWbG9 §3 (7))

78 [4] „Rechtliche Einheiten und deren Beschäftigte nach Beschäftigungsgrößenklassen (4)
79 -kreisfreie Städte und Kreise – Jahre (ab 2019)“ aus dem Unternehmensregister-System
80 (URS) der Landesdatenbank NRW stand 25.06.2022

81 [5] [https://www.personalwirtschaft.de/news/recruiting/arbeitnehmer-bleiben-
82 durchschnittlich-11-jahre-in-einem-unternehmen-133055/](https://www.personalwirtschaft.de/news/recruiting/arbeitnehmer-bleiben-durchschnittlich-11-jahre-in-einem-unternehmen-133055/)

Antrag C6: Warum die Ausbildungsplatzgarantie nicht genügt

Antragsteller*in:	UB Coesfeld, UB Borken, UB Steinfurt, KV Warendorf
Sachgebiet:	C - Arbeit und Ausbildung

- 1 Wir fordern daher bei einer Einführung der Ausbildungsplatzgarantie eine
2 Berücksichtigung der im Text genannten Punkte, um die betriebliche Ausbildung auf
3 lange Sicht wieder attraktiver zu machen und den Fachkräftemangel zu bekämpfen.
- 4 Im vergangenen Jahr forderten sowohl Jusos als auch die SPD eine verbindliche
5 Ausbildungsplatzgarantie, damit junge Menschen nach dem Schulabschluss ihrem
6 Traumberuf nachgehen können und nicht durch ein fehlendes Angebot ausgebremst werden.
- 7 An sich eine lobenswerte Initiative, hat doch die betriebliche Ausbildung oder das
8 duale Studium in den letzten Jahren an Stellenwert gegenüber dem Studium verloren. Im
9 Jahr 2020 war die Zahl der Erstsemesterstudierenden höher als die Zahl von neuen
10 Auszubildenden. Gerade in vielen Jobs der Gesundheitsbranche oder dem Handwerk werden
11 massiv Stellen gesucht, um den bestehenden Fachkräftemangel zu bekämpfen.
- 12 Doch es gibt neben dem fehlenden Angebot weitere Problemfelder der betrieblichen
13 Ausbildung, welche dringend anzugehen sind. Denn in den ländlichen Regionen gibt es
14 oft auf ausgeschriebene Ausbildungsstellen kaum Bewerber*innen. Dieser Trend lässt
15 sich gerade im Handwerk oder in der Hotel- und Tourismusbranche betrachten. Besonders
16 drastisch sieht es in kleineren Betrieben mit weniger als 50 Mitarbeitern aus, da
17 viele Bewerber*innen sich tendenziell eher in größeren Betrieben bewerben.
- 18 Dafür lassen sich diverse Gründe feststellen:
- 19 • kaum Anbindung per ÖPNV an Ausbildungsstandorte
 - 20 • oft schlecht bezahlte Ausbildungsberufe
 - 21 • bezahlbarer Wohnraum fehlt
- 22 Dies sind in den ländlichen Regionen nur einige von vielen Punkten, weswegen junge
23 Menschen sich oft gegen eine Ausbildung entscheiden. Denn die Zahl von im Jahr 2021
24 63.176 [\[1\]](#) unbesetzten Ausbildungsplätzen wird sich nicht durch die Einführung einer
25 Ausbildungsplatzgarantie verbessern.
- 26 Das Angebot der Ausbildungsplatzgarantie ist dennoch nicht zurückzustellen, denn es
27 gab in diesem Jahr ebenfalls 24.614 unversorgte Bewerber*innen. Es gilt, keine
28 Passivität bei möglichen Bewerber*innen aufkommen zu lassen, sondern ein gutes
29 Gesamtpaket für eine Ausbildung anzubieten. Dann wird sich erstgenannte Zahl schnell
30 reduzieren.
- 31 Dabei spielt auch Corona eine wichtige Rolle. Denn durch den Ausbruch der Pandemie
32 findet die schulische Ausbildung vieler Betriebe im sogenannten „Home-Schooling“
33 statt. Auch hier sind Maßnahmen erforderlich, da es in manchen Branchen vielen
34 Auszubildenden an digitalen Endgeräten zur vernünftigen Teilnahme am Unterricht
35 fehlt.
- 36 [\[1\]](#) Studie des IW: Viele Ausbildungsstellen unbesetzt | tagesschau.de

Antrag D1: Gegen jeden Antisemitismus - Neue Anfeindungen gegen Jüdinnen und Juden nicht unbeantwortet lassen!

Antragsteller*in:	UB Köln
Sachgebiet:	D - Demokratie, Partizipation und freiheitliche Gesellschaft

- 1 Querdenken, AfD, Nahostkonflikt: Neue Phänomene und alte Hüte – Antisemitismus
2 benennen
- 3 Trotz aller „Nie Wieder“-Bekennnisse nimmt der Antisemitismus und damit die
4 Zahl antisemitischer Straftaten in NRW stark zu. Allein 206 waren es im ersten
5 Halbjahr 2021, im gesamten Jahr davor 276. Deutschlandweit haben sich die
6 antisemitischen Vorfälle seit 2015 fast verdoppelt, von 1366 auf 2351 Fälle im
7 Jahr 2020. Dazu zählen Volksverhetzung, Beleidigungen, Bedrohungen und
8 Körperverletzungen.
- 9 Laut den Zahlen der Polizeistatistiken kann der Großteil der antisemitischen
10 Straftaten rechtsextremen Motiven zugeordnet werden. Bei Umfragen unter Jüdinnen
11 und Juden in Deutschland werden vor allem Beleidigungen und körperliche Angriffe
12 als mehrheitlich israelbezogen oder islamistisch motiviert empfunden.
- 13 Obwohl in Deutschland nur 0,1 Prozent aller Menschen jüdischen Glaubens sind,
14 richteten sich 2020 70% aller Angriffe auf Religionsgemeinschaften und ihre
15 Vertreter*innen gegen Jüdinnen und Juden - eine schockierende Zahl.
- 16 Als Jusos muss es daher unser Anspruch sein, Antisemitismus nie unbeantwortet zu
17 lassen – egal ob er von Rechtsextremist*innen und Rechtspopulist*innen kommt,
18 aus linken Milieus, mit islamistischem Hintergrund oder aus der Mitte der
19 Gesellschaft.
- 20 Brunnenvergifter-Mythen in Pandemiezeiten
- 21 In der Covid-Pandemie bekommen antisemitische Verschwörungstheorien neuen
22 Aufwind. Sei es die „New World Order“ mit Giftspritze und Mikrochip von Bill
23 Gates, oder Attila Hildmann, der zehntausenden Follower*innen ganz ohne Codes
24 erzählt, das Judentum sei für die Pandemie verantwortlich. Dazu kommen diverse
25 Gleichsetzungen der Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie mit dem
26 Nationalsozialismus, von gelben „Ungeimpft“-Sternen bis zu Jana aus Kassel, die
27 sich fühlt „wie Sophie Scholl“. All das hört und liest man bei Querdenken-Demos
28 und auf einschlägigen Telegram-Channels, bei der AfD und zuweilen auch
29 abgeschwächt bei Hans-Georg Maaßen.
- 30 Antisemitische Chiffren reproduzieren dabei den Mythos einer jüdischen
31 Weltverschwörung, während durch Holocaust-Relativierungen Schritt für Schritt
32 die Verbrechen der Nazis verharmlost und die Opfer der Shoah verhöhnt werden.
33 Besonders besorgniserregend ist dabei die Gleichgültigkeit derer, die nicht
34 direkt dem rechten Rand zugeordnet werden können und sich selbst als Mitte der
35 Gesellschaft bezeichnen oder es bis vor kurzem sogar waren. Zuweilen ist
36 Antisemitismus dabei gar der gemeinsame Nenner von Rechtsextremen, Linken und
37 Esoteriker*innen.
- 38 Dass Verschwörungsmythen tödliche Konsequenzen haben können, zeigt der Anschlag

39 von Halle, bei dem der Täter sich im Internet radikalisiert hatte, an eine
40 "jüdische Weltverschwörung" glaubte und gezielt möglichst viele Betende in einer
41 Synagoge ermorden wollte.

42 Der Jude unter den Staaten

43 Ein Aufflammen des Nahostkonflikts bedeutet leider auch für hier lebende
44 Jüdinnen und Juden eine Gefährdung. Im Mai 2021 gab es in NRW und Deutschland
45 eine Vielzahl von israelfeindlichen und teils islamistischen Demonstrationen,
46 bei denen Vernichtungsparolen und NS-Vergleiche wie "From the river to the sea,
47 palestine will be free", „Ihr Juden, Mohammeds Heer kommt bald wieder“,
48 „Zionismus = Terrorismus“ oder „Well done Israel, Hitler would be proud“
49 skandiert wurden oder bei Demo-Aufrufen und auf Schildern zu lesen waren.

50 Neben offenem Judenhass zeigte sich hier, wie antisemitische Stereotypen und
51 Anfeindungen quasi ersatzweise auf Israel übertragen werden. Dieser
52 israelbezogene Antisemitismus ist oft unscheinbarer, aber nicht weniger
53 gefährlich, weil er den einzigen jüdischen Staat als Schutzraum für jüdisches
54 Leben bedroht. Er beginnt dann, wenn nicht mehr das Regierungshandeln kritisiert
55 wird, sondern Israel als Ganzes delegitimiert, dämonisiert und mit doppelten
56 Standards behandelt wird.

57 Von "Delegitimierung" spricht man dabei, wenn Israels Recht auf Existenz durch
58 Kolonialismusvergleiche angezweifelt werden soll oder direkt seine Auslöschung
59 als jüdischer Staat gefordert wird. Dämonisierung meint die Darstellung Israels
60 anstelle des Judentums als "das Böse" überhaupt - beispielsweise durch die
61 Gleichsetzung des Agierens Israels mit den deutschen Verbrechen im
62 Nationalsozialismus.

63 Und doppelte Standards gegenüber Israel zeigen sich dann, wenn der jüdische Staat
64 anders behandelt und mit anderen Maßstäben gemessen wird als andere
65 Länder. Zum Beispiel, wenn trotz massiver Menschenrechtsverletzungen weltweit
66 Israel im UN-Menschenrechtsrat öfter verurteilt wird als Syrien, Nordkorea, der
67 Iran, China und Venezuela zusammen.

68 Warum das gefährlich ist, zeigt sich auch bei den Übergriffen auf Synagogen und
69 Jüdinnen und Juden in Deutschland, die absolut nichts mit der Politik des
70 tausende Kilometer entfernten Staates Israel zu tun haben und dennoch dafür
71 verantwortlich gemacht werden.

72 Mal wieder von nichts gewusst - Der Antisemitismus der Mitte

73 2022 jährt sich die Wannseekonferenz, bei der die „Endlösung der Judenfrage“ und
74 damit das Ziel der Vernichtung von 11 Millionen Jüdinnen und Juden beschlossen
75 wurde, zum 80. Mal. Dieses beispiellose Verbrechen war nur möglich durch eine
76 Mehrheitsgesellschaft, die jahrzehntelang, wenn nicht sogar jahrhundertlang
77 Antisemitismus in Deutschland toleriert hat. Während sich die Deutschen heute
78 als „Aufarbeitungs-Weltmeister“ feiern, ist antisemitisches Gedankengut noch
79 immer weit verbreitet.

80 Studien zeigen, dass jede*r Vierte noch immer Aussagen wie "Juden haben zu viel
81 Macht auf den internationalen Finanzmärkten" zustimmt und jede*r Dritte ganz
82 oder teilweise der Aussage, dass Jüdinnen und Juden in Deutschland noch immer zu
83 viel Einfluss hätten. 41 Prozent meinen sogar, "Juden sprechen zu oft über den

84 Holocaust.“

85 Umso mehr lehnen wir es ab, wenn rechte Politiker*innen versuchen mit Reden vom
86 “importierten Antisemitismus” davon abzulenken, wie tief antisemitisches Denken
87 noch immer in einem großen Teil der deutschen Bevölkerung verankert ist und
88 Nährboden bietet für Verschwörungsmymen und antisemitische Übergriffe. Wenn die
89 Hälfte aller Schüler*innen noch nicht weiß, was “Auschwitz” ist, muss klar
90 werden, wie wichtig Gedenken an den Holocaust und die Bildungsarbeit über seine
91 ideologischen Grundlagen sind. Und wie richtig der Kampf gegen rechte Kräfte
92 ist, die mit “Vogelschiss”-Rhetorik versuchen, die Geschichte umzuschreiben und
93 einen unerträglichen “Schlussstrich” unter die Verbrechen der Nazis ziehen
94 wollen.

95 „Nie wieder“ muss praktisch werden – Antisemitismus entgegentreten

96 Gegen wirklich jeden Antisemitismus

97 Wie weit verbreitet Antisemitismus ist und aus welchen verschiedenen Milieus er
98 kommen kann, haben die letzten Jahre wieder einmal gezeigt. Wir wollen uns nicht
99 von dieser Komplexität einschüchtern lassen - im Gegenteil. Als politischer
100 Verband müssen und wollen wir Antisemitismus mit all seinen Facetten erkennen und
101 bekämpfen.

102 Grundlage jeder Arbeit gegen Antisemitismus muss es daher sein,
103 Judenfeindlichkeit immer und überall auch als solche zu benennen. Wir bekennen
104 uns deshalb zur Antisemitismus-Definition und den Beispielen der International
105 Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) als Arbeitsgrundlage für unseren Kampf
106 gegen Antisemitismus. Die Definition der IHRA lautet:

107 „Antisemitismus ist eine bestimmte Wahrnehmung von Jüdinnen und Juden, die sich
108 als Hass gegenüber Jüdinnen und Juden ausdrücken kann. Der Antisemitismus
109 richtet sich in Wort oder Tat gegen jüdische oder nichtjüdische Einzelpersonen
110 und/oder deren Eigentum sowie gegen jüdische Gemeindeinstitutionen oder
111 religiöse Einrichtungen.“, die Beispiele erläutern und ergänzen die Anwendung
112 der Definition. [\[1\]](#)

113 „Kauft nicht bei Juden“? BDS bleibt antisemitische Kackscheiße

114 Um israelbezogenem Antisemitismus entgegenzutreten, brauchen wir eine klare
115 Linie gegen die Delegitimierung und Dämonisierung Israels und akzeptieren es
116 nicht, wenn an Israel andere Ansprüche angelegt werden als an andere Länder.

117 Als Jusos verurteilen wir jegliche Übergriffe und Ausschreitungen unter dem
118 Deckmantel der “Israelkritik”, bekräftigen unsere Ablehnung eines Israel-
119 Boykotts und jeglicher Zusammenarbeit mit BDS-unterstützenden Personen und
120 Organisationen. Solidarität mit jüdischem Leben muss immer auch Solidarität mit
121 Israel und seinem Existenzrecht heißen.

122 Gegen die neuen besorgten Bürger*innen – keine Normalisierung von Querdenken

123 Auch wenn Rassismus und Antisemitismus in ihren Funktionsweisen sehr
124 unterschiedlich sind, so eint sie doch, dass Rechte mit ihrer Hilfe versuchen,
125 komplexe Probleme auf vermeintliche “Sündenböcke” zu projizieren. Den neuen
126 “besorgten Bürger*innen”, die heute gegen eine vermeintliche Corona-Diktatur
127 demonstrieren, wollen wir Solidarität entgegensetzen mit allen, die

128 gesundheitlich bedroht oder antisemitischen Anfeindungen ausgesetzt sind.
129 Wir werden deswegen auch immer dann auf die Straße gehen, wenn antisemitische
130 Verschwörungsmuthe und Holocaustrelativierungen wiederkehren. Eine
131 Normalisierung von Querdenken & Co ist für uns keine Option – wir wollen und
132 werden weiterhin aufklären, widersprechen und zu Gegendemonstrationen aufrufen.
133 Hoffen, dass die Holztür hält?! – Echter Schutz für jüdisches Leben
134 Wenn am höchsten jüdischen Feiertag nur eine Holztür ein Massaker in einer
135 Synagoge verhindert, hat der Staat versagt – genau so war es beim Anschlag in Halle
136 an Jom Kippur 2019. Eine bildlichere Darstellung dafür, dass Jüdinnen und
137 Juden auch 70 Jahre nach der Gründung der BRD nicht frei von Angst leben können,
138 gibt es kaum.
139 Jüdinnen und Juden dürfen in Deutschland nie wieder um ihre Sicherheit fürchten
140 müssen. Der Schutz für jüdische Einrichtungen durch Sicherheitsbehörden muss
141 deshalb eine Selbstverständlichkeit sein: Sowohl in Synagogen, aber u.a. auch in
142 jüdischen Bildungseinrichtungen, Restaurants und Friedhöfen und in enger
143 Abstimmung mit den jüdischen Gemeinden.
144 Zuhören und handeln – Forderungen jüdischer Organisationen ernst nehmen
145 Entscheidend für den Kampf gegen Antisemitismus ist für uns vor allem die
146 Perspektive der Betroffenen. Jüdische Organisationen fordern schon seit langem
147 zahlreiche Maßnahmen, denen wir uns als Jusos nur anschließen können.
148 Dazu gehören eine Reform der Polizeistatistik in NRW, um antisemitische
149 Straftaten genauer zuordnen zu können; der Ausbau von Beratungs- und Melde-
150 Angeboten für Betroffene; eine Erhöhung der Sichtbarkeit jüdischen Lebens;
151 Präventions- und Bildungsarbeit an Schulen; ein Verbot der Hamas in Deutschland
152 und eine konsequente Überwachung der AfD und ihr nahestehender Kräfte.
153 [1] [https://www.holocaustremembrance.com/de/resources/working-](https://www.holocaustremembrance.com/de/resources/working-definitionscharters/arbeitsdefinition-von-antisemitismus)
154 [definitionscharters/arbeitsdefinition-von-antisemitismus](https://www.holocaustremembrance.com/de/resources/working-definitionscharters/arbeitsdefinition-von-antisemitismus)

Antrag D2: Islamfeindlichkeit entschieden entgegenzutreten! Muslimas und Muslime verdienen ein sicheres Leben in Deutschland

Antragsteller*in:	UB Köln
Sachgebiet:	D - Demokratie, Partizipation und freiheitliche Gesellschaft

- 1 Allerspätestens seit dem versuchten Brandanschlag auf die Kölner Zentralmoschee
2 im November 2021 sollte die Gefahr, der Muslimas, Muslime und muslimisch
3 gelesene Menschen in Deutschland täglich ausgesetzt sind, deutlich geworden
4 sein.
- 5 Die immer weiter zunehmende Feindseligkeit gegenüber dem Islam und muslimisch
6 gelesenen Menschen lässt sich dabei nicht nur in Köln, sondern in ganz
7 Deutschland beobachten. Alleine 2020 wurden in Deutschland 103 Angriffe auf
8 Moscheen und über 1000 islamfeindliche Straftaten verübt. Nicht zuletzt Ende
9 Januar dieses Jahres in Halle, als ein mit einem Luftgewehr bewaffneter Mann auf
10 eine Moschee schoß, während sich dort rund 100 Menschen zum Mittagsgebet
11 eingefunden hatten. Solche Taten haben in einer toleranten und weltoffenen
12 Gesellschaft keinen Platz und stehen im krassen Gegensatz zu allem, wofür die
13 Jusos, die SPD und die Sozialdemokratie stehen!
- 14 Der Islam gehört genauso zu Deutschland wie die 5.6 Millionen in Deutschland
15 lebenden Muslimas und Muslime. Feindseligkeiten aller Art und Angriffe auf
16 muslimisch gelesene Menschen müssen aufhören, ihre Ängste und Forderungen wahr und
17 ernstgenommen werden. Es ist Aufgabe des Staates sie zu schützen. Gerade in
18 Anbetracht der aktuellen Geschehnisse ist dem, ohne Wenn und Aber, nachzukommen.
- 19 Deswegen fordern wir:
- 20 • Polizeipräsenz vor Moscheen verstärken. Sollte es dem ausdrücklichen
21 Wunsch der muslimischen Gemeinden entsprechen, so sollte, wie es vor
22 anderen Gotteshäusern bereits gang und gäbe ist, die Polizeipräsenz auch
23 vor Moscheen verstärkt werden. Dabei sollte besonders der Schutz von
24 Freitagsgebeten, an denen regelmäßig mehrere hundert Muslimas und Muslime
25 teilnehmen, betrachtet werden.
 - 26 • Gespräche mit muslimischen Gemeinden führen. Muslimas und Muslime bilden einen
27 großen Teil unserer Gesellschaft in Deutschland. Ihre Forderungen nicht zu
28 kennen ist genauso fahrlässig, wie ihre Ängste zu ignorieren oder
29 nicht ernst zu nehmen. Auf ihre Forderungen muss eingegangen und ihre
30 Ängste wahr- und ernstgenommen werden. Es muss ein stärkerer und
31 intensiverer Dialog stattfinden.
 - 32 • Klare Haltung gegen Rechts! Es gilt weiterhin eine klare Haltung gegen
33 rechtes, diskriminierendes und rassistisches Gedankengut einzunehmen, den
34 aufkeimenden Faschismus zu bekämpfen und die antirassistische Arbeit zu
35 intensivieren. Dazu gehört auch der Kampf gegen Islamfeindlichkeit und
36 islamfeindliches Gedankengut.

Antrag D3: Arbeitsrecht und Versorgung hat keine Religion!

Antragsteller*in:	UB Münster, UB Bonn
Sachgebiet:	D - Demokratie, Partizipation und freiheitliche Gesellschaft

1 Die Bundesrepublik Deutschland ist ein säkularer Staat, also ein Staat in dem Kirche
2 und Staat getrennt sind. Eigentlich. Große Teile der Daseinsvorsorge sind nämlich in
3 kirchlicher Trägerschaft. Das betrifft vor allem Kindertagesstätten, Schulen,
4 Pflegeeinrichtungen und Krankenhäuser, also wichtige Teile unserer Infrastruktur. Da
5 die evangelische und die katholische Kirche an dieser Stelle wichtige Aufgaben
6 übernehmen, Aufgaben, die der Staat erfüllen sollte, werden die entsprechenden
7 Einrichtungen vom Staat subventioniert. Kirchliche KiTas werden dabei zu 90-100% vom
8 Staat finanziert, bei kirchlichen Schulen sind es mehr als 98% und Krankenhäuser in
9 kirchlicher Trägerschaft werden zu 100% aus staatlicher Finanzierung und den
10 Krankenkassen getragen. Jede zweite KiTa und jedes vierte Krankenhaus sind in
11 kirchlicher Trägerschaft. Für die katholische Kirche ist der Träger in den meisten
12 Fällen die Caritas und bei der evangelischen Kirche die Diakonie. Alleine diese
13 beiden Träger bekommen vom Staat insgesamt 45 Milliarden Euro pro Jahr. Hinzu kommen
14 19 Milliarden Euro, die der Staat jährlich an kirchliche Einrichtungen zahlt. Da die
15 kirchlichen Einrichtungen so viel Daseinsvorsorge stellen, dass der Staat und die
16 Gesellschaft darauf angewiesen sind, ist in anbetracht von Lehrkräftemangel,
17 Pflegenotstand, zu wenig KiTa-Plätzen und den Folgen der Corona-Pandemie in den
18 entsprechenden Bereichen, die Subventionierung durch den Staat und die
19 Aufrechterhaltung dieser Infrastruktur notwendig. Dennoch liegt hier ein Problem,
20 welches aus sozialistischer und feministischer Überzeugung heraus gelöst werden muss:
21 die kirchlichen Einrichtungen haben Sonderregeln, die antifeministisch sind und gegen
22 die Rechte von Arbeitnehmer*innen wirken. So wird an KiTas und Schulen der Konfession
23 des Trägers sehr viel Platz eingeräumt, sodass die Religionsfreiheit zu kurz kommt.
24 In kirchlichen Krankenhäusern werden grundlegende medizinische Versorgungsangebote
25 wie Schwangerschaftsabbrüche oder die Pille danach nicht bereitgestellt. Und
26 kirchliche Einrichtungen dürfen ihre Arbeitnehmer*innen kündigen, wenn diese es wagen
27 den heiligen Bund der Ehe zu beenden oder anderweitig gegen die religiösen
28 Vorstellungen der Kirchen verstoßen. Außerdem dürfen kirchliche Einrichtungen ihre
29 Arbeitnehmer*innen nach Konfession auswählen. Durch die Masse an kirchlichen
30 Einrichtungen sind diese für viele Menschen nicht zu umgehen, egal ob als
31 Arbeitnehmer*in, Eltern, Kind oder Patient*in. Und deshalb muss in staatlich
32 finanzierten Einrichtungen unabhängig von deren Trägerschaft das Grundgesetz und das
33 Arbeitsrecht des Staates ohne Ausnahme dort gelten, sowie alle Aufgaben der
34 abgebildeten Daseinsvorsorge übernommen werden.

35 medizinischer Teil - Triggerwarnung: dieser Abschnitt des Antrags befasst sich u.a.
36 mit den Themen sexuelle Gewalt, Vergewaltigung und Schwangerschaftsabbruch

37 2013 schlug in den Medien der Fall einer vergewaltigten Frau in Köln hohe Wellen, da
38 sie bei zwei katholischen Krankenhäusern Hilfe ersuchte und abgelehnt wurde. Denn sie
39 bat um eine medizinische Untersuchung zur Beweissicherung und der Pille danach. Im
40 Falle einer Vergewaltigung ist es sehr wichtig so schnell wie möglich diese

41 Untersuchung durchzuführen, um bei einer Anzeige bei der Polizei und in einer
42 möglichen Gerichtsverhandlung möglichst viele Beweise zu haben. Um eine ungewollte
43 Schwangerschaft als Folge der Vergewaltigung zu verhindern, ist es ein Wettlauf gegen
44 die Zeit die Pille danach einzunehmen. Da Opfer einer Vergewaltigung meist
45 traumatisiert sind, unter Schock stehen und/oder nicht sofort realisieren (können)
46 was ihnen angetan wurde, ist es dringend notwendig diese Maßnahmen flächendeckend und
47 niedrigschwellig anzubieten. In jedem Krankenhaus muss die Versorgung in einer
48 schützenden und fürsorglichen Atmosphäre stattfinden. Mittlerweile haben sich die
49 Regeln der katholischen Kirche zwar gelockert und die Untersuchung und die Pille
50 danach sind nicht mehr per se für katholische Ärzt*innen verboten, dennoch obliegt es
51 der Entscheidung der*des Ärztin*Arztes, ob dies überhaupt angeboten und durchgeführt
52 wird. Das reicht nicht aus, um Vergewaltigungsoffer zu schützen und mit dem zu
53 versorgen, was sie brauchen. Es gehört zur medizinischen Daseinsvorsorge eine
54 Untersuchung und die Pille danach nach einer (mutmaßlichen) Vergewaltigung zu
55 bekommen. Darum muss beides in jedem Krankenhaus, unabhängig von dem Träger,
56 angeboten und bei Bedarf durchgeführt werden.

57 Genauso verhält es sich mit Schwangerschaftsabbrüchen. Selbstverständlich muss §218
58 StGB abgeschafft werden! Schwangerschaftsabbrüche müssen als das angeboten werden was
59 sie sind: Ein Teil der medizinischen Grundversorgung, der unabhängig der Gegend
60 Umstände für jede*n zugänglich ist. Denn ob diese Umstände gegeben sind entscheidet
61 folgende Person: die Person, die (ungewollt) schwanger ist. Darum braucht es eine
62 flächendeckende Versorgung mit Praxen und Kliniken, in denen Schwangerschaftsabbrüche
63 durchgeführt werden. Es kann durchaus sinnvolle Einteilungen geben welche
64 medizinischen Eingriffe in welcher Praxis oder Klinik in einer Stadt oder einem
65 Landkreis durchgeführt werden. So ist z.B. eine Spezialisierung auf bestimmte
66 Eingriffe in den Einrichtungen möglich. Jedoch dürfen religiöse Argumente dabei nicht
67 die Versorgung gefährden. Momentan obliegt die Entscheidung, ob ein*e Ärztin*Arzt
68 Schwangerschaftsabbrüche durchführt oder nicht ihnen selbst. Dies ist im §12
69 Schwangerschaftskonfliktgesetz geregelt. Da Schwangerschaftsabbrüche ein mit
70 kirchlichen Trägern schwer zu verhandelndes Thema sind, muss nicht jede kirchliche
71 Einrichtung dazu verpflichtet werden, Ärzt*innen einzustellen, die
72 Schwangerschaftsabbrüche durchführen. Um aber die Versorgung zu gewährleisten, dass
73 in jeder kreisfreien Stadt bzw. jedem Landkreis mind. ein*e Ärztin*Arzt
74 Schwangerschaftsabbrüche bei Bedarf durchführt, müssen auch kirchliche Krankenhäuser
75 in die Pflicht genommen werden. Das bedeutet konkret: wenn in der kreisfreien Stadt
76 oder dem Landkreis kein Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen gewährleistet wird und
77 dieser Zugang nicht einfach außerhalb eines kirchlichen Krankenhauses in der Stadt
78 bzw. dem Landkreis eingerichtet werden kann, so müssen kirchliche Krankenhäuser dazu
79 verpflichtet werden Ärzt*innen für Schwangerschaftsabbrüche Räume und Ressourcen zur
80 Verfügung zu stellen. Außerdem muss das Schwangerschaftskonfliktgesetz abgeschafft
81 werden.

82 **Arbeitsrechtlicher Teil und Streikrecht**

83 In sämtlichen Institutionen unserer sozialen Infrastruktur, die sich in kirchlicher
84 Trägerschaft befinden gilt aufgrund des kirchlichen Selbstbestimmungsrechts aus Art.
85 140 GG iVm Art 137 III WRV das Sonderarbeitsrecht der Kirche. Dies führt zu
86 Abwandlungen im Individual- und Kollektivarbeitsrecht der Beschäftigten. Zudem werden

87 rechtliche Streitfragen vor den kirchlichen Arbeitsgerichten verhandelt.

88 Diese Sonderstellung verhindert einen gleichberechtigten Zugang zu den betroffenen
89 Einrichtungen. Sowohl aus Nutzer*innenperspektive, als auch aus
90 Beschäftigtenperspektive. Gerade im ländlichen Gebiet ist das wegen fehlender
91 Angebotspluralität ein großes Problem.

92 Es gelten von der Kirche vorgegebene Loyalitätspflichten, die auf der kirchlichen
93 Moral- und Sittenlehre basieren und bis in den privaten Lebensbereich wirken.¹
94 Verboten sind etwa Scheidung, Wiederheirat, uneheliche Kinder, queerness und offene
95 oder polyamore Beziehungsmodelle oder aber auch die Zugehörigkeit zu einer anderen
96 Religion wie beispielsweise dem Islam oder dem Judentum, welche manchmal auch nach
97 außenhin sichtbar wird anhand eines Hijabs, einer Kippa oder ähnlichem.

98 Zuwiderhandeln stellt regelmäßig einen Kündigungsgrund für die im Kirchenrecht
99 mögliche verhaltensbezogene Kündigung dar. Die von der Kirche vorgeschriebene
100 Lebensführung ist aber auch schon bei Einstellungen relevant und gilt für alle
101 Beschäftigten, also etwa auch für das Küchen- und Reinigungspersonal, welche
102 eigentlich keinen direkten religiösen Auftrag haben, wie es zum Beispiel
103 Pfarrer*innen und co haben.² Das grundsätzliche Diskriminierungsverbot aus §§ 1,7
104 AGG, welches eine Benachteiligung wegen Religion oder sexueller Identität verbietet,
105 wird dabei für die Kirche in § 9 AGG ausgesetzt. Wir möchten, dass religiöse
106 Meinungspluralität von der Kirche akzeptiert wird und alle Ausrichtungen der eigenen
107 Religion ein Teil von ihr sein können. Warum sollte ein queerer Priester nicht auch
108 seinen Beruf ausüben dürfen? Im Bistum Essen darf die sexuelle Orientierung bereits
109 keine arbeitsrechtlichen Sanktionen mehr begründen. Auch die Initiative „out in
110 church“ zeigt auf, dass queerness und kirchliche Arbeit keinesfalls im Gegensatz
111 zueinander stehen und macht dabei ebenso wie die Initiative „Maria 2.0“ auf
112 vorherrschende Missstände aufmerksam. Eben diese Missständen sind aber Teil der
113 Grundlage der Loyalitätspflichten. Wir wollen nicht länger hinnehmen, dass Menschen
114 aufgrund von rückständigen Narrativen in ihrem arbeitsrechtlichen Schutz beschnitten
115 werden.

116 Im Kollektivarbeitsrecht gilt der Dritte Weg der Kirche, der Streiks als Mittel der
117 in Art. 9 III GG gesicherten Tarifautonomie wegen des „Dienst am Nächsten“
118 verbietet und sie stattdessen durch Kommissionen gesichert sieht, die paritätisch mit
119 Arbeitgebenden und Arbeitnehmenden besetzt sind. Nach einem Urteil des
120 Bundesarbeitsgerichts³ müssen Kirchen nunmehr sicherstellen, dass Gewerkschaften in
121 den Prozess eingebunden werden. Ver.di wies jedoch zurecht darauf hin, dass die
122 Entscheidungen der Kommission nicht bindend sind, sondern lediglich Richtlinien
123 darstellen, die in jeden Individualarbeitsvertrag ausdrücklich einbezogen werden
124 müssen.⁴ Auch die Bildung eines Betriebsrats ist in kirchlichen Einrichtungen nicht
125 möglich (§ 118 II BetrVG). Zwar werden Mitarbeitendenvertretungen eingerichtet, diese
126 haben jedoch erheblich weniger Rechte und Möglichkeiten als das
127 Betriebsverfassungsgesetz vorsieht und sind zudem an eine vorgegebene Grundordnung
128 gebunden⁵, sodass die Einbindung in Entscheidungsprozesse faktisch nicht besteht. Für
129 die Mitarbeitenden ist also an keiner Stelle ein Mitspracherecht möglich. Auch das
130 Bundesarbeitsgericht hat festgestellt, dass Beschäftigte in den paritätisch besetzten
131 Kommissionen unterlegen sind. Gerade die erhöhte Schutzbedürftigkeit von
132 Arbeitnehmenden ist aber die Grundlage unseres Arbeitsrechts. Dieses wird im

133 Sonderarbeitsrecht der Kirche gänzlich unterlaufen. Und ist von Nächstenliebe - auf
134 die die Kirche ihr Streikverbot stützt – nicht auch umfasst Menschen nicht in
135 prekären Arbeitsbedingungen zu beschäftigen?

136 Die gesetzliche Grundlage des Selbstbestimmungsrechts der Kirche (Art. 140 GG iVm
137 Art. 137 III WRV) ist nach 1945 umgedeutet worden und wird erst seitdem als
138 Kirchenprivileg ausgelegt. So waren etwa Streiks der kirchlichen Beschäftigten in der
139 Weimarer Republik üblich. Derart absolut, wie von der Kirche dargestellt, kann das
140 Selbstbestimmungsrecht mithin gar nicht sein.

141 Erwähnenswert ist auch, dass in christlich-konservativeren Ländern als Deutschland -
142 wie Spanien oder Italien - ein solches Sonderarbeitsrecht und die damit
143 einhergehenden Loyalitätspflichten nicht gelten. Hier drängt sich die Frage auf, ob
144 es - wie von der Kirche wiederholt vorgebracht - aus religiöser Sicht tatsächlich so
145 weitreichender Vorschriften zur Wahrung der kirchlichen Glaubwürdigkeit und Erfüllung
146 ihres religiösen Auftrags in Einrichtungen der sozialen Infrastruktur bedarf.

147 Auch das EuGH hat in einem Urteil⁶ festgestellt, dass „[...] die Entscheidung einer
148 Kirche an ihre leitenden Mitarbeiter bestimmte Anforderungen im Sinne der kirchlichen
149 Vorgaben zu stellen, müsse Gegenstand einer wirksamen gerichtlichen Kontrolle sein.
150 Die nationalen Gerichte müssten bei dieser Kontrolle prüfen, ob die Religion im
151 Hinblick auf die Art der betreffenden Tätigkeit eine wesentliche und gerechtfertigte
152 berufliche Anforderung darstellt. [...]“ Eine solche vollumfängliche Überprüfung durch
153 die Gerichte ist in Deutschland aktuell nicht möglich. In deutschen Rechtskreisen
154 wird jedoch vermehrt Kritik an der aktuellen Praxis geübt und immer häufiger zwischen
155 Verkündungsnahen und Verkündungsfernen Tätigkeiten unterschieden. Eine Nachjustierung
156 der geltenden Regelungen ist mithin gesellschaftspolitisch lange überfällig und auch
157 rechtlich erstrebenswert.

158 **Schulen und KiTas**

159 Konfessions- oder auch Bekenntnisschulen sind staatlich genehmigte Ersatzschulen. Das
160 bedeutet, dass Bekenntnisschulen Privatschulen sind, deren Besuch die Schulpflicht
161 erfüllt (vgl. Art. 7 Abs. 4, 5 GG). Der Religionsunterricht ist dabei zumeist
162 verpflichtend (vornehmlich evangelischer oder römisch-katholischer
163 Religionsunterricht, nur sehr vereinzelt werden auch Unterrichte anderer Konfessionen
164 angeboten)⁷. Diese Bekenntnisschulen werden zu großen Teilen durch die öffentliche
165 Hand finanziert, in NRW regeln dies die §§105-115 SchulG⁸ und haben durch Art. 12
166 Abs. 3 Satz 2 Landesverfassung NRW Verfassungsrang.

167 Nach einer Entscheidung des Oberverwaltungsgericht NRW besteht dabei für Kinder,
168 welche im Schulbekenntnis getauft sind, ein bevorzugter Aufnahmeanspruch in
169 Bekenntnisschulen gegenüber bekenntnisfremden Kindern⁹. Gestützt wird dies auf eben
170 jenen Art. 12 Abs. 3 Satz 2 NRWVerf, in welchem es heißt, dass Kinder katholischen
171 oder evangelischen Glaubens oder einer anderen Religionsgemeinschaft in Grundschulen,
172 die als Bekenntnisschulen ausgestaltet sind, “nach den Grundsätzen des betreffenden
173 Bekenntnisses unterrichtet und erzogen” werden¹⁰.

174 Das bedeutet demnach auch, dass Kinder und Jugendliche kirchliche Moralvorstellung
175 als vermeintliche gesellschaftliche Norm wenn nicht explizit, dann zumindest implizit
176 vermittelt bekommen. Das schließt zum einen ein heteronormatives Beziehungs- und
177 Familienbild mit ein (Homosexualität und Scheidung gelten in der katholischen Kirche

178 noch immer als Sünde), zum anderen aber auch die Gefahr einer nicht-neutralen
179 Aufklärung über Sexualität, Verhütung und Abtreibung mit ein. Die fehlende
180 weltanschaulich-religiöse Neutralität, die Bekenntnisschulen mit sich bringen, führt
181 gerade beim wichtigen Thema der sexuellen Aufklärung zu einer verheerenden Ignoranz
182 gegenüber nicht-heteronormativen Sexualitäten und Geschlechtsidentitäten, was sich
183 bei queeren Kindern und Jugendlichen negativ auf das Selbstbild und die weitere
184 Entwicklung auswirken kann.

185 Die Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen regelt jedoch nicht nur für
186 Bekenntnisschulen eine strenge Bindung an (vornehmlich christlich) religiöse Werte.
187 So heißt es in Art. 12 Abs. 3 Satz 1 NRWVerf für Grundschulen, die als
188 Gemeinschaftsschulen ausgestaltet sind, dass Kinder “auf der Grundlage christlicher
189 Bildungs- und Kulturwerte in Offenheit für die christlichen Bekenntnisse und für
190 andere religiöse und weltanschauliche Überzeugungen” unterrichtet und erzogen
191 werden¹¹, während Art. 7 Abs. 1 NRWVerf regelt, dass die “Ehrfurcht vor Gott” eines
192 der drei “vornehmste[n] Ziel[e] der Erziehung” sei¹². Die Verfassung des Landes NRW
193 stellt somit die Erziehung und den Unterricht der Kinder in Abhängigkeit von
194 christlichen Werten, wie es tatsächlich viele Länder in ihren Verfassungen verankert
195 haben. Tatsächlich gilt dieser Grundsatz etwa auch für Lehrkräfte an öffentlichen,
196 nicht konfessionsgebundenen Schulen und Einrichtungen. Diese alten Landesverfassungen,
197 die nordrhein-westfälische Verfassung trat bspw. 1950 in Kraft, stützen sich dabei
198 auf eine heute veraltete Anschauung der Gesellschaft, in welcher der christliche
199 Glauben sozusagen als “Staatsreligion” angesehen wurde und in welcher die Erziehung
200 auf diesem Glauben beruhen musste.

201 In unserer heutigen säkularisierten Gesellschaft ist dies jedoch nicht mehr
202 tragfähig. Kinder dürfen nicht auf Grund ihres Glaubens (oder eben auch nicht-
203 Glaubens), von öffentlich finanzierten Schulen abgewiesen werden. Regelungen, nach
204 welchen Lehrkräfte und Schulleiter*innen einem bestimmten Bekenntnis angehören müssen
205 oder Kinder aufgrund ihrer nicht-zugehörigkeit zum von der Schule angestrebten
206 Bekenntnis benachteiligt werden, sind zu Recht zunehmend in der Kritik. Mit
207 wachsender Anzahl an Kirchengliedern liegt in Deutschland der Anteil der
208 Bevölkerung, der den christlichen Kirchen angehört, inzwischen unter 50%¹³. Dem
209 müssen sich auch die Länder und Schulen anpassen und dafür sorgen, dass keine
210 Benachteiligung für Kinder aufgrund ihrer (nicht-)Zugehörigkeit zu einem bestimmten
211 (zumeist christlichen) Glauben stattfindet. Entscheidend müssen vielmehr Kriterien
212 wie die Nähe des Wohnortes zur Schule sein. Vieles spricht auch dafür, immer mehr
213 Bekenntnisschulen in Gemeinschaftsschulen umzuwandeln, wodurch deutlich einfacher
214 Lehrkräfte und Schulleitungen eingestellt werden und Kinder aufgenommen werden
215 können, ohne diese durch Glaubensfragen zu diskriminieren.

216 **Deswegen fordern wir:**

- 217 • Die Pflicht für alle Krankenhäuser, egal welche Trägerschaft, bei dem Verdacht
218 einer Vergewaltigung die zur Beweissicherung notwendige anonyme Spurensuche
219 (ASS) anzubieten und bei Bedarf durchzuführen. Ebenso muss die Pille danach in
220 allen Krankenhäusern zugänglich sein.
- 221 • Die Bereitstellung von Räumen und Ressourcen für Ärzt*innen, die
222 Schwangerschaftsabbrüche durchführen, durch Krankenhäuser in kirchlicher
223 Trägerschaft, sofern der Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen in der kreisfreien

- 224 Stadt oder dem Landkreis nicht anderweitig bereitgestellt werden kann.
- 225 • Eine Abschaffung des Schwangerschaftskonfliktgesetzes.
- 226 • Abschaffung der Sonderregelungen für Kirchen im Arbeitsrecht, damit einhergehend
227 keine Benachteiligungen bei Bewerbungen, gleicher Kündigungsschutz wie bei
228 "weltlichen" Beschäftigten, keine Diskriminierung aufgrund der Führung des
229 Privatlebens/Glaubens oder ähnlichem, Betriebsräte, Tarifverhandlungen,
230 Aufhebung von Streikverboten
- 231 • Keine Diskriminierung von Kindern durch Ablehnung der Aufnahme in eine
232 öffentlich geförderte Schule aufgrund des (Nicht-)Bekenntnisses zum durch die
233 Schule vertretenen Glauben.
- 234 • Weltanschauliche Neutralität aller Schulen. Die "Ehrfurcht vor Gott" und
235 kirchliche Moralvorstellungen sollten keine Ziele der schulischen Bildung sein.
- 236 • Keine Bindung der Einstellung von Lehrkräften und Schulleitungen an den durch
237 die Schule vertretenen Glauben, sodass deutlich einfacher Einstellungen
238 vorgenommen werden können.
- 239 • Eine Erleichterung des Prozesses zur Umwandlung von Bekenntnisschulen in
240 Gemeinschaftsschulen.

Antrag D4: Soziale Herkunft und soziale Position als Diskriminierungsform ins Grundgesetz!

Antragsteller*in:	KV Recklinghausen, UB Oberhausen, UB Dortmund
Sachgebiet:	D - Demokratie, Partizipation und freiheitliche Gesellschaft

1 Ein weit verbreitetes Gedankenkonstrukt in unserer Gesellschaft ist, dass soziale
2 Benachteiligung eigenverantwortlich verschuldet sei und dass jede:r es aus eigener
3 Kraft durch Leistung aus dieser Benachteiligung sich hinaus „arbeiten“ könne. Wer
4 dies nicht tut, mache es sich auf einer „sozialen Hängematte“ bequem. In solchen
5 Gedankenmustern zeigt sich Klassismus, eine soziologisch breit erforschte
6 Diskriminierungsform, die eine Form von Diskriminierung aufgrund der sozialen
7 Herkunft und/oder Position darstellt. Diese Diskriminierung kann sich auf
8 verschiedenen Ebenen zeigen. Betroffene sind mit Vorurteilen und Vorannahmen in
9 Medien und Gesellschaft konfrontiert, werden karikiert und sind Beleidigungen wie
10 Schmarotzer oder auf beleidigende Art und Weise der Bezeichnung Geringverdiener
11 ausgesetzt. Sie erfahren Gewalt, die sogar bis zum Tod gehen kann – bspw. das immer
12 wieder vorkommende Anzünden von Obdachlosen, erfahren sozialen Ausschluss, sind von
13 finanziellen und existenziellen Ängsten betroffen, erleiden aufgrund ihrer sozialen
14 Herkunft und/oder Position Stresserkrankungen wie Herz-Kreislaufkrankungen,
15 Depressionen usw. und sterben im Schnitt 8 bis 10 Jahre früher.

16 Betroffen von Klassismus sind Menschen, die auf vergleichsweise wenig oder gar kein
17 Vermögen zugreifen können, die ein prekäres Einkommen zu Verfügung haben, für die
18 Zugänge zur Bildung erschwert und das berühmte Vitamin B durch Beziehungen nicht
19 vorhanden sind. Diese gesellschaftliche Gruppen beschränkt sich nicht nur auf
20 Erwerbslose, Wohnungslose, sondern umfasst auch Studierende aus der Armutsschicht
21 oder Arbeiter:innenschicht, in Prekariat lebende Wissensarbeiter:innen und mehr.
22 Dabei betrifft diese Menschen diese Diskriminierungsform auf individueller,
23 institutioneller und struktureller Ebene sowie in der Sprache. Menschen, die von
24 Klassismus betroffen sind, werden herabgewürdigt, beleidigt, ausgeschlossen,
25 erkranken und sind mit Ängsten und Sorgen erfüllt. In Artikel 3 des Grundgesetzes
26 wird die Diskriminierung aufgrund der sozialen Herkunft und Position nicht als
27 Diskriminierungsdimension in dieser Form erfasst, obwohl die soziale Herkunft und
28 Position maßgeblich über die Möglichkeiten gesellschaftlicher Teilhabe (auch
29 politischer Teilhabe) mitbestimmt und das obwohl Klassistische Diskriminierung und
30 Gewalt in Deutschland lange Tradition haben. So wurden im Nationalsozialismus als
31 „asozial“ Stigmatisierte z. B. „Obdachlose und Arbeitslose“ mit einem schwarzen
32 Winkel gekennzeichnet und in die Konzentrationslager deportiert.

33 **Wir fordern die Verankerung und die verfassungsrechtliche Anerkennung der**
34 **Diskriminierung aufgrund der sozialen Herkunft und Position!**

35 **Wir fordern eine Grundgesetzänderung, die wie folgt aussieht:**

36 **Jetziger Gesetzestext:**

37 **„Art 3**

38 **(1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.**

39 (2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche
40 Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die
41 Beseitigung bestehender Nachteile hin.

42 (3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner
43 Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder
44 politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen
45 seiner Behinderung benachteiligt werden.“

46 Grundgesetzänderung:

47 **„Art 3**

48 (1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.

49 (2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche
50 Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die
51 Beseitigung bestehender Nachteile hin.

52 (3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner sozialen Herkunft und Position,
53 seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines
54 Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder
55 bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.“

56 **Wir fordern von der Mutterpartei, den Bundesvorstand der Jusos und alle Jusos im**
57 **Bundestag dazu auf, dass diese sich auf Bundesebene mit aller Anstrengung für eine**
58 **solche Gesetzesänderung einsetzen!**

Antrag D5: Faschistischen Bewegungen entgegenstellen – Graue Wölfe und Splitterorganisationen verbieten!

Antragsteller*in:	UB Kreis Mettmann, UB Düsseldorf, UB Remscheid, UB Solingen, UB Wuppertal
Sachgebiet:	D - Demokratie, Partizipation und freiheitliche Gesellschaft

- 1 Rechtsextremismus ist die größte Bedrohung für die innere Sicherheit des Staates.
2 Eine rechtsextremistische Bewegung, die in Deutschland unter die Räder gefallen ist,
3 ist die „Ülkücü-Bewegung“, die auch als „Graue Wölfe-Bewegung“ bezeichnet wird. Sie
4 stellt eine Bewegung von türkisch Rechtsextremen dar, die sich über ganz Europa
5 streckt.
- 6 Laut dem Verfassungsschutzbericht des Jahres 2021 fußt die Ideologie der Bewegung auf
7 nationalistischem, antisemitischem und rassistischem, also insgesamt
8 rechtsextremistischem Gedankengut. Dieses Gedankengut spiegelt sich im Idealbild der
9 Bewegung wider, die sich ein „größtürkisches Reich“ namens „Turan“ vorstellt. Des
10 Weiteren werden insbesondere Kurd*innen, Armenier*innen und Alevit*innen diffamiert
11 und als Feindbilder betrachtet. Dabei wird vor Hinrichtungsforderungen und
12 Gewaltandrohungen gegen Personen des öffentlichen Lebens nicht Halt gemacht. Auch der
13 Glaube an eine angebliche jüdische Weltverschwörung findet bei den „Ülkücü“ seinen
14 Platz und bedient somit antisemitische Verschwörungsmythen.
- 15 Der Einfluss dieser Bewegung in Deutschland ist nicht von der Hand zu weisen.
16 Schätzungen besagen, dass sie sich in Deutschland aus 11000 Mitgliedern und einer
17 unbekanntem Zahl an Sympathisant*innen zusammensetzt. Von diesen sind ungefähr 9400
18 in großen Dachverbänden organisiert, die sich in Teilen um ein „bürgerliches“ Image
19 bemühen und ihre Ideologie hauptsächlich intern ausüben, umso mehr Einfluss innerhalb
20 der Parteienlandschaft zu gewinnen. Ein beliebtes Mittel der Bewegung ist dabei
21 Einschüchterung und Hetze gegenüber politisch Andersdenkenden, egal ob im Netz oder
22 auf der Straße bei Demonstrationen.
- 23 Zudem gibt es Verbindungen zum türkischen Staatspräsidenten und Autokraten Erdogan,
24 der schon öffentlich das Symbol der Bewegung den sogenannten Wolfsgruß gezeigt hat.
25 Einige Anhänger der Bewegung sollen sich auch nach Aussagen der Bundesregierung als
26 „Soldaten Erdogans“ bezeichnet haben. Eine erhebliche Einflussnahme der türkischen
27 Regierung auf die Bewegung ist daher nicht unwahrscheinlich. Außerdem besteht eine
28 Nähe zu deutschen Rechtsextremisten innerhalb der Bewegung, dessen Gründer die
29 ideologische Nähe zur NPD betonte, auch wenn es bisher keine konkrete Zusammenarbeit
30 gab.
- 31 Die in der Ideologie verwurzelte Hetze und die Gewaltanwendungen gegenüber
32 Andersdenkenden und anderen Volksgruppen widerspricht unseren Vorstellungen eines
33 demokratischen Staates und sie widerspricht vor allem dem im Grundgesetz verankerten
34 Gebot der Gleichheit aller Völker. Mit der schierem Anzahl an Mitgliedern stellt die
35 Bewegung eine der größten Bedrohungen von rechts innerhalb der Bundesrepublik dar,
36 daher wollen wir uns für ein Verbot aussprechen. Damit stellen wir uns gegen
37 Rechtsextremismus jeglicher Art und würden dieser rechtsextremen Bewegung die
38 Organisationsplattform entziehen, wie auch Möglichkeiten der Vernetzung erschweren.

39 Des Weiteren soll von der Entscheidung ein politisches Signal in das In- und Ausland
40 gesendet werden, dass Rechtsextremismus und Antisemitismus in Deutschland keinen
41 Platz haben. Ein Land, von dem im Namen des Nationalsozialismus millionenfacher Mord
42 ausging, steht in besonderer historischer Verantwortung und hat Bewegungen und
43 Organisationen den Kampf anzusagen, die sich auf diese menschenverachtenden
44 ideologischen Wurzeln beziehen.

45 Wir Jungsozialist*innen verstehen uns nach Satzung als antifaschistischer Verband.
46 Aus dieser Tatsache heraus fordern wir das Verbot der türkisch-rechtsextremen „Grauen
47 Wölfe-Bewegung“, auch bekannt als „Ülkücü-Bewegung“. Insbesondere deren zahlreicher
48 Splitterorganisationen, die durch ihre Fragmentierung ein Verbot bisher erschwert
49 haben. Unter diesen Organisationen sind besonders die „ATB“, die „ATIB“ und die
50 „ADÜTDF“ hervorzuheben, die den Großteil der organisierten Bewegung darstellen.
51 Zusätzlich fordern wir, dass das Prüfverfahren zum Verbot aus dem Jahr 2020
52 (Drucksache 19/24388) beschleunigt wird und das daraus zügig Konsequenzen gezogen
53 werden müssen. Darüber hinaus müssen entsprechende Präventions- und
54 Deradikalisierungsprogramme für Sympathisant*innen und Mitglieder der Grauen Wölfe
55 erarbeitet und angeboten werden.

56 Dass ein Verbot umsetzbar ist, zeigt uns unser Nachbarland Frankreich, welches im
57 Jahr 2020 ein Verbot verhängt hat. Hierzulande wird die Umsetzbarkeit noch heute als
58 nicht umsetzbar betrachtet, da man die Verbindung zwischen Verbänden, wie der „ADTÜF“
59 und den „Ülkücü“ noch nicht feststellen konnte, obwohl der Verfassungsschutzbericht
60 diesen Verband als größten Dachverband der Bewegung anerkennt. Die bisherige Ignoranz
61 gegenüber diesem Phänomen ist zu wenig und unerträglich für all jene, die im Fokus
62 der menschenverachtenden Ideologie dieser Faschist*innen stehen. Entsprechend müssen
63 Projekte und Angebote für die Arbeit gegen diese Form des Rechtsextremismus
64 erarbeitet und angeboten werden.

65 Hervorzuheben ist, dass ein Verbot der Grauen Wölfe Bewegung zur jetzigen Zeit
66 aussichtslos erscheint und auf Anfragen der Opposition kein aktueller Stand des
67 Prüfverfahrens präsentiert werden kann. Eine komplette Auflösung der Bewegung ist
68 durch die Fragmentierung und zahlreichen unorganisierten Anhängern unmöglich,
69 allerdings lässt sich die strukturierte Bewegung durch das Verbot von „ATB“, „ATIB“
70 und der „ADÜTDF“ erheblich schwächen.

71 Konkret fordern wir zur Umsetzung des Verbotes:

- 72 • Das Verbot der Organisationen: „ATB“, „ATIB“ und der „ADÜTDF“
- 73 • Angebot von Deradikalisierungsmaßnahmen für Anhänger*innen
- 74 • Die Beschleunigung des Prüfverfahrens aus dem Jahr 2020

Antrag E1: Unser Verständnis von Außenpolitik muss feministisch sein!

Antragsteller*in:	UB Aachen-Stadt, UB in der Städteregion Aachen, KV Düren/ Jülich, UB Heinsberg, KV Euskirchen
Sachgebiet:	E - Europa und Internationales

1 In Zeiten von zunehmenden internationalen Krisen, kriegerischen Konflikten und
2 wachsender globaler Ungerechtigkeit ist es wichtiger denn je ein neues Verständnis
3 von Außenpolitik und internationaler Zusammenarbeit zu entwickeln, das nicht auf dem
4 derzeitigen klassischen Verständnis von patriarchaler Macht basiert. Wir brauchen ein
5 **feministisches Verständnis von Außenpolitik**, um die Zementierung von militärischer
6 Gewalt und patriarchalen Dominanzen hinter uns zu lassen und ein intersektionales
7 Verständnis von Sicherheit zu formulieren, das die Perspektiven von marginalisierten
8 Gruppen miteinbezieht und die Zivilgesellschaft in den Mittelpunkt stellt.

9 Feministische Außenpolitik ist intersektional und antikolonialistisch

10 Durch die Berücksichtigung von den Perspektiven und Bedürfnissen marginalisierter
11 Bevölkerungsgruppen und die Ausrichtung von Sicherheit auf das Individuum statt auf
12 den Staat möchte feministische Außenpolitik struktureller Ungleichheit und
13 Machthierarchien entgegenwirken, wie die weiße Vorherrschaft oder das kapitalistische
14 System. Eine feministische Außenpolitik möchte ausbalancierte Machtdynamiken und
15 erkennt an, dass politische Entscheidungen das Leben von verschiedenen Menschen
16 unterschiedlich beeinflussen können. Aktuell sind diplomatische und
17 sicherheitspolitische Kreise vor allem von weißen, westlichen Männern dominiert, die
18 ihre eigene Perspektive zur Norm erklären und alle abweichenden androzentrisch
19 herabwerten. Um eine intersektionale Perspektive auf Außenpolitik sicher zu stellen,
20 ist eine ausgeglichene Repräsentation von marginalisierten Gruppen in internationalen
21 Organisationen dringend vonnöten.

22 Das Machtgefälle zwischen dem globalen Süden (Ex-Kolonien) und dem globalen Norden
23 (Ex-Kolonialmächte), die sich auch in weiten Teilen in der sogenannten
24 Entwicklungszusammenarbeit breit machen, werden als Neokolonialismus bezeichnet.
25 Neokolonialismus drückt sich beispielsweise durch die Ausbeutung von Rohstoffen,
26 Abladung von Müll, Nuklearwaffentests in ehemaligen Kolonien oder fehlender
27 Mitsprache in wichtigen internationalen Gremien aus.

28 Die weiße Vorherrschaft, die sich mit dem „white saviorism“-Komplex in vielen
29 internationalen Institutionen wiederfindet, trägt dazu bei, dass
30 Abhängigkeitsverhältnisse und Unterdrückung bestehen bleiben. Das System der
31 internationalen Diplomatie und deren Organisationen wie die UN ist geprägt durch ein
32 strukturelles Problem mit Rassismus und neokolonialen Machtverhältnissen. Das zeigt
33 sich beispielsweise auch anhand von parallelen Beschäftigungsverhältnissen in
34 internationalen Institutionen von Mitarbeiter*innen des globalen Nordens, die besser
35 bezahlt werden als Mitarbeiter*innen des globalen Südens. Internationale
36 Organisationen, die sich den Menschenrechten verschrieben haben, können nicht zu
37 einer gerechteren Außenpolitik beitragen, wenn die eigenen Strukturen derart von
38 Unterdrückungsmechanismen geprägt sind!

39 Feministische Außenpolitik möchte genau diesen neokolonialen Phänomenen
40 entgegenwirken und eine internationale Zusammenarbeit auf Augenhöhe verwirklichen.
41 Sie möchte die kolonialen Machtgefälle bedingungslos aufzeigen und auch den Finger
42 auf renommierte internationale Institutionen und das Geflecht der internationalen
43 Beziehungen legen. Dazu muss die Geschichte des Kolonialismus und des Kapitalismus
44 mit der sexistischen und rassistischen Marginalisierung zusammen gedacht werden.

45 **Daher fordern wir:**

46 *1. Repräsentation von marginalisierten Gruppen in Führungspositionen*

47 Es bedarf einer gerechten Abbildung der Zivilgesellschaft. Dabei ist es wichtig, dass
48 marginalisierte Gruppen nicht nur gehört werden, sondern aktiv am
49 Entscheidungsprozess partizipieren. Dabei sollte auch Mehrfachdiskriminierung
50 berücksichtigt werden, bei der sich Diskriminierungsformen kreuzen und überschneiden.

51 *2. Einbeziehung von marginalisierten Perspektiven in politische Entscheidungsfindung*

52 Diplomatische und sicherheitspolitische Kreise müssen neben einer paritätischen
53 Besetzung auch die Repräsentation von anderen marginalisierten Gruppen erfüllen, um
54 möglichst viele Perspektiven in ihrer politischen Entscheidungsfindung zu
55 berücksichtigen.

56 *3. UN-Organisationen reformieren*

57 Die UN ist in vielen Stellen durch die Kolonialvergangenheit und dem Blockkonflikt
58 des 20. Jahrhunderts geprägt. Häufig gehen darin deshalb die Interessen von Ländern
59 des globalen Südens unter. Wir fordern deshalb, dass unter anderem die Sitzverteilung
60 des Sicherheitsrates gerechter proportional auf die Weltbevölkerung verteilt wird.
61 Daneben muss das Vetorecht, welches einzelnen Staaten gegeben wird, überdacht werden,
62 um dem Ungleichgewicht zwischen globalem Süden und Norden entgegenzuwirken. Damit ein
63 gleiches Stimmrecht für alle Staaten gilt.

64 Deutschland und die EU sollten sich dazu verpflichten, keinen Druck über die Zahlung
65 von Hilfeleistungen, die an das Abstimmungsverhalten von Ländern des globalen Südens
66 geknüpft sind, auszuüben.

67 *4. Gleiche Bezahlung von Mitarbeiter*innen unabhängig ihrer Herkunft*

68 Die Bezahlung innerhalb von internationalen Organisationen, NGOs und der lokalen
69 Hilfskräfte durch westliche Staaten darf nicht weiter ungleich vonstatten gehen.
70 Gleiches Geld für gleiche Arbeit gilt auch international. Bei gleicher Qualifikation
71 darf nicht zwischen Personen aus dem globalen Norden und Personen aus dem globalen
72 Süden unterschieden werden.

73 *5. Konsequente Überwachung von Lieferketten*

74 Raubtierkapitalistische Ausbeutung der Länder des globalen Südens durch europäische
75 Unternehmen muss durch die konsequente Überwachung von Lieferketten unterbunden
76 werden. Die bestehenden Gesetze dazu sind deshalb zu verschärfen, da sie derzeit kein
77 adäquates Mittel darstellen.

78 **Feministische Außenpolitik bekämpft Fluchtursachen und sichert Frieden!**

79 Wir leben in einer grausamen Phase der Geschichte unserer Erde. Die Wüsten breiten
80 sich aus, fruchtbare Böden versalzen, der Meeresspiegel steigt,
81 Extremwetterereignisse werden häufiger und heftiger. Immer mehr Menschen, am

82 stärksten die ärmeren Bevölkerungsschichten und FINTA in Afrika, Asien und
83 Südamerika, sind durch die Auswirkungen der Klimakrise betroffen. Diese führen durch
84 eine zunehmende Verschlechterung der Bildungssituation und der wirtschaftlichen Lage
85 großer Bevölkerungsteile zu wachsender Ungleichheit zwischen den Geschlechtern.
86 Mädchen und Frauen müssen nach wie vor "klassische" Rollen wie den Haushalt oder
87 Care-Arbeit übernehmen und bleiben bei Entscheidungsprozessen oft unberücksichtigt.
88 Die HIV-Rate in den ländlichen Gebieten Südafrikas gibt ebenfalls Auskunft über die
89 hoffnungslose Lage, in der sich Frauen oft befinden. Sie werden zu Prostitution
90 gezwungen und/oder zwangsverheiratet, oft als Minderjährige.

91 Laut einer Studie von UN-Women sind von den 21,5 Mio. Menschen, die aufgrund von
92 klimabedingten Katastrophen fliehen, etwa 80% Frauen. Die meisten Gebiete sind
93 hauptsächlich agrarwirtschaftlich geprägt, weshalb das Ausbleiben von Ernten zu
94 erheblichen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Mängeln führt. Dazu gehören
95 Armut, Bildungsmangel, häusliche und sexuelle Gewalt. Auf den ohnehin schon
96 gefährlichen Fluchtwegen kommen zusätzliche Gefahren wie Menschenhandel und
97 Zwangsprostitution hinzu.

98 Neben den Auswirkungen der Klimakrise führt auch die Handelspolitik Deutschlands und
99 der EU dazu, dass die schon jetzt prekäre Situation der Beschäftigten in der
100 Agrarwirtschaft noch weiter verschärft wird. Die Löhne machen oft kaum mehr als 1%
101 des Kaufpreises eines Produktes im Supermarkt aus, was dazu führt, dass Familien oft
102 keine andere Möglichkeit haben, als ihre Kinder ebenfalls auf den Plantagen arbeiten
103 zu lassen, um zumindest lebensnotwendige Ressourcen wie Nahrung und die
104 Gesundheitsversorgung finanzieren zu können.

105 Die kleinbäuerlichen Strukturen, die das Gros der Landwirtschaft in den Ländern des
106 globalen Südens darstellen, werden durch die aggressive Handels- und
107 Subventionspolitik mittel- und langfristig zerstört. Ohne Existenzgrundlage oder
108 alternative Einkommensmöglichkeiten bleibt vielen Menschen nichts anderes als die
109 Flucht.

110 Nicht nur Maschinengewehre, Panzer, Raketen, Cyberattacken und der mediale Kampf über
111 die Deutungshoheit sind Waffen im Krieg, sondern auch schlimmste physische und
112 psychische Gewalt gegen FINTA. So sind es systematisch geplante, angeordnete
113 öffentliche Massenvergewaltigungen wie 1992 in Bosnien, die regelmäßig in anderen
114 Konfliktgebieten eingesetzt werden - so auch z.B. durch das russische Militär in der
115 Ukraine. Bei dieser Kriegswaffe geht es darum, die Menschen zu demütigen, sie zu
116 entwürdigen. Hier soll Angst und Scham in der ethnischen Gruppe erzeugt werden, damit
117 sie fliehen. Somit wird sexualisierte Gewalt gegen Frauen als Mittel für „ethnische
118 Säuberungen“ genutzt. Nach der feministischen Außenpolitik, ist der Schutz von FINTA
119 und marginalisierten Gruppen elementar. Sie kämpft dafür das Folter,
120 Unterdrückungsmechanismen, sexualisierte Gewaltverbrechen und andere
121 Menschenrechtsverletzungen als Kriegsverbrechen anerkannt werden und strenger
122 verfolgt und bestraft werden.

123 Feministische Außenpolitik schafft eine politische und gesellschaftliche Kultur, in
124 der FINTA gleichberechtigte Akteur*innen sind, in der Minderheiten und
125 marginalisierte Gruppen mitgedacht werden. In der die Interessen Aller
126 gleichberechtigt und angemessen vertreten sind. Geht es um die Klimakrise, so werden
127 die Auswirkungen der politischen Entscheidungen auf Mensch und Umwelt mitbedacht,

128 statt sich größtenteils darauf zu beschränken, die wirtschaftlichen Risiken der
129 Klimaschutzmaßnahmen so gering wie möglich zu halten. Nur so ist ein schneller und
130 effektiver Klimaschutz möglich, denn dieser funktioniert nur global mit der
131 Miteinbeziehung aller Akteur*innen.

132 Die patriarchale Handels- und Agrarpolitik berücksichtigt die soziale und politische
133 Situation der Menschen, die sie betrifft, nicht. Feministische Außenpolitik stellt
134 die Interessen der Menschen des globalen Nordens und des globalen Südens
135 gleichberechtigt nebeneinander und schafft so einen strukturellen Ausgleich und eine
136 strukturelle Wertschätzung.

137 Feministische Außenpolitik konzentriert sich nicht auf kurzfristige Erfolge, die
138 allzu schnell wieder Makulatur sind. Sie sorgt für stabile internationale
139 Beziehungen, für nachhaltiges Vertrauen, das Konflikte und militärische
140 Auseinandersetzungen verhütet. Präventive Politik im Sinne aller, für die sie
141 Verantwortung übernimmt. Männerdominierte Politik ist oft risikoreich und geht mit
142 Verantwortung leichtfertig um, statt die Sicherheit und die Freiheit möglichst vieler
143 im Sinn zu haben. An Friedensverhandlungen sind Frauen weltweit massiv
144 unterrepräsentiert. Dabei geht aus Studien heraus, dass durch die Beteiligung von
145 Frauen an Friedensverhandlungen, die Wahrscheinlichkeit um 64% geringer ist, dass die
146 Verhandlungen scheitern. Auch hier ist es faktisch also von Nöten, dass ein
147 Selbstverständnis für Parität und Repräsentation in Friedensverhandlungen und
148 allgemein in der internationalen Politik entwickelt wird.

149 Auch der nachhaltige Schutz von Lebensgrundlagen ist angesichts der Gefahren durch
150 den Rohstoffhunger und die Profitmaximierung multinationaler Konzerne extrem
151 gefährdet. Das können wir mit einer feministischen Außenpolitik, die einen
152 antikapitalistischen Grundgedanken teilt, grundlegend ändern. Eine feministische
153 Außenpolitik möchte das internationale kapitalistische System überwinden und eine
154 neue Form der wirtschaftlichen Zusammenarbeit finden, die nicht unsere globalen
155 Ressourcen und Existenzen bedroht.

156 Prävention und Friedenspolitik sind also wesentliche Prinzipien der feministischen
157 Außenpolitik.

158 **Daher fordern wir:**

159 *1. Gleichbehandlung von Geflüchteten unabhängig ihrer Herkunft*

160 Während des Ukraine Krieges wurden ukrainische Geflüchtete bevorzugt behandelt. Das
161 ist daran zu sehen, dass sie durch unbürokratische und simple Verfahren einfacheren
162 Zugang zum Asylsystem bekamen. Weiter konnte ihnen ein direkter Zugang zum
163 Arbeitsmarkt ermöglicht und Bildungsabschlüsse ohne viel Aufwand anerkannt werden.
164 Geflüchtete aus dem globalen Süden, welche oft BIPOCs sind, müssen dagegen Monate
165 auf die Bearbeitung ihrer Asylanträge warten und bekommen erst dann eine
166 Arbeitserlaubnis. Außerdem ist die Anerkennung von Bildungsabschlüssen mit hohem
167 bürokratischen Aufwand verbunden. Daneben gibt es für Geflüchtete des globalen Südens
168 keine geregelten Fluchtmöglichkeiten. Besonders seit 2015 hat man mittels Frontex
169 eine „Festung Europa“ geschaffen, die zutiefst rassistisch geprägt ist. Für uns muss
170 klar sein, dass jeder Mensch auf Flucht das Recht auf Schutz hat und es kein
171 Zweiklassensystem von Geflüchteten von Seiten der Behörden und der Gesellschaft geben
172 darf.

173 *2. sexualisierte Gewalt als Kriegsmittel strenger verfolgen*

174 Sexualisierte Kriegsgewalt ist eine Verletzung des internationalen Rechts.
175 Regierungen haben die Pflicht diese Verbrechen zu ahnden. Vergewaltigungen im Krieg
176 können sowohl als Kriegsverbrechen als auch Verbrechen gegen die Menschlichkeit vor
177 dem Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) angeklagt werden. Häufig fehlen
178 allerdings die Mittel diese Verbrechen zu dokumentieren und zu verfolgen auch wegen
179 mangelnden politischen Willen. Wichtig ist hier, dass ein nachhaltiges
180 gesellschaftliches und politisches Bewusstsein für einen sensiblen und konsequenten
181 Umgang mit dem Thema geschaffen wird und die Notwendigkeit von kurz- und
182 langfristiger Hilfe für Betroffenen ernst genommen wird. Außerdem müssen strengere
183 politische und rechtliche Konsequenzen folgen, um sexualisierte Gewalt als
184 Kriegsverbrechen nachhaltig zu bekämpfen.

185 *3. Genderspezifische und kinderfreundliche Unterstützung von Betroffenen*

186 Für die Hilfen vor Ort braucht es mehr als Gelder und Nahrung. Global fehlt es FINTA
187 Personen an Hygieneartikeln und Unterstützung bei der Erziehung ihrer Kinder. Dadurch
188 werden FINTA strukturell benachteiligt. Feministische Außenpolitik bezieht alle
189 Personen ein und konzentriert sich auf die Verbesserung der Lebensverhältnisse der
190 Zivilbevölkerung und ihrer marginalisierten Gruppen.

191 *4. Demokratische Strukturen und Zivilgesellschaft fördern*

192 Eine starke und demokratische Zivilgesellschaft trägt maßgeblich dazu bei, dass
193 autoritäre Strukturen vorgebeugt werden und so militärischen Konflikten präventiv
194 entgegengewirkt werden kann. Wenn die Zivilgesellschaft mehr in politische
195 Entscheidungsfindungen und internationale Verhandlungen einbezogen werden, so zeigen
196 Studien, kommen dabei nachhaltigere und friedlichere Lösungen raus.

197 *5. Ein neuer Sicherheitsbegriff*

198 Feministische Außenpolitik nimmt nicht den Nationalstaat in den Fokus von Sicherheit,
199 sondern die Zivilgesellschaft und das Individuum. Aus feministischer Perspektive ist
200 der Nationalstaat eine urpatriarchales und imperialistisches Konstrukt. Um Frieden zu
201 sichern muss das Denken in Nationalstaaten im Kontext von Sicherheit überwunden
202 werden und die Diplomatie statt militärische Mittel muss priorisiert werden.

203 *6. Kritische Betrachtung von Freihandelsabkommen*

204 Bestehende Arbeitnehmer*innenrechte und Verbraucher*innenschutzstandards dürfen nicht
205 durch Freihandelsabkommen abgebaut werden. Abkommen wie CETA und TTIP, die mittels
206 geheimer Sondergerichte den Abbau von Standards fördern, gehören konsequent bekämpft.
207 Denn wirtschaftliche Veränderungen im In- und Ausland sind genauso maßgeblich für das
208 Wohlergehen der Bevölkerung und ist damit relevant für feministische Außenpolitik.

Antrag E2: Geflüchtete gleichberechtigt unterstützen

Antragsteller*in:	Region Ostwestfalen-Lippe
Sachgebiet:	E - Europa und Internationales

- 1 Die aktuelle Ausnahmesituation führt uns vor Augen, wie gesamteuropäische
2 Zusammenarbeit und die erheblich vereinfachten rechtlichen Umstände für Geflüchtete
3 aus der Ukraine dazu beitragen, den Geflüchteten eine sichere Zukunft und die
4 bestmögliche Perspektive innerhalb des Ankunftslandes zu bieten.
- 5 Gleichzeitig erleben wir eine in der jüngsten Geschichte nahezu einzigartige
6 Solidarität aus der Gesellschaft, eine enorm hohe Spendenbereitschaft und private
7 Bereitstellung von Wohnraum für die Geflüchteten. Wir konnten aber auch feststellen,
8 zu welchen Problemen und Missständen gerade die private Wohnungs- und
9 Hilfsvermittlung, ohne staatliche Stellen führen können. Gerade für Frauen* führt
10 dies zu erheblichen Problemen, da zwischen dubiosen und seriösen Angeboten nicht
11 unterschieden werden kann.
- 12 Der Umgang mit den ukrainischen Geflüchteten zeigt, wie klare rechtliche Vorgaben,
13 einfache Verfahren und gesamtgesellschaftliche Solidarität zu einer menschenwürdigen
14 Migrationspolitik führen.
- 15 Leider stellen wir aber fest, dass in vielen Bereichen der deutschen und europäischen
16 Asylpolitik genau diese Voraussetzungen fehlen. Menschen, die aus ähnlich drastischen
17 Gründen aus anderen Regionen der Welt vor kriegerischer Auseinandersetzung fliehen
18 müssen, erfahren viel weniger Unterstützung und bekommen beispielsweise nur
19 mangelhafte Unterkünfte und weniger finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt. Auch
20 der Zugang zum nationalen Arbeitsmarkt und zu Bildung wird ihnen in vielen Fällen
21 verwehrt.
- 22 Noch immer ertrinken regelmäßig Menschen im Mittelmeer. Der deutsche und europäische
23 Umgang mit privater Seenotrettung ist nicht nur unwürdig, sondern auch schlicht
24 illegal. Die Zusammenarbeit mit der sogenannten libyschen Küstenwache, könnte in
25 keinem stärkeren Widerspruch zu der Rechtsordnung und den Grundwerten der
26 Europäischen Union stehen.
- 27 Immer noch harren Menschen an der Grenze zwischen Belarus und Polen aus, die
28 Lukaschenko einfliegen ließ und die jetzt im Grenzgebiet de facto gefangen sind. Auch
29 Berichte über People of Color, die aus der Ukraine flüchten und in Polen rassistische
30 Vereitelungsversuche ihrer Flucht erfahren, verurteilen wir entschieden. Einen
31 solchen Doppelstandard hinsichtlich der völkerrechtlich gesicherten Rechte von
32 Geflüchteten ist, insbesondere innerhalb der Europäischen Union, nicht hinnehmbar.
- 33 Auch die Menschen, die bereits in Deutschland sind, müssen unterstützt werden. Dazu
34 müssen ausreichende Integrations- und Bildungsangebote gemacht werden und der
35 Übergang in den nationalen Arbeitsmarkt wesentlich erleichtert werden. Zentrales
36 Element dabei ist vor allem die zeitnahe und qualifikationsnahe Anerkennung von
37 Abschlüssen aus dem Herkunftsland der Geflüchteten. Genauso muss für jüngere Menschen
38 gelten, dass angefangene Ausbildungen und Studiengänge in Deutschland zu Ende
39 gebracht werden können.

40 Das Klima großer Teile der deutschen Gesellschaft im Kontext der Geflüchtetenpolitik,
41 war in den letzten Jahren von Desinteresse geprägt. Weder wurde sich mit den hinter
42 den verschiedenen Fluchtbewegungen liegenden Ursachen und dem Anteil Deutschlands und
43 der EU an diesen Ursachen ausreichend beschäftigt, noch wurden Hilfs- und
44 Förderungsprogramme in Deutschland im ausreichenden Rahmen unterstützt.

45 Der jetzige Perspektivwechsel auf Geflüchtete und Fluchtursachen, muss sich über die
46 aktuelle Krise hinaus und über die europäischen Grenzen hinweg erstrecken. Dazu
47 können und werden auch wir als Verband und Partei unseren Beitrag leisten.

48 Wir als Jusos stehen solidarisch mit allen Menschen, die fliehen müssen!

49 Deswegen fordern wir:

- 50 • den Druck auf alle EU- Staaten zu erhöhen, schutzsuchende Menschen unabhängig
51 von ihrer Herkunft und Religion über die Grenzen zu lassen. Dabei gilt es alle
52 Regulierungsmöglichkeiten auszuschöpfen und neue zu installieren.
- 53 • die Erarbeitung und Durchsetzung einer europäischen Gesamtlösung zur Aufnahme
54 und Verteilung von Geflüchteten. Bis dahin darf sich Deutschland nicht hinter
55 der Suche nach einer solchen Lösung verstecken, sondern muss eigenständig und
56 gegebenenfalls mit einem kooperativen Teil der EU die menschenwürdige Aufnahme
57 und Unterbringung von Geflüchteten gewährleisten. Zustände wie in Auffanglagern
58 in Griechenland wie auf Lesbos darf es nicht mehr geben.
- 59 • eine veränderte Konzeptionierung der Seenotrettung im Mittelmeer. Die
60 Zusammenarbeit mit der libyschen Küstenwache und Frontex sind schnellstmöglich
61 zu beenden. Übergangsweise muss die private Seenotrettung mit allen Mitteln
62 unterstützt werden, bis eine neue europäische Seenotrettungsbehörde aufgebaut
63 wurde, die der strengen Kontrolle der europäischen Institutionen unterliegt.
- 64 • die Empfehlung der Europäischen Kommission zur Anerkennung der Qualifikation von
65 Menschen, die vor der Invasion Russlands in die Ukraine fliehen, auf Geflüchtete
66 von außerhalb der Ukraine auszuweiten und die bisherigen Regelungen zur
67 Anerkennung von Qualifikationen aus den Herkunftsländern der Geflüchteten
68 dementsprechend zu evaluieren und zu verändern.
- 69 • dass jungen Menschen es ermöglicht wird, bereits gestartete Ausbildungen und
70 Studiengänge in Deutschland zu Ende zu bringen und somit bereits erhaltene
71 Leistungen in einem bestimmten Rahmen anerkannt werden.
- 72 • dass Deutschland sich seiner besonderen Verantwortung bei der Aufnahme von
73 Geflüchteten aus Afghanistan bewusst wird und Kapazitäten und Strukturen
74 schafft, um eine maximale Anzahl von Geflüchteten aus Afghanistan aufzunehmen.
75 Diese Anzahl muss weit über die angekündigten 5000 hinausgehen.
- 76 • die Einrichtung einer staatlichen Stelle auf Landesebene NRW, die die
77 Vermittlung von privaten Wohnungsangeboten an Geflüchtete koordiniert.
78 Sowie den kostenfreien und barrierefreien Zugang zu Sprachkursen unabhängig der
79 Herkunft oder des Aufenthaltsstatus.

Antrag E3: EU-Gesetzentwurf zur Chatkontrolle stoppen

Antragsteller*in:	UB Mönchengladbach
Sachgebiet:	E - Europa und Internationales

1 Am 11.05.2022 sorgte der Vorschlag der EU-Kommission, Kommunikationsmedien zu
2 kontrollieren, für Kontroverse. Eine Chatkontrolle soll Behörden dabei unterstützen,
3 die Verbreitung von kinderpornografischem Material zu verhindern und Kinder und
4 Jugendliche vor Cybergrooming zu schützen.

5 Bisherige Entwürfe der EU-Kommission sehen dabei vor, dass digitale Endgeräte auf
6 Anweisung der Behörden nach Darstellungen sexueller Gewalt durchsucht werden sollen.
7 Inhalte auf den Geräten der Bürger:innen sollen so mit Datenbanken abgeglichen werden
8 können. Ein vorab geleakter Beschluss der europäischen Innenminister:innen beinhaltet
9 jedoch die Forderung nach einer generellen Regelung zum „Zugang zu digitalen
10 Informationen, einschließlich verschlüsselter Daten“. Dies wiederum bedeutet, dass
11 Anbieter:innen von Kommunikationsmedien auf Anordnung mithilfe einer KI Inhalte
12 überprüfen müssen. Entdeckt die Software einen Verdacht auf MissbrauchsDarstellungen
13 oder Andeutungen von Cybergrooming, dann schlägt sie Alarm. Die Inhalte sollen
14 zunächst an die Anbieter:innen gehen, dann an Ermittlungsbehörden. Betroffen von
15 diesen Scans können private Chats und Audioaufnahmen, aber auch Bilder, Videos und
16 Dokumente sein. Auch Ende-zu-Ende-verschlüsselte Kommunikation fällt darunter.

17 In Europa und anderen Teilen der Welt haben bereits 73 zivilgesellschaftliche
18 Organisationen die vollständige Rücknahme dieses Gesetzes gefordert. Sie fordern
19 stattdessen ein alternatives Gesetz zum Schutz gegen Kindesmissbrauch, das mit den
20 europäischen Grundrechten vereinbar sei.

21 Aus der Einführung eines solchen Gesetzes ergäben sich vielfältige Probleme, die
22 nicht zuletzt auch einen Eingriff in rechtsstaatliche Grundsätze bedeuten.

23 Mit der Einführung einer allgemeinen Chatkontrolle greift die EU tiefgehend in die
24 Privatsphäre aller Menschen ein und verunmöglicht verschlüsselte Kommunikation. Es
25 wird bei jedem digitalen Austausch eine dritte, mitlesende Instanz geben. Rainer
26 Rettinger, Geschäftsführer des Deutschen Kindervereins, bezeichnet die geplante
27 Chatkontrolle gegenüber netzpolitik.org als einen „massiven Eingriff in
28 rechtsstaatliche Grundsätze“. Außerdem sehen wir die Gefahr, dass die
29 Unschuldsvermutung einer jeden betroffenen Person stark verletzt wird.

30 Weiterhin spricht gegen den Gesetzesentwurf, dass nur große Tech-Unternehmen
31 Kapazitäten für eine Chatkontrolle hätten. Die vorgesehenen Vorschriften allerdings
32 würden alle Anbieter:innen sozialer Medien für private Chats haftbar machen. Diese
33 müssten in der Folge riskante und fehleranfällige Techniken anwenden, um jederzeit
34 Kontrolle über die Chatinhalte zu haben.

35 Der Entwurf schlägt zudem den Einsatz von Client-Side-Scanning (CSS) vor, ein
36 Verfahren, bei dem versendete und empfangene Daten vor ihrer Weiterverarbeitung mit
37 Datenbanken abgeglichen werden. CSS ist dabei als Künstliche Intelligenz (KI) längst
38 nicht fehlerfrei: Es lässt sich nicht zurückverfolgen, anhand welcher Merkmale eine
39 KI eine Entscheidung trifft. Daher sehen wir die Gefahr vielerlei Falschmeldungen,

40 welche die Strafverfolgungsbehörden schließlich überlasten würden. Etwa ist der KI
41 nicht klar, anhand welcher Merkmale sich
42 Cybergrooming von einer Konversation auf Dating-Portalen abhebt, oder auch, wie sich
43 jugendlich aussehende Erwachsene auf Bildern von Kindern unterscheiden lassen. Der
44 sogenannte „digitale Fingerabdruck“, welcher dazu dient, bereits bekannte Bilder und
45 Videos zu erkennen, ist bereits im Einsatz. Auch neues Material soll jedoch von der
46 KI erkannt werden und das ist in der Praxis schwierig.

47 Ein weiteres deutliches Gegenargument ist für uns auch, dass gefährdete oder
48 marginalisierte Gruppen nicht mehr sicher kommunizieren können. Whistleblower:innen
49 können sich nicht mehr geschützt äußern und auch Menschenrechtsanwält:innen, NGOs,
50 Journalist:innen und Regierungsmitarbeiter:innen sind in ihrer Arbeit bedroht.
51 Gleichzeitig ist zu befürchten, dass Regierungen weltweit Unternehmen gesetzlich dazu
52 verpflichten, politische Oppositionen, Zusammenschlüsse oder etwa kriminalisierte
53 Abtreibung aufzuspüren. Damit wären insbesondere solche Gruppen, die bereits
54 entrechtet und marginalisiert sind, besonders stark von der Chatkontrolle bedroht.

55 Ein Hinweis darauf, dass diese Maßnahmen nicht nur bedrohlich sind, sondern auch
56 nicht zielführend, ist, dass verschlüsselte Kommunikation kaum eine Rolle bei der
57 Verbreitung von Missbrauchsdarstellungen spielt. Der Deutsche Kinderschutzbund
58 positioniert sich deshalb kritisch und schätzt die Chatkontrolle als eine Maßnahme
59 ein, die „unverhältnismäßig und nicht zielführend“ sei.

60 Recherchen zeigen außerdem, dass es dem BKA nicht an Hinweisen auf Aufzeichnungen
61 sexualisierter Gewalt gegenüber Minderjährigen mangelt. Vielmehr scheiterte es daran,
62 dass die Ermittler:innen die Provider nicht strukturiert zum Löschen der Dateien
63 auffordern. Für uns ist damit eindeutig, dass eine Chatkontrolle der falsche Ansatz
64 ist, um gegen Cybergrooming und Missbrauch von Kindern und Jugendlichen adäquat
65 vorzugehen.

66 Statt einer wahllosen, unbegründeten Kontrolle aller Kommunikationsmedien fordern wir
67 daher maßgebliche Verbesserungen in den Bereichen Prävention und Hilfe.

68 Es bedarf besserer Aufklärung in Bezug auf Digitales, aber auch in Bezug auf
69 Belästigung allgemein. Kinder müssen sich dessen bewusst sein, was Erwachsene dürfen
70 und was nicht, aber auch der möglichen Hilfsangebote. Um letztere angemessen zu
71 gestalten, müssen auch Erwachsene, insbesondere Lehr- und Erziehungspersonal geschult
72 und sensibilisiert werden, sodass mögliche Betroffene schnell erkannt werden und
73 Unterstützung erhalten. Nicht zuletzt deshalb erachten wir auch den Ausbau des
74 Therapiesektors - sowohl für Überlebende als auch für Täter:innen und Gefährdete -
75 für unerlässlich. Auch in den Jugendämtern mehr Fachpersonal und eine bessere
76 Ausstattung vonnöten

77 Weiterhin fordern wir die Einführung von einfachen, niedrighschwelligem Meldeverfahren
78 bei Cybergrooming. Mithilfe derer sollten Betroffene sich sofort an entsprechende
79 Moderator:innen ihres Kommunikationsmediums wenden können. Statt einer Chatkontrolle
80 machen wir uns für die konzentrierte Zerschlagung von Foren stark, in denen
81 kinderpornografisches Material geteilt wird.

82 Abschließend lässt sich hervorheben, dass wir eine Überwachung aller
83 Kommunikationsmedien für untragbar und nicht zielführend halten. Um Kinderschutz
84 wirklich zu gewährleisten, fordern wir stattdessen ein, bestehende Strukturen

- 85 auszubauen und zu verbessern, Kinder und Erwachsene zu schulen und Maßnahmen direkt
- 86 dort anzusetzen, wo Missbrauch stattfindet.

Antrag E4: Katar-WM boykottieren!

Antragsteller*in:	UB Köln
Sachgebiet:	E - Europa und Internationales

- 1 Die Herren-FIFA Fußball WM 2022 in Katar ist aus menschenrechtlicher, ethischer
- 2 und ökologischer Perspektive verurteilenswert. Deshalb rufen wir alle dazu auf,
- 3 die WM nicht zu unterstützen. Zusätzlich fordern wir den DFB dazu auf, die WM in
- 4 Katar zu boykottieren und nicht an dem Wettbewerb teilzunehmen.
- 5 Wir fordern die Bundesregierung auf, sich für einen offiziell ausgesprochenen
- 6 diplomatischen Boykott der WM durch die EU einzusetzen. Sollte dies nicht
- 7 möglich sein, ist auch notfalls ein alleiniger diplomatischer Boykott
- 8 Deutschlands zu verkünden und durchzuführen.

Antrag E5: Transatlantische Kooperation – Solidarität mit den YDSA!

Antragsteller*in:	UB Kreis Mettmann, UB Düsseldorf, UB Remscheid, UB Wuppertal
Sachgebiet:	E - Europa und Internationales

1 Wenn wir Jusos an die USA denken, dann denken wir oft an den amerikanischen
2 Imperialismus, systematischen Rassismus, Polizeigewalt, die Einschränkung der Rechte
3 von FINTA und die größte westliche Militärmacht. Doch die USA haben auch eine andere
4 Seite: Eine junge, diverse, progressive und wachsende Front gegen die sozialen
5 Probleme sowie die autokratischen und antidemokratischen Bewegungen, die dem Staat,
6 dem Rechtssystem und der Bevölkerung schaden.

7 **Probleme in den USA**

8 In den USA ist die Bevölkerung von einer Reihe an Konflikten umgeben. Ein großer
9 Punkt ist hierbei die soziale und ökonomische Ungleichheit. Wachsende
10 Obdachlosigkeit, fehlende Gesundheitsversorgung für den Großteil der Bevölkerung, die
11 bedenkliche Situation von Arbeitsrechten oder das strukturelle „Union Busting“ sind
12 nur vereinzelte Themen, bei denen in den USA politisch zu wenig unternommen wird.
13 Daneben müssen sich Amerikaner*innen um einen verfestigten, strukturellen Rassismus,
14 eine kaputte Polizei und steigende Massenmorde aufgrund eines manifestierten
15 Waffenproblems auseinandersetzen. Dazu kommen eine Vielzahl an wachsenden,
16 rechtsextremen und faschistischen sowie verschwörungsideologischen Bewegungen und
17 Organisationen, wie z.B. dem KKK, den Incels oder den Proud Boys. Gleichzeitig ist
18 ein Anstieg von frauenfeindlichen, queerfeindlichen und transfeindlichen Positionen
19 zu erkennen. Das beste Beispiel ist die Abschaffung des Rechts auf Abtreibung (Roe
20 gegen Wade) im Juni 2022. Dieses Urteil des Supreme Court offenbart außerdem
21 anschaulich das marode und politisierte Rechtssystem, mit dem die Bevölkerung zu
22 kämpfen hat. In der derzeitigen Lage steht die Demokratie in den USA vor einer
23 Zerreißprobe. Dem Umsturzversuch vom 06. Januar 2020 ist sie nur fast entgangen. Aber
24 wann könnte wieder ein Faschist im Weißen Haus sitzen und was können wir dagegen
25 tun?

26 **Die politische Linke in den USA**

27 Die linke Bewegung in den USA muss sich einigen Herausforderungen stellen. Aufgrund
28 des Wahlsystems und dem vorherrschenden Zwei-Parteien-System reihen sich weite Teile
29 der politischen Linke in die demokratische Partei ein. Das bedeutet ein ständiger
30 Kampf mit gemäßigten Demokrat*innen, dem Partei-Establishment und einer verringerten
31 Außenwahrnehmung. Auf der anderen Seite sehen wir viele Dinge, die vorbildlich sind,
32 wie die Wähler*innenmobilisierung oder sogenannte „grassroots movements“. Darüber
33 hinaus gingen in der Vergangenheit verschiedene Bewegungen von der amerikanischen
34 Linken aus, die für weltweite Aufmerksamkeit und Politisierung gesorgt haben. Hierbei
35 sind besonders die „Black Lives Matter“ – und die „#MeToo“ - Bewegung hervorzuheben.

36 **Zusammenarbeit mit den YDSA**

37 Wir stehen solidarisch mit unseren Genoss*innen in den USA. Angesichts der Probleme
38 in den USA sehen wir uns in der Pflicht enger mit der politischen Linken

- 39 zusammenzuarbeiten und eine Partnerschaft mit den Young Democratic Socialists of
40 America (YDSA) aufzubauen. Wir erhoffen uns von einer Kooperation wichtige
41 Synergieeffekte, einen relevanten Wissensaustausch und ein gegenseitiges Empowerment.
42 Wir setzen uns deshalb für die Etablierung von Austauschprogrammen und
43 Bildungsfahrten mit den YDSA ein.

Antrag F1: Reproduktive Selbstbestimmung - Jetzt!

Antragsteller*in:	UB Münster
Sachgebiet:	F - Feminismus, Gleichstellung und Diversität

1 Ob man einen Kinderwunsch hat oder aber ganz bewusst Kinder für sich selbst
2 ausschließt, ist eine sehr persönliche Entscheidung. Und genauso persönlich wie die
3 Entscheidung an sich, sollte auch der Weg zur Erfüllung dieser aussehen. Das
4 entspricht jedoch bei weitem nicht der Realität. Schon seit langem kritisieren wir
5 Jusos in diesem Zusammenhang die restriktiven Gesetze bei Abtreibungen, die in
6 Deutschland noch immer im Strafgesetzbuch geregelt sind. Doch müssen wir uns vor
7 Augen führen, dass wir als feministischer Verband einem Problem anheim fallen, das
8 auch die politische Linke betrifft: Wenn unter reproduktiver Selbstbestimmung
9 lediglich das Recht auf Abtreibung verstanden wird, blenden wir einen großen Teil der
10 Debatte aus. Dieser Lücke möchte sich der vorliegende Antrag widmen und formuliert
11 deshalb grundlegende Perspektiven zum Thema reproduktive Selbstbestimmung jenseits
12 unserer bereits gefassten Beschlusslagen zum Thema Schwangerschaftsabbruch.
13 Ausdrücklicher Teil der reproduktiven Selbstbestimmung ist nämlich jede prinzipiell
14 denkbare Möglichkeit zur Erfüllung des eigenen Kinderwunsches oder auch zur Erfüllung
15 der eigenen Sterilität.

16 **Unerfüllter Kinderwunsch - Weg mit dem Tabu!**

17 Eine Studie des Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, die
18 zuerst 2014 veröffentlicht und 2020 durch neue Zahlen aktualisiert wurde, zeigt, dass
19 das Thema unerfüllter Kinderwunsch noch immer ein großes Tabu innerhalb unserer
20 Gesellschaft darstellt. So gaben nur rund 25 Prozent der Befragten an Fachärzt*innen
21 aufgesucht zu haben, um eine organische Ursache für den unerfüllten Kinderwunsch
22 abklären zu lassen. Gleichzeitig werden vor allem von Männern Angebote der
23 Unterstützung häufig als Risiko der Stigmatisierung wahrgenommen; folglich bleibt die
24 Debatte über ungewollte Kinderwünsche meist selbst im privatesten Kreis der
25 Betroffenen ein Tabu. Auch dies führt bei den Betroffenen dazu, dass sie sich alleine
26 mit den Konsequenzen ihres unerfüllten Kinderwunsches sehen, welches rein statistisch
27 gesprochen meist zum Nachteil von Frauen ausgelegt wird: So konnte die Studie
28 belegen, dass ungewollt kinderlose Frauen und Männer im zunehmenden Alter dazu
29 tendieren die Ursache primär bei der Frau selbst zu suchen, selbst wenn dies gar
30 nicht einer getroffenen Diagnose entspricht. Nicht zuletzt stellt das ein Symptom der
31 patriarchalen Abwertung von Frauen, die keine Mütter sind/sein können dar. Für
32 gewollt kinderlose Frauen bedeutet dies häufig, dass ihnen mögliche Sterilisationen
33 abgesprochen werden, für ungewollt kinderlose hingegen die Wahrnehmung das eigene
34 Frausein sei ‚beschädigt‘. Und auch für 56 Prozent aller kinderlosen Männer gilt noch
35 immer die Aussage „Vaterschaft gehört zum Mannsein dazu“.

36 **Kinderwunsch erfüllbar machen - mit Leihmutterchaft und Eizellspende**

37 Die Studie des Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend belegt
38 eindrücklich, dass viele ungewollt kinderlose auf verschiedene Weise den Versuch
39 unternehmen ihren Kinderwunsch zu ermöglichen. Aktuell stehen ungewollt kinderlosen
40 in Deutschland dafür verschiedene Wege zur Verfügung. So etwa die künstliche

41 Befruchtung als In-vitro-Fertilisation (IVF), bei der Eizellen und Spermien entnommen
42 werden, welche dann im Labor zur Befruchtung genutzt werden um sie nach erfolgreichem
43 Wachstum der ungewollt kinderlosen Frau oder Person mit Uterus wieder einzusetzen.
44 Ist die Qualität der Spermien nicht ausreichend für dieses Verfahren, ist auch eine
45 zusätzliche Samenspende denkbar. Eine andere Möglichkeit stellt die Samenspende dar,
46 die von Paaren genutzt wird, bei denen der Mann steril ist oder aber die für
47 lesbische Paare notwendig ist. Bei einer Samenspende ist eine künstliche Befruchtung
48 wie zuvor beschrieben möglich, aber auch eine Insemination. Darüber hinaus können
49 hormonelle Behandlungen und Stimulationen helfen den Kinderwunsch zu erfüllen. Für
50 Frauen und Menschen mit Uterus, die steril sind, kommen diese Möglichkeiten mit unter
51 nicht in Frage. Möglich ist dann etwa die Embryonenspende. Bei der Embryonenspende
52 werden Embryonen, die von anderen nach einer Kinderwunschbehandlung nicht mehr
53 genutzt wurden, gespendet und in die Betroffenen eingesetzt. Außerdem könnten eigene
54 vor Jahren eingefrorene Eizellen genutzt werden um mit einer IVF eine Schwangerschaft
55 zu ermöglichen. Kommen diese Möglichkeiten nicht in Frage oder bleiben erfolglos,
56 bleibt in Deutschland zumeist nur die Adoption übrig. Denn die Eizellspende, ebenso
57 wie die Leihmutterschaft, sind in Deutschland nicht erlaubt.

58 **Leihmutterschaft ermöglichen!**

59 Für schwule Männer, genauso wie für unfruchtbare Frauen und Menschen mit Uterus, gibt
60 es in verschiedenen Ländern die Möglichkeit der Leihmutterschaft. Dabei werden einer
61 so genannten Leihmutter gespendete Eizellen oder Eizellen der ungewollt kinderlosen,
62 die zuvor via IVF befruchtet wurden, eingesetzt. Mit diesem Verfahren besteht dann
63 keine biologische Verwandtschaft zwischen der Leihmutter und dem gezeugten Kind. In
64 Deutschland ist dieses Verfahren auf Grund des Gesetzes zum Schutz von Embryonen
65 (ESchG) verboten, denn nach § 1 Abs. 1 Nr. 7 des ESchG wird mit Freiheitsstrafe
66 bestraft, wer bei einer Leihmutter „eine künstliche Befruchtung“ unternimmt oder
67 „einen menschlichen Embryo“ überträgt. Dieses Gesetz richtet sich dabei also
68 ausdrücklich gegen die ausführenden Mediziner*innen und nicht gegen die Leihmutter
69 oder die Person(en), die Eltern werden möchten. Doch dieses Gesetz heißt nicht, dass
70 es in Deutschland keine durch Leihmütter ausgetragenen Kinder gibt! Denn wer es sich
71 leisten kann, nimmt Angebote von Leihmüttervermittler*innen an. Diese Börsen stellen
72 Kontakte zu Kinderwunschzentren etwa in den USA oder Indien her, wo die
73 Leihmutterschaft erlaubt und (besser oder schlechter) gesetzlich geregelt ist. So
74 wird der Kinderwunsch also auch zur ökonomischen Frage. Schließlich ist es so, dass
75 die besten Chancen auf die Erfüllung jener haben, die über die in Deutschland zur
76 Verfügung stehenden Möglichkeiten und Finanzierungen der Krankenkassen hinaus,
77 eigenständig Geld in die Hand nehmen können.

78 Im Falle der Leihmutterschaft endet der steinige Weg zum eigenen Kind aber nicht,
79 selbst wenn man das Geld hat, um im Ausland eine passende Leihmutter zu finden. Denn
80 dann ist das Abstammungsrecht noch zu bedenken. Nach dem deutschen Abstammungsrecht
81 ist jene Person als Mutter anzusehen, welche das Kind ausgetragen hat. Wenn ein Kind
82 kurz nach der Geburt nach Deutschland gebracht wird, gilt als so genannter
83 gewöhnlicher Aufenthalt des Kindes Deutschland und damit das deutsche
84 Abstammungsrecht, das keine Leihmutterschaft vorsieht. So kommt es zur irrsinnigen
85 Situation, dass die Leihmutter (die nicht biologisch mit dem ausgetragenen Kind
86 verwandt ist und nach etwa US-amerikanischem Gesetz somit auch nicht Mutter des

87 Kindes im Sinne der Abstammung) als Mutter in einer deutschen Geburtsurkunde
88 aufgeführt wird. Diesem Problem widmete sich die Rechtsprechung bereits und
89 entschied, dass im Falle von Leihmutterschaft das Abstammungsrecht des Landes der
90 Leihmutter anerkannt werden kann, wenn festzustellen ist, dass die Menschenwürde der
91 Leihmutter nicht verletzt wurde, etwa weil sie nicht zur Leihmutterschaft gezwungen
92 wurde. Das bedeutet zusammengefasst: Das deutsche Abstammungsrecht sieht keine
93 Leihmutterschaft vor, doch durch Entscheidungen des Familiengerichts (die bindend für
94 Gerichte und Verwaltungsbehörden sind) können Eltern, deren Kind durch
95 Leihmutterschaft im Ausland geboren wurde ihre eigene Elternschaft anerkennen lassen,
96 wenn sie Entscheidungen eines Gerichts oder einer Behörde aus dem Geburtsland des
97 Kindes vorlegen können. Trotzdem bleibt jedoch das Risiko, dass ein Standesamt die
98 Auffassung vertritt, dass das deutsche Abstammungsrecht gilt, in welchem Falle dann
99 ein Adoptionsverfahren angestrengt werden muss. Bis ein Verfahren abgeschlossen ist,
100 ist die Einreise des Kindes nach Deutschland nicht ohne weiteres möglich, da das Kind
101 kein Recht auf einen deutschen Pass hat.

102 Die Frage bleibt: Warum ist eine Leihmutterschaft in Deutschland illegal? Die Antwort
103 ändert sich je nachdem, wem man diese Frage stellt. So argumentieren einige mit der
104 Gefahr der Ausbeutung der Leihmutter, denn in den meisten Fällen wird diese
105 finanziell entschädigt. Doch was ist an diesem Argument dran?

106 Zunächst einmal sollten sich die Modelle dieser Entschädigung vor Augen geführt
107 werden. In den USA etwa erhält eine Leihmutter finanzielle Mittel, welche die für die
108 Schwangerschaft notwendige medizinische Versorgung gewährleisten. Darüber hinaus wird
109 in der Regel Geld vorgesehen für Ausgaben wie Schwangerschaftskleidung und ähnliches.
110 Zusätzliches Geld wird als Entschädigung für die körperlichen Risiken verstanden,
111 denn zweifelsohne stellt sowohl eine für die Leihmutterschaft erforderliche
112 (missglückte) IVF, als auch eine Schwangerschaft und Geburt erhebliche Belastungen
113 für die Schwangere dar. In welcher Höhe es gezahlt wird, kann in Absprache zwischen
114 der Leihmutter und den intendierten Eltern festgelegt werden, durchschnittlich kann
115 von etwa 25.000 Dollar ausgegangen werden. Natürlich entscheidet auch eine etwaige
116 Obergrenze an Schwangerschaften darüber, wie viel Geld die Leihmutter durch ihre
117 Schwangerschaft(en) verdienen kann. In den USA gibt es eine solche Obergrenze
118 gesetzlich nicht, die meisten ärztlichen Praxen, die sich auf Kinderwunsch und
119 Leihmutterschaft spezialisiert haben, legen jedoch eine maximale Obergrenze von sechs
120 Schwangerschaften fest. Dabei berücksichtigt werden jedoch auch eigene
121 Schwangerschaften. Dieser Prozess legt für viele die Gefahr nahe, dass besonders
122 Frauen und Menschen mit Uterus, die in finanzieller Not stecken die Möglichkeit der
123 Leihmutterschaft für sich in Betracht ziehen. In diesem Zusammenhang ist jedoch ganz
124 klar zu sagen, dass eine Legalisierung von Leihmutterschaft mit einer Reihe von
125 Gesetzen einher gehen müsste, die dieses Risiko minimieren. Denkbar wären etwa
126 gesetzliche Obergrenzen der Schwangerschaften festzulegen sowie Voruntersuchungen und
127 Gespräche, die die Motive der möglichen Leihmutter genauestens untersuchen. So gilt
128 in den USA etwa, dass Personen, die Leihmutter werden wollen, ein gewisses Alter
129 haben müssen, ihre Gesundheit wird strengstens begutachtet und ebenso ist dort eine
130 Leihmutterschaft ausgeschlossen für Frauen und Menschen mit Uterus, die Sozialhilfe
131 erhalten.

132 Ein weiteres Argument, das Gegner*innen der Leihmutterschaft anführen, ist das Wohle

133 des Kindes. Auch dieser Argumentation ist heftig zu widersprechen, denn es liegt viel
134 mehr nahe, dass die unklare Rechtslage in Deutschland stand jetzt zu Prozessen
135 führen, die auch die betreffenden Kinder in Mitleidenschaft ziehen können, wenn etwa
136 die Abstammung nicht anerkannt wird. Fest steht: Beim Thema Leihmutterschaft sollte
137 das Wohl der austragenden Schwangeren im Fokus stehen. Und in diesem Zusammenhang
138 gilt: Sofern ausreichende Regularien vorliegen, die eine Freiwilligkeit der
139 Leihmutter weitestgehend garantieren, ist dieses Wohl als erfüllt zu sehen. Klar ist
140 hier: Eine Legalisierung der Leihmutterschaft würde unter anderem dem Wohl der
141 austragenden Person zugute kommen, wie schon der deutsche Ethikrat feststellte.
142 Dieser argumentierte, dass das größere Risiko für Leihmütter bestünde, die in Ländern
143 ohne umfangreiche gesetzliche Rahmenbedingungen ein Kind austrügen (wie etwa in
144 Indien) und kam in Abwägung aller Argumente zu dem Ergebnis, dass Leihmutterschaft in
145 Deutschland zulässig sein sollte.

146 In Anbetracht aller Argumente fordern wir deshalb:

- 147 • Die Legalisierung der Leihmutterschaft in Deutschland unter Festlegung
148 bestimmter Maßstäbe die das Wohl der Leihmutter immer in den Fokus der einzelnen
149 Situation setzen.
- 150 • In Konsequenz die Änderung des Abstammungsrechts in Hinblick auf
151 Leihmutterschaft.

152 **Eizellspenden ermöglichen!**

153 Eine weitere Kinderwunschbehandlung, die im Ausland auf verschiedene Weise
154 legalisiert ist, ist die Eizellspende. Bei dieser werden der spendenden Person nach
155 einer hormonellen Behandlung gereifte Eizellen entnommen, die dann für eine
156 Kinderwunschbehandlung mit IVF einer anderen Frau oder Person mit Uterus eingesetzt
157 werden können. Dieser Prozess bedeutet also, dass die austragende schwangere Person
158 keine biologische Verwandtschaft mit dem späteren Kind hat. Die Eizellspende ist
159 insofern als Pendant zur Samenspende zu verstehen, mit dem Unterschied, dass letztere
160 in Deutschland legal ist. Der Grund dafür liegt abermals im Embryonenschutzgesetz.
161 Dieses regelt, dass einer Frau oder Person mit Uterus nur eigene Eizellen wieder
162 eingesetzt werden dürfen; auch hier richtet sich die Strafbarkeit dabei gegen die
163 Mediziner*innen. Für die ungewollt Kinderlosen in Deutschland, die auf eine
164 Eizellspende angewiesen sind, bedeutet auch dieser Fall vor allem wieder finanziellen
165 Aufwand. Denn die Eizellspende ist in vielen Ländern in der EU legal und kann in
166 Anspruch genommen werden, wenn die erforderlichen finanziellen Mittel vorhanden sind.
167 So kann eine Eizellspende etwa in Belgien, Polen, Tschechien oder Österreich
168 stattfinden, wenn die erforderlichen Kosten von 7.500-9.000 Euro erbracht werden
169 können. Auch bei der Argumentation gegen die Eizellspende fällt oftmals das Argument
170 der finanziellen Ausbeutung von der spendenden Person. Genauso wie bei der
171 Leihmutterschaft ist hier jedoch anzuführen, dass mit einer Legalisierung eine
172 umfangreiche Regulierung der Auswahl der spendenden Person erfolgen muss.

173 In einem Punkt unterscheidet sich der Fall der Eizellspende beträchtlich von der
174 Leihmutterschaft: Denn das Kind hat eine biologische Verwandtschaft zu der Person,
175 die die Eizelle gespendet hat. Interessenverbände von mit Samenspenden gezeugten
176 Kindern kämpfen (nicht nur in Deutschland) seit Jahren für das Recht auf das Wissen
177 über die eigene Abstammung. Und klar sein muss: Auch im Fall einer Eizellspende muss
178 dieses Recht gestärkt und anerkannt werden! Etwa Österreich hat hier eine Regelung

179 gefunden, die genau dies gewährleisten soll: Dort haben Kinder, die durch eine
180 gespendete Eizelle gezeugt wurden, das Recht mit 14 Jahren den Namen der biologischen
181 Mutter zu erfahren.

182 **Wir fordern:**

- 183 • Die Legalisierung der Eizellspende mit der Einführung notwendiger Gesetze und
184 Verordnungen, die das Risiko der Ausbeutung minimieren.
- 185 • Die Einführung des Rechts des gezeugten Kindes die Identität der spendenden
186 Person zu erfahren um sich über die eigene Abstammung zu informieren.

187 **Kein Kinderwunsch? - Kein Problem!**

188 Genauso wie die Möglichkeit der Erfüllung des Kinderwunsches gehört zur reproduktiven
189 Selbstbestimmung auch die Gewährleistung der Kinderlosigkeit, wenn dies gewünscht
190 ist. Neben dem Recht auf Abtreibung umfasst dies selbstverständlich auch die
191 Notwendigkeit kostenloser Verhütungsmittel - und zwar ein Leben lang!

192 Ein Mittel der Verhütung für Frauen und Menschen mit Uterus, dass bestmöglich die
193 Kinderlosigkeit gewährleisten würde, ist in Deutschland jedoch nur schwer zugänglich:
194 Die Sterilisation. Medizinisch gesehen ist eine Sterilisation keine Neuerfindung. In
195 der Realität wird sie jedoch vor allem als Behandlungsmaßnahme etwa bei Krebs oder
196 Krankheiten wie Endometriose genutzt. Die freiwillige Sterilisation, bei der die
197 Eileiter durchtrennt werden, bleibt vielen bewusst Kinderlosen oder auch Frauen und
198 Menschen die keine weiteren Kinder mehr wollen, verwehrt. Der Grund dafür liegt in
199 unserer patriarchalen Gesellschaft, die es Frauen noch immer strukturell abspricht
200 über ihren eigenen Körper entscheiden zu können. Besonders junge Frauen müssen sich
201 auf eine Odyssee von einer Praxis zur nächsten machen, wenn sie sich für eine
202 Sterilisation entschieden haben. Die Ärzt*innen weisen sie dann zumeist ab mit der
203 Begründung, dass sie noch keine Kinder hätte und sie diese später ja noch haben
204 wollen könnten. Auch wird die Behandlung oft verweigert, weil die Sterilisation bei
205 Frauen sowie Menschen mit Uterus nicht in jedem Fall reversibel ist. Für uns ist
206 klar: Wir sprechen jeder Person die Autonomie zu, selbst entscheiden zu können, was
207 mit dem eigenen Körper passiert und ob ein Kinderwunsch besteht oder nicht. Zur
208 reproduktiven Selbstbestimmung gehört für uns deshalb selbstverständlich auch die
209 Sterilisation für Frauen und Menschen mit Uterus!

210 Besonders prekär: In Deutschland gesellt sich zu der patriarchalen Tabuisierung noch
211 eine erhebliche ökonomische Belastung bei einer Sterilisation. Denn: In der Regel
212 müssen die Betroffenen selbst für die Sterilisation aufkommen; Krankenkassen zahlen
213 meist nur jene Sterilisationen, die medizinisch notwendig sind. Weshalb eine Person,
214 die sich selbst über die eigenen Wünsche und Bedürfnisse im klaren ist, aus Geldnot
215 über Jahre hinweg auf Verhütungsmittel angewiesen sein sollte, weil eine
216 Sterilisation, die bis zu 1000 Euro kosten kann, nicht möglich scheint, ist unklar.
217 Dies betrifft selbstverständlich auch die Vasektomie, die in Deutschland ebensowenig
218 von Krankenkassen bezahlt wird, wenn keine medizinische Notwendigkeit besteht.

219 **Deshalb fordern wir:**

- 220 • Die Enttabuisierung der Sterilisation bei Frauen, besonders bei jungen Frauen!
- 221 • Die Kostenübernahme von Krankenkassen für Sterilisationen und Vasektomien und
222 zwar in jedem Fall.

223 **Die feministische Dimension der reproduktiven Selbstbestimmung**

224 Für uns als feministischen Richtungsverband ist die Analyse patriarchaler
225 Verhältnisse unserer Gesellschaft in allen Fällen grundlegend. Deshalb bleibt
226 abschließend festzustellen, dass die Debatte um reproduktive Selbstbestimmung niemals
227 ohne die feministische Perspektive zu führen ist. Für uns stellt es in diesem
228 Zusammenhang keinen Zufall dar, dass ausgerechnet die Behandlungen der reproduktiven
229 Selbstbestimmung, die sich an Frauen und Menschen mit Uterus richten, strenger
230 reguliert sind. Etwa die Vasektomie ist bei Männern gängige Praxis, obwohl sie auch
231 bei ihnen nicht in jedem Fall reversibel ist. Und auch die Samenspende ist erlaubt
232 und seit Jahrzehnten geregelt. Natürlich ist zwischen der körperlichen Belastung bei
233 Eizellspende und Samenspende durch den*die Spender*in zu unterscheiden: Klar ist
234 jedoch, dass für jeden medizinischen Eingriff gelten sollte, dass die betroffene
235 Person unter Rat der zuständigen Fachärzt*innen selbst beurteilen kann, ob das Risiko
236 für sie vertretbar ist. Ist dies der Fall, sollte keine gesellschaftliche Auffassung
237 von Frauen als Mütter oder Vorstellungen von Kernfamilien im Sinne der
238 heterosexuellen Norm darüber entscheiden, wie die reproduktive Selbstbestimmung
239 gestaltet wird.

Antrag F2: No more K.O.'s – Sicherer Feiern für alle

Antragsteller*in:	UB Bonn
Sachgebiet:	F - Feminismus, Gleichstellung und Diversität

1 Im vergangenen Jahr (2021) haben britische Student*innen unter dem Motto Girls Night
2 In landesweit Bars und Kneipen durch kollektives Wegbleiben boykottiert. Sie taten
3 dies als Reaktion auf die circa 200 Fälle von Substanzinfluss durch Spritzen und
4 Getränke innerhalb eines Monats und wollten damit das Bewusstsein für Missbrauch
5 mittels K.O.- Tropfen, bzw. ähnlichen Substanzen, und sexuelle Übergriffe in diesem
6 Zusammenhang schärfen. Für sie blieb es jedoch nicht einfach bei dem Boykott, sondern
7 sie gingen in den Austausch mit den Inhaber*innen von Clubs und Bars um über
8 verbesserte Sicherheitsmaßnahmen und übten Druck aus, indem sie eine Petition zur
9 verschärfte Durchsuchung nach Nadeln und Waffen von Club-Gästen forderten.

10 Auch in Deutschland ist es in letzter Zeit vermehrt in Clubs oder bei Festivals zu
11 Fällen des sogenannten Needle Spikings gekommen, bei dem Menschen unbemerkt mit
12 Spritzen gefährliche Substanzen wie K.O.-Tropfen oder Benzodiazepine und Ketamine
13 injiziert wurden. Bei den Betroffenen treten im Anschluss Symptome wie Schwindel,
14 Übelkeit, Orientierungslosigkeit und Willenslosigkeit, die Wirkung scheint ähnlich zu
15 hohem Alkoholkonsum. Mögliche medizinische Folgen zum Beispiel von K.O.-Tropfen
16 beinhalten Atemnot, Kreislaufversagen bis hinzu Koma und dem Tod.

17 Diese Folgen werden von den Täter*innen in Kauf genommen um sich die Betroffenen
18 gefügig zu machen und ihr Erinnerungsvermögen auszusetzen, wodurch sie ihnen wehrlos
19 ausgesetzt sind und insbesondere FINTA in diesem Kontext oft sexualisierte Gewalt
20 erfahren.

21 Diese Substanzen wirken teilweise schon nach 15 Minuten und da nahezu alle
22 geschmacks- und geruchslos sind bleiben sie in Getränken unbemerkt und die
23 Einstichstellen bei der Injektion per Nadel nehmen die meisten Betroffenen erst Tage
24 später wahr. Allerdings sind die Mittel entweder garnicht oder nur für sehr kurze
25 Zeit im Blut nachweisbar, sodass ein Großteil der Fälle nicht identifiziert und
26 Täter*innen nicht zur Rechenschaft gezogen werden können, obwohl die Verabreichung
27 eine gefährliche Körperverletzung und anschließender sexueller Missbrauch eine
28 Vergewaltigung darstellt.

29 Abseits der jüngst noch unbekanntem Mittel kommen in diesem Kontext am häufigsten die
30 Stoffe GHB (Gammahydroxybuttersäure) und GBL (Gamma-Butyrolacton), auch bekannt als
31 Liquid Ecstasy und Vergewaltigungsdroge zur Anwendung, deren Besitz und die Weitergabe
32 zum Konsum, nicht aber der Erwerb strafbar ist. Aus GBL und zwei weiteren Stoffen,
33 die allesamt im Baumarkt erhältlich sind lassen sich relativ einfach K.O.-Tropfen
34 selbst herstellen, die Strafbarkeit der Veröffentlichung von Herstellungsanleitungen
35 stellt dabei kein großes Hindernis dar.

36 Für uns Jusos muss nun klar sein, dass wir uns zwar mit Kampagnen wie Girls Night In
37 solidarisieren und ihre Anliegen teilen, es aber nicht dabei belassen dürfen dass
38 FINTA als Hauptbetroffene aufgrund eines mangelnden Sicherheitsgefühls dauerhaft
39 wegbleiben oder es langfristig boykottieren. Denn auch das schränkt wiederum ihre
40 soziale Teilhabe ein. Ebenso klar muss auch sein, dass die Präventionsarbeit und das

- 41 Befolgen von Tipps wie keine Getränke von Fremden anzunehmen, keine Getränke
42 unbeaufsichtigt zu lassen und auf sich selbst und seine Begleitung zu achten nicht
43 alleine auf FINTA auszulagern.
- 44 Deshalb fordern wir:
- 45 • Verbindliche Schulungen und Awareness-Konzepte für Club-, Festival- und
46 Kneipenpersonal hinsichtlich K.O.-Tropfen und anderen Missbrauchssubstanzen, bei
47 denen klar sein muss dass Personen mit Anzeichen von K.O.-Tropfen nicht
48 herausgeschmissen werden sondern bestmöglich versorgt werden und falls gewünscht
49 schnell an Ärzt*innen und die Polizei weiter verweisen
 - 50 • Dass die Forschung zu bereits vorhandenen Produkten wie Tests, Armbänder und
51 Nagellacke,
52 die solche Substanzen erkennen ausgebaut wird, da sie zum jetzigen Zeitpunkt nur
53 unzureichend funktionieren und dadurch ein falsches Sicherheitsgefühl vermitteln
 - 54 • Diese Produkte müssen vor Ort durch die Betreiber*innen zur Verfügung gestellt
55 werden,
56 ebenso wie Gläser und Flaschen denen man nichts beifügen kann
 - 57 • Das Verbot von frei verkäuflichem GBL und der verbindlichen Vorgabe GBL als
58 Industriechemikalie mit Bitterstoffen zu versetzen
 - 59 • Die Entwicklung von Sicherheitskonzepten insbesondere gegen Needle Spiking

Antrag F3: Diskriminierung auf der Toilette

Antragsteller*in:	Region Ostwestfalen-Lippe
Sachgebiet:	F - Feminismus, Gleichstellung und Diversität

- 1 Nach Artikel 3 Abs. 3 des Grundgesetzes darf niemand aufgrund seines*ihres
2 Geschlechtes benachteiligt oder bevorzugt werden. Die Rechtsprechung auf nationaler
3 und europäischer Ebene besagt, dass dies auch für trans* und inter*geschlechtliche
4 Menschen gilt.
- 5 Die momentane Situation, wie in Deutschland Toiletten gekennzeichnet sind, entspricht
6 nicht den Bedürfnissen vieler Menschen dieser Gesellschaft und schafft weitreichend
7 diskriminierende Räume, in denen sich Menschen unwohl und ausgeschlossen fühlen
8 müssen. Das liegt daran, dass die Toilettensituation geprägt ist von festen
9 Geschlechterkonstrukten. Zum einen ist dies der Fall, wenn eine binäre
10 Geschlechtertrennung („männlich“/„weiblich“) besteht, zum anderen, wenn die
11 Möglichkeit der Zugehörigkeit zu einer Geschlechtsidentität durch
12 „geschlechtsneutrale“ Toiletten aberkannt wird, wie bei den sogenannten
13 „Behindertentoiletten“.
- 14 Trans* und inter*geschlechtliche Personen und Personen, die nicht im binären
15 Geschlechtersystem eindeutig als „Mann“ oder „Frau“ lesbar sind, sind auf öffentliche
16 Toiletten häufig Diskriminierungen ausgesetzt. In der Studie des Projektes „LSBTIQ*
17 inklusiv“ gaben 19% an bereits Diskriminierungserfahrungen auf Toiletten gemacht zu
18 haben, trans* Menschen waren hier zu 45% und inter* Menschen zu 46% betroffen.
- 19 Inter*geschlechtlichen Personen wird ein Zwang auferlegt, eine der beiden
20 geschlechterspezifischen Toiletten auszuwählen, obwohl dies nicht deren gelebtem
21 Geschlecht entspricht. Trans*personen begegnet beim Toilettengang diese Problematik,
22 wenn sie sich nicht eindeutig einem der beiden, von der Gesellschaft anerkannten,
23 Geschlechtern zuordnen können/möchten. Viele Menschen erleben dadurch strukturelle
24 Diskriminierung und Gewalt in Toilettenräumen, unter anderem, weil sie eine
25 vermeintlich „falsche“ Toilette aufsuchen. Hierbei ist auch sexualisierte Gewalt
26 gegen trans* und inter* Menschen keine Seltenheit.
- 27 Durch die herrschende Toilettensituation werden Diskriminierungserfahrungen im Alltag
28 von Trans* und Inter* verstärkt und tragen sogar dazu bei, dass Menschen den Tag über
29 möglichst wenig trinken/essen, um einer solchen Situation zu entgehen. Dabei können
30 neben Konzentrationsschwächen auch sonstige körperliche Schäden entstehen. Daneben
31 halten viele ihren Harndrang auf während sie sich in der Öffentlichkeit bewegen und
32 gehen erst ihren Bedürfnissen nach, sobald sie wieder zu Hause sind. Das ist nicht
33 nur äußerst unangenehm für die betroffenen Personen, sondern gefährdet auf Dauer auch
34 die Gesundheit.
- 35 Die momentane Situation, wie Toiletten gekennzeichnet sind, fördert zudem eine
36 Tabuisierung der Thematik Inter* und Trans*, durch die schätzungsweise 3% der
37 Bevölkerung (wahrscheinlich sogar mehr) aus dem alltäglichen Gesellschaftsgedächtnis
38 gelöscht werden.
- 39 Die sogenannten „Behindertentoiletten“ sprechen wiederum Menschen, die auf die

40 Nutzung der Toiletten angewiesen sind, ihre Geschlechtsidentität ab. Durch die
41 Abgrenzung sogenannter „Behindertentoiletten“ von „Frauen- und Männertoiletten“ ,
42 wird diesen Menschen neben ihrer Geschlechtszugehörigkeit/ -identität jegliche
43 Sexualität abgesprochen.

44 Die herrschende Toilettensituation ist zudem dadurch geprägt, dass es zu wenig
45 „Frauentoiletten“ gibt. Praktisch betrachtet, mit einem Blick auf die Verordnung über
46 den Bau und Betrieb von Versammlungsstätten (VStättVO) setzt §12 hier die genaue
47 Anzahl an Toiletten auf Veranstaltungen fest. Die vorgegebene Raumaufteilung von
48 50:50 hinsichtlich der Quadratmeter scheint erstmal fair, allerdings schreibt die
49 Verordnung für Frauen* weniger Toiletten vor, als für Männer*. Bei einer Anzahl von
50 bis zu 1000 Besucher*innen, setzt die Verordnung fest, dass es 12 „Frauentoiletten“
51 und 8 „Männertoiletten“ zu geben hat. Zudem jedoch auch 12 Urinale, die Männern* zur
52 Verfügung gestellt werden, wodurch sie mehr Zugang zu einer Toilette haben.

53 Eine reine Anpassung der Anzahl reicht hier nicht aus, denn Frauen* benötigen im
54 Schnitt 2,3 mal so lang für die Nutzung einer Toilette, unter anderem aufgrund ihrer
55 Menstruation. Auch diese Situation betrifft nicht nur „biologische“ Frauen, sondern
56 genauso trans* und inter* Personen. Die längere Nutzungsdauer einer Toilette von
57 Frauen* kann zudem auch vermehrte Blaseninfektionen (welche 8x häufiger als bei
58 Männern* auftreten) oder eine, den Harndrang erhöhende, Schwangerschaft.

59 Die Jusos stehen für bedingungslose Gleichberechtigung für alle. Wir leben und
60 fördern einen trans* und inter* inklusiven Feminismus. Nur so schaffen wir es beim
61 Abbau von diskriminierenden Strukturen, nicht andere diskriminierende Strukturen
62 weiter aufrecht zu erhalten, zu fördern und zu amplifizieren.

63 Daher fordern wir:

- 64 • Die Einrichtung von All-Gender-Toiletten als positive Maßnahme nach § 5 des
65 Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) zum Abbau von Benachteiligungen
66 aufgrund des Geschlechtes.
- 67 • Dass öffentliche Toiletten und Toiletten auf öffentlichen Veranstaltungen
68 geschlechtergerecht nach den Bedürfnissen und den Notwendigkeiten von allen
69 Geschlechtern gestaltet werden und sich die Gleichberechtigung nicht an der
70 Quadratmeterzahl und der Anzahl der Toilettenbecken bemisst!
- 71 • Dass die Entsorgungsmöglichkeit von Menstruationsartikeln auf allen Toiletten
72 ermöglicht wird.

73 Dass in den All-Gender-Toiletten auch eine Wickelmöglichkeiten für Babys aufgenommen
74 werden. Dies bietet jeder Person die Chance ein Baby zu wickeln, ohne eine für diese
75 Person nicht vorgesehene Toilette nutzen zu müssen. Dies ist heute häufig nicht der
76 Fall, da sich die Wickelmöglichkeiten in den Damentoiletten befinden.

Antrag F4: "FCK Bodyshaming – Wir sagen der Diskriminierung den Kampf an!"

Antragsteller*in:	KV Recklinghausen, UB Essen, UB Dortmund
Sachgebiet:	F - Feminismus, Gleichstellung und Diversität

1 Das Streben nach einem ‚idealen‘ oder ‚perfekten‘ Körper ist in unserem Alltag
2 allgegenwärtig. Gerade die (sozialen) Medien konfrontieren und alle immer wieder mit
3 (vermeintlich) makellosem Äußeren und tragen wesentlich dazu bei, dass sich
4 stereotype Vorstellungen darüber, wie ein Körper auszusehen hat, in den Köpfen der
5 Menschen festsetzen. Solche konstruierten Idealbilder werden dadurch in weiten Teilen
6 der Gesellschaft zum wesentlichen Maßstab verklärt, an dem sich jede und jeder messen
7 lassen muss. Inwiefern es dieses Ideal in der Wirklichkeit überhaupt gibt oder geben
8 kann, spielt dabei zumeist keine Rolle.

9 Wer der Vorstellung eines ‚perfekten‘ Körpers nicht entspricht, wird im Alltag
10 entweder ignoriert, schräg angeschaut oder sogar offen diskriminiert – egal ob in der
11 Freizeit, im Berufsleben oder anderswo. Das sogenannte Bodyshaming, also die
12 Ausgrenzung und Benachteiligung aufgrund körperlicher Merkmale, kann in allen
13 Lebensbereichen vorkommen und eine erhebliche mentale Belastung für Betroffene
14 darstellen. Studien zeigen, dass Bodyshaming gerade unter jungen Menschen verbreitet
15 ist und dass vor allem Frauen betroffen sind (vgl. Gam et al. 2020; Saxena, Mathur,
16 Jain 2020). Die Folgen können von geringerem Selbstwertgefühl und Schamgefühl unter
17 Betroffenen bis hin zu ernsthaften und bedrohlichen, gesundheitlichen Problemen
18 reichen (vgl. Incollingo Rodriguez, Heldreth, Tomiyama 2016).

19 Gerade Personen mit Übergewicht werden von ihren Mitmenschen häufig abgelehnt und
20 ihnen werden Eigenschaften zugeschrieben, die negativ besetzt sind. So gelten sie in
21 breiten Bevölkerungsschichten als weniger produktiv und leistungsfähig. Die Forschung
22 konnte dahingehend beispielsweise zeigen, dass Personen, gerade Frauen, mit höherem
23 Body-Mass-Index oder Personen, die von Personaler*innen allgemein als ‚weniger
24 attraktiv‘ betrachtet werden, im Berufsleben häufiger diskriminiert werden.
25 Einerseits verfügen sie oftmals über ein geringeres Einkommen und einen schlechteren
26 sozialen Status als Normalgewichtige, andererseits sind ihnen Wege zu höher
27 qualifizierten Tätigkeiten und in besser entlohnte Positionen häufig versperrt (vgl.
28 Tyrrell et al. 2016). Häufig werden entsprechende Menschen schon im Bewerbungsprozess
29 benachteiligt und seltener bei Stellenausschreibungen berücksichtigt (vgl. BMBF 2012;
30 BMC Public Health 2012).

31 Auch in der Modeindustrie spielt Bodyshaming eine Rolle. Zwar wird sogenannte ‚Plus-
32 Size‘-Mode und generell andere Konfektionsgrößen von immer mehr Modeketten angeboten,
33 jedoch ist diese oft nur im Online-Handel verfügbar. In den Geschäften hingegen sucht
34 man Mode außerhalb einer einst definierten Norm meist vergebens. Somit wird
35 Bekleidung, die von einem nicht-unerheblichen Anteil der Bevölkerung benötigt wird,
36 in eine Nische gedrängt und der Eindruck, dass es sich um keine "normale" Mode
37 handelt, wird verstärkt. Da in Deutschland mehr als 50% der Bevölkerung einen BMI von
38 über 25 haben, kann von einer Nische jedoch keine Rede sein und das Angebot
39 entspricht keineswegs der Lebensrealität.

40 Insbesondere für junge Menschen ist es sehr schwierig, ‚Plus-Size‘-Kleidung und
41 generell andere Konfektionsgrößen offline zu erwerben. In vielen Innenstädten und
42 Einkaufszentren diese Kleidung nur in speziell darauf ausgerichteten Läden verkauft.
43 Diese haben in der Regel eine eher ältere Zielgruppe. Kleidung, die den aktuellen
44 Modetrends junger Menschen entspricht, wird nicht ausreichend in besagten Größen
45 angeboten. In der Folge können junge Menschen mit Körperformen außerhalb ebendieser
46 Normen nicht in gleichem Umfang am gesellschaftlichen Leben teilhaben wie ihre
47 Mitmenschen.

48 Warum ‚Plus-Size‘-Mode und generell andere Konfektionsgrößen nur so selten vor Ort in
49 den Stores angeboten wird, ist schwer nachzuvollziehen. Der Markt für große Größen
50 wächst, immer mehr Modeketten erkennen diesen Trend und bieten eigene ‚Plus-Size‘-
51 Kollektionen an. Im Vereinten Königreich wird zum Beispiel mit einem jährlichen
52 Wachstum dieses Marktes von 5-6% gerechnet. Dort und in anderen Ländern, wie
53 beispielsweise den USA, haben die Kollektionen auch bereits ihren Weg in die lokalen
54 Geschäfte gefunden. In Deutschland ist dies bisher allerdings kaum zu beobachten und
55 Konsumenten sind hierzulande nach wie vor darauf angewiesen, ihre Kleidung in
56 entsprechenden Größen online zu erwerben. Dies führt zu einem zu den bereits
57 beschriebenen Diskriminierungserfahrungen, und schwächt gleichzeitig den lokalen
58 Einzelhandel. All das müsste nicht sein. Der Schritt vom Onlineverkauf in den
59 Einzelhandel ist machbar und längst überfällig.

60 Obwohl Bodyshaming ein lange bestehendes, gesamtgesellschaftliches Problem darstellt,
61 wurde seitens der Politik bisher wenig bis gar nichts unternommen, um gegen
62 Diskriminierung aufgrund körperlicher Merkmale vorzugehen. Wir stehen für eine
63 solidarische und diskriminierungsfreie Gesellschaft, in der Bodyshaming keinen Platz
64 hat.

65 Wir erachten deshalb einen grundlegenden Wandel des gesellschaftlichen Verhältnisses
66 zu Körpern und Körperformen als dringend notwendig. Body Positivity begreifen wir
67 hierbei als die Akzeptanz von allen Körpern sowie ein wertfreies Bewusstsein für die
68 Verschiedenheit von Körpern in allen Lebensbereichen. Die Schaffung eines größeren
69 Bewusstseins für die sozialen, mentalen und körperlichen Folgen für die Betroffenen
70 von Bodyshaming ist hierbei elementar, um die Gesellschaft für diese Form der
71 Diskriminierung mit ihren vielfältigen Auswirkungen auf Betroffene zu
72 sensibilisieren. Dies schließt auch die stärkere Aufklärungsarbeit zu Formen von
73 Diskriminierung in Schulen mit ein. Dabei begreifen wir Bodyshaming intersektional,
74 das bedeutet, dass Bodyshaming häufig in Kombination mit anderen
75 Diskriminierungsformen wie zum Beispiel Sexismus, Rassismus, Klassismus und Ableismus
76 auftritt und ein Aspekt von verschiedensten diskriminierenden Handlungen und
77 Äußerungen sein kann. Deshalb fordern wir:

- 78 • Eine Prüfung rechtlicher Möglichkeiten, Benachteiligungen aufgrund von
79 körperlichen Merkmalen auszuschließen und die Etablierung von
80 Sanktionsmöglichkeiten, sofern diesem Grundsatz zuwidergehandelt wird.
- 81 • Eine Gesetzesanpassung, die Modeketten und -Händler dazu verpflichtet, ein
82 bereits bestehendes oder zukünftig geschaffenes Sortiment für alle
83 Konfektionsgrößen außerhalb einer einst definierten Norm nicht ausschließlich
84 online, sondern auch offline anzubieten.

Antrag G1: Mental Health Matters

Antragsteller*in:	UB Mönchengladbach
Sachgebiet:	G - Gemeinwohl, Sozial- und Gesundheitspolitik

1 Die Situation von Menschen, die psychotherapeutische Unterstützung in Anspruch
2 nehmen, in Anspruch nehmen müssen oder in Anspruch nehmen wollen ist auch oder gerade
3 in den letzten Jahren problematisch. Einerseits aufgrund dessen, dass psychische
4 Leiden in unserer Gesellschaft immer noch stigmatisiert werden und gesellschaftliche,
5 teilweise sogar gesetzliche Nachteile mit sich bringen. Andererseits weil die
6 Versorgungslage dieser Menschen absolut unzureichend ist. Bundesweit wartet man
7 aktuell durchschnittlich drei Monate auf einen Therapieplatz nach dem Erstgespräch,
8 wobei man auf dem Land bis zu sechs und in der Stadt durchschnittlich zwei Monate
9 wartet.

10 Hierbei ist auch zu bedenken, dass es den Betroffenen häufig schwer fällt sich Hilfe
11 zu suchen. Eine geringe Anzahl von Terminen, eine schwierige Suche nach einem
12 längerfristigen Unterstützungsangebot und komplizierte Verfahren um diese
13 wahrzunehmen können entmutigend und abschreckend wirken und diejenigen die
14 Unterstützung suchen davon abhalten diese in Anspruch zu nehmen oder zu erhalten.
15 Besonders in Situationen in denen jeder Monat und jede Woche zählt ist dieser Zustand
16 verheerend.

17 Gerade seit Beginn der Corona-Pandemie, welche mit Social Distancing und anderen
18 Stressfaktoren sowie einem erschwerten Zugang zu Stressventilen einhergeht wird die
19 Infrastruktur im Bereich psychischer Gesundheit verstärkt belastet. Als Folge der
20 Corona- Pandemie stieg 2021 die Nachfrage nach Terminen für Erstgespräche bei
21 Psychotherapeut:innen um durchschnittlich 40% im Vergleich zu 2020. Dies ergab eine
22 Blitzumfrage der Deutschen PsychotherapeutenVereinigung (DPTV). Hiervon erhielt nur
23 jede:r Vierte auch einen Termin.

24 Nicht nur Erwachsene sondern auch Kinder und Jugendliche brauchen oder möchten
25 psychotherapeutische Unterstützung. Unsere Generation hat mit mehreren Krisen
26 gleichzeitig zu kämpfen. Von der Klimakrise, über den Ukrainekrieg, die andauernde
27 Corona-Pandemie, bis hin zu Perspektivlosigkeit durch Wirtschaftskrisen,
28 (Jugend)arbeitslosigkeit oder Wohnungslosigkeit sowie die Auswirkungen von neuen
29 Medien auf die psychische Gesundheit.

30 Nach Zahlen des DAK-Kinder- und Jugendreports stieg im Jahr 2021 die Zahl der an
31 Depressionen erkrankten Jugendlichen im Vergleich zum Vorjahr um 28% an. Bei
32 Essstörungen waren es 17% und bei emotionalen Störungen ganze 42% mehr als noch 2020.
33 Hierbei sind Mädchen deutlich häufiger betroffen als Jungen.

34 **Mehr Kassensitze**

35 Von einem Kassensitz ist die Rede, wenn Ärzt:innen und Therapeut:innen ihre
36 Behandlungen durch die gesetzlichen Krankenkassen bezahlen lassen können. Die Kosten
37 tragen also die gesetzlichen Krankenkassen und nicht die Patient:innen. 1999 trat das
38 Psychotherapeutengesetz (PsychThG) in Kraft, welches neben der Ausübung der
39 Psychotherapien durch ausgebildete Psychotherapeut:innen auch einmalig die Verteilung

40 von kostenfreien Kassensitzen an damals aktive Psychotherapeut:innen regelte sowie
41 die Grenze, wie viele Kassensitze es in einer Region (die meist die Landesgrenzen
42 überlappen) geben darf und ab wann eine „Vollversorgung“ gilt, also alle Kassensitze
43 in einer Region vergeben. Damals wie heute richtet sich diese Grenze nicht an der
44 Zahl der tatsächlich Erkrankten oder Gefährdeten, sondern an der
45 Gesamteinwohner:innenzahl, was dazu führte, dass bundesweit statistisch in fast jeder
46 Region Vollversorgung herrscht. Wollen sich neue und frisch ausgebildete
47 Psychotherapeut:innen ansiedeln, wo bereits alle Kassensitze belegt sind, müssen sie
48 diese meist für Preise von bis zu 80.000 Euro von in Pension gehenden Therapeut:innen
49 abkaufen. Auch wenn diese sie zuvor 1999 umsonst bekommen haben. Das wird damit
50 begründet, dass ein Kassensitz quasi dauerhaft verfügbare Patient:innen garantiert.

51 Zwar hat sich die Bundesregierung in ihrem Koalitionsvertrag das Ziel gesetzt, die
52 Kapazitäten auszubauen und Wartezeiten zu verkürzen, ihre Kompetenzen liegen jedoch
53 vor allem darin, die Rahmenbedingungen des System zu gestalten. Das Gremium, welches
54 die Kompetenz besitzt mehr Kassensitze zu beschaffen ist der Gemeinsame
55 Bundesausschuss (G-BA), welcher aus Vertreter:innen der Krankenkassen, der Ärzte und
56 Therapeut:innen, sowie drei unparteiischen Vertreter:innen besteht, wovon eine:r als
57 Vorsitzende:er fungiert. Vorsitzender ist seit 2012 Josef Hecken, welcher auch der
58 saarländischen CDU angehört. Zwar gehören auch Patient:innenvertreter:innen dem G-BA
59 an, diese haben jedoch kein Stimmrecht sondern lediglich Rederecht. Unserem
60 jungsozialistischen Verständnis von Demokratie und Mitbestimmung in allen Bereichen
61 der Gesellschaft steht dieser Umstand diametral gegenüber.

62 Aufgabe des G-BA ist es, den Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenkassen
63 zusammenzustellen und dabei nicht nur auf die wissenschaftliche Wirksamkeit der
64 Behandlungsmethoden zu achten, sondern auch auf die Wirtschaftlichkeit eben dieser.
65 Er bestimmt also, was von den gesetzlichen Krankenkassen bezahlt wird und was nicht.
66 Die Richtlinien und Erlasse die es verabschiedet sind bindend. Damit verfügt er über
67 die Behandlungsmöglichkeiten von allen gesetzlich versicherten Menschen in
68 Deutschland und bestimmte 2021 über die Verwendung und Verteilung von über 270
69 Milliarden Euro.

70 Laut einer Empfehlung der Bundespsychotherapeutenkammer aus 2018, bräuchte es
71 bundesweit rund 7000 zusätzliche Kassensitze, um den Bedarf in Stadt und Land zu
72 decken und die Kapazitäten auf dem Land denen in der Stadt anzugleichen. In der
73 Realität hat der G-BA das dann durch die Schaffung 776 neuer Kassensitze umgesetzt.
74 Es scheint also so, als ob der G-BA über genug Geld verfügt um mehr Kassensitze zu
75 schaffen, das aber schlichtweg nicht tut.

76 In der Kritik steht der Ausschuss unter anderem auch dafür, dass er in Anbetracht
77 seines Einflusses auf die Gesundheitsversorgung von über 73 Millionen gesetzlich
78 versicherten Menschen in Deutschland nahezu keinerlei Kontrollinstanz untersteht. Das
79 Bundesgesundheitsministerium kontrolliert die Erlasse des G-BA lediglich auf ihre
80 Rechtmäßigkeit. Auf den Inhalt wird dabei nicht geachtet.

81 Auch die Frage nach der demokratischen Legitimation des G-BA steht seit Jahren im
82 Raum. Diese Frage erreichte auch das Bundesverfassungsgericht, beispielsweise
83 November 2015, als es in einem Beschluss gewisse Zweifel an der demokratischen
84 Legitimation des G-BA einräumte.

85 Ein Gremium, welches über solch eine Entscheidungsgewalt verfügt wie der G-BA, muss

86 in einer parlamentarischen Demokratie wie Deutschland auch einer gewissen
87 Verantwortung vor den gewählten Volksvertreter:innen unterliegen. Ebenso müssen die
88 Patient:innen, die von dessen Entscheidungen direkt betroffen sind, mehr
89 Mitbestimmungsmöglichkeiten erhalten. Daher fordern wir:

- 90 • Neue Zusammensetzung des G-BAs, wodurch Patient:innenvertreter:innen mehr sowie
91 feste Plätze samt Stimmrecht erhalten.
- 92 • Neben formaler auch inhaltliche Kontrolle der Richtlinien und Beschlüsse des G-
93 BA durch das Bundesgesundheitsministerium.
- 94 • Neue Berechnung der vorgegebenen Anzahl an Kassensitzen pro Region auf Basis der
95 tatsächlich psychisch Erkrankten sowie mit Hinblick auf wirtschaftliche
96 Situation, gesellschaftliche Zusammensetzung und Lebensqualität der Regionen

97 **Barriereärmere Möglichkeit für Terminbuchungen**

98 Im Falle einer psychischen Erkrankung wie etwa einer Depression sind Erkrankte häufig
99 leichter zu demotivieren und haben Schwierigkeiten sich zu motivieren. Alleine schon
100 die Energie für Anrufe aufzubringen stellt für viele einen Kraftakt dar. Sei es beim
101 ärztlichen Bereitschaftsdienst oder direkt bei Praxen, was eigentlich nur eine Minute
102 dauert, kann einen bereits an seine Grenzen bringen. Außerdem ist es dann alles
103 andere als förderlich wenn man sich in solch einer Situation von Praxis zu Praxis
104 durchtelefonieren muss um dann eine Absage nach der anderen zu erhalten. Gefühle von
105 Hilflosigkeit werden da nur verstärkt und statt Heilung bringt der Versuch, sich
106 Hilfe zu holen, nur noch mehr Probleme und verschlimmern die Symptomatik noch mehr.
107 Man sollte meinen, dass es im Jahr 2022 möglich sein sollte, zumindest für die
108 Erstgespräche, online nach Therapeut:innen in der Nähe und freien Terminen zu suchen.
109 Doch dem ist nicht so. Im Jahr 2022 und nach zwei Jahren Pandemie muss sowas aber
110 möglich sein. Auch, um den Zugang zu Erstgesprächen und Therapien barriereärmer zu
111 gestalten.

112 Es darf nicht sein, dass der Versuch, sich Hilfe zu suchen, welcher bereits Stärke
113 abverlangt und eine große Kraftanstrengung ist, einen nur noch mehr runterzieht.
114 Daher fordern wir, dass es zukünftig auch Möglichkeiten gibt, das Erstgespräch und
115 die probatorischen Sitzungen, die von den Krankenkassen bezahlt werden, online zu
116 vereinbaren.

117 **Zugänglichkeit erhöhen**

118 Die Krankenkassen und privaten Krankenversicherungen kommen in der Regel nur für eine
119 Psychotherapie auf, wenn die betroffene Person die Charakteristiken einer ICD-10
120 Diagnose erfüllt. Für Personen mit den entsprechenden finanziellen Ressourcen stellt
121 dies zwar kein größeres Problem dar, da diese psychotherapeutische Unterstützung als
122 Selbstzahler:innen im Rahmen eines "Lebenscoachings" in Anspruch nehmen können.
123 Personen, die jedoch nicht über die entsprechenden finanziellen Möglichkeiten
124 verfügen können dies jedoch nicht oder nur in einem geringeren Umfang nutzen.

125 Sie können sich demnach nur helfen lassen sobald es ihnen schlecht genug geht um eine
126 ICD-10 Diagnose zu erfüllen.

127 Dies entbehrt jeglicher Logik. Im Bereich der Gesundheit sollte es möglich sein, sich
128 frühzeitig Unterstützung oder Hilfe zu holen um mögliche Folgeschäden zu vermeiden.
129 Dies hilft sowohl jenen Personen, die das Bedürfnis haben, psychotherapeutische

130 Unterstützung in Anspruch zu nehmen als auch der Gesamtgesellschaft, da dadurch die
131 Notwendigkeit einer langfristigen Behandlung angewendet werden könnte.

132 **Stigmatisierungen und gesellschaftliche Benachteiligung**

133 Noch immer leiden Menschen in unserer Gesellschaft unter der Stigmatisierung und der
134 Vorverurteilung von Menschen die psychotherapeutische Hilfe in Anspruch nehmen
135 wollen. Häufig wird eben diesen Menschen nachgesagt schwach zu sein oder sich
136 anzustellen. Noch immer gibt es nicht zu vernachlässigende Nachteile für Menschen die
137 psychotherapeutische Unterstützung nutzen. Vor diesem Hintergrund fürchten sich
138 viele, Hilfsangebote in Anspruch zu nehmen, da sie Angst davor haben, dass sie wegen
139 dieser ausgegrenzt werden könnten oder in ihrer Zukunft wegen der Inanspruchnahme
140 eines Hilfsangebotes negative Konsequenzen zu erwarten hätten. Dies erhöht die Hürde
141 zur Inanspruchnahme eines entsprechenden Hilfsangebots ungemein. Infolgedessen nutzen
142 viele diese Angebote nicht. Dies führt häufig zu stärker werdenden Symptomen und
143 Folgeschäden.

144 Diese Stigmatisierung muss abgebaut werden. Hierfür ist es primär notwendig über
145 psychische Gesundheit und psychische Erkrankungen aufzuklären.

146 Wir fordern daher eine stärkere Aufklärung. Einerseits soll dies im Rahmen der
147 Schulbildung geschehen, andererseits sollen auch Konzepte geschaffen werden, die eine
148 Aufklärung in Betrieben verstärkt und somit auch Arbeitnehmer:innen erreicht.

149 Jene Stigmatisierungen und Vorurteile wirken sich auf sämtliche Lebensbereiche der
150 Gesellschaft aus, so auch auf den deutschen Beamtenapparat. Während in den meisten
151 Berufsfeldern das psychische Krankheitsbild der Arbeitnehmer:innen keine Rolle
152 spielt, sieht es beim Beamtenverhältnis anders aus, da es mit bestimmten Vorgaben und
153 Voraussetzungen an seine Anwärter:innen verbunden ist, welche meist eine stabile
154 Psyche voraussetzen und sowohl auf eine geistige als auch eine körperliche Befähigung
155 Wert legen. So wird es mitunter Erkrankten oder Menschen mit Therapieergangenheit,
156 ob immer noch erkrankt oder nicht, erschwert in ein Beamtenverhältnis zu kommen.

157 Dass dies Menschen davon abhält sich aktiv Hilfe zu suchen und so langfristig zu mehr
158 Burn-outs, Symptomverstärkung bis hin zu schlimmerem führen kann, ergibt weder
159 wirtschaftlich noch moralisch einen Sinn. So leiden laut "mdr Wissen"
160 durchschnittlich ein Viertel aller angehenden Lehrer:innen unter Burn-out-Symptomen.
161 Im Gegenteil sollten sich doch mehr Menschen ermutigt fühlen, Hilfsangebote wahr zu
162 nehmen, sich mit ihrer Psyche auseinanderzusetzen und gegebenenfalls an ihr zu
163 arbeiten. Daher ist es nur zu begrüßen, dass auch die SPD auf Bundesebene bereits den
164 Beschluss gefasst hat, dass die Nicht-Zulassung ins Beamtenverhältnis für jene
165 Personengruppen rechtlich unterbunden gehört.

166 In einer Zeit, in der die SPD die stärkste Regierungspartei ist und sich an der
167 Problematik noch nichts geändert hat, ist es daher klug, diesem Thema mehr
168 Aufmerksamkeit zu geben und es nicht in Vergessenheit geraten zu lassen. Denn es darf
169 nicht sein, dass aus Angst vor der beruflichen Zukunft benötigte Hilfe nicht
170 angenommen wird.

171 **Jugendliche und Psychotherapie**

172 Gesetzlich versicherte Jugendliche dürfen ab 15 Jahren ohne die Zustimmung der Eltern
173 zur Therapie gehen. Wenn die Jugendlichen unter 15 sind, benötigen sie die Zustimmung
174 beider Elternteile, da diese das gemeinsame Sorgerecht haben. In Fällen, in denen die

175 Eltern getrennt sind und sich das Sorgerecht teilen, ist auch die Zustimmung beider
176 Elternteile nötig, um dem Kind die Therapie zu ermöglichen. Sollte ein Elternteil
177 nicht zustimmen, entscheidet das Familiengericht darüber, ob das Kind eine:n
178 Therapeut:in aufsuchen darf.

179 Anders sieht es bei privat versicherten Jugendlichen aus. Diese haben nicht die
180 Möglichkeit sich psychotherapeutische Hilfe zu suchen, ohne, dass die Eltern davon
181 erfahren, da der Antrag auf Übernahme der Therapiekosten über die Hauptversicherten
182 läuft.

183 Es sollte für Jugendliche möglich sein zur Therapie zu gehen und das ohne die
184 Zustimmung der Eltern. Dabei ist vor allem zu bedenken, dass psychische Probleme in
185 der Gesellschaft stigmatisiert sind und daher Eltern eventuell eine Therapie nicht
186 erlauben, obwohl das Kind diese benötigen würde. Daher erachten wir es als wichtig,
187 dass Regelungen gefunden werden, damit die Eltern von privat versicherten über 15-
188 jährigen, nicht über Therapiebesuche informiert werden müssen.

189 **Mehr Psycholog:innen an Schulen**

190 Das auf Leistung ausgelegte Schulsystem erzeugt enormen Druck auf Schüler:innen,
191 welche sowieso oft mit Mobbing, schwierigen Familienverhältnissen und anderen
192 Problemen zu kämpfen haben. Kinder und Jugendliche verschließen sich dabei häufig und
193 finden an den Schulen wenige bis keine Möglichkeiten, über ihre Gefühle zu sprechen.
194 Während der Lehrkräftemangel dazu beiträgt, dass den Lehrer:innen immer mehr die Zeit
195 fehlt sich einzeln mit den Kindern auseinanderzusetzen, gibt es an Schulen auch einen
196 Mangel an psychologischen Anlaufstellen. Im Jahr 2019 kam auf rund 7000 Schüler:innen
197 ein:e Schulpsycholog:in. Diese Zahl ist erschreckend, wenn man bedenkt unter welcher
198 psychischen Belastung Schüler:innen oftmals stehen. Für uns ist klar, dass das
199 Angebot an Schulpsycholog:innen erweitert werden muss. Wir fordern daher, dass auf
200 ein:e Schulpsycholog:in rund 700 Schüler:innen kommen sollten, ähnlich wie zum
201 Beispiel in Dänemark und der Schweiz.

Antrag G2: Für mehr antirassistische Arbeit in der Psychologie und psychotherapeutischen Arbeit

Antragsteller*in:	UB Bonn
Sachgebiet:	G - Gemeinwohl, Sozial- und Gesundheitspolitik

- 1 Wer in Deutschland einen Psychotherapieplatz finden möchte, hat einen langen und
2 beschwerlichen Weg vor sich. Für Betroffene von Diskriminierung und Rassismus ist
3 dieser Weg nur noch härter.¶
- 4 Zum einen, weil nicht garantiert ist, dass die in Frage kommenden
5 Psychotherapeut*innen ausreichend in Awareness und Umgang mit Betroffenen geschult
6 sind. Dies führt oft dazu, dass gewisse Aussagen eine triggernde Wirkung haben können
7 und eine weiterführende Behandlung für den*die Patient*in dadurch unmöglich gemacht
8 wird. Im Zuge dessen spricht Dr. med. Amma Yeboah von einem systemischen Problem
9 innerhalb der Medizin, indem BIPOC nicht ausreichend versorgt werden: “Das liegt
10 einerseits an Forschungs- und Wissenslücken in der Medizin und andererseits daran,
11 dass ihre Perspektiven in der Medizin nicht vorkommen.”¶
- 12 Zum anderen, weil es schwierig ist überhaupt Psychotherapeut*innen zu finden, die
13 sich auf die Thematiken spezialisieren. So fehlt auf den herkömmlichen Seiten und
14 Informationsportalen eine Möglichkeit der einfachen Suche nach Expert*innen die auf
15 die Behandlung von Symptomen, die auf Erfahrung von Rassismus oder Diskriminierung
16 beruhen spezialisiert sind. Ebenso fehlt es an Optionen und Ansprechpartner*innen für
17 Betroffene. Nicht umsonst bezeichnet die Psychotherapeutin Lucia Muriel deshalb
18 Rassismus als einen „blinden Fleck“ in der Psychotherapie. Das wollen wir ändern und
19 den Weg in die Psychotherapie für Betroffene von Rassismus und Diskriminierung
20 erleichtern.
- 21 Dafür fordern wir:
- 22 • Eine flächendeckende Möglichkeit der Fort- und Weiterbildungsangebote zur
23 Spezialisierung auf antirassistische Arbeit in psychotherapeutischen Berufen, in
24 Form von Seminaren, für deren Zeitaufwand der Arbeitgeber aufkommt.
 - 25 • Eine neuartige Ausrichtung der Lehre von Psychologie in Studium und Ausbildung
26 mit Rücksichtnahme auf Rassismus und Diskriminierung, sowie den für die
27 Betroffenen geeigneten Umgang mit solchen Erfahrungen.
 - 28 • Eine Ausweitung und Vereinfachung der Suche nach Psychotherapeut*innen, die sich
29 auf die Thematiken Rassismus und/oder Diskriminierung spezialisieren.

Antrag G3: Selbstbestimmt Leben ohne Gewalt- statt Diskriminierung von Menschen mit Behinderung, die in Wohneinrichtungen leben^[1]

Antragsteller*in:	UB in der Städteregion Aachen, UB Aachen-Stadt, UB Essen, UB Gelsenkirchen, UB Dortmund
Sachgebiet:	G - Gemeinwohl, Sozial- und Gesundheitspolitik

- 1 Am 28. April 2021 ermordete eine Pflegerin in Potsdam vier Menschen mit
2 Behinderungen. Eine weitere Person hat sie schwer verletzt. Die Gewalttat erregte
3 deutschlandweit Aufsehen. Gleichzeitig wurde die Gewalttat als „Einzelfall“
4 bezeichnet. Oder es wurde gesagt, dass die Täterin „psychisch krank“ sei. Diese
5 Aussagen schwächen die Straftat ab.
- 6 Im Juli 2021 war das Hochwasser in Ahrweiler. Es ertranken zwölf Menschen mit
7 Behinderungen in einer Wohneinrichtung. Es gab Vorwarnungen. Trotzdem wurde den
8 Menschen nicht geholfen.
- 9 Grund dafür ist, dass Menschen mit Behinderung in Deutschland diskriminiert werden.
10 Diese Form der Diskriminierung wird Ableismus genannt.
- 11 In der UN- Behindertenrechtskonvention (kurz: UN-BRK) steht auch etwas zu dem Thema
12 Gewalt. Viele Staaten haben die UN-BRK unterschrieben und wollen sich daran halten.
13 Im Artikel 16 Absatz 1 steht, dass niemand Menschen mit Behinderung Gewalt antun, sie
14 missbrauchen oder sie ausnutzen darf. Die Bundesrepublik Deutschland hat die UN-BRK
15 am 24. Februar 2009 unterschrieben. Seitdem müssen sich alle in Deutschland daran
16 halten.
- 17 Forschungsergebnisse zeigen das Gegenteil: Gewalt gegen Menschen mit Behinderung
18 nimmt nicht ab, sondern zu. Eine Kriminalstatistik beweist, dass es immer mehr
19 werden. 2015 waren es 151 Straftaten gegen Menschen mit Behinderung. Im Jahr 2019
20 waren es schon 238 Straftaten.
- 21 Besonders Frauen mit Behinderung und die in vollstationären Wohneinrichtungen leben
22 waren dabei sehr stark von Gewalt betroffen.
- 23 **Das darf so nicht so bleiben deshalb fordern wir langfristig, dass die**
24 **einschränkenden stationären Wohnangebote abgelöst werden.**
- 25 Es muss mehr Angebote zum Wohnen geben, bei denen Menschen mit Behinderung
26 selbstbestimmt leben. In stationäre Wohneinrichtungen für Menschen mit Behinderung
27 geht das nicht. Wir fordern deshalb, dass es in Zukunft andere Angebote geben soll.
28 Die Angebote sollen Menschen mit Behinderung dabei helfen in einer eigenen Wohnung
29 leben zu können. Das geht zum Beispiel mit persönlicher Assistenz oder in kleinen
30 Wohngruppen. Solche Angebote sollen auf lange Sicht, die einschränkenden Wohnangebote
31 ablösen.
- 32 Seit dem Jahr 2020 haben Menschen mit Behinderung einen Rechtsanspruch auf
33 persönliche Assistenz. Dieser Rechtsanspruch ist im Sozialgesetzbuch (9, Absatz 78
34 und 81) festgeschrieben. Allerdings ist die tatsächliche Umsetzung davon durch
35 schwierige und schwammige Bedingungen in der persönlichen Assistenz nicht
36 verwirklicht. Der freie Markt und der Niedriglohnsektor regeln den Bedarf an

37 passender Assistenz für Menschen mit Behinderung scheinbar nicht! Daher braucht es
38 einen Rahmen für die formalen Arbeitsbedingungen für Beschäftigte in der persönlichen
39 Assistenz.

40 Dieser soll Verbesserungen bewirken und von der Gesetzgebung verbindlich gestellt
41 sein.

42 Konkret fordern wir:

43 • Die formale Verankerung des Berufsbildes der „persönlichen Assistenzkraft“ in
44 die Kategorie der „geregelten Berufe“ des Bundesgesundheitsministeriums. Somit
45 soll es Bund und Ländern per Gesetzgebung möglich sein, die Bedingungen in der
46 persönlichen Assistenz zu regeln und zu verbessern.

47 • Den Start einer Arbeitsgruppe mit Mitgliedern aus Politik, Verwaltung,
48 Gewerkschaften, Zivilgesellschaft, Wissenschaft, Praxis und
49 Behindertenvertretungen. Diese sollen fachgerecht der Frage nachgehen, welche
50 Rahmenbedingungen, Arbeitsmodelle, Vertragsformen und Qualifikationen für die
51 Verbesserung der persönlichen Assistenz insgesamt sinnvoll sind.

52 Wir sind davon überzeugt, dass durch die oben aufgeführten Forderungen die Lage aller
53 Akteur*innen der persönlichen Assistenz verbessert werden kann. So wird die Qualität
54 des Assistenzangebots für Menschen mit Behinderung gesetzlich gesichert und der
55 Rechtsanspruch auf persönliche Assistenz verwirklicht. Zudem wird die Position der
56 Arbeitnehmenden im Bereich der persönlichen Assistenz sehr gestärkt.

57 Dass die stationären Wohnangebote zum jetzigen Zeitpunkt, aber für viele Menschen
58 sehr wichtig sind, wissen wir auch.

59 **Deshalb fordern wir kurz- und mittelfristig, dass die aktuelle Situation in den
60 stationären Wohneinrichtungen verbessert werden muss. Dazu fordern wir:**

61 Menschen, die in Wohneinrichtungen leben, müssen frei leben. So wie sie es möchten.

62 Um dieses Ziel zu erreichen, muss anerkannt werden, dass Menschen mit Behinderung ein
63 Recht auf ein freies und unabhängiges Leben haben. Der Ort, wo sie leben, darf das
64 nicht beeinflussen. Dazu gehört die Freiheit sich zu bewegen und den Alltag nach
65 eigenem Wünschen zu gestalten. Es umfasst auch die sexuelle Selbstbestimmung.

66 Das Verhältnis von Mitarbeitenden zu den Bewohnenden muss verbessert werden. Und
67 Kommunikation muss immer auf Augenhöhe stattfinden. Die Menschen mit Behinderungen
68 sollen bestärkt werden, zu sagen was sie wollen.

69 Auch die ambulante Unterstützung ist wichtig. Dadurch können Aktivitäten auch
70 außerhalb ihres Zuhauses gemacht werden.

71 Menschen in Wohneinrichtungen sollen ihren Alltag selber bestimmen. Und sie brauchen
72 eine persönliche Person, die sie unterstützt. Diese Person muss von der Person mit
73 der Behinderung frei wählbar sein. So fordern wir:

74 • Menschen in Wohneinrichtungen benötigen ein Mitbestimmungsrecht bei der
75 Gestaltung ihres Alltages.

76 • Menschen in Wohneinrichtungen benötigen eine persönliche Person, die sie
77 unterstützt. Diese Person muss von der Person mit der Behinderung frei wählbar
78 sein.

79 Die Arbeits- und Lebensbedingungen in Wohneinrichtungen müssen sich verbessern.

80 Das Leben für Menschen in Wohneinrichtungen soll lebenswert sein. Es geht um die
81 Verbesserungen von Arbeitsbedingungen, um Formen der Gewalt vorzubeugen. Stress auf
82 der Personalseite aufgrund von Erschöpfung und Zeitmangel können zu Gewalt führen.
83 Dadurch können die Wünsche der Menschen weniger oder gar nicht berücksichtigt werden.
84 Dies soll nicht das Ausüben von Gewalt gegenüber schwächeren Personen erklären.
85 Jedoch fördern diese Punkte Gewalt. Das heißt, mehr Zeit, weniger Stress und mehr
86 Erholung zwischen den Diensten verringert die Gefahr für Gewalt.

87 Denn dadurch wird die Belastung des Personals weniger. Durch weniger Stress und mehr
88 Zeit können Bedürfnisse von Bewohnenden besser berücksichtigt werden.

89 Zur Entlastung der Mitarbeitenden wird mehr Personal gebraucht und geringere
90 Arbeitszeiten bei gleichem Lohn. Des Weiteren muss es umfangreiche Möglichkeiten zur
91 Fortbildung für Mitarbeitende geben.

92 Die Fortbildungen sollen die zentralen Themen behandeln: Diskriminierung gegenüber
93 Menschen mit einer Behinderung/ chronischen Erkrankung; Gewalt; Förderung für ein
94 freies, unabhängiges Leben So fordern wir:

95 • In Wohneinrichtung muss mehr Personal eingesetzt werden
96 • Es müssen die Arbeitszeiten verringert werden
97 • Jede:r Arbeitnehmer:In muss an den Fortbildungen (Gewalt, Diskriminierung,
98 Förderung unabhängiges Leben) teilnehmen.

99 Die Wohnkonzepte und Maßnahmen zur Vorbeugung vor Gewalt müssen gesetzlich verankert
100 und gemeinschaftlich entwickelt werden

101 Die UN-Behindertenkonvention setzt rechtliche Standards. Bei uns in Deutschland sind
102 diese nicht ausreichend im Sozialgesetzbuch verankert. Wir möchten das ändern. Unser
103 Ziel ist: Menschen mit Behinderungen zu schützen. Also auch vor Gewalt. Derzeit gibt
104 es keine klaren Folgen für Täter:innen.

105 So fordern wir:

106 • stationäre Einrichtungen für Menschen mit Behinderung müssen vor Gewalt
107 schützen. Der Gewaltschutz in den Gesetzen muss ausgebaut werden. Es sollen
108 Mindeststandards für Pläne zum Gewaltschutz festgeschrieben werden. Diese Pläne
109 sollen von unabhängigen Expert:innen überprüft werden.

110 • Menschen mit Behinderungen sollen mehr mitsprechen können. Wohnkonzepte müssen
111 von Beginn an gemeinsam entwickelt werden. Die Entwicklung soll auf Augenhöhe
112 zwischen den

113 Expert:innen, Mitarbeitenden und Menschen mit Behinderung geschehen

114 Gewaltfälle müssen dokumentiert werden

115 Gewalt in Wohneinrichtungen darf nicht verschwiegen werden. Offenheit muss bestehen.
116 Nur durch Offenheit lässt sich Gewalt in Wohneinrichtungen reduzieren.

117 So fordern wir:

118 • Gewaltfälle müssen aufgeschrieben werden. Die aufgeschriebenen Gewaltfälle
119 müssen für jede:n einfach nachzulesen sein.

120 • Pläne gegen Gewalt müssen leicht nachlesbar sein. Zu diesem Plan gehört der
121 Umgang mit Gewalttäter:innen.

122 • Gewalttäter:innen müssen deutlich Strafen drohen. Strafen müssen von der
123 Leitungsebene in Plänen und Regeln festgeschrieben werden.

124 Beschwerdestellen müssen eingerichtet werden

125 Unabhängige Beschwerdestellen müssen eingerichtet werden. Die Beschwerdestellen
126 sollen leicht zugänglich und barrierefrei sein. Das Team der Beschwerdestelle soll
127 inklusiv und möglichst sensibel für verschiedene Diskriminierungsformen sein. Die
128 Einrichtungen müssen sicherstellen, dass die Bewohnenden von der Beschwerdestelle
129 wissen. Die Beschwerdestellen müssen immer erreichbar sein. Barrierearme
130 Kommunikation muss ermöglicht werden.

131 So fordern wir:

132 • Einführen von unabhängigen Beschwerdestellen, die leicht zugänglich und
133 barrierefrei für Menschen mit Behinderungen erreichbar sind.

134 Mehrfachdiskriminierungen müssen stärker berücksichtigt und beobachtet werden

135 Manche Menschen werden mehrfach diskriminiert. Das heißt, dass sie wegen zwei oder
136 mehr Sachen gleichzeitig benachteiligt werden. Das ist zum Beispiel bei Frauen mit
137 einer Behinderung so. Sie werden benachteiligt, weil sie Frauen sind. UND sie werden
138 benachteiligt, weil sie eine Behinderung haben. Das ist aber auch zum Beispiel bei
139 Menschen so, die queer sind oder eine

140 Migrationsgeschichte haben und eine Behinderung haben. Die mehrfach diskriminierten
141 Menschen haben andere Benachteiligungen als die Menschen, die nur eine
142 Benachteiligung erfahren. Das nennt man: Intersektionale Diskriminierung.

143 Intersektionale Diskriminierung muss in Gewaltschutz-Programmen für Wohneinrichtungen
144 für behinderte Menschen stärker berücksichtigt werden!

145 An der Entwicklung der Programme zum Gewaltschutz sollen Menschen mit Behinderung
146 mitarbeiten.

147 In den Programmen sollen verschiedene Themen stehen wie zum Beispiel: Rassismus in
148 der Pflege, behutsam sein mit verschiedenen Kulturen wie Religionen (beim Waschen,
149 Sprechen und Ritualen), keine Menschen benachteiligen wegen ihrer Sexualität und
150 Vorbeugen von psychischer Gewalt.

151 So fordern wir:

152 • Intersektionale Diskriminierungen müssen bei der Erarbeitung von Gewaltschutz-
153 Programmen in den Wohneinrichtungen berücksichtigt werden

154 [1] Dieser Antrag ist in einfacher Sprache geschrieben, um möglichst barrierearm zu
155 sein. Deswegen haben wir in diesem Antrag auch nicht das Gender-Sternchen benutzt,
156 sondern den Doppelpunkt. Dieser kann von der Voice-Over-Funktion vorgelesen werden.

Antrag G4: Politischer Handlungsbedarf bei der Erkrankung Endometriose

Antragsteller*in:	Region Ostwestfalen-Lippe
Sachgebiet:	G - Gemeinwohl, Sozial- und Gesundheitspolitik

1 Endometriose ist die zweithäufigste gynäkologische Erkrankung in Deutschland[1]. Eine
2 von zehn FINTA-Personen leidet an Endometriose. Mit bundesweit zwei Millionen
3 Erkrankten und jährlich etwa 40.000 Neudiagnosen ist Endometriose damit in der
4 Gruppe der Betroffenen doppelt so häufig vertreten wie Typ-II Diabetes[2].

5 Bei Endometriose wächst gebärmutterschleimhautähnliches Gewebe außerhalb der
6 Gebärmutter, beispielsweise an Eierstöcken, im Beckenraum, an Darm oder Bauchfell.
7 In manchen Fällen treten Wucherungen auch außerhalb des Bauchraums auf. Zu den
8 Symptomen der Erkrankung zählen extrem starke zyklusabhängige Unterleibschmerzen,
9 starke zyklusabhängige & zyklusunabhängige Schmerzen, Schmerzen beim
10 Geschlechtsverkehr oder Blutungen aus Blase und Darm. Ein Großteil der Betroffenen
11 leidet auch unter ungewollter Kinderlosigkeit.

12 Zum aktuellen Zeitpunkt ist die Ursache dieser Erkrankung noch ungeklärt und
13 Betroffene warten im Schnitt 7,5 Jahre auf eine Diagnose. Trotz dieser desaströsen
14 Versorgungslage wurden nach Aussagen des Bundesministeriums für Bildung und
15 Forschung[3] in den letzten 20 Jahren insgesamt nur 500.000 Euro an Forschungsgeldern
16 vom Bund in Endometriose- Forschung investiert.

17 Deshalb fordern wir:

- 18 • Aufklärung: Für die Allgemeinheit, Versorgungsämter und Mediziner*innen!
- 19 • Die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung muss eine flächendeckende
20 Aufklärungskampagne organisieren.
- 21 • Fachärzt*innen müssen durch die Landesärztekammern fortgebildet und aufgeklärt
22 werden.
- 23 • Endometriose muss in die Sexualkundelehrpläne aufgenommen werden
- 24 • Die Gesundheitspolitik soll Endometriose als Volkskrankheit wahrnehmen!
- 25 • Endometriose muss vom GBA als chronische Erkrankung eingestuft werden.
- 26 • Zuzahlungen zu gestagenfreien Pillen durch Patient*innen müssen wegfallen
- 27 • Es muss ein Disease Management Programm für Endometriose aufgesetzt werden
- 28 • Forschung fördern!
- 29 • Der Bund und die Länder müssen Forschungsprogramme zu neuen Therapie- und
30 Diagnoseoptionen für Endometriose aufsetzen.

31 [1] Diedrich, K.; Holzgreve, W.; Jonat, W.; Schultze-Mosgau, A.; Schneider, K.-T. M.;
32 Weiss, J. M. (Hg.) (2007): Gynäkologie und Geburtshilfe, 2.Auflage, Springer Verlag,
33 Heidelberg.

34 [2] Robert Koch-Institut (Hg.) (2020): Gesundheitliche Lage der Frauen in
35 Deutschland. Berlin (Gesundheitsberichterstattung des Bundes gemeinsam getragen von
36 RKI und DESTATIS).

37 [3] FragDenStaat (2021): Aufstellung der Fördergelder für die Erforschung der
38 Endometriose, Anfrage #214552 vom 8.März 2021, Online unter
39 [https://fragdenstaat.de/anfrage/aufstellung-der-forderung-gelder-fur-erforschung-der-](https://fragdenstaat.de/anfrage/aufstellung-der-forderung-gelder-fur-erforschung-der-endometriose/)
40 [endometriose/](https://fragdenstaat.de/anfrage/aufstellung-der-forderung-gelder-fur-erforschung-der-endometriose/)

Antrag G5: Armut und Gesundheit: Weil du arm bist, wirst du früher sterben

Antragsteller*in:	UB Dortmund, UB Oberhausen, UB Essen, KV Recklinghausen
Sachgebiet:	G - Gemeinwohl, Sozial- und Gesundheitspolitik

- 1 Der Satz „Weil du arm bist, wirst du früher sterben“ ist wissenschaftlich
2 mittlerweile belegt.
- 3 Laut RKI haben Menschen, deren Einkommen unterhalb der Armutsrisikogrenze liegt, ein
4 im Verhältnis zur hohen Einkommensgruppe erhöhtes Sterberisiko. Für die Altersspanne
5 ab 45 Jahre zeigen außerdem die GEDA (Gesundheit in Deutschland aktuell)-Daten des
6 RKIs, dass viele der betrachteten Erkrankungen, insbes. Stresserkrankungen, in der
7 Armutsrisikogruppe vermehrt auftreten, z. B. Herzinfarkt, Schlaganfall,
8 Bluthochdruck, Diabetes Mellitus, Suchterkrankungen, chronische Bronchitis,
9 Osteoporose, Arthrose und Depressionen.
- 10 Für die Erklärung des Zusammenhangs zwischen Armut und Gesundheit ist darüber hinaus
11 von Bedeutung, dass in Armut lebende Personen häufiger psychosozialen Belastungen
12 ausgesetzt sind. Vor dem Hintergrund einer prekären Einkommenssituation sind es
13 insbesondere Ausgrenzungserfahrungen und Zukunftssorgen, die als belastend erlebt
14 werden.
- 15 **Aufgrund dessen, dass das Themengebiet Armut und Gesundheit viele verschiedene Ebenen**
16 **berührt, werden wir uns als NRW Jusos mit diesem in naher Zukunft beschäftigen!**
- 17 Gleichzeitig sind armutsbetroffene Menschen häufig nicht privat krankenversichert und
18 erleben durch schlechtere Zugänge und lange Wartezeiten auf für sie notwendige
19 Therapien die Schattenseiten der Zwei-Klassen-Medizin in Deutschland.
- 20 Der Mediziner Bernd Kalvelage beschreibt, dass der Medizinbetrieb sozial selektiv
21 gestaltet ist. In der Praxis sei dieser auf Patienten der Mittel- und Oberschicht
22 ausgerichtet und ärmere Bevölkerungsanteile würden von den Angeboten häufig nicht
23 erreicht. Dies kann sich u. a. darin äußern, dass komplexe medizinische Sachverhalte
24 für die Patienten unverständlich vermittelt, Leistungen zu bestimmten
25 Gesundheitsversorgungen nicht in Anspruch genommen werden können, nicht
26 adressatengerecht auf die Patienten eingegangen wird oder z. B. im Fall von
27 psychotherapeutischer Behandlung eine lange Suche und endlose Telefonanrufe benötigt
28 werden, um überhaupt ein Erstgespräch zu erhalten.
- 29 **Wir fordern die Abschaffung der Zwei-Klassen-Medizin und die Reformierung des**
30 **Gesundheitssystems hin zu einer Bürger:innenversicherung, welche eine leicht**
31 **zugängliche, gerechte und Adressaten angepasste Versorgung für alle Menschen in**
32 **diesem Land bietet!**
- 33 Haben sich Krankheiten durch schlechte Gesundheitsversorgung und widere Arbeits- und
34 Lebensbedingungen dann chronifiziert, folgt für viele Menschen die verfrühte
35 Krankenrente. Aufgrund dessen, dass einige dieser Menschen in einkommenschwächeren
36 Berufen tätig waren, sind sie dann aufgrund von fehlenden sozialen Absicherungen im
37 Vorfeld meist finanziell noch schlechter gestellt und müssen häufig auch ihre Rente
38 aufstocken.

39 Der Zusammenhang zwischen Armut und Gesundheit hat sich in den letzten Jahrzehnten
40 nicht verringert. Des Weiteren sind von Armut betroffene Personen häufiger aufgrund
41 von Gesundheitsproblemen in der Alltagsbewältigung eingeschränkt. Eine schnelle,
42 leicht zugängliche und Adressaten gerichtete medizinische Versorgung ist also vor
43 allem für klassismusbetroffene Menschen dringend von Nöten.

44 Armut macht krank und Krankheit macht arm!

45 **Wir fordern insbes. im Bereich der psychotherapeutischen Versorgung einen massiven**
46 **Ausbau von psychotherapeutischen, niederschweligen Angeboten, welche insbes. an**
47 **Orten, in denen viele einkommensschwächere Haushalte leben, einen leichten Zugang**
48 **eröffnen!**

Antrag G6: Ok, Boomer – Gegen eine Dienstpflicht, für einen selbstbestimmten Start ins Leben

Antragsteller*in:	KV Olpe, UB Siegen-Wittgenstein, UB Märkischer Kreis
Sachgebiet:	G - Gemeinwohl, Sozial- und Gesundheitspolitik

- 1 Die NRW Jusos lehnen eine Dienstpflicht für junge Menschen ab und setzen sich auf den
- 2 übergeordneten Ebenen gegen ihre Einführung ein.
- 3 Stattdessen müssen jungen Menschen bessere Bedingungen für einen selbstbestimmten
- 4 Start nach ihrer Schulzeit geschaffen werden. Bausteine hierfür sind ein Chancenkonto
- 5 und eine Ausbildungsplatzgarantie. Junge Menschen sollen auf ihrem Weg ins
- 6 Berufsleben die bestmögliche Unterstützung bei ihrer Berufsorientierung erhalten.

Begründung

In mehr als zwei Jahren Pandemie haben wir immer wieder erlebt, wie wenig die Meinungen und Befindlichkeiten von jungen Menschen zählen. Zu selten sind sie zu Wort gekommen, zu schlecht wurde mit ihnen umgegangen. Ein Beispiel dafür ist die missratene Schulpolitik der NRW-Landesregierung. Die Einführung einer Dienstpflicht für junge Menschen ist eine Idee, die einem Gesellschaftsbild des letzten Jahrhunderts entspringt. Sie legt zugrunde, junge Menschen wären auch mit ihrer Volljährigkeit noch nicht ausreichend entwickelt um sinnvoll am gesellschaftlichen Leben, ob in Erwerbstätigkeit oder Bildungssystem, teilnehmen zu können. Die Realität sieht selbstverständlich völlig anders aus – viele junge Menschen sind schon als Minderjährige ehrenamtlich aktiv und setzen sich in Schüler*innenvertretungen, Sportvereinen und Jugendfeuerwehren für ihr Zuhause ein.

Wer nicht aktiv ist, stellt gleichzeitig kein Problem für die Gesellschaft dar. Nach zwölf Jahren schnell zum Abitur, dann in drei Jahren den Bachelor und in zwei Jahren den Master machen. In dieser schnelllebigen, durchgetakteten Jugend ergibt sich für viele gar nicht die Zeit für Dienst an der Gesellschaft. Wir müssen andere Debatten führen – die Debatte, ob das dreigliedrige Schulsystem eine Zukunft hat und natürlich die Debatte, ob es wirklich das wichtigste in unserer Gesellschaft ist, dass junge Menschen so früh wie möglich dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen.

Viele Debatten zur Dienstpflicht scheinen weniger auf der wirklichen Notwendigkeit einer Dienstpflicht zu basieren, sondern mehr auf dem Denken: „Wir mussten das damals auch machen, jetzt sollen diese jungen Leute auch mal“. Fakt ist: Weniger als die Hälfte der Menschen eines Jahrgangs musste seinerzeit einen Wehr- / oder Ersatzdienst leisten. Auf diese Argumente gibt es nur eine Antwort: „Ok, Boomer.“ Gleichzeitig ist es keine Lösung, junge Leute durch eine Dienstpflicht zur Entlastung in Pflegeberufen einzusetzen. Im Pflegesektor helfen nur gute Löhne und attraktive Arbeitsmodelle.

Die Dienstpflicht ist also keine tragende Lösung für die Zukunft. In sozialen Berufen brauchen wir bessere Wertschätzung durch gute Löhne und Ausbildungsbedingungen. Auch das Argument, man müsse den Dienst an der Gesellschaft lehren, zieht nicht. Die junge Generation leistet mit ihren Protesten beispielsweise bereits jetzt einen großen gesellschaftlichen Beitrag zur Klimapolitik. Insgesamt kann man sagen: Die Dienstpflicht ist reine Nostalgie. Sie muss zurück in die Mottenkiste des 20. Jahrhunderts – denn da gehört sie hin.

Antrag G7: Einschränkung von Werbung für alkoholhaltige Getränke

Antragsteller*in:	UB Dortmund, KV Recklinghausen
Sachgebiet:	G - Gemeinwohl, Sozial- und Gesundheitspolitik

1 Alkohol ist ein Nervengift und Suchtmittel, wessen Konsum in unserer Gesellschaft
2 eine breite Zustimmung hervorruft, im Kontrast zu anderen natürlich vorkommenden
3 Drogen.
4 Alkoholkonsum ist in Deutschland leicht zurückgegangen, so hat 2016 jede:r Deutsche
5 13,4l reinen Alkohol konsumiert (5. Platz Weltweit) und 2019 12,8l (4. Platz
6 Weltweit). In die Statistik fließen Daten von Personen ab 15 Jahren. Dieser Wert ist
7 immer noch viel zu hoch, denn mit den Werten von 2019 bedeutet dies einen Konsum von
8 ca. 28g reinem Alkohol pro Tag. Dies liegt über den empfohlenen maximalen Dosen von
9 10-12g/d für Frauen oder 20-24g/d für Männer. Hier muss auch aus Gründen des
10 Gesundheitsschutzes und Jugendschutzes gegengesteuert werden. Alkohol kann eine
11 Vielzahl von Krankheiten auslösen und daher sollte auch unter Gesichtspunkten des
12 Gesundheitsschutzes eine Reduktion des Alkoholkonsums Staatsziel sein.
13 Ein Schritt zum Ziel stellt die Einschränkung von Außenwerbung, TV und Digitalwerbung
14 dar. Seit einigen Jahren existieren bereits Einschränkungen zur Außenwerbung von
15 Tabakprodukten. Wir fordern die Einführung eines allg. Werbeverbots für
16 alkoholhaltige Getränke, analog zum Werbeverbot für Tabakprodukte. Jedoch soll für
17 die Schnäpchenjäger:innen die neutrale Bewerbung von Angeboten in Printmedien, sowie
18 in Flugblattwerbung und der digitalen Präsenz der Handelsunternehmen erhalten bleiben
19 dürfen.

Antrag G8: Beer with plastic - not fantastic!

Antragsteller*in:	UB Mülheim Ruhr, UB Kreis Mettmann, UB Oberhausen, UB Dortmund, KV Recklinghausen
Sachgebiet:	G - Gemeinwohl, Sozial- und Gesundheitspolitik

1 **Brauen nach dem Reinheitsgebot: Was ist wirklich drin?**

2 Wir Jusos schätzen den verantwortungsbewussten Konsum von Bier, das i. d. R. nach dem
3 Reinheitsgebot produziert wird: Gerstenmalz, Hopfen, Hefe und Wasser; mehr sollte
4 nicht drin sein.

5 Allerdings wurde 1993 das "Vorläufige Biergesetz" verabschiedet, wodurch der Einsatz
6 von technischen Zusatzstoffe, Farbstoffen und Filterhilfsmitteln erlaubt wurde. Eines
7 dieser Filterhilfsmittel, das von vielen großen Brauereien eingesetzt wird, ist
8 Polyvinylpyrrolidon (kurz: PVPP), ein Plastikgranulat. Zusammen mit dem Endprodukt
9 konsumieren wir Mikroplastik, das nicht zu 100% extrahiert werden kann. Durch den
10 Einsatz von PVPP gelangt Plastik in unseren Körper und in die Umwelt.

11 Dabei gibt es Alternativen:

12 Gerade kleine Brauereien wenden zumeist andere, dem eigentlichen Reinheitsgebot
13 entsprechende Methoden zur Filterung ihrer Biere an. Eine Kennzeichnungspflicht würde
14 natürliche Filtermethoden fördern.

15 **Transparent anstoßen**

16 Wir fordern eine Pflicht zur Kennzeichnung von technischen Zusatzstoffen, Farbstoffen
17 und Filterhilfsmitteln auf dem Produkt, damit der transparente Konsum möglich wird.

Antrag G9: Überziehungsgebühren für Büchereien abschaffen!

Antragsteller*in:	UB Herne
Sachgebiet:	G - Gemeinwohl, Sozial- und Gesundheitspolitik

- 1 Nachdem die New York Public Library im Oktober 2021 die Überziehungsgebühren für
2 Bücher und Medien nach über 100 Jahren abschaffte, erhielt sie nicht nur große Mengen
3 an lange vermissten Büchern zurück, sondern auch die Zahl der Nutzer*innen stieg in
4 den verschiedenen Stadtbezirken zwischen neun und 15 %.
- 5 Wird ein Medium nun nicht zum festgelegten Datum zurückgegeben, so erhält die
6 betroffene Person noch einen Bescheid, muss aber keine Überziehungsgebühren fürchten.
7 Lediglich nach einer weiteren verstrichenen Periode von 30 Tagen wird eine Gebühr zur
8 Ersetzung des Mediums gefordert, welche sich nach dem aktuellen Preis richtet und
9 auch dann ist es noch jederzeit möglich das Medium zurückzubringen, so dass der Preis
10 nicht gezahlt werden muss. Eine Nutzung der Bücherei ist weiterhin möglich und es
11 wird niemandem das Ausleihen verwehrt.
- 12 Büchereien sind ein öffentlicher Ort, der weit mehr bietet als nur die Möglichkeit,
13 Bücher auszuleihen. Sie bieten Lehr- und Spielräume, Internetnutzung und
14 Weiterbildungsmöglichkeiten. Dies sollte niemandem verwehrt werden, nur, weil die
15 Person sich die Überziehungsgebühren nicht leisten kann.
- 16 Gerade in vielen ärmeren Städten können sich die Städte die Aufhebung der
17 Überziehungsgebühren jedoch nicht leisten. Doch die Finanzierung von Büchereien darf
18 nicht von der Finanzlage der Städte abhängen und generell dürfen sie nicht
19 gewinnorientiert betrieben werden.
- 20 Daher fordern wir eine landesweite Regelung zur Abschaffung der Überziehungsgebühren
21 in Büchereien nach New Yorker Vorbild und einen finanziellen Ausgleich durch das Land
22 für die Städte.

Antrag I1: Decolonize NRW

Antragsteller*in:	UB Kreis Wesel
Sachgebiet:	I - Innenpolitik und Justiz

1 Die deutsche Kolonialgeschichte ist weder aufgearbeitet, noch befasst man sich mit
2 existierenden Kolonialitäten, die rassistische und neokoloniale Verhältnisse
3 weiterhin zementieren. Zu einem antirassistischen Grundverständnis gehört ebenfalls
4 die historische Auseinandersetzung mit der deutschen Kolonialgeschichte und die
5 daraus resultierende Ableitung politischer Forderungen, die
6 Dekolonialisierungsaspekte in den Blick nimmt. Es sind vor allem Betroffene, wie
7 beispielsweise Nachfahren der ermordeten Herero und Nama, die für eine konsequente
8 Aufarbeitung und Entschädigung deutscher Kolonialverbrechen kämpfen. Diese Kämpfe
9 müssen auch wir als Jungsozialist*innen sehen und in unseren antirassistischen Kampf
10 einbetten. Auch in NRW gibt es zahlreiche „Decolonize-Initiativen“ - wie zum Beispiel
11 „Decolonize-Cologne“ -, die auf die städtische Kolonialvergangenheit und fortführende
12 Kolonialitäten aufmerksam machen. Dabei nehmen die Organisationen vor allem
13 strukturelle und institutionelle Aspekte unter die Lupe, die auch wir – zum Beispiel
14 im Kontext der Bildungsinstitutionen – für uns definiert haben.

15 Wir NRW Jusos müssen uns als Verbündete der verschiedenen „Decolonize-Initiativen“
16 verstehen. Denn Kolonialitäten sind in Deutschland und insbesondere in Nordrhein-
17 Westfalen allgegenwärtig.

18 Es kann nicht sein, dass dieses Land sich weltweit für seine erinnerungspolitischen
19 Errungenschaften beklatschen lässt und dabei einen großen erinnerungspolitischen
20 Aspekt bisher völlig außen vorlässt. Eine kritische Untersuchung des Ausmaßes der
21 Gewaltmethoden in den kolonialisierten Gebieten Afrikas und Asiens sowie eine
22 wissenschaftliche Auseinandersetzung blieben bis heute fast vollständig aus. Der
23 erste Genozid des 20. Jahrhunderts mit schätzungsweise 100.000 Opfern wurde überhaupt
24 erst 2015 von der BRD als Völkermord anerkannt. Reparationszahlungen hat es bis heute
25 nicht gegeben.

26 Als Verbündete - und um unserer Verantwortung gerecht zu werden -, sollten wir uns
27 verpflichten jegliche Kolonialitäten zu durchbrechen. Deshalb schließen und den
28 Forderungen der wichtigen Initiativen an und fordern wir: in NRW die Rückgabe der
29 gestohlenen Kunstwerke, Kulturgüter und insbesondere die Rückgabe der entwendeten
30 Gebeine. Des Weiteren verlangen wir eine intensive Aufarbeitung der deutschen
31 Kolonialgeschichte sowie die finanzielle und ideelle Förderung von Initiativen,
32 Bildungsinstitutionen und Projekten, die sich dafür einsetzen. Zusätzlich
33 unterstützen wir die Forderung von „Decolonize-Initiativen“ in diesem Kontext
34 problematische Straßennamen Und Institutionen zu überprüfen und umzubenennen. Die
35 deutsche Kolonialgeschichte soll einen größeren Stellenwert in der schulischen und
36 akademischen Ausbildung erhalten, dazu schlagen wir Bildungsfahrten, Workshops und
37 die Zusammenarbeit mit genannten Organisationen vor. Wir fordern außerdem, dass
38 Sprache aus der Kolonialzeit geächtet wird und unterstützen ausdrücklich die
39 Forderungen der Initiative N-Wort stoppen und werden uns für die NRW weite Ächtung
40 des N-Worts einsetzen!

41 **Forderungen**

42 Zur Realisierung einer neuen – antirassistischen - Erinnerungspolitik, bedarf es
43 einigen konkreten Maßnahmen zur Förderung der wissenschaftlichen Aufarbeitung der
44 deutschen kolonialen Vergangenheit. Deshalb fordern wir als NRW Jusos:

- 45 • Finanzielle Unterstützung für bestehende Initiativen zur Aufarbeitung der
- 46 kolonialen Vergangenheit.
- 47 • Rückgabe aller gestohlenen Kunstwerke, Kulturgüter und Gebeine.
- 48 • Reparationszahlungen durch den Bund an die Herero und Nama.
- 49 • Umbenennung aller problematischen Straßennamen und Institutionen
- 50 • NRW weite Ächtung des N-Worts

Antrag I2: Qedexeya li ser PKKê rakin! - Aufhebung des PKK-Verbot.

Antragsteller*in:	UB in der Städteregion Aachen, UB Aachen-Stadt, KV Düren/ Jülich, UB Heinsberg, KV Euskirchen
Sachgebiet:	I - Innenpolitik und Justiz

- 1 Durch faschistischen Terror, Gewalt und Genozid ausgeübt vom Türkischen Staat gegen
- 2 Kurd*innen entstand vor 44 Jahren die kurdische Arbeiterpartei PKK „Partiya Karkerên
- 3 Kurdistanê“.
- 4 Seit 1993 wird die PKK in Deutschland als terroristische Vereinigung im Ausland
- 5 eingestuft. Jedoch ist die PKK keine Terrororganisation, sondern die PKK vertritt die
- 6 Kurd*innen in Bakur (Bakur liegt in Nordkurdistan, der kurdische Teil der sich in der
- 7 Türkei befindet). Durch die kurdische Arbeiterpartei wurde die Auslöschung der
- 8 kurdischen Sprache sowie der kurdischen Kultur in der Türkei verhindert.
- 9 Die PKK war schon immer eine Organisation mit feministischen und
- 10 internationalistischen Werten. Von Beginn an kämpften Frauen und Männer
- 11 gleichgestellt Seite an Seite. Frauen haben innerhalb der PKK die gleichen Rechte,
- 12 Pflichten und Aufgaben wie ihre männlichen Genossen. Seit Jahren kämpft die PKK gegen
- 13 die Terrorgruppe IS(Islamischen Staat). Eben so, kümmert sich die PKK um
- 14 Unterdrückte, Verletzte und befreit besetzte Regionen, dabei interessiert es sie
- 15 nicht welche Ethnische, religiöse oder sprachliche Zugehörigkeit diese Menschen
- 16 haben. Die PKK setzt sich somit nicht nur für Kurd*innen ein sondern vertritt die
- 17 Ansicht, dass jeder Mensch gleich ist und somit auch das Recht hat gleich behandelt
- 18 zu werden.
- 19 Durch die Einführung des PKK-Verbots entstand eine intensive ökonomische Beziehung
- 20 zwischen der Türkischen Regierung und der Deutschen Regierung. Aufgrund des PKK-
- 21 Verbots werden Menschen in unserer Bundesrepublik zu unrecht verurteilt. Sie werden
- 22 durch sämtliche Maßnahmen wie z.B Gerichtsverfahren, Razzien und Festnahmen
- 23 eingeschüchtert. Die Unterdrückung der kurdischen Community wird in Deutschland
- 24 weiter ausgeführt und mit dem PKK-Verbot wird eine wichtige demokratische Stimme für
- 25 Kurd*innen stumm geschaltet. Die Auflösung des PKK-Verbots würde die Beziehung zur
- 26 Türkei definitiv schwächen und mit der Aufhebung des Verbots würde die Bundesrepublik
- 27 Deutschland ökonomische Schäden erleiden.
- 28 Somit stellt die Deutsche Regierung Profit über Menschenrechte.
- 29 Solidarisch mit der PKK, aber auch kritisch!
- 30 Viele Zivilist*innen sterben aufgrund von Anschlägen der PKK, obwohl sie nie das Ziel
- 31 der PKK sind. Diese Zivilist*innen sterben oft bei militärischen, polizeilichen und
- 32 bei infrastrukturellen Anschlagzielen. Dies muss kritisch beäugt werden.
- 33 Denn durch die zivilen Opfer hat die türkische Regierung einen „berechtigten“
- 34 Grund, den Hass auf Kurd*innen und andere Minderheiten auszuführen und innerhalb der
- 35 türkischen Gesellschaft faschistischen, wie auch rassistischen Gedankengut zu
- 36 verbreiten. Die Arbeiter*innenklasse wird in verschiedenen Meinungsgruppen gespalten,
- 37 vor allem der türkische Teil der Arbeiter*innenklasse fühlt sich weniger mit der PKK

- 38 verbunden und organisiert sich somit geringer Wahrscheinlichkeit in der Partei und
39 die PKK spielt der türkischen Regierung damit in die Karten.
- 40 Jedoch muss man bedenken diese Anschläge werden nie ohne Grund getätigt, sondern das
41 sind Resultate der Jahrhundert langen systematischen, sprachlichen, regionale und
42 kulturelle Unterdrückung von Kurd*innen. Gewalt wird als letzten Ausweg gesehen, dies
43 ist ein Fehlweg, jedoch wird die PKK dazu gedrängt.
- 44 **Wir fordern:**
- 45 PKK-Verbot aufheben! Demokratie schützen. Her bijî!

Antrag I3: Ein Asylrecht das krank macht – Wege zur einer jungsozialistischen Asyl- und Migrationspolitik

Antragsteller*in:	UB Ennepe-Ruhr, UB Kreis Wesel, UB Bonn
Sachgebiet:	I - Innenpolitik und Justiz

1 Die Asyl- und Migrationspolitik der letzten Jahre ist geprägt von Asylverschärfungen
2 und daraus resultierenden inhumanen Asylrechtsgrundlagen, die vor allem für
3 Schutzsuchende ein Leben in Qual und Elend bedeuten. Ein bedeutsames Momentum in der
4 Chronologie inhumaner Asylverschärfungen, war der Asylkompromiss im Jahr 1992. Mit
5 ihm kam die sogenannte Drittstaatenregelung und das innergesellschaftliche Erstarken
6 rechter Kräfte. Auch wenn wir nun eine neue politische Akzentsetzung auffinden, die
7 beispielsweise mit dem neu beschlossenen Chancen-Aufenthaltsrecht unterstrichen wird,
8 müssen wir Jungsozialist*innen kritischer auf die weiter bestehenden und
9 menschenverachtenden Implikationen des deutschen Asylrechts schauen. Auch in NRW
10 müssen wir einen gerichteten Blick auf nicht vorhandene Schutzaspekte für
11 Schutzsuchende werfen. Diese fallen vor allem in die Bereiche: Asylverfahren,
12 Unterbringungspraktiken, medizinische und soziale Versorgung, Zugänge zu
13 Bildungsinstitutionen und Arbeitsmarkt und die Verhängung und Durchführungen von
14 Abschiebungen. Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine und die daraus ergebene
15 Hierarchisierung und Rassifizierung von Schutzsuchenden hat in aller Deutlichkeit
16 gezeigt, dass wir weit von einer progressiven Asyl- und Migrationspolitik entfernt
17 sind und der Schutz auf ein Leben in Sicherheit und Freiheit nicht allen gleich
18 gewährt wird. Gleichzeitig konnten wir auch beobachten, dass beispielsweise mit der
19 Öffnung des „regulären“ Sozialsystems für ukrainische Schutzsuchende, eine
20 Verbesserung für Schutzsuchende forciert werden konnte. Der Schutz für einige – aber
21 nicht alle – kollidiert allerdings mit unseren jungsozialistischen Vorstellungen und
22 muss aus diesem Grund weiterhin kritisch betrachtet werden. Unser Ziel muss es sein,
23 eine strukturelle und institutionelle Verbesserung der Lebenssituationen aller
24 Schutzsuchenden zu erreichen. Aus dieser Anspruchshaltung ergeben sich deshalb
25 folgende Grundsatzhaltungen und Forderungen.

26 **Wir fordern die Abschaffung des Asylbewerber*innenleistungsgesetzes und eine** 27 **kritische Auseinandersetzung mit der derzeitigen Landesunterbringung von** 28 **Schutzsuchenden**

29 Für eine progressive und humane Asylpolitik müssen wir – auch auf Landesebene – den
30 Druck auf die Bundesebene verstärken, damit das sogenannte
31 Asylbewerber*innenleistungsgesetz (AsylbLG) abgeschafft wird. Das AsylbLG steht
32 nicht grundlos in Kritik – die gesetzliche Auslegung ist eine Grundlage dafür, dass
33 Schutzsuchende in unfassbarer Prekarität leben und ihnen beispielsweise systematisch
34 ein hürdenloser Zugang zur Gesundheitsversorgung verwehrt wird. Das AsylbLG soll –
35 nach Kategorisierung – den Anspruch auf Sozialleistungen für Asylsuchende, Geduldete
36 und Ausreisepflichtige regeln. In der Praxis bedeutet dies: Leben am Existenzminimum,
37 willkürliche Leistungskürzungen, diskriminierende „Sonderbehandlungen“ und eine
38 menschenverachtende Gesundheitsversorgung. Vor allem der Aspekt der

39 Gesundheitsversorgung ist allen Anwendungsbereichen deutlich zu kritisieren.
40 Schutzsuchenden wird demnach nur eine medizinische Notversorgung gewährleistet – zu
41 der sie nur über den Erhalt eines behördlichen Krankenscheins gelangen.
42 In unserer Kritik und in den Überlegungen, wie progressive Schritte in Richtung
43 Neuausrichtung der Asyl- und Migrationspolitik aussehen könnten, müssen wir auch die
44 prekären Lebensbedingungen in den Landesunterkünften in den Blick nehmen und uns der
45 Frage stellen, wie Landesaufnahmesysteme in NRW so ausgelegt werden können, dass
46 Schutzsuchende nicht in langer Isolation zur Außenwelt leben. Das Leben in den
47 Landesunterkünften bedeutet für Schutzsuchende: Isolation und daraus resultierender
48 mangelnder Zugang zu gesellschaftlicher und institutioneller Teilhabe. Zudem kommt
49 noch, dass das Leben in Unsicherheit – aufgrund laufender Asylverfahren – zu
50 emotionalen Belastungen führt – diese jedoch aufgrund zumeist fehlender
51 psychosozialer Beratung vor Ort und nicht vorhandener Rückzugsorte, nicht aufgefangen
52 werden können. Eine sofortige dezentrale Unterbringung von Schutzsuchenden in den
53 Kommunen wäre dabei ein richtiger Weg, um Schutzsuchende in den Kern der Gesellschaft
54 zu integrieren und ihnen Zugänge der Teilhabe zu gewährleisten. Zu einer dezentralen
55 Unterbringung gehört unserer Meinung nach ebenfalls die Abschaffung zentraler
56 Unterbringungseinrichtungen in den Kommunen und die Schaffung neuer Wohnräume für
57 Schutzsuchende in den Kommunen.

58 **Wir fordern - Visa für alle**

59 Gerade bei dieser Neuausrichtung der bestehenden Visa-Praxis muss bedacht werden,
60 dass Schengen-Visum und die folgende Reisefreiheit innerhalb des Schengenraums zur
61 Konsequenz dass die Vergabe von nationalen Visen besser innerhalb der EU koordiniert
62 und langfristige gesamteuropäische Richtlinien für die Vergabe gefunden werden
63 sollte.n

64 Als notwendig erscheint das in Anbetracht der Praxis goldener Visa und goldener
65 Pässe. Dabei vergeben Nationalstaaten Visa an Bürger*innen von Drittstaaten wenn sie
66 bedeutende Investitionen in deren Ökonomie tätigen. Das tritt insbesondere im Kontext
67 von Steuervermeidung von reichen Oligarch*innen, oder Personen gegen die
68 Justizverfahren laufen und sich denen dadurch entziehen wollen auf. Die
69 Vergabeverfahren weisen hohe Genehmigungsraten insbesondere im Vergleich zu sonstigen
70 Aufenthaltserlaubnissen auf. Ein derartiges Visum ermöglicht unkomplizierten
71 Familiennachzug, einen vereinfachten Zugang zur Staatsbürger*innenschaft, während
72 mitunter Inhaber*innen nicht der Steuerpflicht unterfallen. Es zeigt sich eine
73 massive Ungleichbehandlung und Bevorzugung gegenüber regulären Migrant*innen und
74 Asylbewerber*innen explizite staatliche goldene Visa-Programme noch in Malta, Zypern
75 und Bulgarien

76 in anderen Staaten keine Programme, aber faktische Bevorzugung von vermögenden
77 Personen Vergabe an Russ*innen und Belarus*innen zuletzt ausgesetzt

78 Annulierung kaum möglich

79 **Forderungen:**

- 80 • **Land und Bund Druck ausüben um Verbot goldener Visa zu erwirken**
- 81 • **Ausfindigmachen der Pässe Kennzeichnung der Pässe um Identitätsverschleierung**
82 **entgegen zu wirken**

83 • **Entzug goldener Visa bei Steuervermeider*innen, Unterstützung Kriegsverbrechen,**
84 **regimetreue Investor*innen aus Kriegstreibenden Ländern**

85 • **Langfristiger Stopp von Vergabe an regimetreue Oligarch*innen aus**
86 **Kriegstreibenden Staaten**

87 • **Informationsaustauschabkommen mit Drittstaaten**

88 **Wir fordern, dass allen Geflüchteten Menschen der Zugang zu Bildungseinrichtungen**
89 **ermöglicht wird**

90 Das Bildungsangebot für Geflüchtete aller Altersklassen in NRW ist unzureichend.
91 Besonders deutlich wird dies bei Kindern und Jugendlichen, da dort die Defizite
92 besonders groß sind. Teilweise wird schulbedürftigen Kindern und Jugendlichen über
93 Monate oder Jahre hinweg der Zugang zu Bildung verwehrt. Damit wird ihnen nicht nur
94 ihr Recht auf Bildung genommen, sondern ebenfalls gegen die UN Kinderrechtskonvention
95 verstoßen. Das Land NRW darf geflüchteten Kindern und Jugendliche nicht zu
96 Schüler*innen zweiter Klasse machen und muss endlich dafür sorgen, dass
97 Bildungsangebote für geflüchtete Kinder und Jugendlichen ausgebaut werden.

98 Allerdings wäre es unzureichend bei Bildung lediglich die schulische Bildung zu
99 beachten, denn auch bei den Bildungsangeboten für Erwachsene besteht Nachholbedarf.
100 Diese müssen ebenfalls massiv ausgebaut und verbessert werden, denn insbesondere die
101 sprachliche Fort- und Weiterbildung von Geflüchteten hat seit Beginn der Pandemie
102 besonders gelitten, da sie häufig aus dem Blick verloren wurden.

103 Ein wichtiger Faktor bei Weiterbildung und Integration spielt die Anerkennung von
104 Bildungsabschlüssen. Daher verurteilen wir es scharf, dass zwischen Geflüchteten
105 unterschiedlicher Gruppen, Differenzierungen bei der Anerkennung von
106 Bildungsabschlüssen gemacht werden. Diese Differenzierungen zwischen Geflüchteten
107 muss auch im Bildungsbereich sofort beendet werden. Daher fordern wir, dass die
108 Bildungsabschlüsse von allen Geflüchteten anerkannt werden.

109 Das Bildungsministerium hat sich selbst das Ziel gesetzt, Bildung für alle,
110 unabhängig von Herkunft zu ermöglichen und für Chancengerechtigkeit zu sorgen. An
111 dieses Ziel sollte es sich selbst endlich halten und aktiv daran arbeiten. Denn durch
112 fehlenden Zugang zu Bildungsmöglichkeiten wird Geflüchteten bewusst die Möglichkeit
113 von Integration genommen und ihnen ihr Menschenrecht auf Bildung verwehrt.

114 **Wir fordern, dass allen Geflüchteten Menschen der Zugang zu psychischer Beratung und**
115 **Betreuung ermöglicht wird**

116 Geflüchtete Menschen, die in NRW ankommen, haben auf dem Weg und in ihrem Heimatland
117 viel erlebt und sind daher besonders häufig mit psychischen Erkrankungen belastet.
118 Schätzungen zu Folge leiden ca. die Hälfte der Geflüchteten in Deutschland an
119 psychischen Erkrankungen. Die typischen psychischen Erkrankungen bei Geflüchteten
120 sind posttraumatischen Belastungsstörungen (PTBS), Depressionen, Albträume, Schlaf-
121 und Konzentrationsstörungen und vieles mehr. Daher sind sie besonders schutzbedürftig
122 und benötigen Zugang zu psychologischer Beratung und meistens einer Psychotherapie.
123 Wird beispielsweise eine PTBS nicht behandelt, wird diese häufig chronisch und führt
124 zu weitergehenden, stärkeren Belastungen der Gesundheit.

125 Aktuell erhalten allerdings viel zu wenige Geflüchtete psychische Behandlung und
126 ihnen bleibt der Zugang zu psychologischer Beratung häufig verwehrt. Während der

127 ersten 15 Monate des Aufenthalts regelt das Asylbewerber*innenleistungsgesetz den
128 Zugang zu medizinischer Versorgung. Während dieser Zeit werden nur in Ausnahmefällen
129 Psychotherapien genehmigt und diese Genehmigungen dauern meist mehrere Monate. Im
130 Regelfall umfasst das Asylbewerber*innenleistungsgesetz in den ersten 15 Monaten
131 allerdings keine Psychotherapie. Ab dem 16. Monats des Aufenthalts haben anerkannte
132 Asylbewerber*innen den Anspruch auf Kassenleistungen und damit theoretisch auch auf
133 eine Therapie, allerdings ist die Verfügbarkeit von Therapeut*innen in Deutschland
134 grundsätzlich schlecht.

135 Daher ist es essenziell, dass Therapien für alle Geflüchteten unabhängig von ihrer
136 Aufenthaltsdauer ermöglicht werden und der Zugang grundsätzlich vereinfacht wird.
137 Jeder Mensch mit einer psychischen Störung muss Zugang zu psychologischer Betreuung
138 haben.

139 **Wir fordern ein gesetzliches Verbot für Abschiebungen aus Bildungs- und**
140 **Betreuungseinrichtungen sowie Krankenhäusern und psychiatrischen Einrichtungen.**

141 Menschen, die sich in gefestigten sozialen Netzen oder in akuter Gefährdungslage
142 ihrer psychischen oder physischen Gesundheit befinden, dürfen weder abgeschoben, noch
143 in Abschiebehaf genommen werden.

144 In der Vergangenheit kam es immer wieder vor, dass Schüler*innen einen Tag vor ihrem
145 ersten Schultag, während des Unterrichts oder in den Ferien abgeschoben wurden. Dies
146 reißt Kinder aus intakten sozialen Netzen und ist für alle Beteiligten traumatisch.

147 Bundesweit wird zudem regelmäßig aus Psychiatrien oder Krankenhäusern abgeschoben.
148 Der psychische Stress, aber auch die körperlichen Folgen einer Inhaftierung und
149 Abschiebung wird exponentiell dramatischer, wenn bereits Erkrankungen vorliegen.
150 Hinzu kommt, dass die Patient*innen in ihrem Herkunftsland die notwendige Medikation
151 oder Therapie entweder gar nicht, oder nur bei unverhältnismäßig hohen Kosten
152 bekommen. Mittelbar werden diese Menschen also in Schmerzen und Tod abgeschoben.
153 Diese Fälle ließen sich zwar unter Umständen unter die in § 60 AufenthG normierten
154 Abschiebungsverbote subsumieren, jedoch findet dies selten Anwendung.

155 Die schwarz-grüne Landesregierung hat in ihrem Koalitionsvertrag festgehalten, man
156 werde "alles unternehmen, um Abschiebungen aus Bildungs- und Betreuungseinrichtungen
157 sowie Krankenhäusern und psychiatrischen Einrichtungen heraus zu vermeiden". Ein
158 Vermeiden solcher dramatischen Fälle ist jedoch nicht ausreichend. Der Bundes- oder
159 Landesgesetzgeber muss im Rahmen der konkurrierenden Gesetzgebung dafür sorgen, dass
160 solche Abschiebungen gar nicht erst möglich sind.

161 **Wir fordern die Abschaffung von Abschiebehafteinrichtungen. Besonders hervorzuheben**
162 **ist hier die von der schwarz-gelben Landesregierung geplante Einrichtung in der Nähe**
163 **des Flughafens Düsseldorf.**

164 Das neu geplante Abschiebegefängnis dient der Inhaftierung von ausreisepflichtigen
165 Personen nach dem in § 62b normierten Ausreisegewahrsam. Demnach kann ein Mensch auf
166 richterliche Anordnung für bis zu 10 Tage inhaftiert werden, sofern seine
167 Ausreisefrist selbstverschuldet abgelaufen ist, eine gesicherte Abschiebung innerhalb
168 dieser 10 Tage gewährleistet werden kann und die Person ein Verhalten gezeigt hat,
169 dass die Annahme nahelegt, dass er die Durchführung der Abschiebung vereiteln oder
170 erschweren wird.

171 Hinter dem letztgenannten Tatbestandsmerkmal steckt eine für den ausreisepflichtigen

172 Menschen erschwerende Beweislastumkehr, da eine Bedrohung des effektiven
173 Abschiebevollzugs unter vier Umständen vermutet wird: bei einer Verletzung der
174 eigenen Mitwirkungspflichten, bei einer Täuschung über die Identität oder
175 Staatsangehörigkeit, bei einer in Deutschland begangenen vorsätzlichen Straftat, und
176 bei einer Überschreitung der Ausreisefrist um 30 Tage.

177 Eine Verletzung der Mitwirkungspflichten kann schnell passieren, indem eine Person
178 beispielsweise keinen Pass aus seinem Herkunftsland hat, diesen aber auch nicht
179 besorgen kann, da er dafür in das jeweilige Land zurückkehren müsste. Dies ist oft
180 schwierig, da die Person aus verschiedenen Gründen aus eben diesem Land geflohen ist.

181 Auch eine Täuschung über Identität und Staatsangehörigkeit ist nichts ungewöhnliches,
182 da Urkunden oft fehlen und durch sprachliche Differenzen nicht korrekt wiedergegeben
183 werden können. Zu Guter Letzt ist auch eine Überschreitung der Ausreisefrist sehr
184 gewöhnlich, da Menschen alles tun, um eben nicht in ein Land zurückkehren zu müssen,
185 in dem ihnen Verfolgung, Folter und Tod drohen. Nicht umsonst kommt es immer wieder
186 vor, dass abgelehnte Asylbewerber:innen lieber selbstschädigende, lebensbedrohliche
187 Handlungen vornehmen, als in ihr Herkunfts- oder ggf. ein anderes Dublin-Land
188 abgeschoben werden.

189 Unter diesen Voraussetzungen kann nahezu jede ausreisepflichtige Person, die ihrer
190 grundsätzlich gesetzlichen Pflicht nicht freiwillig nachkommt, inhaftiert werden.
191 Dies bestätigen auch die Ausländerbehörden selbst.

192 Eine solche Inhaftierung geschieht in der Regel plötzlich, da die zuständigen
193 Vollzugsbeamten ungerne zu den Betroffenen selbst gehen, sondern sie lieber unter
194 Vorwand in die Behörden laden und dort in Gewahrsam nehmen. Damit wurden in der
195 Vergangenheit des Öfteren Familien abrupt getrennt. Dies hat erhebliche Konsequenzen:
196 die betroffenen Menschen erleiden Traumata, Angehörige, vor allem Kinder, erleiden
197 psychische Angstzustände und müssen nicht selten in psychotherapeutische Behandlung,
198 Betreuer:innen verlieren Vertrauen in den deutschen Rechtsstaat. Bei allem
199 Verständnis für die Notwendigkeit der Rechtsdurchsetzung kann dies nicht der Weg
200 sein, wie die Bundesrepublik Menschen behandelt. Der Europäische Gerichtshof hat
201 Anfang des Jahres unmissverständlich geurteilt, dass ausreisepflichtige Menschen
202 nicht wie Strafgefangene inhaftiert werden dürfen. Wenngleich sich dies zunächst
203 maßgeblich auf die Form der Unterbringung bezieht, lässt sich daraus ein Tenor
204 ableiten: Ausreisepflichtige Menschen sind keine Strafgefangenen und dürfen
205 dementsprechend auch nicht gleich behandelt werden.

206 Das geplante Abschiebegefängnis würde diese Behandlung verstärkt ermöglichen und
207 fördern. Eine sozialistische Migrationspolitik muss Menschenrechte achten und
208 Betroffene möglichst effektiv schützen - ein Abschiebegefängnis würde diesem Zweck
209 zuwiderlaufen.

210 [\[1\]](https://www.cdu-nrw.de/sites/www.neu.cdu-nrw.de/files/zukunftsvertrag_cdu-grune.pdf) [https://www.cdu-nrw.de/sites/www.neu.cdu-nrw.de/files/zukunftsvertrag_cdu-](https://www.cdu-nrw.de/sites/www.neu.cdu-nrw.de/files/zukunftsvertrag_cdu-grune.pdf)
211 [grune.pdf](https://www.cdu-nrw.de/sites/www.neu.cdu-nrw.de/files/zukunftsvertrag_cdu-grune.pdf)

212 [\[2\]](https://www.innenministerkonferenz.de/IMK/DE/termine/to-beschluesse/20211201-03/anlage-zu-top-57.pdf?__blob=publicationFile&v=2) [https://www.innenministerkonferenz.de/IMK/DE/termine/to-beschluesse/20211201-](https://www.innenministerkonferenz.de/IMK/DE/termine/to-beschluesse/20211201-03/anlage-zu-top-57.pdf?__blob=publicationFile&v=2)
213 [03/anlage-zu-top-57.pdf?__blob=publicationFile&v=2](https://www.innenministerkonferenz.de/IMK/DE/termine/to-beschluesse/20211201-03/anlage-zu-top-57.pdf?__blob=publicationFile&v=2)

214 [\[3\]](https://www.proasyl.de/news/abschiebehaft-der-eugh-schiebt-deutschland-einen-riegel-vor/) [https://www.proasyl.de/news/abschiebehaft-der-eugh-schiebt-deutschland-einen-](https://www.proasyl.de/news/abschiebehaft-der-eugh-schiebt-deutschland-einen-riegel-vor/)
215 [riegel-vor/](https://www.proasyl.de/news/abschiebehaft-der-eugh-schiebt-deutschland-einen-riegel-vor/)

Antrag 14: Armut darf nicht bestraft werden

Antragsteller*in:	UB Münster
Sachgebiet:	I - Innenpolitik und Justiz

1 Wer in Deutschland eine Geldstrafe nicht zahlen kann oder nicht zahlen möchte, muss
2 ins Gefängnis. § 43 StGB normiert, dass an die Stelle einer uneinbringlichen
3 Geldstrafe eine sogenannte Ersatzfreiheitsstrafe tritt, wobei ein Tagessatz der
4 Geldstrafe einem Tag Freiheitsstrafe entspricht.

5 Wer ist vornehmlich von der Ersatzfreiheitsstrafe betroffen?

6 Zumeist trifft die Ersatzfreiheitsstrafe Menschen, die nicht in der Lage sind, die
7 Geldstrafe zu bezahlen. Dies sind vor allem Menschen, die wohnungs- oder obdachlos
8 und oftmals psychisch krank sind. Viele haben eine Migrationsgeschichte, viele sind
9 gar nicht mehr arbeitsfähig. Es sind Menschen, die am Rande der Gesellschaft stehen.
10 Die begangenen Delikte, aufgrund derer die Geldstrafe verhängt wurde, sind oftmals
11 „Armutsdelikte“, wie der Ladendiebstahl einer Flasche Vodka aufgrund einer
12 Suchtkrankheit oder das sogenannte Erschleichen von Leistungen, indem man den
13 öffentlichen Nahverkehr ohne gültigen Fahrausweis nutzt. Diese Delikte werden dann
14 häufig mit Geldstrafen geahndet, da das Gericht der Meinung ist, dass die Schwere des
15 Deliktes nicht ausreicht, um eine Freiheitsstrafe zu verhängen. Kann man die
16 Geldstrafe nicht bezahlen, landet man gem. §43 StGB doch im Gefängnis. Obwohl es dazu
17 ja gerade nicht kommen sollte. Dies geschieht durch einen Strafbefehl, ein
18 schriftliches Urteil in Abwesenheit, der von einem*r Richter*in abgenickt wird.
19 Dieser wird an die letzte bekannte Adresse der beschuldigten Person geschickt. Nach 2
20 Wochen wird dieser Strafbefehl rechtskräftig, die beschuldigte Person ist nun ohne
21 möglichen Rechtsbehelf verurteilt. Ohne jemals vor einem*r Richter*in gestanden haben
22 zu haben, ohne jemals die Möglichkeit gehabt zu haben, dass das Gericht sich die
23 Person und ihre individuelle Lebensgeschichte anschaut, möglicherweise eine
24 verminderte Schuldfähigkeit oder sogar die Schuldunfähigkeit feststellt. So landen
25 regelmäßig psychisch kranke, stark demente, stark desorientierte oder auch
26 drogenabhängige Menschen in Gefängnissen. Menschen, die den Brief womöglich gar nicht
27 gelesen haben. Viele hat dieser Brief aufgrund einer alten Adresse niemals erreicht,
28 viele sind durch starke psychische Belastung nicht in der Lage sich damit
29 auseinanderzusetzen. Diese Menschen brauchen Unterstützung durch das Sozialsystem.
30 Und vor allem keine Freiheitsstrafe.

31 Zahlen und Fakten zur Ersatzfreiheitsstrafe

32 Die Zahl normaler Freiheitsstrafen ist rückläufig, doch die Zahl der
33 Ersatzfreiheitsstrafen steigt. Und das enorm. Seit 2003 stieg die Zahl an Menschen,
34 die eine Ersatzfreiheitsstrafe absitzen, um 25% – Es sind so viele wie noch nie.
35 Jedes Jahr müssen etwa 100.000 Menschen eine Ersatzfreiheitsstrafe antreten, das sind
36 mehr als die Hälfte (!) aller jährlichen Haftantritte. Es kann somit festgehalten
37 werden, dass jedes Jahr die Bevölkerung einer kleinen Großstadt inhaftiert wird, um
38 Schulden abzusetzen. Da die Ersatzfreiheitsstrafen meist nur kurz sind, oftmals
39 wenige Wochen, herrscht ein reger Wechsel in den Gefängnissen. So machen Menschen,
40 die eine Ersatzfreiheitsstrafe absitzen etwa 10% aller Gefängnisinsassen aus. Dass

41 kurze Freiheitsstrafen der Resozialisierung enorm entgegenlaufen und häufig Menschen
42 noch mehr in die Kriminalität treiben, ist so- gar dem Gesetzgeber aufgefallen. So
43 normiert § 47 StGB, dass kurze Freiheits- strafen, also Freiheitsstrafen unter 6
44 Monaten, nur in Ausnahmefällen verhängt werden sollen. Ersatzfreiheitsstrafen liegen
45 oft unter 6 Monaten und sind dabei meist so kurz, dass erst gar keine
46 Resozialisierungsmaßnahmen vorgenommen werden.

47 Ein Hafttag kostet den Staat und die Länder dabei etwa 150€, in manchen Bun-
48 desländern 170€. Dazu ein Beispiel: Erhält ein Mensch für das Fahren ohne Fahrschein
49 (§ 256a StGB) 30 Tagessätze Geldstrafe und kann dann diese Geldstrafe nicht zahlen,
50 geht er gem. § 43 StGB für 30 Tage ins Gefängnis. Das kostet den Staat bei 150€ pro
51 Hafttag dann 4.500€. Für ein nicht gekauftes Ticket, das vielleicht 3€ gekostet
52 hätte. Problematisch ist dabei zusätzlich, dass der Großteil dieses Geldes nicht in
53 Sozialmaßnahmen, wie die Einstellung von mehr Krankenpfleger*innen oder So-
54 zialarbeiter*innen fließt, sondern in die teuren Sicherheitsvorkehrungen der
55 Gefängnisse. Dieses Geld könnte an anderen Orten, wie dem Sozialsektor, deutlich
56 besser investiert werden. Zum Beispiel in die Verbesserung der Unterstützung für
57 Arbeits-, Wohnungs- oder Obdachlose. In einen Ausbau sozialer Anlaufstellen.

58 Schwitzen statt Sitzen

59 Es gibt zwar die Möglichkeit, statt des Antretens der Ersatzfreiheitsstrafe
60 gemeinnützige Arbeit abzuleisten. Dies kommt allerdings für viele Betroffene gar
61 nicht in Betracht. Viele der Beschuldigten sind aufgrund körperlicher oder
62 psychischer Krankheiten gar nicht in der Lage, gemeinnützige Arbeit zu leisten. Viele
63 sind schon lange arbeitsunfähig. Außerdem scheitert es häufig bereits an der
64 Bürokratie. „Schwitzen statt Sitzen“ kann man nur auf Antrag. Der muss zunächst
65 einmal gestellt werden, was eine große Hürde darstellt.

66 Es geht auch ohne Ersatzfreiheitsstrafe

67 Viele andere Länder kommen ohne das Instrument der Ersatzfreiheitsstrafe aus, wie zum
68 Beispiel Italien. Italien ist hierbei interessant, da das Verfassungsgericht Italiens
69 die Ersatzfreiheitsstrafe bereits in den 1970er Jahren als verfassungswidrig
70 einstuft.

71 Oftmals wird von Befürwortern der Ersatzfreiheitsstrafe vorgebracht, dass ohne diese
72 die Zahlungsunwilligen, also die, die die Geldstrafen bezahlen können, aber nicht
73 wollen, ohne die Ersatzfreiheitsstrafe ihre Geldstrafen nicht mehr bezahlen würden.
74 Dies ist jedoch aus der Luft gegriffen, da es hierfür keine Evidenz gibt. Zudem
75 könnte man dieser Sorge mit einer konsequenteren Vollstreckung effektiv
76 entgegenwirken, beispielsweise über die Vollstreckungsmöglichkeiten der
77 Steuerverwaltung. Die „Abschreckungswirkung“ der Ersatzfreiheitsstrafe kann dann
78 dahinstehen.

79 Fazit

80 Die Ersatzfreiheitsstrafe bestraft Menschen dafür, dass sie arm sind. Menschen
81 begehen Armutsdelikte, um ihren Hunger, Durst oder ihre Sucht zu befriedigen. Sie
82 fahren ohne Fahrschein, weil sie sich diesen nicht leisten können. Und wenn sie sich
83 dann die Geldstrafe nicht leisten können, müssen sie ins Gefängnis. Ohne jemals
84 eine*n Richter*in gesehen zu haben. Das ist absurd.

85 Wir begrüßen den Ansatz der Ampel-Regierung, das Verhältnis von Tagessätzen zu
86 Ersatzfreiheitsstrafe zu halbieren, dass also ein Tag Ersatzfreiheitsstrafe zwei
87 Tagessätze tilgt. Damit ist es jedoch noch lange nicht getan.

88 Deswegen fordern wir:

89 **-Kurzfristig:**

- 90 • eine Umrechnung von drei Tagessätzen zu einem Tag Ersatzfreiheitsstrafe.
- 91 • eine Anhörung vor einem*r Richter*in, die die Ersatzfreiheitsstrafe anordnen
92 müssen.
- 93 • die Entkriminalisierung von Bagatelldelikten, wie dem Erschleichen von
94 Beförderungsleistungen gem. § 256a StGB, mit weiteren Maßnahmen zur Verhinderung
95 von Erziehungshaft.
- 96 • stärkerer Ausbau gemeinnütziger Arbeitsstellen, in welchen die Geldstrafe
97 abgearbeitet werden kann. Insbesondere für Arbeitsstellen, die eine besondere
98 Betreuung gewährleisten, um die Zugänglichkeit und den Kreis der angesprochenen
99 Personen zu erweitern
- 100 • verstärkte Ausgabe von Sozialtickets für den ÖPNV mit der langfristigen
101 Perspektive eines kostenlosen ÖPNVs und Regionalverkehr
- 102 • Resozialisierungsmaßnahmen wie psychosoziale Unterstützung, auch bei kurzen
103 Haftstrafen

104 - **Langfristig** die Abschaffung der Ersatzfreiheitsstrafe und die Ersetzung durch ein
105 System, das auf Reintegration in die Gesellschaft zielt.

106 - **Begleitend** fordern wir mehr Investitionen in den sozialen Sektor, damit Menschen
107 gar nicht erst zu einer Ersatzfreiheitsstrafe getrieben werden, insbesondere

- 108 • ein breiteres Angebot für psychisch kranke Menschen, das kostenlos und
109 barrierefrei zugänglich sein muss.
- 110 • eine stärkere Unterstützung für wohnungs- und obdachlose Menschen, durch
111 Finanzierung von (Not-) Unterkünften (Housing-First- Ansatz)
- 112 • einen gesicherten Zugang zu Essen und Trinken durch staatliche Maßnahmen
- 113 • Keine Vertreibung von obdach- und wohnungslosen Menschen von öffentlichen
114 Plätzen

115 **Quellen**

116 *Ronen Steinke*: Vor dem Gesetz sind nicht alle gleich: Die neue deutsche Klassen-
117 justiz, 2022

118 *Bögelein / Ernst / Neubacher*: Vermeidung von Ersatzfreiheitsstrafen. Evaluie- rung
119 justizieller Haftvermeidungsprojekte in Nordrhein-Westfalen, 2014

120 <https://library.fes.de/pdf-files/a-p-b/19368.pdf>

121 [https://www.sueddeutsche.de/projekte/artikel/gesellschaft/justiz-wer-nicht-zahlt-
122 muss-in-haft-e330313/](https://www.sueddeutsche.de/projekte/artikel/gesellschaft/justiz-wer-nicht-zahlt-muss-in-haft-e330313/)

123 [https://fragdenstaat.de/dokumente/142049-jumiko-blag-
124 ersatzfreiheitsstrafen/](https://fragdenstaat.de/dokumente/142049-jumiko-blag-ersatzfreiheitsstrafen/)

125 [https://www.fragdenstaat.de/dokumente/142049-jumiko-blag-ersatzfreiheitsstrafen/
#%5B%7B%22num%22%3A417%2C%22gen%22%3A0%7D%2C%7B%22name%22%3A%22XYZ%22%7D%2C68%2C373%2C0%5D](https://www.fragdenstaat.de/dokumente/142049-jumiko-blag-ersatzfreiheitsstrafen/#%5B%7B%22num%22%3A417%2C%22gen%22%3A0%7D%2C%7B%22name%22%3A%22XYZ%22%7D%2C68%2C373%2C0%5D)

- 126 [https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2018/kw26-de-ersatzfreiheitsstrafe-](https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2018/kw26-de-ersatzfreiheitsstrafe-561866)
127 [561866](https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2018/kw26-de-ersatzfreiheitsstrafe-561866)
- 128 [https://www.rbb24.de/panorama/beitrag/2022/06/interview-ersatzfreiheits-straften-](https://www.rbb24.de/panorama/beitrag/2022/06/interview-ersatzfreiheits-straften-berlin-justizminister-konferenz-hilfe.html)
129 [berlin-justizminister-konferenz-hilfe.html](https://www.rbb24.de/panorama/beitrag/2022/06/interview-ersatzfreiheits-straften-berlin-justizminister-konferenz-hilfe.html)
- 130 <https://www.tagesschau.de/inland/buschmann-ersatzfreiheitsstrafe-101.html>
- 131 [https://www.zeit.de/mobilitaet/2022-01/ersatzfreiheitsstrafen-geldstrafe-ge-faengnis-](https://www.zeit.de/mobilitaet/2022-01/ersatzfreiheitsstrafen-geldstrafe-ge-faengnis-haft/seite-2)
132 [haft/seite-2](https://www.zeit.de/mobilitaet/2022-01/ersatzfreiheitsstrafen-geldstrafe-ge-faengnis-haft/seite-2)
- 133 [https://www.lto.de/recht/hintergruende/h/ersatzfreiheitsstrafe-bmj-referen-](https://www.lto.de/recht/hintergruende/h/ersatzfreiheitsstrafe-bmj-referen-tenentwurf-reform-sanktionenrecht-geldstrafe-halbierung-tages-satz/#:~:text=F%C3%BCr%20die%20F%C3%A4lle%20aber%2C%20in,zahlungs-willig%20oder%20nicht%20zahlungsf%C3%A4hig%20ist)
134 [tenentwurf-reform-sanktionenrecht-geldstrafe-halbierung-tages-](https://www.lto.de/recht/hintergruende/h/ersatzfreiheitsstrafe-bmj-referen-tenentwurf-reform-sanktionenrecht-geldstrafe-halbierung-tages-satz/#:~:text=F%C3%BCr%20die%20F%C3%A4lle%20aber%2C%20in,zahlungs-willig%20oder%20nicht%20zahlungsf%C3%A4hig%20ist)
135 [satz/#:~:text=F%C3%BCr%20die%20F%C3%A4lle%20aber%2C%20in,zahlungs-](https://www.lto.de/recht/hintergruende/h/ersatzfreiheitsstrafe-bmj-referen-tenentwurf-reform-sanktionenrecht-geldstrafe-halbierung-tages-satz/#:~:text=F%C3%BCr%20die%20F%C3%A4lle%20aber%2C%20in,zahlungs-willig%20oder%20nicht%20zahlungsf%C3%A4hig%20ist)
136 [willig%20oder%20nicht%20zahlungsf%C3%A4hig%20ist](https://www.lto.de/recht/hintergruende/h/ersatzfreiheitsstrafe-bmj-referen-tenentwurf-reform-sanktionenrecht-geldstrafe-halbierung-tages-satz/#:~:text=F%C3%BCr%20die%20F%C3%A4lle%20aber%2C%20in,zahlungs-willig%20oder%20nicht%20zahlungsf%C3%A4hig%20ist)
- 137 <https://justizportal.justiz-bw.de/pb/,Lde/Startseite/Themen/Schitzen+statt+Sitzen>

Antrag I5: „Nein! Mein Körper gehört mir!“ – Die Bekämpfung und Prävention von Kindesmissbrauch

Antragsteller*in:	Region Ostwestfalen-Lippe
Sachgebiet:	I - Innenpolitik und Justiz

- 1 Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) geht davon aus, dass in Deutschland eine
2 Million Kinder und Jugendliche durch Erwachsene sexualisierte Gewalt erfahren. Viele
3 dieser Fälle werden von der Kriminalstatistik nicht abgebildet, da sie nicht
4 angezeigt werden.
- 5 Meistens stammen die Täter*innen aus dem sozialen Umfeld der Betroffenen und
6 dementsprechend fällt es den Kindern und Jugendlichen schwer das Erfahrene zu erzählen
7 und sich außenstehenden Bezugspersonen anzuvertrauen. Eine Studie der Kommission zur
8 Aufarbeitung sexuellen Kindesmissbrauchs zeigt auf, dass vielen Betroffenen keinen
9 Glauben geschenkt wird, wenn sie Hilfe suchen. Selbst Jugendämter sind, insbesondere
10 bei Missbrauchsfällen innerhalb des familiären Umfeldes, oftmals überfordert und eine
11 Aufarbeitung der Fälle findet spät oder nur bedingt statt. Nicht selten stehen die
12 Betroffenen schutzlos dar und müssen mit den psychischen und physischen Auswirkungen
13 der Gewalterfahrung ein Leben lang kämpfen.
- 14 Der Missbrauch von Kindern und Jugendlichen nimmt ebenfalls im Digitalen zu. Während
15 der Pandemie ist die Nachfrage von Bild- und Filmmaterial gestiegen. Ebenfalls
16 versuchen Täter*innen vermehrt Minderjährige im Netz zu kontaktieren. Aufgedeckte
17 Foren und Plattformen im Darknet zeigen immer wieder auf, dass die Täter*innen auch
18 international miteinander vernetzt sind.
- 19 Daher fordern wir:
- 20 • Solidarität mit den Betroffenen.
 - 21 • Die Implementierung von Schutzkonzepten in Schulen, Kitas, Sportvereinen und
22 weiteren Einrichtungen, die eine zentrale Bedeutung für die Entwicklung und
23 Alltag von Kindern und Jugendlichen besitzen. Ebenfalls bedarf es eine feste
24 Verankerung von dem Themenkomplex „Kindesmissbrauch“ in der Ausbildung und
25 Weiterbildung von pädagogischen Berufen.
 - 26 • Die zivilrechtliche Verjährung aufzuheben und die Aufarbeitung von verjährten
27 Fällen.
 - 28 • Die Einführung einer „unabhängigen Wahrheitskommission“ für die Aufklärung und
29 Aufarbeitung von Kindesmissbrauch in der katholischen Kirche.
- 30 Die Einführung einer europäischen Expert*innengruppe, die sich auf die Unterstützung
31 der Betroffenen, der Aufarbeitung und Bekämpfung von Kindesmissbrauch im Netz
32 konzentriert.

Antrag 16: Einheitliche Voraussetzungen und Standards für einen vollumfänglichen Kinderschutz in ganz NRW

Antragsteller*in:	KV Recklinghausen, UB Oberhausen, UB Dortmund
Sachgebiet:	I - Innenpolitik und Justiz

1 In den Jahren 2015 bis 2020 ist die Gesamtanzahl der Kinderschutzverfahren in NRW von
2 32.015 auf 54.347 Fälle rasant angestiegen. Auch die Zahl akuter
3 Kindeswohlgefährdungen ist in dem gleichen Zeitraum von landesweit 3.938 auf 7.219
4 Fälle in einem Besorgnis erregenden Maße angewachsen. Dennoch bleiben große
5 Missbrauchsskandale, wie in Lügde und Münster, lange unbemerkt und die Dunkelziffer
6 entsprechender Fälle ist wohl viel höher als die offiziellen Zahlen.

7 Was es daher braucht, ist ein gut ausgestatteter fundierter Kinderschutz. 2018
8 erschien die ASD (Allgemeiner Sozialer Dienst) Studie, die zu dem Schluss kam, dass
9 in ganz Deutschland insgesamt rund 16.000 Fachkräfte in den Jugendämtern fehlen. In
10 einer der Großstädte im Ruhrgebiet sind derzeit knapp 20 unbefristete
11 Vollzeitstellen unbesetzt und das, obwohl einige Anreize, wie die rückwirkende
12 Übernahme der Semesterbeiträge des Studiums oder ein finanzieller Anwerbebonus,
13 geboten werden. Die Erklärung, dass eine Tätigkeit im ASD grundsätzlich zu
14 anstrengend sei, und es deshalb keine ausreichende Zahl qualifizierter Bewerbungen
15 gäbe, greift dabei viel zu kurz. Denn womit haben sich Mitarbeitenden im ASD
16 alltäglich herumzuschlagen?

17 Eine unzureichende Personalbemessung, die noch dazu keine gesetzliche Grundlagen hat:
18 Viele ASDler*innen liegen weit so oder so über der von der Ver.di geforderten
19 Maximalgrenze von 30 Fällen pro Mitarbeiter*in. Hinzu kommen Krankheits- und
20 Urlaubsvertretungen und Ausfälle durch Kündigung, Elternzeit o.ä. Die Mitarbeitenden
21 im ASD arbeiten regelmäßig über 125% der Auslastung, die eigentlich in ihrer Kommune
22 üblich ist, die grundsätzlich schon weit über den maximal 30 Fällen liegt. Dass der
23 ASD hierdurch nur noch Feuerwehr spielen kann und ein angemessener, präventiver
24 Kinderschutz so kaum noch möglich ist, liegt auf der Hand.

25 Viele Kommunen reden sich hier raus mit der Aussage, dass ihre Mitarbeitenden im
26 Durchschnitt um die 30 Fälle der Hilfe zur Erziehung (HZE) hätten. Jedoch werden
27 dabei häufig Beratungs-, Kindeswohlgefährdungs- und Gerichtsfälle ausgeblendet, die
28 dazu noch parallel laufen und bei denen (noch) keine Hilfe zur Erziehung installiert
29 ist. So kommt ein*e durchschnittliche*r ASDler*in auf knapp 50 Fälle, die in der
30 persönlichen Verantwortung liegen.

31 Es ist, gerade in Zeiten von allgemeinem Fachkräftemangel, sicherlich noch einmal
32 schwerer, offene Stellen in solch anspruchsvollen Tätigkeiten in den Jugendämtern zu
33 besetzen.

34 Es ist daher von Nöten, die Arbeitsbedingungen gerade im ASD massiv zu verbessern. Es
35 kann nicht sein, dass viele Jugendamtsmitarbeitende immernoch mit einem Nokia 3310
36 ausgestattet sind und erforderliche Fotos von Wohnungen mit ihren Privathandys
37 schießen müssen. Es kann nicht sein, dass es keine institutionalisierte
38 psychologische Betreuung der Mitarbeitenden nach einer belastenden

39 Kindeswohlgefährdung gibt und dass die volle und alleinige Fallverantwortung, und
40 damit im Zweifel ein Kindesleben, bei den einzelnen Mitarbeitenden liegt. Und es kann
41 nicht sein, dass die Bezahlung im ASD um Längen schlechter ist als für Tätigkeiten
42 mit gleichrangigem Studienabschluss. Eine Tätigkeit im ASD ist in jedweder Form für
43 die Mitarbeitenden hochgradig belastend, hochgradig emotional, hochgradig fachlich
44 und hochgradig verantwortungsvoll!

45 Das gesamte Dokumentations- und Berichtswesen im Jugendamt muss überarbeitet werden.
46 Im Durchschnitt verbringt ein*e Mitarbeiter*in ca. 60% der Arbeitszeit mit
47 Dokumentation und Berichtswesen. Manche, finanzstärkere Kommunen stellen hierfür
48 separate Bürokräfte ein, um handschriftliche Vermerke abzutippen, Unmengen an
49 Gerichtspost abzuheften und einzuscannen etc. Die aktuelle Digitalisierung der
50 Papierakten wird landesweit mehr als Belastung denn als Entlastung der
51 Mitarbeiter*innen wahrgenommen, weil derzeit noch zwei Akten geführt werden müssen.

52 Jedes Jugendamt hat seine eigenen fachlichen Standards und seine eigenen Prozesse und
53 Bögen zur Dokumentation und Abarbeitung von Kindeswohlgefährdungen. Hier kommt es bei
54 Übergaben zwischen den Jugendämtern häufig zu, teils Kindeswohlgefährdenden,
55 *Wissensverlusten*.

56 Gerade vor dem Hintergrund der steigenden Unterhaltungs- und Benzinkosten für das
57 eigene PKW ist die verpflichtende Bereitschaft das eigene Auto im Dienst zu nutzen
58 nicht mehr zeitgemäß. Viele Jugendämter besitzen keine Dienstwagen, oder nur einen
59 Dienstwagen für die gesamte Stadtverwaltung. Bei einer Pauschale von 0,30 € pro
60 Kilometer sind bei weitem nicht alle privaten Kosten gedeckt. Da Kinder und
61 Jugendliche nur selten in der Nähe der Heimatkommunen untergebracht werden können,
62 etwa aufgrund von mangelnden Wohngruppenplätzen oder Kapazitäten in Pflegefamilien,
63 sind Fahrtstrecken von 50 Kilometern und mehr keine Seltenheit.

64 Oftmals sitzen Mitarbeiter*innen im ASD mit der Sachgebietsleitung gemeinsam am Tisch
65 und beraten über die notwendige(n) und geeignete(n) Jugendhilfemaßnahme(n). Hier
66 gehen, je nach fachlicher Eignung, Betreuungsschlüssel etc., die Kostensätze massiv
67 auseinander. Zum Beispiel kostet eine Pflegefamilie die Kommune pro Kind knapp 100€
68 am Tag. Eine Regelwohngruppe (Betreuungsschlüssel von 1:2) kostet die Kommune
69 hingegen bereits knapp 180€ am Tag. Eine Intensivwohngruppe mit einem
70 Betreuungsschlüssel von mindestens 1:1 hingegen mindestens knapp 300€ am Tag, nach
71 oben hin offen.

72 Häufig fällt in den fachlichen Gesprächen die Argumentation, dass die Kommune, in der
73 man arbeitet, eine sei, die zu wenige Haushaltsmittel zur Verfügung hat und dass man
74 daher auf die Kosten einer Jugendhilfemaßnahme achten müsse. So kann es vorkommen,
75 dass eine geeignete Kinder- und Jugendhilfemaßnahme gefunden wurde, diese aber durch
76 die Leitung nicht bewilligt wird, da die Kommune nicht über ausreichende finanzielle
77 Mittel hierfür verfügt. Die HZE-Zahlen belasten die Städte und Gemeinden in NRW
78 jährlich mit mehreren Millionen Euro. Allein die Ruhrgebietsstadt Marl, mit gerade
79 mal 87.000 Einwohner*innen, wendet im Jahr mehr als 12 Mio. € für Hilfen zur
80 Erziehung auf.

81 Nicht selten sind im Jugendamt mehrere Mitarbeitende in einem Büro untergebracht.
82 Nicht selten steht in den Büros ein Tisch in einer Ecke an dem Gespräche geführt
83 werden sollen. Nicht selten sind diese Gespräche hoch emotional und lebensändernd für
84 die betroffenen Familien. Das diese Gespräche in Büros geführt werden müssen, in

85 denen die weiteren Kolleg*innen zeitgleich telefonieren, tippen und normal weiter
86 arbeiten (müssen) ist für die jeweiligen Familien wie für die betreuenden
87 Mitarbeitenden eine Zumutung und für viele sicher eine noch größere Hürde sich
88 hilfesuchend an das Jugendamt zu wenden.

89 Beim ASD in den Jugendämtern gibt es viele Baustellen, die bearbeitet werden, und
90 Stellschrauben, an denen gedreht werden muss. Daher fordern wir:

- 91 • *Eine einheitliche Definierung des Begriffs „Fall“. Jeder bearbeitete Fall*
92 *(Kindeswohlgefährdung, Gericht, Beratung und HzE) muss auch als solcher*
93 *angesehen werden, nicht nur die HzE-Fälle!*
- 94 • *Eine einheitliche Fallobergrenze für die ASDler*innen bei höchstens 30 Fällen*
95 *pro Mitarbeiter*in!*
- 96 • *Eine Personalbemessung, die sich an den Bedarfen in den Sozialräumen der*
97 *jeweiligen Kommune orientiert. Hier gilt die Aussage: „Ungleiches ungleich*
98 *behandeln“!*
- 99 • *Eine Ausbildungsoffensive für den Bereich der sozialen Arbeit und vor allem hier*
100 *im Bereich des ASDs!*
- 101 • *Die Digitalisierung der Jugendämter, und zwar jetzt! Die Zeiten von Nokia 3310*
102 *und Faxgerät müssen der Vergangenheit angehören! Auch die aktuell doppelte*
103 *Aktenführung muss endlich abgeschafft werden!*
- 104 • *Den Anspruch auf kostenfreie psychologische Beratung und Betreuung, nach bzw.*
105 *während der Arbeit an hoch belastenden Fällen!*
- 106 • *Eine Eingruppierung von ASDler*innen mindestens in der Entgeltgruppe S17!*
- 107 • *Eine Überarbeitung des Berichts- und Dokumentationswesens und die verpflichtende*
108 *Beschäftigung von Bürokräften in den Bereichen des ASDs!*
- 109 • *Eine einheitliche Prozessleitlinie und einheitliche Abarbeitungs- sowie*
110 *Dokumentationsbögen betreffend Kinderschutz, über die Landesjugendämter von LWL*
111 *und LVR!*
- 112 • *Eine Erhöhung der Fahrtkostenpauschale auf 0,50€ pro Kilometer und eine*
113 *Verpflichtung der Kommunen, dem ASD eine ausreichende Anzahl an Dienstwagen zur*
114 *Verfügung zu stellen!*
- 115 • *Eine flächendeckende Beteiligung des Landes und des Bundes an den Kosten der*
116 *HZE. Eine Gewährung oder Nicht-Gewährung von Unterstützungsmaßnahmen aufgrund*
117 *der finanziellen Situation einer Kommune darf nicht mehr notwendig sein!*
- 118 • *Eine vernünftige Ausstattung des ASD mit Besprechungsräumen und Büros, die nicht*
119 *parallel von zwei oder mehr Mitarbeitenden genutzt und belegt werden!*

Antrag M1: Mobilität von Morgen - Unser Plan für die Mobilitätswende in Stadt und Land

Antragsteller*in:	Region Ostwestfalen-Lippe
Sachgebiet:	M - Mobilität, Wohnen und Infrastruktur

1 Im Durchschnitt legen wir rund vierzig bis fünfzig Kilometer Wegstrecke am Tag
2 zurück. Ob zur Schule, zum Betrieb, zum Supermarkt, ins Kino oder zu Freund*innen –
3 Mobilität ist ein elementarer Faktor für die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben.
4 Ohne Mobilität ist der Zugang zu wesentlichen Teilen des gesellschaftlichen
5 Zusammenlebens eingeschränkt oder sogar gar nicht erst möglich. Gerade deshalb ist
6 Mobilität eine der Kernaufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge. Eine Gesellschaft,
7 die sich als Sozialstaat versteht muss daher die Mobilitätsinfrastruktur schaffen,
8 die Allen ermöglicht dieses Bedürfnis angemessen zu decken.

9 Im Wettkampf um den Verkehrsraum setzen sich bisher, ob aus Lobbyinteressen oder
10 vermeintlicher Bequemlichkeit, der Individualverkehr und insbesondere das Auto als
11 dominierendes Verkehrsmittel durch. Das ist langfristig aber weder vor dem
12 Hintergrund der wirtschaftlichen noch der ökologischen Effizienz eine Lösung. Die
13 Umwelt- und Klimaschäden, das Gefahrenpotenzial und Attraktivität des öffentlichen
14 Raumes machen eine umfassende Verkehrswende notwendig. Dabei muss sich
15 Verkehrspolitik den drei wesentlichen Ansprüchen stellen, die an eine Mobilitätswende
16 gestellt werden: Mobilität muss zukunftsweisende Technologien nutzen und überall
17 sowie für alle verfügbar sein.

18 **Zukunftsweisende Mobilität**

19 Die Mobilität von Morgen muss vielfältig sein. Überall muss es möglich sein auch ohne
20 eigenes Auto mobil und flexibel zu sein. Der PKW als Fortbewegungsmittel Nummer Eins
21 muss langfristig abgelöst werden. Der ÖPNV muss hierbei den Ton angeben. Bus, Bahn,
22 S-Bahn, U-Bahn, Tram: Verlässlich, pünktlich und kostengünstig. Auf der Straße muss
23 den Fahrradfahrer*innen und Fußgänger*innen Platz gegeben werden. Zudem muss auch
24 geprüft werden, ob frühzeitig abgeschriebene und vergessene Verkehrsmittel wie die
25 Magnetschwebbahn und die Oberleitungsbusse in zukünftigen Mobilitätsprojekten,
26 gerade in den Städten, aber auch in den ländlichen Regionen oder Provinzen nicht doch
27 ihren Platz finden. Auch Car-Sharing, was gerade in ländlichen Gebieten häufig
28 gescheitert ist, verdient eine Neubetrachtung und auch andere innovative Konzepte wie
29 etwa die Kopplung von Carsharing- Angeboten an neuen Mehrfamilienwohnraum oder
30 autonome Mobilität sollten zwar in sachlichen Diskussionen sorgfältig abgewogen, aber
31 dennoch gefördert werden.

32 Das gleiche gilt für die Technologien, mit welchen wir die Mobilität von Morgen
33 antreiben wollen. Die deutsche Autoindustrie möchte größtenteils bis 2030 keine
34 Benziner mehr produzieren. Eine Verkehrswende vom Auto auf den ÖPNV ist nur effektiv,
35 wenn der öffentliche Raum mit positivem Beispiel vorangeht. Während das
36 Wasserstoffauto nicht länger von der Industrie anvisiert wird, da der
37 Energieverbrauch zu hoch und die Technik zu kostspielig ist, sieht das bei Zügen
38 anders aus. Hier sind Wasserstoffmodelle bereits im Test oder sogar im Einsatz und
39 werden von der DB und Siemens gefördert. Die deutsche Bahn hat zurzeit noch ungefähr

40 3000 Dieselloks im Einsatz und insgesamt über 4000 Züge. Sollte die Nutzung des ÖPNVs
41 ansteigen und der Schienenverkehr vergrößert werden, so wird die Flotte aufgestockt
42 werden müssen. Es ist essenziell, dass dies mit Wasserstoff- oder Elektroantrieben
43 passiert. Dank dem neuen CO2-Zertifikatesystem rüsten viele Kommunen in NRW bereits
44 ihre Busflotten auf Elektroantriebe um. Um aber sicherzustellen, dass dies in ganz
45 NRW möglich ist, braucht es weitere Unterstützung vom Land und Bund. Sowohl bei der
46 Anschaffung der Busse als auch bei der nötigen Ladeinfrastruktur. Dies gilt auch für
47 den Autoverkehr. Für einen saubereren Straßenverkehr ist es wichtig, dass ein
48 großflächiger Umstieg auf Elektroautos möglichst schnell passiert. Alternative Ideen
49 wie Ecofuels sind nicht zielführend, weil sie weder serienreif sind noch einen
50 tatsächlich evidenten Beitrag zur Beseitigung der Probleme leisten.

51 **Mobilität überall!**

52 Von einem Ort zum anderen zu kommen, gestaltet sich, egal ob in der Stadt oder auf
53 dem Land noch oft als Herausforderung – Egal ob mit dem Auto, Bus oder Bahn, dem
54 Fahrrad oder zu Fuß. Die bisherige Verkehrsraumplanung hat stets Kompromisse
55 zugunsten eines der ineffizientesten Verkehrsmittel, dem Auto gemacht. Während der
56 Investitionsstau der Mobilitätsinfrastruktur die verschiedenen Regionen eint, sind
57 die bestehenden Herausforderungen zugleich völlig verschieden. Auf dem Land gilt es
58 den ÖPNV massiv auszubauen, in der Stadt muss der Verkehrsraum vom Auto befreit und
59 für die anderen Verkehrsteilnehmenden zugänglich gemacht werden.

60 **Mobilität auf dem Land**

61 Während in den vergangenen Jahren der städtische öffentliche Personennahverkehr
62 ausgebaut wurde, sind die ländlichen Regionen weitestgehend auf der Strecke
63 geblieben. Bei 62% der Menschen in Metropolen ist die nächste Haltestelle weniger als
64 250 Meter entfernt. Bei Menschen auf dem Land sind es gerade einmal 19%. 10% der
65 Haushalte im ländlichen Bereich haben kein eigenes Auto, während es in Metropolen 42%
66 sind.

67 Die Gruppe der Menschen ohne eigenes Auto ist in Stadt und Land grundverschieden. In
68 der Stadt sind es überwiegend junge Menschen (20-39 Jahre) während es auf dem Land
69 meistens Menschen sind die 60 Jahre oder älter sind. Bei der autofreien Gruppe auf
70 dem Land handelt es sich meistens um ältere Frauen in Rente mit wenig finanziellen
71 Mitteln und ohne Führerschein. Der Ausbau der Mobilität auf dem Land ist also nicht
72 nur eine Frage von Gerechtigkeit, sondern auch eine Frage von Feminismus und
73 Gleichberechtigung. Unabhängig davon, sollte jeder Mensch öffentliche Verkehrsmittel
74 jederzeit und bundesweit uneingeschränkt nutzen können.

75 Wer auf dem Land in die nächstgrößere Stadt fahren möchte, muss oftmals mit hohen
76 Warte- und Umsteigezeiten rechnen, oder besser gleich ein Taxi nehmen. Dies ist die
77 bittere Realität. Schüler*innen die vom Dorf zur nächstgelegenen Schule oder danach
78 etwas mit Freund*innen unternehmen wollen, müssen lange Wege auf sich nehmen und sind
79 daher oftmals auf ihre Bezugspersonen angewiesen. Dies raubt ihnen Teile ihrer
80 Lebensqualität, Flexibilität und Autonomie. Gerade für Heranwachsende ist das
81 Bedürfnis nach Selbstständigkeit sehr wichtig. Selbstwirksamkeit will und muss vor
82 allem in diesem Alter erfahren werden. Ohne die Bezugspersonen vom einen Ort zum
83 anderen gelangen zu können, ist ein Meilenstein in der Entwicklung, der
84 Selbstwahrnehmung und der Selbstständigkeit der heranwachsenden Menschen.

85 Aber auch die ältere Generation leidet unter der mangelnden Mobilität auf dem Land.
86 Dies führt dazu, dass ältere Menschen, deren körperlichen Fähigkeiten nachgelassen
87 haben, trotzdem einen PKW fahren wollen oder besser gesagt müssen. Hierbei gefährdet
88 die ältere Generation oft sich selbst und auch ihre Umwelt. Das Bedürfnis nach
89 Mobilität ist bei allen Menschen sehr hoch. Wir möchten flexibel unsere Wege fahren
90 können. Der Ausbau des ÖPNVs ist ein großes Projekt, das viele kluge Köpfe benötigt
91 und das Feedback der Bürger*innen. Mehr Beteiligung kann sicherstellen, dass Politik
92 im Sinne der Verkehrswende an Akzeptanz gewinnt und damit Gemeinwohlziele im Zentrum
93 der Entscheidungsprozesse stehen. Gerade Kompromisse und Abwägungsentscheidungen, die
94 von Interessenkollisionen gezeichnet sind und nicht für alle Betroffenen ein
95 vermeintlich optimales Ergebnis präsentieren, brauchen auch in Zukunft den
96 Entscheidungsmut repräsentativer Institutionen. Repräsentative und partizipative
97 Strukturen können und sollen gemeinsam wirken. Denn erst in der Synthese der Prozesse
98 gedeihen Grundlagen und Durchsetzungsfähigkeit nachhaltiger und zukunftsgestaltender
99 Entscheidungen. Dies darf aber nicht abschrecken und dazu führen, dass sich dieser
100 Aufgabe die Regierung nicht annimmt. Ganz krass gesagt, der schlechte ÖPNV auf dem
101 Land ist ein tatsächliches Lebensrisiko der Menschen und eine große Einschränkung der
102 Entwicklung von Kindern und Jugendlichen. Hinzu kommt, dass eine schlechte
103 Infrastruktur (wozu auch der ÖPNV gehört) schon immer ein Grund für Menschen war,
104 dorthin zu ziehen, wo es besser ist. In die Stadt. Das unsere Städte immer voller
105 werden und man mit dem Schaffen von Wohnraum kaum hinterherkommt, ist kein Geheimnis.
106 Während die Städte teilweise aus allen Nähten platzen, stirbt das Leben in unseren
107 Dörfern nach und nach aus. Das Leben auf dem Land wünschen sich aber nicht weniger
108 Menschen als es früher der Fall war, im Gegenteil. Ein Wochenende mal aufs Land
109 fahren, in dieser sich ständig verändernden Welt kann ein kleiner Kurzurlaub sein.
110 Ohne Auto ist dies aber eher eine Odyssee als eine Erholung.

111 Viele ländliche Gegenden hatten früher auch eigene Bahnhöfe, die stillgelegt wurden,
112 aber noch vorhanden sind. Im Zuge von Infrastrukturmaßnahmen sollten möglichst viele
113 dieser Kleinbahnhöfe reaktiviert werden. Im ländlichen Raum (z.B. OWL) wäre auch eine
114 Einbindung dieser Kleinbahnhöfe in ein S-Bahn-Netz sinnvoll. Denn: Nachbarkommunen
115 müssen auch erreichbar sein, ohne erst in eine andere Stadt zu fahren und dort
116 umsteigen zu müssen. Dies kann 20 Minuten Wege um eine Stunde verlängern und das
117 Bahnfahren vollkommen unattraktiv machen.

118 Die Aufgabe des ÖPNV-Ausbaus ist als Chance für alle Bürger*innen zu begreifen und
119 nicht als eine negative Kraftanstrengung. Zudem ist Mobilität ein Grundrecht der
120 Menschen, welches wir nicht verwehren dürfen.

121 **Mobilität in der Stadt**

122 Auch wenn der Investitionsstau in den Städten nicht so stark ist wie auf dem Land, so
123 ist die Infrastruktur doch vielerorts marode oder gar nicht vorhanden. Alte und
124 defekte S-Bahnen, fehlende Radwege, holprige Gehwege, marode Straßen. Auch wenn
125 manche Städte augenscheinlich fast nur noch aus Baustellen bestehen, so kommt es mit
126 der Mobilität wenig voran. Denn wenn die eine Baustelle fertig ist, so muss schon
127 gleich an anderer Stelle saniert werden. Es braucht in fast allen Städten massive
128 Investitionen in die Infrastruktur, um wirklich mobil zu sein. Dieses Ziel kann nur
129 umfassend durch eine Verstaatlichung erreicht werden. Und dabei ist es nötig, nicht
130 mehr das Auto als Fortbewegungsmittel Nummer eins zu sehen. Langfristig muss das Auto

131 raus aus den Innenstädten. Dafür braucht es Mut, Innovationen und Kreativität.
132 Ein verlässliches und weitreichendes S-Bahn-Netz ist dafür in den größeren Städten
133 eine Grundvoraussetzung. Busse müssen ergänzend zum Schienennetz die verbleibenden
134 Flecken abfahren. Gerade in den Städten könnte die autonome Mobilität etwa durch
135 Taxikonzepete einen Beitrag zur Ablösung des Individualverkehrs leisten. Der Antrieb
136 der Zukunft ist dabei nicht mehr der Verbrennungsmotor, sondern die Brennstoffzelle
137 mithilfe von Elektrizität und Wasserstoff.

138 Städte müssen zudem Rad- und Fußgänger*innenfreundlich werden. Straßen dürfen nicht
139 mehr allein auf Autos ausgelegt werden, und sollten wirklich sicher sein für
140 Radfahrer*innen. Denkbar wäre auch eine gänzlich neue Priorisierung im Straßenverkehr
141 ähnlich wie in den Niederlanden: Dort fahren bei Einmündungen und Kreuzungen
142 Radfahrer*innen nicht über die Straße, sondern Autos über einen abgesenkten Fahrrad-
143 und Gehweg. Die Message ist klar: Den schwächeren Verkehrsteilnehmer*innen gehört der
144 Verkehrsweg.

145 Ein kritischer Punkt in vielen Städten sind die Mietangebote von E-Rollern und
146 Fahrrädern. Gerade E-Roller stehen oft im Weg und landen auch gerne in Flüssen und an
147 sonstigen Orten, wo sie nicht hingehören. Zudem müssen sie nachts mit einem Auto
148 eingesammelt und zu zentralen Ausleihe Punkten zurückgebracht werden. Ökologisch ist
149 das natürlich kontraproduktiv und ob die Nutzung wirklich CO2 einspart kritisch zu
150 betrachten. Eine Überprüfung der Sinnhaftigkeit solcher Angebote ist dringend
151 notwendig.

152 Städte müssen aber nicht nur für ihre eigenen Bewohner*innen Mobilität schaffen,
153 sondern auch für zahlreiche Pendler*innen. Und dabei ist eins klar: Die Bahn muss
154 zuverlässiger und günstiger werden, um wirklich attraktiv zu sein. Zudem sind auch
155 kostengünstige Park and Ride Angebote notwendig, um Autos aus den überfüllten Städten
156 rauszuhalten. Sichere Abstellmöglichkeiten für Fahrräder, wie zum Beispiel
157 Fahrradparkhäuser und Abstellboxen, sind vielerorts notwendig. Auch die Unternehmen
158 selbst sollten in die Verkehrsplanung mit eingebunden werden. Viele Gewerbegebiete
159 sind schlecht oder gar nicht an den ÖPNV angebunden. Denkbar wären zum Beispiel dann
160 Shuttle-Angebote zu großen Unternehmen und Gewerbegebieten.

161 **Mobilität für Alle!**

162 Damit auch alle Menschen den ÖPNV nutzen können, ist es notwendig, dass vorhandene
163 Barrieren vollständig abgebaut werden. Es gibt in unserem öffentlichem Verkehrsraum
164 nach wie vor Diskriminierung von bestimmten Personen. Komplizierte Ticketsysteme und
165 physische Barrieren verhindern, dass alle den ÖPNV nutzen können. So fehlt es an
166 vielen Haltestellen und kleinen Bahnhöfen an funktionierenden Fahrstühlen, es gibt
167 Stufen zwischen den Bahnsteig und Fahrzeug und gleichzeitig mangelt es an
168 Hilfserichtungen, um diese Barriere zu überwinden.

169 Mangelnde Sicherheit ist auch heute noch für viele Menschen ein Grund sich gegen den
170 ÖPNV zu entscheiden und stattdessen den Individualverkehr zu nutzen. Rassistische,
171 sexistische oder queerfeindliche Übergriffe sind besonders in den Abend- und
172 Nachtstunden keine Seltenheit. Das größte Gefahrenpotential bietet dabei der Weg von
173 dem Haltepunkt des öffentlichen Transportmittels nach Hause.

174 Um den ÖPNV sicherer zu machen, muss das Personal geschult werden, sodass
175 übergriffiges Verhalten frühzeitig erkennen und entsprechend handeln zu können. Für

176 den sicheren nach Hause Weg sollten die Busse in den Abend- und Nachtstunden auch
177 zwischen den Haltestellen halten, wenn dieses von Fahrgästen gewünscht wird. Die
178 bestehenden Barriere im ÖPNV müssen genau untersucht und erfasst werden. Es müssen
179 mit Vertreter*innen der betroffenen Personen Lösungskonzepte entwickelt werden, damit
180 die Barrieren schnell und sinnvoll abgebaut werden können. Das Ticketsystem muss
181 schnell vereinfacht und billiger werden. Dazu soll ein umfassendes Azbi- und
182 Schüler*innenticket eingeführt werden, wie es bei den Semesterticket für Studierende
183 bereits existiert. Das 9 Euro-Ticket soll auch nach dem August weiter erhältlich
184 sein, jede*r muss kostengünstigen Zugang zum ÖPNV haben. Langfristig muss der ÖPNV
185 für die Nutzer*innen kostenlos, etwa über Gebühren finanziert, zugänglich werden.

186 **Unser Plan für die Mobilität von Morgen:**

187 **1. Zukunftsweisende Mobilität – Technologien und Potenziale nutzen.**

188 Damit dies gelingt fordern wir massive Investitionen in den öffentlichen
189 Personennahverkehr. Der Verbrennungsmotor gehört durch die Wasserstoff- und
190 Elektrobasierte Mobilität abgelöst. Auch das autonome Fahren kann in Zukunft zu einem
191 effizienteren Individualverkehr beitragen.

192 In jedem Fall bleibt es für uns dabei: Schiene vor Straße! Schienenabschnitte, die
193 noch nicht elektrifiziert sind, müssen nachgerüstet werden. Auch Güterverkehr muss
194 vorwiegend auf die Schiene statt auf die Straße verlagert werden. Die Reaktivierung
195 alter Strecken und damit im Zusammenhang stehend die Schaffung neuer S-Bahn-Netze ist
196 für eine gelungene Mobilitätswende unerlässlich.

197 Außerdem ist es nie zu spät, bereits existierende vermeintlich abgeschriebene
198 Technologien, wie Magnetschwebbahnen und Oberleitungsbusse auf Ihre Tauglichkeit zu
199 prüfen.

200 **2. Mobilität überall – Stadt und Land, Nah und Fern.**

201 Deshalb fordern wir, Mobilität im System zu denken - Die eine Lösung gibt es nicht.
202 Gerade im ländlichen Raum sind gut aufeinander abgestimmte Angebote notwendig. Bahn
203 und Bus, Carsharing, Fahrradverleih, sichere Rad- und Fußwege. Es bedarf viel
204 Abstimmung sowohl zwischen Unternehmen als auch zwischen Kommunen und Kreisen, damit
205 die Taktung stimmt. Beispiele hierfür sind:

- 206 • Reaktivierung von Kleinbahnhöfen
- 207 • S-Bahn Netz auch im ländlichen Raum
- 208 • Shuttle-Angebote zu Unternehmen und Gewerbegebieten
- 209 • Carsharing-Angebote in Mehrfamilienhäusern
- 210 • Mindestens 20-Minütige Taktung vom Land in die Stadt
- 211 • Fahrrad- und Fußwege anstelle von Autostraßen an erste Stelle in der
- 212 Städteplanung

213 **3. Mobilität für alle – unabhängig vom Geldbeutel, Herkunft oder anderen Faktoren.**

214 Damit das gelingt fordern wir:

- 215 • Die Erforschung und Untersuchung des ÖPNV hinsichtlich vorhandener Barrieren und
- 216 Diskriminierungsmechanismen sowie Weiterentwicklung um die in diesem Rahmen
- 217 erfolgten Feststellungen.
- 218 • Die Ausarbeitung von Konzepten beispielsweise für Zwischenhalte während der

- 219 Nachtstunden zur Verkürzung von Fußwegen.
- 220 • Aus- und Fortbildung des Personals zur Prävention, Erkennung und Bekämpfung
221 übergreifiger Verhaltensweisen.
- 222 • Kurzfristig soll das „9€ Ticket“ verlängert und der öffentliche
223 Personennahverkehr für Schüler*innen kostenlos zur Verfügung gestellt werden.
224 Die Konditionen für Auszubildende und Studierende sollen ebenfalls verbessert
225 werden. Langfristig wollen wir einen ticketfreien ÖPNV für alle, beispielsweise
226 über eine Gebührenfinanzierung, ermöglichen.

Antrag M2: Fahren ohne Fahrschein entkriminalisieren!

Antragsteller*in:	UB Kreis Wesel
Sachgebiet:	M - Mobilität, Wohnen und Infrastruktur

1 Seit Jahren steigen die Preise für den öffentlichen Personennahverkehr. So zahlt man
2 beispielsweise für ein Ticket, mit dem man zwei Stunden durch NRW fahren kann, 20,40
3 €. Das ist besonders für Menschen, die finanziell benachteiligt sind, nicht
4 bezahlbar. Durch die steigenden Öl- und Gaspreise hat sich das Problem nochmal
5 verschärft. Menschen, die sich kein Auto leisten können, sind jetzt mehr wie nie auf
6 Bus und Bahn angewiesen. Das auf drei Monate begrenzte 9-Euro-Ticket war nur ein
7 Tropfen auf den heißen Stein, hat jedoch gezeigt, dass die Nachfrage nach günstigem
8 ÖPNV extrem hoch ist.

9 Wer Arbeitslosengeld II berechtigt ist, kann sich ein Sozialticket kaufen. Sozial ist
10 daran allerdings nicht viel. Der Geltungsbereich ist auf eine Stadt begrenzt und
11 schon jetzt übersteigt der Preis in manchen Städten (z.B. Köln) den monatlichen ALG-
12 II-Regelsatz von 40,27 €. Durch diese Ausgestaltung werden finanziell und sozial
13 benachteiligte Menschen unmittelbar in ihrer Mobilität einschränkt.

14 Wer sich kein Ticket leisten kann und in der Bahn „erwischt“ wird, wird aufgefordert,
15 60 Euro als „Vertragsstrafe“ zu zahlen. Beahlt man nicht, weil man sich den
16 Fahrschein an sich schon nicht leisten konnte, kommt die Anzeige, denn seit 1935
17 steht das Fahren ohne Fahrschein in Deutschland unter Strafe. Verurteilt wird man
18 dann zu einer Geld- oder sogar Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr.

19 Vor Gericht stehen überwiegend Menschen, die finanziell oder sozial benachteiligt
20 sind. Die meisten Verurteilungen lauten auf Geldstrafe. Kann man die Geldstrafe aber
21 nicht bezahlen, droht Ersatzhaft. Wie viele Menschen genau wegen § 265a StGB aktuell
22 in Haft sind, wird statistisch nicht erhoben. Aber eins ist aus jungsozialistischer
23 Sicht klar: Wir dürfen nicht zulassen, dass Menschen aufgrund ihrer finanziellen oder
24 sozialen Benachteiligung in eine Kriminalitätsspirale rutschen.

25 Auch der Vorschlag, aus der Straftat „nur“ eine Ordnungswidrigkeit zu machen, behebt
26 das Problem nicht. Es darf nicht sein, dass der Staat privatrechtliche Ansprüche der
27 Personenbeförderungskonzerne mit staatlichem Zwang durchsetzt.

28 Daher fordern wir:

- 29 • Das Fahren ohne Fahrschein entkriminalisieren und die Tatbestandsalternative des
30 § 265a StGB ersatzlos streichen
- 31 • Den Geltungsbereich des Sozialtickets auf ganz NRW ausweiten und den Preis an
32 den ALG-II-Regelsatz anpassen

Antrag M3: Überwindung des Tarif Dschungel - Schaffung eines 365 Euro ÖPNV Tickets

Antragsteller*in:	UB Borken, UB Steinfurt, UB Coesfeld, KV Warendorf
Sachgebiet:	M - Mobilität, Wohnen und Infrastruktur

- 1 Die Landeskonferenz beschließt, die Forderung nach einem 365 Euro Jahresticket für
- 2 den deutschlandweiten ÖPNV und richtet diese an die SPD geführte Bundesregierung.
- 3 Als Nachfolger für das im Juni, Juli und August gültige 9 Euro Ticketsoll damit eine
- 4 dauerhafte Nachfolgelösung geschaffen werden, die mit Kosten von einem Euro pro Tag
- 5 sowohl finanziell attraktiv ist, als auch durch die deutschlandweite Gültigkeit den
- 6 Tarif Dschungel beendet.
- 7 Denn die Verkehrswende ist nur mit einem attraktiven und bezahlbaren ÖPNV zu
- 8 erreichen.

Begründung

Der ÖPNV ist Daseinsvorsorge und darf nicht nur für diejenigen nutzbar sein, die es sich leisten können, gerade wenn das Ziel ist, dass möglichst viele vom privaten OPKW auf den öffentlichen Verkehr umsteigen. Doch aktuell halten sowohl die in vielen Tarifräumen teigenden Preise im ÖPNV, als auch das komplizierte Tarifsysteem viele von der Nutzung von Bus und Bahn ab.

So muss bei der Nutzung des ÖPNV bisher drauf geachtet werden, ob sich während der Fahrt nicht das Tarifgebiet ändert, zu welcher Tageszeit die Fahrt stattfindet (bspw. Gibt es 9 Uhr Tagestickets, die für frühe Fahrten zur Arbeit nicht nutzbar sind), ob Einzel- oder Monatstickets gerade die richtige Wahl sind und viele weitere mögliche Tickets betrachtet werden.

Das als Teil der Entlastungspakete von der Bundesregierung für Uni, Juli und August eingeführte 9 Euro Ticket zeigt klar, dass ein deutschlandweit gültiges Ticket diese Hürden abbaut und viele Nutzer*innen dazu bringt, den ÖPNV auszuprobieren. Damit dieser Effekt nicht einmalig bleibt, muss es eine Versteigerung dieser Vereinfachung geben, die wir hiermit erreichen wollen.

Dazu sagt u.a. der Vorsitzende der NRW SPD und SPD-Fraktion NRW – Thomas Kutschaty:

„Weniger Staus, Rückgang beim Schwarzfahren, mehr Schutz fürs Klima – der große Erfolg des 9-Euro-Tickets darf nicht zerredet werden. Dass wir jetzt eine attraktive und unkomplizierte Nachfolgeregelung für ganz Deutschland brauchen, da sind sich von der SPD in Nordrhein-Westfalen bis zur CSU in Bayern alle einig. Bei der Frage der Umsetzung droht aber der Rückfall in die kleinmütige Zeit vor Einführung des Tickets, wie manch aktueller Debattenbeitrag zeigt.“

Antrag M4: "Put your hands up for Detroit" – Südwestfalen braucht ein Strukturprogramm!

Antragsteller*in:	UB Siegen-Wittgenstein, UB Märkischer Kreis, UB Hochsauerland, UB Kreis Soest, KV Olpe
Sachgebiet:	M - Mobilität, Wohnen und Infrastruktur

- 1 Südwestfalen ist die größte Industrieregion in Nordrhein-Westfalen¹. Viele
2 weltmarktführende Unternehmen sind hier ansässig, vor allem Automobilzulieferer, aber
3 auch andere Industriebetriebe dominieren die Landschaft.
- 4 Doch Südwestfalen droht abgehängt zu werden. Bisher haben Landes- und
5 Bundesregierungen nicht die Notwendigkeit gesehen, in Südwestfalen aktiv zu werden –
6 in den nächsten Jahren sind hier mehr Arbeitsplätze gefährdet als in den
7 Braunkohleregionen, die mit enormen Summen subventioniert werden. Es droht eine
8 Zukunft, wie man sie aus Industriestädten wie Detroit kennt: Die Abwanderung der
9 Industrie- und damit oftmals gut bezahlter Arbeitsplätze unter tariflichen
10 Bedingungen- und die damit einhergehende Abkoppelung einer ganzen Region.
- 11 Südwestfalen braucht ein groß angelegtes Strukturprogramm, mit dem der dringend
12 notwendige und unvermeidbare Umbau der Industrie vollzogen werden kann. Die
13 Industriebetriebe können und wollen klimaneutral produzieren – wir müssen jetzt
14 Unterstützung leisten, damit die Region eine Zukunft hat!
- 15 Milliardenbeträge fließen in die Instandhaltung und Infrastruktur in anderen Regionen
16 Deutschlands. Südwestfalen wird seit Jahrzehnten vergessen. Die A 45, Lebensader der
17 Region, ist durchtrennt. Tausende Menschen leiden unter Abgas- und Lärmbelastung in
18 ihren Wohnungen. Resolutionen der Städte werden landes- und bundesseitig
19 ignoriert².
- 20 Unternehmen stehen vor enormen Herausforderungen, weil sie Lieferungen nicht mehr
21 rechtzeitig organisieren können. Besonders die vielen Automobilzulieferer in der
22 Region haben schon in den letzten Jahren häufig „just in time“ arbeiten müssen – das
23 ist mit der neuen Verkehrssituation nicht mehr möglich.
- 24 Tausende Arbeitsplätze stehen allein im unmittelbaren Umkreis der A45 im südlichen
25 Märkischen Kreis auf dem Spiel.
- 26 Viele Arbeitsplätze in Südwestfalen werden allein durch die Transformation nicht zu
27 retten sein. Daher müssen wir dafür sorgen, dass die Menschen umqualifiziert werden.
28 Wir brauchen dringend eine Qualifikationsagentur, die Menschen umschulen kann –
29 dieser Bedarf wird in den nächsten Jahren explodieren. Es muss uns gelingen, dass die
30 Beschäftigten einerseits intern in den Unternehmen für neue Produkte und
31 Fertigungsweisen oder andererseits extern sowie in Verbänden für Arbeitsplätze in
32 anderen Unternehmen qualifiziert werden.
- 33 Doch das Problem zieht sich weiter: Bahnlinien werden nicht ertüchtigt, so dass die
34 Verbindung ins Ruhrgebiet aus dem südlichen Märkischen Kreis seit über einem Jahr
35 gekappt ist und vorerst bleibt³. Nur ein Achtel der Züge aus dem Rheinland erreicht
36 seinen planmäßigen Zielbahnhof in Südwestfalen.
- 37 Wir erleben in dieser Zeit eine Industrieregion, die durch jahrzehntelang

38 fehlgeleitete Politik kaputtgespart wurde. Sie steht endgültig vor dem Exitus, wenn
39 nicht endlich eine Investitionsoffensive eingeleitet wird. Wir müssen endlich die
40 Transformation gestalten und der Ort, an dem wir damit beginnen müssen, ist
41 Südwestfalen.

42 Hier gehen als erstes die vielen Schmieden und Automobilzulieferer pleite, da sie
43 einen enorm hohen Lieferdruck haben und ihre Teile in einer Zukunft nach dem
44 Verbrennungsmotor nicht mehr benötigt werden.

45 Die Folgen dieser Entwicklungen liegen auch in der Verantwortung der Unternehmen. Sie
46 haben über viele Jahre die sich abzeichnenden Entwicklungen verschlafen und zu wenig
47 in Qualifikation sowie Forschung und Entwicklung investiert. Deswegen müssen auch die
48 Unternehmen ihren Anteil zur Bewältigung der Transformation leisten, indem sie
49 betriebsintern Qualifikationsinfrastruktur schaffen und in Forschung und Entwicklung
50 investieren.

51 Hier wandern die Menschen reihenweise ab, weil die Infrastruktur und die
52 Bildungsangebote nicht mehr dem 21. Jahrhundert entsprechen.

53 Hier fehlen die Fachkräfte, weil die Standorte unattraktiv werden und durch die
54 desaströse Verkehrssituation schlecht zu erreichen sind.

55 **Daher fordern wir:**

- 56 • **Einen mit allen möglichen Mitteln beschleunigten Neubau der A45-Rahmedetalbrücke**
57 **und der Bahnstrecke Dortmund – Lüdenscheid**
- 58 • **Ein klares Bekenntnis zu einer nachhaltigen Struktur- und Industriepolitik in**
59 **Südwestfalen und NRW**
- 60 • **Eine Investitionsoffensive, die südwestfälische Unternehmen bei den Aufgaben der**
61 **Transformation unterstützt**
- 62 • **Eine Investitionsoffensive in die Verkehrsinfrastruktur im ländlichen Raum**
- 63 • **Die Ansiedlung eines wissenschaftlichen Instituts zur Bewältigung der**
64 **Transformation in der Industrie mit Lernwerkstätten zur Erprobung neuer**
65 **Technologien und Produkte**
- 66 • **Die Ansiedelung von Qualifikationsangeboten für Beschäftigte**

Antrag M5: Marmor, Stein und Eisen bricht, aber unsere Miete nicht. Für mehr bezahlbaren Wohnraum für junge Menschen!

Antragsteller*in:	UB Köln
Sachgebiet:	M - Mobilität, Wohnen und Infrastruktur

- 1 Die NRW Jusos fordern, dass mehr bezahlbarer Wohnraum für Studierende und
2 Azubis geschaffen wird. In Köln, in NRW und überall in Deutschland.
- 3 Junge Menschen in Ausbildung sind in erheblichem Maße von fehlendem Wohnraum,
4 steigenden Mietpreisen und Fehlentwicklungen auf dem Wohnungsmarkt betroffen.
5 Die Situation ist in einigen Städten inzwischen so verheerend, dass sich
6 Jugendliche aus Familien mit geringen Einkommen gegen ein Studium oder eine
7 Ausbildung in ihrer Wunschstadt entscheiden. Um bezahlbaren Wohnraum zu
8 schaffen, ist ein ganzes Bündel an Maßnahmen nötig.
- 9 Wir fordern, dass die Kommunen und Städte in NRW das Heft des Handelns
10 übernehmen und die Schaffung von Wohnraum für Studierende und Auszubildende
11 nicht den freien Marktkräften überlassen. Trotz des eklatanten Flächenmangels,
12 besonders in den Großstädten, müssen die Städte aktiv werden und Vorkaufsrechte
13 nutzen. Wenn nötig, sind Enteignungen zu prüfen. Wohnheime müssen im
14 universitären Umfeld oder für Azubis in direkter Nähe zu Ausbildungs- und
15 Arbeitsstätten entstehen.
- 16 Besonders die Universitätsstädte in NRW sollten sich klar gegen Service-Living-
17 Apartments positionieren. Diese radikalen Auswüchse des Marktes, die nur noch
18 von jungen Menschen mit hohem Einkommen oder aus reichem Elternhaus bezahlbar
19 sind, treiben Gentrifizierungsprozesse voran und ermöglichen uni- und
20 ausbildungsnahes Wohnen nur noch für die Elite.
- 21 Die Kommunen und Städte in NRW sollen Anlaufstellen für Beratung zum Thema
22 Wohnen für Studierende und Azubis schaffen, um unabhängig über verschiedene
23 Wohnangebote und Förderungsmöglichkeiten zu beraten. Dabei sind auch Angebote
24 nach § 13. Abs. 3 SGB VIII, besser bekannt als Jugendwohnen, zu bedenken. Diese
25 werden vom Staat gefördert, sind aber zeitgleich vielen jungen Menschen kein
26 Begriff. Ein Marketing für diese Angebote kann junge Menschen motivieren für
27 ihre Wunschausbildung an einen neuen Ort zu ziehen und somit freie Lehrstellen
28 zu besetzen.
- 29 Auch junge Menschen in schulischer Berufsausbildung haben ein Recht darauf,
30 ihren Wohnort selbst zu bestimmen. Aktuell entfällt bei einer solchen Ausbildung
31 der Anspruch, sobald sich eine entsprechende Schule in zumutbarer Umgebung des
32 Elternhauses befindet. Um bei bereits volljährigen Menschen nicht weniger freie
33 Entscheidungen als Studierenden oder betrieblichen Auszubildenden zu gewähren,
34 soll BAFöG unabhängig vom Elternhaus gewährt werden.
- 35 • Deswegen fordern wir:
- 36 • Vorkaufsrechte zum Bau von Wohnheimen nutzen
- 37 • mehr Marketing für Wohnheime

- 38 • Beratungsstelle für studentisches & Azubi-Wohnen
- 39 • BAFöG für junge Erwachsene muss unabhängig vom Wohnort der Eltern sein

Antrag M6: Staffelmiete verbieten!

Antragsteller*in:	UB Herne
Sachgebiet:	M - Mobilität, Wohnen und Infrastruktur

- 1 In vielen Großstädten herrscht akuter Wohnungsmangel. Dies wird häufig durch
- 2 Vermieter*innen und besonders durch große Immobilienkonzerne ausgenutzt, die horrend
- 3 Mieten fordern und dabei auf die Verzweiflung der wohnungssuchenden Menschen setzen.
- 4 Auch die Kappungsgrenze bei Mieterhöhungen bietet dabei selten einen effektiven
- 5 Schutz aufgrund von verschiedenen Ausnahmeregelungen. So können Vermieter*innen im
- 6 Vorhinein in Mietverträgen festlegen, dass die Miete jährlich um einen gewissen Wert
- 7 steigt. Dieses Prinzip nennt sich Staffelmiete und bietet eine Möglichkeit, die Miete
- 8 auch über die ortsübliche Vergleichsmiete zu steigern. Ist die Miete dann einmal
- 9 gestiegen, fließt sie wiederum in den Mietspiegel ein, so dass auch die Miete von
- 10 Wohnungen, die ohne Staffelmiete vermietet wurden, weiter erhöht werden kann. Dies
- 11 führt zu einem Kreislauf immer weiter steigender Mieten, da gerade in Großstädten die
- 12 Menschen häufig darauf angewiesen sind, auch solche Bedingungen im Mietvertrag zu
- 13 akzeptieren.
- 14 Wir fordern daher das Verbot der Staffelmiete in Mietverträgen.

Antrag O1: Antisemitismus auch als Antisemitismus benennen. Kooperationsverbot und Unvereinbarkeitsbeschluss mit BDS-nahen Personen und Organisationen.

Antragsteller*in:	UB Märkischer Kreis, UB Hochsauerland, UB Siegen-Wittgenstein, UB Kreis Soest, KV Olpe
Sachgebiet:	O - Organisationspolitik

1 Antisemitismus ist ein wachsendes Problem in Deutschland^[1], aber es ist nicht nur
2 ein Problem der politischen Rechten, auch links der Mitte nehmen Antisemit*innen und
3 ihre Positionen immer mehr Raum ein. Zu häufig wird ihnen dieser auch zugestanden.

4 **Die Forderungen der BDS-Bewegung stellen keine legitimen und folgerichtigen Schritte**
5 **dar und sind antisemitisch!**

6 Namensgebend für den BDS sind seine drei Grundforderungen. "Boycott, Divestment and
7 Sanctions", zu deutsch Boykott, Desinvestitionen und Sanktionen gegen den Staat
8 Israel. Diese Forderungen beschränken sich nicht nur auf die besetzten Gebiete,
9 sondern erstrecken sich auf das gesamte Staatsgebiet Israels. Oft nutzen
10 Anhänger*innen der BDS-Bewegung Symbole und Äußerungen, die Israel das Existenzrecht
11 absprechen. Auch sollen nicht nur Produkte, die von Israelis oder in Israel
12 produziert werden, boykottiert werden, auch israelische Schriftsteller*innen,
13 Musiker*innen und andere Künstler*innen soll der Auftritt verwehrt werden.
14 Israelische Kultur soll weltweit getilgt werden. Der wissenschaftliche Austausch mit
15 israelischen Universitäten wird von BDS-Anhänger*innen abgelehnt und angegriffen. Die
16 Gefahr, in der Jüd*innen auch in Deutschland leben, wird häufig negiert. Nichts davon
17 stellt in den Augen der NRW Jusos eine legitime Forderung oder folgerichtiges
18 Verhalten da. Kritik an israelischer Innen- und Außenpolitik kann berechtigt sein,
19 die Forderungen des BDS aber sind es nicht.

20 Als Verband, der den Kampf gegen Antisemitismus als eine seiner elementaren Aufgaben
21 betrachtet, sind wir in unseren sonstigen Bestrebungen weder auf Unterstützung noch
22 auf Beifall von Verbänden oder Personen aus dem BDS-Umfeld angewiesen. Diese Kräfte
23 werden ihr eigenes Engagement auch ohne unsere Partnerschaft fortführen. Wie bereits
24 2020 im Beschluss -Antisemitismus und (Anti-)Feminismus^[2]- in Bezug auf
25 antisemitische Feminist*innen wie Judith Butler festgehalten wird, ist der
26 antisemitische Aktivismus dieser Personen nicht von ihrem sonstigen Engagement zu
27 trennen. Bei der Wahl politischer Partner*innen und Kooperationen muss ein Grundsatz
28 gelten: Keine Bühne den Antisemit*innen. Wer mit antisemitischen Gruppen oder
29 Personen zusammenarbeitet, legitimiert diese in der öffentlichen Wahrnehmung. Des
30 Weiteren könnte der Eindruck entstehen, die NRW Jusos würden eine solche Position als
31 legitim betrachten, dies lehnen wir ab.

32 Mit Blick auf den Eklat um die Documenta¹⁵ stellen wir fest – Keine kulturelle
33 Rechtfertigung oder kultureller Kontext kann Antisemitismus rechtfertigen!
34 Antisemitismus kann objektiv und in jedem Kontext als solcher beschrieben werden,
35 unsere Grundlage für die Beschreibung von Antisemitismus ist die Definition der IHRA
36 (International Holocaust Remembrance Alliance)^[3]. Wir finden es erschreckend, dass
37 offenbar trotz vorangegangenen Versuchen der Warnung^[4] ein Verständnis von

38 Verantwortung gegenüber Jüd*innen in Deutschland und der Welt vorherrschte, das nur
39 mit Gleichgültigkeit zu beschreiben ist.

40 **Wir ziehen Konsequenzen für unser eigenes Handeln!**

41 In Erweiterung der Beschlüsse -DIE BOYKOTTEURINNEN BOYKOTTIEREN - GEGEN DAS BDS
42 MOVEMENT, 2016 LaKo Mönchengladbach^[5]- WIDER DIE ANTISEMITISCHE QUERFRONT!^[6], 2015
43 LaKo Lüdenscheid - und - Antisemitismus und (Anti-)Feminismus, 2020 Landes Konferenz
44 Digital- beschließt die LaKo, dass:

- 45 • ein Bekenntnis zur BDS-Bewegung unvereinbar ist mit der Mitgliedschaft bei den
46 NRW Jusos und der Teilnahme an deren Veranstaltungen oder dem Mitwirken in ihren
47 Gremien. Dies gilt für natürliche gleichsam wie für juristische Personen
48 und/oder formlose Zusammenschlüsse.
- 49 • Es gibt keinerlei Zusammenarbeit mehr mit Gruppen und/oder Personen, die sich
50 zur BDS-Bewegung bekennen oder deren Mitglieder dies in hoher Zahl tun.
- 51 • Der Landesvorstand wird beauftragt, aktuelle und zukünftige Partner*innen vor
52 Beginn einer Kooperation auf Verknüpfungen zur BDS-Bewegung zu prüfen.
- 53 • Der Landesvorstand wird damit beauftragt darauf hin zu wirken, dass in allen
54 Gliederungen ähnliche Beschlüsse zu diesem gefasst werden.

55 ^[1] Siehe beispielhaft Drucksache 20/719 des Bundestages (DIP - auf die Kleine
56 Anfrage - Drucksache 20/588 - Antisemitische Straftaten im vierten Quartal 2021
57 (bundestag.de))

58 ^[2] NRW Jusos | Beschlusswiki | Antisemitismus und (Anti-)Feminismus

59 ^[3] Arbeitsdefinition von Antisemitismus | Drupal (holocaustremembrance.com)

60 ^[4] Skandal um antisemitische Kunstwerke: Documenta-Leitung ließ Claudia Roth
61 abblitzen - DER SPIEGEL

62 ^[5] NRW Jusos | Beschlusswiki | DIE BOYKOTTEURINNEN BOYKOTTIEREN – GEGEN DAS BDS
63 MOVEMENT

64 ^[6] NRW Jusos | Beschlusswiki | WIDER DIE ANTISEMITISCHE QUERFRONT!

Antrag O2: Barrierefreiheit auf allen Veranstaltungen der NRWJusos

Antragsteller*in:	UB Essen
Sachgebiet:	O - Organisationspolitik

- 1 Die Landeskonferenz der NRWJusos 2022 möge beschließen, alle zukünftigen
- 2 Veranstaltungen der NRWJusos barrierefrei zu gestalten.
- 3 Wir fordern daher:
- 4 • Barrierefreie Veranstaltungen der NRWJusos
- 5 • Dazu gehört die räumliche, technische und sprachlich-kommunikative
- 6 Barrierefreiheit: Der Veranstaltungsort muss räumlich barrierefrei sein, damit
- 7 beispielsweise Rollstuhlfahrer*innen an allen Ereignissen selbstbestimmt und
- 8 ungestört teilnehmen können. Ebenso sollte es für öffentliche Veranstaltungen,
- 9 wie beispielsweise für eine Landeskonferenz, Gebärdensprachdolmetscher*innen
- 10 geben. Diese sollten im Livestream zu sehen sein und für die Teilnehmer*innen
- 11 auf der Veranstaltung selber.

Begründung

Auch im Jahr 2022 finden noch Juso-Veranstaltungen statt, die Menschen mit Behinderungen oder Beeinträchtigungen aufgrund der nicht barrierefreien Verhältnisse ausschließen. Für einen sozialistischen Jugendverband eigentlich ein No-go! Mit dem Beschluss möchten wir erreichen, dass die barrierefreie Gestaltung von jeglichen Veranstaltungen immer auch von vornherein mitgedacht wird.

Antrag O3: Fleisch ist kein Gemüse

Antragsteller*in:	UB Bonn
Sachgebiet:	O - Organisationspolitik

- 1 Bei allen Veranstaltungen der NRW Jusos soll künftig ausschließlich vegane und
- 2 vegetarische Verpflegung angeboten werden.

Begründung

Auf Veranstaltungen der NRW Jusos wird teilweise Catering für bis zu 200 Personen bereitgestellt. In diesen Größenordnungen ist es unvermeidbar, dass am Ende des Tages Essensreste weggeworfen werden müssen und gerade eine Vernichtung großer Mengen Fleisch und tierischer Produkte ist ethisch kaum vertretbar und überschreitet Grenzen individueller Konsumententscheidungen.

Ferner sehen wir den innerverbandlichen Solidaritätsgedanken verletzt, wenn der gesamte Verband - und somit auch Vegetarier*innen und Veganer*innen - den Fleischkonsum einzelner durch Mitgliedsbeiträge finanziert.

Zusätzlich ist es auch ökonomisch nicht sinnvoll, da eine fleischlose Verpflegung günstiger zu Verfügung gestellt werden kann und somit mehr finanzielle Mittel für inhaltliche Arbeit zur Verfügung stehen.

Der Antrag verfolgt explizit nicht das Ziel, den gesamten Verband zu veganisieren, zumal Juso-Veranstaltungen nur einen geringfügigen Teil der Ernährung ausmachen und auch persönliche Entscheidungen, wie das private Mitbringen tierischer Produkte, nicht unterbunden werden.

Antrag O4: Antrag zur Stärkung strukturschwacher Unterbezirke

Antragsteller*in:	UB Borken, UB Coesfeld, UB Steinfurt, KV Warendorf
Sachgebiet:	O - Organisationspolitik

- 1 Die Landeskonferenz der NRWJUSOS möge beschließen:
- 2 1. Der Landesvorstand erarbeitet eine Liste bisher schwach vernetzter Unterbezirke
- 3 2. Der Landesvorstand bemüht sich aktiv um die Betreuung der erfassten Unterbezirke
- 4 und richtet eine personelle Zuständigkeit ein, die -- über die gesetzten LaVo-
- 5 Betreuer*innen hinaus -- für alle strukturschwachen Unterbezirke erreichbar ist
- 6 3. Ein besonderer Fokus soll gelegt werden auf
- 7 a) die Vernetzungsarbeit im Verband
- 8 b) die FINTA-Förderung
- 9 c) Hilfestellungen zur Mitgliederwerbung und zu Organisatorischem wie beispielsweise
- 10 dem Vorbereiten von Mitgliederversammlungen, Vorstandssitzungen und dem Schreiben von
- 11 Anträgen

Begründung

1. Viele Juso-Unterbezirke sind im Nachgang der Corona-Pandemie denkbar schlecht vernetzt. Insbesondere periphere Gebiete, die sich nicht durch eine urbane Struktur auszeichnen, besteht häufig keine Möglichkeit, aktiv mit anderen Juso-Unterbezirken in Kontakt zu treten. Häufig mangelt es hier an Handwerkszeug, oft auch an ausreichend aktiven Mitgliedern, um die anfallende Verbandsarbeit ehrenamtlich zu schultern. Ohne aktiven Unterbezirk oder gar Ortsvereine findet eine Repräsentation der Parteijugend in diesen Gebieten kaum statt, nach außen wie nach innen. Das wiederum führt dazu, dass JUSOS vielerorts massive Probleme haben, in Positionen zu gelangen, in denen sie aktiv Einfluss auf Entscheidungen nehmen können.
2. Dieses Problem der Unterrepräsentation lässt zu, dass in strukturschwachen Bereichen das Bild der SPD ein sehr altes, weißes und männliches Bild ist. Durch eine bessere Vernetzung innerhalb des Verbands und durch eine dezidierte Ansprechperson im Landesvorstand sollen die Unterbezirke die Möglichkeit erlangen, die zur Behauptung gegenüber der Mitglieder der Mutterpartei erforderlichen Kenntnisse, Fähigkeiten und Fertigkeiten zu erlangen. Die Betreuungsperson soll die als strukturschwach erkannten Unterbezirke aktiv kontaktieren (bzw. verbindliche Zuständigkeiten innerhalb des Landesvorstands hierfür festlegen), die unternommenen Versuche dokumentieren und für weitere Unterbezirke, die eventuell noch nicht als strukturschwach erfasst sind, ansprechbar sein.
3. a) Die verbandsinterne Vernetzung hilft dabei, andere Perspektiven kennenzulernen und aus dem Erfahrungsschatz der anderen Unterbezirke zu schöpfen.
- b) insbesondere FINTA und BIPoC sind in der Politik weiterhin unterrepräsentiert. Dies hat vielfältige Ursachen. Eine davon ist, dass sich viele FINTA und BIPoC, die sich der Partei anschließen, selbst als nicht kompetent genug für aktive politische Arbeit einschätzen und gerade in strukturschwachen Gegenden im überwiegenden Fall passive Mitglieder bleiben. Gerade zur Behauptung gegenüber einer männlich/weiß/alt geprägten Mutterpartei müssen hier Instrumente entwickelt werden, wie eine aktive Mitgliedschaft der genannten Personengruppen gefördert werden kann, damit unsere Parteipolitik auch auf den niedrigeren Ebenen diverser, offener, feministischer und jünger wird.

c) Um junge Themen platzieren zu können, müssen junge Menschen aktiv in den politischen Entscheidungsgremien wie Städte-, Gemeinde- und Kreisräten vertreten sein. Dieses Ziel kann nur erreicht werden, wenn den Bewerber*innen von der häufig deutlich älteren innerparteilichen Konkurrenz die nötige Kompetenz zugeschrieben wird und der Wille zur Verjüngung vorherrscht. Hier kann der Landesvorstand aktiv unterstützen, indem zum Beispiel Seminare angeboten werde. Auch hier greift der Vorteil der Vernetzung unter den Unterbezirken.

Antrag 05: Ich marx Seifenblasen

Antragsteller*in:	KV Olpe, UB Siegen-Wittgenstein, UB Hochsauerland, UB Märkischer Kreis
Sachgebiet:	O - Organisationspolitik

- 1 Die Landeskonferenz der NRW Jusos möge beschließen, den Juso-Unterbezirken in jedem
- 2 Wahlkampf Seifenblasen-Sets zur Bestellung zur Verfügung zu stellen.

Begründung

Der Wahlkampf ist die Zeit der Versprechungen. Und ja, manchmal auch der Träume. Doch diese Träume (wie beispielsweise der Traum progressiver Regierungskoalitionen) zerplatzen manchmal. Wie Seifenblasen.

Um dieses Dilemma der heutigen Politik zu illustrieren, ist es unabdingbar, dass Seifenblasen bei den Wahlkampfständen der Gliederungen vorhanden sind. Seifenblasen eignen sich außerdem ideal zur Erläuterung sozialwissenschaftlicher Theorien im Kontext des Straßenwahlkampfes. Wer einmal Herders kulturwissenschaftliches Kugelmodell anhand der Vermählung zweier Seifenblasen zu einer einzelnen widerlegt hat, weiß, wie ungemein nützlich unsere durchsichtigen Freunde sind.

Eine Seifenblase schimmert im Sonnenlicht in den Farben des sichtbaren elektromagnetischen Spektrums. Kurz gesagt: Den Regenbogenfarben. Es ist wichtig, dass wir als progressiver Verband mit unseren Wahlkampfmaterialien öffentlich Stellung beziehen für Toleranz und ein weltoffenes Miteinander. Es wird außerdem darum gebeten, die fachgerechte Nutzung der Seifenblasen auf einem Merkblatt zu erläutern. Zu häufig fiel in den vergangenen Jahren der Satz „Ich hab Lauge im Auge!“

Antrag W1: Kriegsprofiteure zur Kasse bitten!

Antragsteller*in:	UB Dortmund, UB Oberhausen, UB Mülheim Ruhr, KV Recklinghausen
Sachgebiet:	W - Nachhaltige Wirtschaftspolitik, Steuern

- 1 **Wir fordern die Erarbeitung eines Konzepts zur Einführung der Übergewinnsteuer.**
- 2 Seit Beginn des völkerrechtswidrigen Angriffskrieges Russlands auf die Ukraine
3 machten Mineralölkonzerne wie Shell, BP und Co. Gewinne in Milliardenhöhe. Dieses
4 sind zum Teil mehr als 200% mehr Gewinne als im Vorjahr. Nicht nur die riesigen
5 Mineralölkonzerne haben in diesem Jahr fette Gewinne aus der Krise herausgeschlagen
6 können, auch Rüstungshersteller wie z.B. Rheinmetall profitieren massiv vom
7 russischen Angriffskrieg. Während sich der Aktienkurs mehr als verdoppelt hat,
8 kündigte der Konzern zeitgleich an, dieses Jahr die Anteilseigner:innen mit einer
9 Dividende in Höhe von 150 Millionen Euro am Gewinn zu beteiligen.
- 10 Während die Konzerne Rekordgewinne einfahren, sieht es für die Bürger*innen ganz
11 anders aus. Mieten und Lebensmittelpreise explodieren. Familien mit geringem
12 Einkommen wurden in den letzten zwei Jahren der Pandemie zu oft im Stich gelassen und
13 sehen sich jetzt durch Inflation und staatlichem Versagen wiederholt in einer
14 grundlegenden finanziellen Notsituation. **Eine Übergewinnsteuer ist als Instrument der**
15 **gerechten Umverteilung von Oben nach Unten unabdingbar. Deshalb fordern wir die**
16 **Erarbeitung einer an die aktuelle Lage angepasste Übergewinnsteuer.**
- 17 Die Übergewinnsteuer bezeichnet hierbei eine vom Bund erhobene Steuer, welche
18 „Übergewinne“ von Unternehmen abschöpfen soll. Übergewinne beschreiben nach der
19 Definition jeden Euro, welcher über den durchschnittlichen „Normalgewinn“ der
20 vergangenen Jahre hinaus geht. Der derzeitige politische Diskurs behandelt den
21 *über*gewinn, der Unternehmen in Zeiten extremer Ereignisse, wie beispielsweise dem
22 jetzt tobenden Krieg in der Ukraine. Da es keine einheitliche Definition des
23 „Übergewinns“ in der Ökonomie gibt, soll es Aufgabe der Politik sein, ein Konzept zur
24 Einführung der Übergewinnsteuer in angemessener Höhe, auszuarbeiten. Hierbei sollen
25 besonders die Gewinne der vergangenen Jahre, die politische Weltlage und die
26 veränderte Marktsituation berücksichtigt werden.
- 27 Der Staat sollte hier die Möglichkeit, den Mineralölkonzernen die Differenz zwischen
28 An- und Verkaufspreis zu besteuern, dringend nutzen. Die neu generierten
29 Steuereinnahmen könnten dabei vielfältig eingesetzt werden. Sei es, um die während
30 Corona vergrößerten Staatsschulden abzubauen, oder aber auch die Reinvestition der
31 Gelder in kritische Infrastruktur, den Ausbau erneuerbarer Energien, oder durch
32 allgemeine Investitionen in das Bildungs- und Gesundheitssystem.
- 33 Eine Übergewinnsteuer ist zudem kein politisches neuartiges Steuerinstrument. Während
34 der ersten Monate der Corona Krise wurde diese bereits breit diskutiert, doch damals
35 fehlte der großen Koalition der Gestaltungswille. Ende März 2021 veröffentlichte der
36 wissenschaftliche Dienst des deutschen Bundestags eine Ausarbeitung der
37 Übergewinnsteuer. Die Wissenschaftler:innen kamen zu dem Resultat, dass sie den
38 **Anforderungen des Grundgesetzes gegenüber neue Steuergesetze entspräche.** Demnach
39 stünde einer Einführung nichts als die fehlende Durchsetzungskraft gegenüber der FDP

40 im Wege. Deutschland könnte sich dann bei einer eventuell bevorstehenden Einführung
41 nicht nur an historischen Beispielen orientieren: Griechenland erhebt eine
42 Übergewinnsteuer in Höhe von 90%, Italien eine von bis zu 25%. Auch andere Länder wie
43 Spanien, Rumänien, Großbritannien und die USA planen jetzt eine Einführung.
44 Doch während diese Länder angekündigt haben, eine Übergewinnsteuer einzuführen, hat
45 Deutschland im Bundestag einen Tankrabatt beschlossen. Einen Tankrabatt, welcher
46 durch die Absenkung der Energiesteuer(n) auf Diesel und Benzin dazu beiträgt, dass
47 der Staat die größten Ölförderungsunternehmen in ihren besten Jahren auch noch
48 zusätzlich mit Steuermitteln subventioniert. Der vom Finanzminister Lindner geplante
49 Effekt der „Spritpreissenkung“ verpuffte nicht nur, sondern förderte die Gewinne eben
50 jener eh schon profitierender Ölkonzerne. Kosten tut das dem deutschen Fiskus mehrere
51 Milliarden Euro, welche jetzt direkt aus dem Staatshaushalt in die Kassen der
52 Energieunternehmen strömen.

53 **Um eine besonders exponentiell ungerechte Anhäufung von Gewinnen und Vermögen bei den**
54 **ohne hin schon Vermögenden zu verhindern, ist die Übergewinnsteuer unausweichlich.**

Antrag W2: Mit der Mehrwertsteuer kann man nicht umverteilen!

Antragsteller*in:	KV Recklinghausen, UB Oberhausen, UB Dortmund
Sachgebiet:	W - Nachhaltige Wirtschaftspolitik, Steuern

1 Laut dem paritätischen Armutsbericht 2021 sind rechnerisch 13,4 Millionen Menschen in
2 Deutschland von Armut betroffen. Einige dieser Menschen fühlen sich durch die
3 Inflation und die steigenden Preise massiv unter Druck gesetzt. Sie sorgen sich
4 darum, ob und wie sie sich Miete, Strom und Produkte des alltäglichen Bedarfs in
5 Zukunft noch leisten können. Im Sommerinterview mit Olaf Scholz aus diesem Jahr
6 berichteten Betroffene von Armut davon, dass ein Großteil der Maßnahmen zur
7 Entlastung nicht bei diesen ankäme. Der Ökonom Maurice Höfgen beschreibt als eine
8 Maßnahme, die direkt prekäre Haushalte entlasten würde, die Abschaffung der
9 Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel. Zusätzlich dazu fordern wir eine Überprüfung
10 der Grundnahrungsmittel, da einige Grundnahrungsmittel falsch zugeordnet sind. So
11 wird z.B. Trüffel als Grundnahrungsmittel angesehen, aber die Süßkartoffel nicht.

12 Laut dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung wird bei Haushalten mit geringen
13 und mittleren Einkommen die Steuerbelastung von indirekten Steuern dominiert. Dies
14 läge daran, dass durch indirekte Steuern wie der Mehrwertsteuer vor allem ärmere
15 Haushalte im Verhältnis zu deren laufenden Einkommen stärker belastet werden als
16 reichere Haushalte. Die größte indirekte stellt hierbei die Mehrwertsteuer dar. Für
17 die Porsche-Fahrer:in aus Düsseldorf ist diese Steuer vielleicht kaum von Bedeutung
18 für die Reinigungskraft aus dem Pott stellt sie eine Belastung dar.

19 Höfgen sieht die Mehrwertsteuer als ein nicht geeignetes Instrument der Umverteilung
20 an, da z. B. bei Erhöhung der Mehrwertsteuer sich eben nicht nur die Konsumprodukte
21 der Spitzenverdienenden erhöhen, sondern eben auch der prekär Beschäftigten. Zur
22 Umverteilung eignen sich etwa die progressive Einkommenssteuer, die Vermögenssteuer,
23 die Übergewinnsteuer oder die Erbschaftssteuer. Eine gerechte Umverteilungspolitik
24 senkt die Mehrwertsteuer, um kleine und mittlere Einkommen zu entlasten und nutzt zur
25 Umverteilung eine progressive Steuerpolitik, d. h. eine stufenweise nach Einkommen
26 angepasste Besteuerung.

27 **Gerade aufgrund der jetzigen Situation fordern wir:**

28 **Die sofortige Abschaffung der Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel und**
29 **Drogerieprodukte des täglichen Bedarfs, um kleine und mittlere Einkommen zielgerecht**
30 **zu entlasten!**

31 **Wir fordern die Jusos, die für uns im Bundestag sitzen dazu auf sich für diese**
32 **Abschaffung einzusetzen.**

33 **Wir begreifen die Abschaffung der Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel als einen**
34 **Aspekt der Reformierung des Steuersystems hin zu einem sozial gerechten Steuersystem,**
35 **welche gerechte Maßnahmen zur Umverteilung ergreift. Also kleinere und mittlere**
36 **Einkommen entlastet und Spitzenverdienende und stark Vermögende belastet.**

Antrag W3: Entlastung muss kommen: Energiepreisdeckel – jetzt!

Antragsteller*in:	UB Borken, UB Coesfeld, UB Steinfurt, KV Warendorf
Sachgebiet:	W - Nachhaltige Wirtschaftspolitik, Steuern

- 1 Die Landeskonferenz der NRW Jusos schließt sich der Forderung des DGB an und bekennt
- 2 sich zu einem Energiepreisdeckel.
- 3 Wir fordern, einen Energiegrundbedarf für Erwachsene und Kinder auszurechnen und die
- 4 monatlichen Energiekosten für diesen Grundbedarf auf ein verträgliches Maß zu
- 5 deckeln. Überschreitungen des Grundbedarfs werden nicht von der Preisdeckelung
- 6 erfasst.

Begründung

Schon viel zu lange werden geringe und mittlere Einkommen durch den Ukraine-Krieg und die anhaltende Inflation in Deutschland übermäßig stark belastet.

Wir, als jungsozialistischer Verband, können und dürfen das nicht hinnehmen. Es sind die Geringverdienenden, die am allermeisten Hilfe benötigen, die nun noch stärker belastet werden. Allein im Februar, zu Beginn des unsäglichen Krieges in der Ukraine, waren unsere Energieimporte 129,5% teurer als im Vorjahr. Die heimische Energie verteuerte sich um 68%. Diese erschreckende Entwicklung sorgte bei den Endverbraucher*innen für einen Preisanstieg von mehr als 20% im Vergleich zum Vorjahresmonat.

Unterdessen entwickelte FDP-Finanzminister Lindner Schein-Entlastungsprojekte wie den Tankrabatt, während diejenigen, die wirklich auf unsere Unterstützung angewiesen sind, weiter litten.

Es liegt nun an uns, einen entscheidenden Schritt gegen die Armutswelle in Deutschland vorzunehmen. Wir wollen solidarisch an der Seite der Gewerkschaften stehen und schließen uns der Forderung nach einem Energiepreisdeckel von DGB-Chefin Fahimi an.

In einem so reichen Land wie Deutschland, werden wir es nicht zulassen, dass die Höhe des Gehaltschecks darüber entscheidet, wer friert und wer einen unbeschwerten Winter erleben darf. Den Lebensstandard von Gering- und Besserverdienenden werden wir nicht durch die Inflationskrise noch weiter auseinanderdriften lassen, das wäre Zündstoff für unsere Gesellschaft.

Mit einer Begrenzung des Preises für einen Energiegrundbedarf erzielen wir, dass gerade die sparsamen Bürger*innen entlastet werden. Der Energieverbrauch und das Einkommen stehen in Korrelation zueinander und daher würde ein ermittelter Grundbedarf sicherstellen, dass wir die Bedürfnisse des kleinen Bürgers/der kleinen Bürgerin absichern, aber keine staatliche Subvention von Superluxusgütern durchführen.

Natürlich würde ein Energiepreisdeckel den Staatshaushalt mitbelasten. Daher fordern wir zur Gegenfinanzierung eine Übergewinnsteuer für Krisengewinner. Das ist in zweierlei Hinsicht sehr sinnvoll. Nicht nur werden dadurch wichtige Schritte vorgenommen, um Gewinne, die durch äußere Einflüsse entstanden sind und nicht in Verbindung zu eigener Arbeit stehen, der Gesellschaft zugutekommen, sondern es werden auch vor Allem Energiekonzerne von einer solchen Maßnahme betroffen sein.

Auf diesem Weg finanzieren wir diese Förderung des Gemeinwohls insbesondere durch die Gelder, die den Bürger*innen durch übertrieben hohe Gewinnmargen und ggf. Preisabsprachen innerhalb der Branche, weggenommen wurden.

[1] <https://www.bundestag.de/resource/blob/838958/eea79ffafc735d702c68efccc5c12d40/WD-4-023-21->

pdf-data.pdf

[2] https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2022/03/PD22_N016_61.html

[3] <https://www.wiwo.de/politik/europa/gedeckelte-energiepreise-die-britische-energiebranche-zeigt-dass-der-markt-eben-doch-nicht-alles-regelt/28314886.html>

[4] <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/inflation-trifft-vor-allem-geringverdiener-17678362.html>

[5] https://www.momentum-institut.at/system/files/2022-03/Vergleich_Varianten_Energiekostenausgleich_1.pdf

Antrag W4: Abschaffung der Rentenbesteuerung

Antragsteller*in:	UB Borken, UB Coesfeld, UB Steinfurt, KV Warendorf
Sachgebiet:	W - Nachhaltige Wirtschaftspolitik, Steuern

- 1 Die NRW Jusos Landeskonferenz beschließt zu fordern, dass sich die SPD für eine
- 2 Abschaffung der Rentenbesteuerung einsetzt.

Begründung

Derzeit ist die Rente aller Rentner*innen, sobald diese über den aktuellen jährlichen Grundfreibetrag in Höhe von 10.347 €/Jahr liegen, einkommenssteuer- und lohnsteuerpflichtig.^{1 2} Hierbei hängt die Höhe des zu versteuernden Renteneinkommens vom Renteneintrittsalter ab: Menschen, die im Jahr 2022 in Rente gehen müssen 82% Ihrer Rente versteuern. Das zu versteuernde Renteneinkommen steigt hierbei jährlich um 1% - bis es im Jahr 2040 dann zu 100% versteuert wird. Der aktuelle Koalitionsvertrag sieht hier zwar eine Änderung vor, indem, u.a., die jährliche Erhöhung 0,5% statt 1% beträgt und zögert die 100%ige Versteuerung damit bis zum Jahr 2060 hinaus. Allerdings ist die Intention dieser Gesetzesänderung hauptsächlich auf die Vermeidung der Doppelbesteuerung begrenzt, um einem Urteil des Bundesfinanzhofes gerecht zu werden, welcher eine Neuregelung gefordert hat. Daher stellt diese geplante Gesetzesänderung lediglich eine Verschiebung des Besteuerungs-Problems dar, aber keine langfristige Lösung.

Kurzum bedeutet die vorherrschende Rentenpolitik, dass sich die gesetzliche Rente der Menschen in der Bundesrepublik, nach mühsamen ca. 40 Beitragsjahren, schleichend durch Abgaben an den Staat verringert. Dabei sind die Renten mittlerweile für den durchschnittlichen Rentner bzw. die durchschnittliche Rentnerin schon lange nicht mehr ausreichend. Die aktuellen Lebenshaltungskosten zeigen auf, dass sogar die Bruttorente kaum zum Leben ausreicht: Sowohl den Rentner*innen, die ein (abbezahltes) Eigenheim besitzen als auch nicht mal ansatzweise den Rentner*innen, die zur Miete wohnen. Grundlage für diese These bietet die laufende Wirtschaftsrechnung des Bundesamtes für Statistik, welches bei einem 1-köpfigen Haushalt monatliche Ausgaben in Höhe von 1.600€ veranschlagt. Die Einkommens- und Verbrauchsstichproben des Bundesamtes ergeben hier sogar durchweg höhere Ausgaben.³ Zusätzlich muss die Rente im aufgeführten Durchschnittsfall, nach aktuellem Stand, dann auch noch versteuert werden. Des Weiteren steigen die Lebenshaltungskosten, aufgrund der aktuellen wirtschaftlichen Gegebenheiten, tendenziell eindeutig, was noch höhere Lebenshaltungskosten zur Folge hat. Zusätzlich gilt es für die Zukunft zu bedenken, dass sich das durchschnittliche Nettojahreseinkommen eines Arbeitnehmers bzw. einer Arbeitnehmerin im Jahr 2019 pro Kopf auf 23.688€, pro Monat also auf 1.974€, beläuft.⁴ Bei einem aktuellen Rentenniveau von 49,4% beträgt die monatliche gesetzliche Rente hiermit ca. knapp 1.000€.⁵

Wenn man über die Abschaffung der Rentenbesteuerung spricht kommt man allerdings nicht umhin zu betonen, dass die aktuelle und zukünftige Rentenbesteuerung selbstredend einen nicht unerheblichen Anteil an den Staatseinnahmen ausmacht, welcher aus anderen Quellen wieder erschlossen werden muss. Hierbei schließen wir uns dem grundsätzlichen Rat des Angemessenheits-Berichtes der europäischen Kommission und des Ausschusses für Sozialschutz an, welcher vorschlägt, dass die Finanzierungsgrundlage auf diversifizierten und progressiven Abgaben beruhen sollte, welche das Arbeitseinkommen real weniger belasten.⁶ Folgende Modelle schlagen wir jeweils, oder auch miteinander vermischt, vor:

1. Erhöhung der Umsatzsteuer für Luxusgüter

2. Finanztransaktionssteuer einführen, ähnlich der bis 1991 bestehenden Börsenumsatzsteuer

3. Digitalsteuer einführen

[1] https://www.deutsche-rentenversicherung.de/DRV/DE/Rente/Allgemeine-Informationen/Besteuerung-der-Rente/besteuerung-der-rente_node.html

[2] https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Steuern/Steuerliche_Themengebiete/Altersvorsorge/2022-06-14-Rentenbesteuerung-Eine-Frage-der-Gerechtigkeit-Anlage-Uebersicht-zur-Rentenbesteuerung-2022.pdf?__blob=publicationFile&v=2

[3] <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Einkommen-Konsum-Lebensbedingungen/Konsumausgaben-Lebenshaltungskosten/Tabellen/liste-haushaltsgroesse.html>

[4] <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/164047/umfrage/jahresarbeitslohn-in-deutschland-seit-1960/>

[5] https://www.deutsche-rentenversicherung.de/DRV/DE/Rente/Allgemeine-Informationen/Wissenswertes-zur-Rente/FAQs/Rente/Rentenniveau/Rentenniveau_Liste.html

[6] <https://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=738&langId=de&pubId=8084&furtherPubs=yes>

Antrag W5: 7 statt 19% MwSt. für pflanzliche Ersatzprodukte

Antragsteller*in:	UB Borken, UB Coesfeld, UB Steinfurt, KV Warendorf
Sachgebiet:	W - Nachhaltige Wirtschaftspolitik, Steuern

- 1 Die Juso Landeskonferenz beschließt, dass sich die SPD für die Mehrwertsteuersenkung
- 2 möglicher Pflanzen Ersatzprodukte (bspw. Hafer-, Soja-, Mandel Drinks) einsetzt, um
- 3 eine
- 4 preislich gerechte und attraktive Alternative zu tierischen Produkten zu ermöglichen.
- 5 Kuhmilch, Fleisch und Fisch sind als Grundnahrungsmittel deklariert. Damit beträgt
- 6 der
- 7 Mehrwertsteuersatz nur 7%. Sog. Pflanzen Ersatzprodukte zählen zu den „verarbeiteten
- 8 Lebensmitteln“ und werden mit 19 % Mehrwertsteuer versehen.
- 9 Dadurch subventioniert der Staat aktuell tierische Produkte und greift damit auch in
- 10 den
- 11 Markt ein, indem es diese preislich besserstellt als pflanzliche Alternativen.
- 12 Mit einer Senkung der MwSt. von Pflanzen Ersatzprodukte auf 7% wird der
- 13 Endverbraucher
- 14 entlastet und gleichzeitig wird ein Anreiz für den Kauf pflanzlicher Alternativen
- 15 geschaffen.

Begründung

Laut Quelle (zeit.de/agrarheute.com) kostet im Vergleich ein Liter Kuhmilch 92 Cent -
Davon 6,02 Cent Mehrwertsteuer.

Ein Haferdrink kostet im Durchschnitt 120 Cent pro Liter. Davon 19,16 Cent MwSt.

„Fleischersatz ist die beste Klimaschutzmaßnahme. Laut eines aktuellen Berichts der Boston Consulting Group wirken sich Investitionen in Fleischersatzprodukte auf pflanzlicher Basis am besten für den Klimaschutz aus und schlagen Einsparmaßnahmen von klimaschädlichen CO₂ und anderen Treibhausgasen in anderen Bereichen in ihrer Effizienz.“ (Quelle: spiegel.de).

„Demnach lässt sich durch Investitionen in pflanzliche Fleischalternativen, beispielsweise Sojaprodukte, dreimal mehr Treibhausgas einsparen als durch klimafreundliche Prozesse in der Zementindustrie, berichtet der Guardian. Im Vergleich zu klimafreundlichen und besser gedämmten Gebäuden fällt die Bilanz von Fleischersatzprodukten siebenmal besser aus, gegenüber emissionsfreien Fahrzeugen liegt der Faktor sogar bei elf. Investitionen in alternative Proteine hätten mehr Wirkung auf die Dekarbonisierung als solche in andere Wirtschaftssektoren, so die Autoren des Berichts.“ (Quelle: Guardian).

Weitere Gründe für den höheren Preis für Pflanzen Ersatzprodukte sind zudem Kosten für Entwicklung, Produktion, Logistik und hohe Werbekosten. Zudem hat die Branche derzeit noch eine Oligopolstellung, was den Preis zusätzlich in die Höhe treibt.

Antrag W6: Freie Reparaturwerkstätten der Welt vereinigt euch! Support your local Repairworkshop!

Antragsteller*in:	KV Olpe, UB Siegen-Wittgenstein, UB Hochsauerland, UB Märkischer Kreis
Sachgebiet:	W - Nachhaltige Wirtschaftspolitik, Steuern

- 1 In unserem kapitalistischen Wirtschaftssystem hat sich innerhalb der letzten
- 2 Jahrzehnte ein Konsumklima entwickelt, das die Neuherstellung von Produkten über der
- 3 Reparatur begünstigt.
- 4 Aus der Annahme heraus, dass die industrielle Produktion insbesondere in NRW
- 5 Arbeitsplätze und Wirtschaftskraft generiert, wurden politisch zu selten Alternativen
- 6 zu diesem System erarbeitet.
- 7 Seit einigen Jahren jedoch ändert sich das. Um die endlichen Ressourcen unseres
- 8 Planeten und schlussendlich auch die Klimaziele der internationalen Gemeinschaft zu
- 9 schützen, ist es unerlässlich die Reparatur aller reparaturfähigen Produkte zu
- 10 ermöglichen und zu unterstützen. Ein immer dichter werdendes Netz aus Aktivist*innen,
- 11 Vereinen und politischen Akteur*innen fordert das „Recht auf Reparatur“.
- 12 Als erster Schritt wurden Automobilhersteller*innen durch das EU-Recht zur Herausgabe
- 13 von kostenlosen Reparaturhandbüchern für Kraftfahrzeuge, auch an freie, also nicht
- 14 Hersteller*innen-gebundene Werkstätten verpflichtet. So wurden viele Autos vor der
- 15 Wiederverwertung gerettet.
- 16 Auf diese Weise ist es auch möglich für Kund*innen frei ihre Werkstatt aufzusuchen
- 17 und die festen Partnerwerkstätten der Hersteller*innen zu umgehen, was wiederum auch
- 18 eine sozialere und flexiblere Preisgestaltung bei Reparaturen ermöglicht.
- 19 Diesen Effekt möchten wir auch bei Smartphones, Smartwatches, Laptops und anderen
- 20 Elektronischen Geräten herbeiführen.
- 21 Ohne die freie Verfügung von Reperaturanleitungen birgt der Gang zu einer Freien
- 22 Reparaturwerkstatt für die meisten Kund*innen Risiken, weil komplexe technische
- 23 Geräte ohne die entsprechenden Dokumente nahezu unmöglich fachgerecht zu reparieren
- 24 sind.
- 25 Diese Risiken treiben Kund*innen oftmals in die Hände der Hersteller*innen zurück,
- 26 von denen die meisten technischen Geräte vernichtet und ausgetauscht werden, wenn ein
- 27 Mangel aufgetreten ist und der Haftungsfall eintritt. Vor allem aus unserer
- 28 Verantwortung für das Klima ist dieses Wirtschaftsmodell nicht vertretbar.
- 29 Für einen fairen, offeneren und ökologischeren Markt braucht es deswegen frei
- 30 zugängliche Reperaturanleitungen der Hersteller*innen.
- 31 Wir fordern deshalb, dass die Technikhersteller*innen zur kostenlosen Herausgabe von
- 32 Reperaturanleitungen an Freie Werkstätten verpflichtet werden.

Antrag W7: Strengere Kontrollen und Regulierungen bei der Produktkennzeichnung mit Bio-Siegeln

Antragsteller*in:	UB Düsseldorf, UB Remscheid, UB Wuppertal, UB Solingen
Sachgebiet:	W - Nachhaltige Wirtschaftspolitik, Steuern

1 Die Klimakrise ist ein allgegenwärtiges Problem und eine Herausforderung, welche uns
2 in sämtlichen Lebensbereichen betrifft. Ob im Verkehr oder in der Energieproduktion,
3 überall versuchen wir nachhaltiger zu produzieren, zu konsumieren und effizienter zu
4 werden. Einer der wichtigsten Bestandteile auf dem Weg zu nachhaltigem Konsum,
5 welcher mit dem Ökosystem der Erde vereinbar ist, ist das Themenfeld der Ernährung.
6 Die heutige Auswahl an Produkten, welche mit „Bio-Siegeln“ gekennzeichnet sind, ist
7 groß, ob im Discounter oder im lokalen Supermarkt. Dabei fällt jedoch auf, wie
8 unterschiedlich und zahlreich diese Logos sind. Geprüft und anerkannt ist vor allem
9 das Siegel des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft, sowie das Bio-
10 Siegel der Europäischen Union. Daneben gibt es noch weitere, staatlich anerkannte
11 Siegel, wie das von Biokreis, Bioland, Demeter oder auch von Naturland. Diese Siegel
12 unterliegen strengen Regeln und die Betriebe werden regelmäßig auf die ausgewiesenen
13 Standards überprüft. Teilweise haben Siegel wie das von Bioland sogar noch deutlich
14 höhere Standards als das des Bundesministeriums oder das der Europäischen Union.
15 Einschränkung muss hierbei erwähnt werden, dass „Bio“ jedoch nicht gleich
16 „umweltfreundlicher“ bedeutet.¹ Lässt man diesen Aspekt im Hinblick auf den Wert von
17 Bio-Siegeln erst einmal außen vor, stellen diese für Verbraucher*innen jedoch eine
18 gute Orientierungsmöglichkeit beim Einkauf dar. Dies gilt auch für Kleidung. Auch für
19 Kleidung gibt es verschiedene, anerkannte Bio-Siegel. Doch es gibt ein Problem:
20 Ob für Nahrungsmittel oder Kleidung, für beides gibt es gesetzliche Regelungen, dass
21 diese nur als „Bio“ gekennzeichnet werden dürfen, wenn sie die dazugehörigen
22 Kriterien erfüllen und diese geprüft werden. Denn „Bio“ ist in der Europäischen Union
23 ein geschützter Begriff. Tatsächlich wird dies jedoch von Unternehmen und
24 Lebensmittelhersteller*innen nicht selten umgangen. So finden sich auf Produkten im
25 Supermarkt oder auch auf Kleidungsstücken im Einzel- und Onlinehandel die
26 verschiedensten Siegel und Kennzeichnungen, welche dem Produkt und somit auch den
27 Verbraucher*innen einen Standard beziehungsweise eine Qualität kommunizieren, welche
28 diese überhaupt nicht erfüllen. Die Verbraucher*innen werden somit aktiv hinters
29 Licht geführt und die staatlich anerkannten Siegel abgewertet, da Laien oft nicht den
30 Unterschied zwischen den Siegeln und Kennzeichnungen kennen oder erkennen. Bei
31 solchen Marketing-Tricks spricht man auch genauer von „Greenwashing“. Also dem
32 „Grünwaschen“ von Produkten und Produktionsprozessen. Dabei werden auch Produkte mit
33 solchen Siegeln gekennzeichnet, welche nicht ansatzweise unter den staatlich oder
34 europäisch festgelegten Standards produziert werden. Grundsätzlich ist dies nicht
35 legal und wird von den zuständigen Behörden auch verfolgt und geahndet. Ein Ausflug
36 in den Supermarkt oder ins Modegeschäft reicht jedoch aus, um zu sehen, dass trotz
37 dessen viele Produkte Kennzeichnungen oder Siegel haben, welche frei erfunden sind.
38 Diese Siegel nennt man „First-Party-Labels“. Diese Labels sind nicht nur irreführend
39 und illegal, sondern sorgen aktiv dafür, dass Verbraucher*innen beim Kauf von

- 40 Produkten ein falsches Bild über die Produktionsprozesse, Standards, Qualität und
41 Herkunft der Produkte vermittelt bekommen. Aufgrund dessen fordern wir:
- 42 1. Eine strengere Kontrolle von Produkten durch den Verbraucherschutz
 - 43 2. Größere und weitreichendere Maßnahmen zur Unterbindung von Greenwashing
 - 44 3. Schwerere Sanktionen und Strafen für Unternehmen, welche irreführende Siegel
45 oder Kennzeichen verwenden